



# BERICHT DER GRÜNEN

ÜBER DIE ERGEBNISSE  
DES EUROFIGHTER-  
UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES 2017

Gabriela Moser, Werner Kogler, Sigrid Mauer und Peter Pilz bedanken sich für die umfangreiche, intensive und kompetente Arbeit bei ihrem Team im Grünen Klub:

Jan Autrieth

Gerhard Janser

Eva Kellermann

Tina Rametsteiner

Clemens-Maria Sampl

Jakob Sieber

Jakob Zanol

# Inhalt im Überblick

<b>0. Einleitende Bemerkungen .....</b>	<b>1</b>
0.1. Einsetzung, Gegenstand und Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses.....	1
0.2. Zur Arbeit des Ausschusses.....	3
0.3. Unschuldsvermutung.....	4
<b>1. Vergleichsabschluss und Task Force .....</b>	<b>5</b>
1.1. Die Nichteinbeziehung der Finanzprokuratur .....	5
1.2. Koziol: Der Experte .....	12
1.2.1. Gusenbauer-Berater Specht empfiehlt Koziol.....	12
1.2.2. Koziols Werkvertrag im Preis-/Leistungsverhältnis .....	15
1.2.3. Vom Gutachter zum Verhandler? .....	16
1.2.4. Koziol und Lukas: Ein sensibler Punkt.....	19
1.2.5. Koziols Verschwiegenheit .....	21
1.3. Der Liefergegenstand: 18 neue Flieger?.....	24
1.4. Der Weg zum Vergleich.....	31
1.4.1. Keinerlei Dokumentation der Vergleichsverhandlungen.....	31
1.4.2. Die fehlende Einbindung der Beamten .....	34
1.4.3. Das Diktat von Eurofighter/EADS.....	37
1.5. Der Vergleichsabschluss .....	39
1.5.1. „Genießen im Grünen“ – erster Vergleich.....	39
1.5.2. Der zweite Vergleich und der „Darabos-Malus“.....	47
1.5.3. Die weiteren Konsequenzen.....	54
1.6. Die bevorstehende Übernahme des ersten Eurofighters: Eine Zitterpartie .....	58
1.6.1. Wesentliche Bedenken am Bestehen der Werksgüteprüfung.....	58
1.6.2. Abwarten vs. Vergleich schließen .....	60
1.6.3. Task Force LRÜF vs. Projektgruppe Eurofighter .....	62
1.6.4. Der Vergleich macht die Lieferung möglich.....	65
1.6.5. Die fehlende Allwettertauglichkeit.....	66
1.6.6. Die technische Abnahme und der gute Wille gewisser Techniker .....	67
1.7. Die SPÖ: Vom Sozialfighter zum Eurofighter .....	68
1.8. Chronologie des Vergleichs .....	73
<b>2. Unzulässige Zahlungsflüsse.....</b>	<b>104</b>
2.1. Die Rolle des Dr. W. Schüssel .....	104
2.1.1. Das Versprechen.....	104
2.1.2. Dr. W. Lüssel.....	105
2.1.3. Die Erkenntnis.....	107
2.1.4. Die Chronologie .....	108
2.2. Georg Schmidt und IT Solution .....	121
2.3. Romana Schmidt: Von der FPÖ zu EADS.....	131

2.4.	Herbert Werner und City Chambers.....	135
2.5.	Der Ursprung: Die Vereinbarung von Gegengeschäften.....	141
2.5.1.	Die Kriterien für die Anrechenbarkeit von Gegengeschäften.....	141
2.5.2.	Der Gegengeschäftsvertrag und die „Schmiergeldlegalisierungsklausel“ .....	142
2.5.3.	Die Einpreisung von 183,4 Millionen Euro in den Kaufpreis.....	143
2.6.	Die Übertragung der Gegengeschäftsverpflichtung .....	146
2.6.1.	Die Übertragung auf EADS .....	146
2.6.2.	Die Übertragung auf OMESCO.....	146
2.6.3.	Die Übertragung auf VECTOR .....	149
2.7.	Erika Schild und die Euro Business Development GmbH .....	151
2.8.	Geschäft + Provision = Gegengeschäft? .....	155
2.9.	Der Fall „DaimlerChrysler/Rosenbauer“ .....	158
2.10.	Der Fall „DaimlerChrysler/Magna“ .....	167
2.11.	Die Beamten des BMWA.....	185
2.11.1.	Der Informant – Ing. Borth.....	185
2.11.2.	Der Sachbearbeiter – ADir. Machinek.....	192
2.11.3.	Der Abteilungsleiter – Dr. Natich.....	198
2.12.	Zur Abschaffung von Gegengeschäften.....	202
2.12.1.	Einpreisung der Pönale .....	202
2.12.2.	Lückenlose Kontrolle? – Völlig utopisch! .....	203
<b>3.</b>	<b>Schlussbemerkung und Empfehlungen.....</b>	<b>204</b>
3.1.	Schlussbemerkung .....	204
3.2.	Empfehlungen .....	204

FRAKTIONSBERICHT DER GRÜNEN  
 ÜBER DIE ERGEBNISSE DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS ÜBER DAS  
 KAMPFFLUGZEUGSYSTEM „EUROFIGHTER TYPHOON“ (3/US XXV.GP)  
 Gemäß § 51 Abs 3 Z 2 VO-UA

## 0. EINLEITENDE BEMERKUNGEN

### 0.1. EINSETZUNG, GEGENSTAND UND ZUSAMMENSETZUNG DES UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSSES

Als Untersuchungsgegenstand wurde gemäß des Verlangens von FPÖ und Grünen, eingebracht am 14.03.2017, folgendes definiert:

*Untersuchungsgegenstand ist die Vollziehung des Bundes betreffend das Kampfflugzeugsystem „Eurofighter Typhoon“ von Anfang 2000 bis Ende 2016.*

*Inhaltliche Gliederung des Untersuchungsgegenstandes nach Beweisthemen und Untersuchungsabschnitten:*

#### I. Vergleichsabschluss und Task Force

*Aufklärung über alle Umstände und Erwägungen, die zum Abschluss des Vergleichs im Jahr 2007 betreffend das Kampfflugzeugsystem „Eurofighter Typhoon“ geführt haben, über seinen Inhalt und die sich daraus ergebenden Kosten und Auswirkungen, über Einflussnahmen auf und durch Entscheidungsträger und Spitzenrepräsentanten der Regierungsparteien in der XXIII. Gesetzgebungsperiode im Zusammenhang mit dem Vergleich mit der Eurofighter GmbH, insbesondere jener Einflussnahmen auf und durch Bundeskanzler Dr. Gusenbauer und den Bundesminister für Landesverteidigung und Sport Mag. Darabos, deren Kabinette und den in den von ihnen geleiteten Bundesministerien beschäftigten Personen, ob es dabei zu unzulässigen Zahlungsflüssen im Sinne des Punktes II. gekommen ist sowie über die Einrichtung und die Tätigkeit der Task Force „Luftraumüberwachungsflugzeug“ im BMLVS im Zeitraum des Untersuchungsgegenstandes.*

#### II. Unzulässige Zahlungsflüsse

*Aufklärung ob und gegebenenfalls in welcher Höhe von Verkäuferseite Kosten für Provisionen, Vermittlungsgebühren oder sonstige Zahlungen an Dritte in der Preisbildung berücksichtigt oder sonst dem Bund verrechnet wurden, auf welchen Wegen derartige Mittel verteilt und weiterverrechnet wurden, inwiefern dies der Käuferseite offen gelegt wurde, ob aus diesen Zahlungsflüssen Politiker, Amtsträger, Bedienstete oder Auftragnehmer des Bundes, der Länder oder anderer öffentlicher Körperschaften oder diesen jeweils nahestehende Personen Zahlungen, Provisionen oder sonstige Vorteile erhielten, ob dadurch gegen Gesetze, Ausschreibungsbedingungen oder Vertragsbedingungen oder sonstige Regelungen verstößen wurde, in welcher Höhe der Bund dadurch geschädigt wurde, und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, und zwar jeweils bezogen auf*

- a. die Teilnahme am Ausschreibungsverfahren und die Typenentscheidung,
- b. die Vertragsverhandlungen und den Abschluss des Kaufvertrags,
- c. die Vertragsverhandlungen und den Abschluss des Gegengeschäftsvertrags,
- d. die Vermittlung, den Abschluss, die Meldung und die Anrechnung von Gegengeschäften,

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- e. die Beendigung des Untersuchungsausschusses zur Beschaffung von Kampfflugzeugen, sowie die Erfüllung der Informationsvorlagepflichten gemäß Punkt IV.,
- f. die Zahlung der Kaufpreisraten,
- g. die Lieferung und Abnahme der Kampfflugzeuge,
- h. den Abschluss von Service- und Wartungsverträgen sowie die Lieferung von Ersatzteilen, und
- i. den laufenden Betrieb

betreffend das Kampfflugzeugsystem „Eurofighter Typhoon“.

### **III. Informationslage bei Vertragsabschluss**

*Aufklärung über die Informationslage und Entscheidungsgründe der Amtsträger und Bediensteten des Bundes betreffend die wesentlichen Inhalte des Kaufvertrages, insbesondere betreffend die Leistungsfähigkeit, den Preis, die Betriebs- und Wartungskosten und die Lieferfähigkeit der Verkäuferseite hinsichtlich des vertraglich vereinbarten Leistungsgegenstandes und welche Konsequenzen daraus gezogen wurden, und zwar*

- a. im Rahmen der Ausschreibung und Typenentscheidung
- b. im Rahmen der Verhandlungen über und den Abschluss des Kaufvertrages
- c. im Zeitpunkt der Leistung der vereinbarten Kaufpreiszahlungen
- d. im Rahmen der Vergleichsverhandlungen und bei Vergleichsabschluss im Jahr 2007 bei Abnahme der tatsächlich gelieferten Flugzeuge
- e. betreffend das Kampfflugzeugsystem „Eurofighter Typhoon“.

### **IV. Erfüllung von Vorlage- und Informationspflichten**

*Aufklärung, ob die damalige Bundesregierung dem Untersuchungsausschuss zur Untersuchung aller Abläufe und Entscheidungen im Zusammenhang mit dem Beschaffungsvorgang der Eurofighter-Kampfjets (1/GO XXIII. GP) in den Jahren 2006 und 2007 Informationen bzw. Akten vorenthielt. Der damalige Untersuchungsgegenstand lautete:*

- Aufklärung über sämtliche Vorbereitungshandlungen zur Vergabe, das Vergabeverfahren, durchgeführte Bewertungen sowie der Zuschlagserteilung samt Vortrag an den Ministerrat;
- Aufklärung über Änderung der Ausschreibung, die die Eurofighter begünstigt haben (Verzicht auf Zwischenlösung; Änderung der Lieferfristen; Ausscheidung bzw. Nichtberücksichtigung anderer Bieter, etc.);
- Aufklärung über die Begünstigung der Eurofighter durch die Wahl der Zahlungsvariante;
- Aufklärung über die Finanzierung, die Rolle der Bundesfinanzagentur und die Hintergründe der gewählten Vorgangsweise;
- Aufklärung über die tatsächliche Vertragsgestaltung aller Verträge zwischen dem BMLV, dem BMF, dem BMWA sowie sonstiger Bundesbehörden und der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH;
- Aufklärung über die tatsächliche Vertragsgestaltung aller Verträge zwischen dem BMLV und der Bundeswehr der Bundesrepublik Deutschland bzw. dem Bundesministerium der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland (BMVg) im Zusammenhang mit der Beschaffung der Eurofighter;
- Aufklärung über sonstige Verträge und Vereinbarungen;
- Aufklärung über die tatsächlichen Ausstiegskosten aus den Eurofighter Beschaffungsverträgen;
- Aufklärung über die vertraglich vereinbarten technischen Spezifikationen sowie Kostenfolgen von notwendig gewordenen Umrüstungen von bereits gelieferten

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*Kampfflugzeugen; Aufklärung über die tatsächliche Höhe der jährlichen Betriebskosten für den Einsatz von 18 Kampfflugzeugen;*

- *Aufklärung über die Gesamtkosten des Waffensystems Eurofighter für die geplante Lebensdauer (Life-cycle-costs);*
- *Aufklärung von Einflussnahmen auf und durch Entscheidungsträger und Spitzenrepräsentanten der Regierungsparteien in der XXI. und XXII. Gesetzgebungsperiode im Zusammenhang mit der Beschaffung der Eurofighter, insbesondere jener Einflussnahmen auf und durch Bundeskanzler Schüssel, die VizekanzlerInnen aD Riess-Passer und Haupt, den Bundesminister für Finanzen Grasser, den Bundesminister für Wirtschaft Bartenstein, den Bundesminister für Landesverteidigung Platter sowie den Bundesminister für Landesverteidigung aD Scheibner, deren Kabinette und den in den von ihnen geleiteten Bundesministerien beschäftigten Personen;*
- *Aufklärung der Rolle von Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung im Zusammenhang mit der Beschaffung der Eurofighter;*
- *Aufklärung der Rolle von parteinahen Firmen, insbesondere der „100% Communications PR-Agentur GmbH“;*
- *Aufklärung über die Tätigkeit von bezahlten Lobbyisten der Firma Eurofighter im Verlauf des Beschaffungsvorganges;*
- *Aufklärung des Vorwurfs der Verfolgung von „wirtschaftlichen (Eigen-)interessen“ von politischen Parteien und persönlichen Interessen von Regierungsmitgliedern und sonstigen Repräsentanten der Regierungsparteien im Zuge der Beschaffung der Eurofighter;*
- *Aufklärung über die Vorgänge rund um die Ministerratsentscheidung am 2. Juli 2002 hinsichtlich der Meinungsbildung der Mitglieder der Bundesregierung, insbesonders von Bundesminister Grasser, Bundesminister Scheibner und Bundeskanzler Schüssel;*
- *Aufklärung über die behaupteten, angebahnten oder realisierten Kompensationsgeschäfte sowie deren Einfluss auf die Kaufentscheidung;*
- *Aufklärung hinsichtlich der Reduktion der Kampfflugzeugstückzahl von 24 Geräten auf 18 unter Nichteinhaltung des selbst gewählten Vergabeverfahrens;*
- *Aufklärung über die durch die Bundesregierung vorgenommene Anmietung von Kampfflugzeugen zur Überbrückung des Zeitraumes bis zur Eurofighter Auslieferung;*
- *Untersuchung der rechtlichen und politischen Verantwortlichkeit im Zusammenhang mit den genannten Sachverhalten.*

Wegen der vorgezogenen Nationalratswahl am 15. Oktober 2017 musste der Untersuchungsausschuss die Beweisaufnahme vorzeitig beenden. Entgegen des ursprünglich vorgesehenen Fahrplanes wurde daher zwischen dem 31. Mai und 13. Juli 2017 nicht nur das Beweisthema I, sondern auch das Beweisthema II behandelt. Während das Beweisthema I zügig abgehandelt wurde, konnte das Beweisthema II nur zum Teil behandelt werden. Die Beweisthemen III. und IV blieben unerledigt.

## 0.2. ZUR ARBEIT DES AUSSCHUSSES

---

### Vorlage von Akten und Unterlagen

Im Allgemeinen verliefen die Aktenlieferungen aus den meisten der im grundsätzlichen Beweisbeschluss aufgeforderten Organe reibungslos. Probleme gab es jedoch hinsichtlich der Einstufung der Akten. Durch die häufige vertrauliche Klassifizierung von Akten als „vertraulich“ wurde die Arbeit des Untersuchungsausschusses erheblich erschwert. Es bedurfte in einigen Fällen gemeinsame Anstrengungen der Ausschussmitglieder, um die Aktenvertraulichkeit zu entfernen oder zumindest herabzustufen.

Positiv hervorzuheben ist das BMLVS, das zeitnah und umfassend ohne unnötige Beschränkungen Akten an den Ausschuss lieferte.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Im Gegensatz dazu legte das BMJ, wie auch vom Verfahrensrichter angemerkt, sein Recht auf Aktenklassifizierung sehr weit aus und erschwerte die Arbeit des Ausschusses damit unnötig. Besonders der Versuch mit dem BMJ eine Konsultationsvereinbarung zur „Rücksichtnahme auf die Tätigkeit der Strafverfolgungsbehörden“ zu treffen, gestaltete sich sehr beschwerlich und blieb letztlich unbeendet.

Der Rechnungshof legte dem Untersuchungsausschuss Akten vor, die zunächst alle als vertraulich eingestuft wurden und somit nicht ohne weiteres für die Arbeit im Untersuchungsausschuss verwendet werden konnten. Erst nach Protest durch die Vorsitzende des Rechnungshofausschusses Gabriela Moser wurde die Klassifizierung einiger Akten herabgestuft.

### Arbeitsweise

Es ist anzumerken, dass sich die neue Verfahrensordnung bewährte, da sie insbesondere die Effizienz der Arbeit im Untersuchungsausschuss steigerte. Es wurde ein straffer Ablauf des Ausschusses beschlossen, wodurch die Beweisthemen jeweils sehr effektiv und zeitsparend abgearbeitet werden konnten. Dank der professionellen Arbeit der Parlamentsdirektion war der Ausschuss in der Lage, auch trotz des vorgezogenen Wahltermins bis zu seinem Ende einen ergebnisorientierten und konzentrierten Arbeitsablauf aufrechterhalten.

## 0.3. UNSCHULDSVERMUTUNG

Da es zu mehreren Beweisthemen erforderlich war auch Umstände und Sachverhalte zu untersuchen, welche Gegenstand laufender Gerichtsverfahren sind, ist zu bemerken, dass die Feststellungen des Untersuchungsausschusses den Ausgang dieser Gerichtsverfahren nicht präjudizieren können und sollen. Die Beschränkung auf die von den Ministerien und anderen Institutionen vorgelegten Akten, die notwendige Mehrheitsfindung für Beschlüsse über Beweisaufnahmen, fehlende „Parteirechte“ der betroffenen Personen und viele weitere Umstände können dazu führen, dass eine Beurteilung von Sachverhalten durch den Untersuchungsausschuss zu anderen Ergebnissen führen kann als ein Verfahren vor einem Gericht. Letztlich hat der Untersuchungsausschuss auch eine andere Funktion als ein Gericht, nämlich die Klärung politischer Verantwortung und systematischer Missstände in der Verwaltung.

Sofern daher Personen durch Feststellungen des Ausschusses in Verdacht der Beteiligung an strafbaren Handlungen geraten sollten, wären diese Umstände durch die Strafverfolgungsbehörden zu prüfen, es darf daraus jedoch keine „Vorverurteilung“ dieser Personen abgeleitet werden.

# 1. VERGLEICHSABSCHLUSS UND TASK FORCE

## 1.1. DIE NICHTEINBEZIEHUNG DER FINANZPROKURATUR

Für die rechtliche Vertretung der Republik bei den Vergleichsverhandlungen gab es eigentlich nur eine Wahl: Dr. Wolfgang Peschorn, den Anwalt der Republik. Als Präsident der Finanzprokuratur hatte er schon in anderen großen Fällen gezeigt, dass er sich in kurzer Zeit in schwierige Sachverhalte einarbeiten und daraus starke Positionen für die Republik entwickeln kann.

Aber es gab eine Alternative: einen „reinen Juristen“. Mit Hilfe seines Anwalts und Geschäftspartners Leopold Specht fand ihn Gusenbauer: den pensionierten Universitätsprofessor Koziol.

Kabinettschef Kammerhofer teilte dies 2007 dem damaligen Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses Pilz telefonisch mit:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Ich erinnere Sie jetzt einmal an etwas.  
*(Auskunfts person Kammerhofer: Ja!)* – Wir haben in dieser Zeit sehr oft miteinander gesprochen, Sie als Kabinettschef, ich als Ausschussvorsitzender. Ende Jänner haben Sie mich angerufen und mir gesagt – ich gebe es jetzt so ungefähr wieder -: Du, entschuldige, da ist ein Blödsinn passiert, wir müssen den Koziol nehmen, der Rechtsanwalt Specht hat uns mitgeteilt, dass der für uns als Gutachter tätig sein soll. [...]<sup>1</sup>

Peschorn wurde im März 2007 vom Verteidigungsministerium beauftragt.<sup>2</sup> Zu diesem Zeitpunkt waren die Werkvertragsentwürfe für Koziol und Specht schon vorbereitet.<sup>3</sup> Aber Peschorn war notwendig für Darabos und Jeloschek. Er sollte der offizielle Verhandlungsleiter werden, der Grund dafür ist einleuchtend:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Am 5.4. [...] Jeloschek teilt Ihnen mit, dass Sie mit der Verhandlungsführung beauftragt werden – schon wieder einmal –, und erklärt, dieses Einschreiten sei notwendig geworden, weil sowohl der Herr Bundesminister als auch Jeloschek für Anfang Mai vor den Untersuchungsausschuss geladen worden seien und nicht der Eindruck entstehen soll, dass sie die Verhandlungen leiten.

Können Sie sich an das erinnern?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich glaube, das habe ich notiert, und das war so, aber das ist jetzt -- So ist es, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, aber jetzt allen Ernstes: Da weiß der Verteidigungsminister, er wird in den Untersuchungsausschuss als Auskunfts person geladen. Dann sagt er: Ah, damit keiner draufkommt, dass ich die Verhandlungen führe, tun wir jetzt so, als wäre Dr. Peschorn Verhandlungsleiter, dann kann ich im Untersuchungsausschuss sagen, ich bin ja gar nicht der Verhandlungsleiter!, obwohl Darabos zu dem Zeitpunkt gewusst hat, dass er de facto längst die Verhandlungen selbst, persönlich führt.

Deckt sich das mit Ihrem Wissensstand?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Soweit es Wissen ist, deckt sich das. Die Schlussfolgerung – bei allem Respekt – teile ich nicht, denn es macht natürlich – und es gibt ja einige Rechtsanwälte hier im Raum – durchaus Sinn, dass man einmal seinen Anwalt in solchen Phasen verhandeln lässt. Und ich glaube – und das steht mir hoffentlich auch zu als Wähler –, aus Respekt vor dem

<sup>1</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 31.

<sup>2</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 29.

<sup>3</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Untersuchungsausschuss wäre es vielleicht auch gar nicht so vorteilhaft gewesen, hätte er gleich diese Gespräche geführt.

Aber nochmals: Das war der 5.4., und später ist ja doch etwas anderes passiert.<sup>4</sup>

Peschorn machte sich sogleich an die Arbeit - unter Hochdruck. Vier Tage nach seiner Beauftragung hatte er bereits ein Argumentationspapier für den Ausstieg aus dem Vertrag erstellt, das durchwegs auf Zustimmung stieß:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Nun, als die Finanzprokuratur vom Bundesministerium für Landesverteidigung im März 2007 beauftragt wurde, hier einzuschreiten, haben wir ja sehr rasch innerhalb von vier Tagen ein Argumentationspapier vorgelegt, das auch Ihnen vorliegt, und in diesem dargelegt, dass natürlich bestimmte Momente für die Republik Österreich vorhanden sind, die man entweder für einen Rücktritt – wenn man weiter den Sachverhalt zu erheben und anzureichern versucht – oder zumindest für eine Vereinbarung oder, wenn man will, für einen Vergleich nutzen kann, der die Republik Österreich am Ende des Tages besserstellt.<sup>5</sup>

Peschorn hatte eine klare Vorstellung, wie man sich auf die ersten Verhandlungen vorbereiten sollte:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Nochmals: Der 13. März 2007 markiert das Tätigwerden der Finanzprokuratur in dieser Sache, und Ziel und Auftrag war, zunächst einmal eine Entscheidungsfindung umfassend vorzubereiten. Dazu ist es, wie ich schon gesagt habe, notwendig, dass man einmal Ansatzpunkte für ein juristisches Tätigwerden findet, Überlegungen anstellt, Sachverhalte erhebt und die einmal in ein Gesamtkonzept bringt. Der erste Schritt war unser Argumentationspapier, das wir sehr rasch gemacht haben, auf das wir dann mit dem Okay des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport diese Informationsgespräche draufgesetzt haben, um von uns als entscheidende juristische Punkte erkannte Umstände zu hinterfragen.<sup>6</sup>

Die im Argumentationspapier festgestellten Ansatzpunkte für einen Vertragsausstieg sollten abgearbeitet werden. Soweit kam es aber nicht mehr – Ziel war plötzlich nicht mehr der Ausstieg vom Vertrag, sondern ein Vergleich. Ohne Peschorn:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Der Rat war -- Und das war sehr rasch, wir sind Mitte März beauftragt worden, und wir haben innerhalb von wenigen Tagen, innerhalb von drei Tagen, einmal ein sogenanntes Argumentationspapier erstellt, das sich in den Unterlagen findet. (*Verfahrensrichter Rohrer: Kenne ich, ja!*) Und da sind einmal die groben Pflöcke möglicher Szenarien eingeschlagen worden.

Der weitere Rat war: Und jetzt arbeiten wir diese Dinge ab, um dann dazu zu kommen, dass man bestimmte Überlegungen möglicherweise ausscheiden muss, und dass bestimmte Überlegungen rechtlich fundiert nachvollzogen werden können, aber wirtschaftlich genauso hinterfragt werden müssen. Was hat das dann für Auswirkungen? Und das war unser Rat. Zu einem weitergehenden Rat sind wir letztendlich, weil es ja nicht in Vergleichsgespräche, wo wir dabei waren, gemündet hat, nicht gekommen.<sup>7</sup>

Denn rasch wurde klar, dass die Vergleichsgespräche ohne Peschorn geführt wurden. Peschorn, der weiterhin den Ausstieg verfolgte, fuhr im April zweimal als Leiter des Verhandlungsteams mit Blind und Wyslouzil nach Salzburg, um dort mit MitarbeiterInnen von EADS erste Gespräche zu führen.

<sup>4</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38.

<sup>5</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5-6.

<sup>6</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 29.

<sup>7</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 9.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Im gleichen Monat führten Darabos und Eurofighter-Chef Rauen bereits persönliche Gespräche. Der Ausstieg aus dem Vertrag war kein Thema. Ab Mai waren auch Koziol und Rauens Rechtsvertreter Lukas dabei. Es waren konkrete Vergleichsverhandlungen. Das erfuhr Peschorn allerdings erst sehr viel später:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** [...] Ist es passiert, dass auf Ihre Dienste zu einem Zeitpunkt nicht mehr Wert gelegt wurde?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] letztendlich ist im Mai 2007 offenkundig geworden, dass es auch andere Gesprächsebenen gegeben hat, und auf Drängen ist dann im Juni 2007, in der zweiten Junihälfte 2007, klar geworden, dass auch sogenannte Vergleichsgespräche stattgefunden haben, ohne Beziehung der Finanzprokuratur und meiner Person.<sup>8</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das war wann?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Im Juni, am 24. oder 25. Juni.<sup>9</sup>

Erst im Juni wurde Peschorn klar, dass es schon lange eine Einigung gab. Bis dahin ließ man ihn im Unwissen. Im Mai führte er noch „pro-forma Verhandlungen“, die Eurofighter-Chef Rauen allerdings bereits auf die Nerven gingen.<sup>10</sup> Zunächst wurde ihm nur mitgeteilt, dass Eurofighter seine Teilnahme an den Verhandlungen nicht weiter wünsche:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Jene Gespräche, an denen wir teilgenommen haben, und die ich auch geleitet habe, waren solche, wo wir versucht haben, auf entscheidende Fragestellungen, die aus unserer Sicht rechtliche Relevanz hatten, für die eine oder andere Vorgehensweise, von unserem Vertragspartner Antworten zu bekommen. Diese haben letztendlich am 25. – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – Mai 2007 geendet<sup>11</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Dann kommen wir zu dem Punkt, wo Ihnen mitgeteilt wird, dass Sie eigentlich nicht mehr der Verhandlungsführer sind. Wer hat Ihnen das mitgeteilt?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Als ich von den sogenannten Parallelgesprächen erfahren habe – das war, glaube ich, Ende April oder Ende Mai –, gab es ein Telefonat mit dem Herrn Kabinettschef Kammerhofer. Da ging es um diese Gespräche, die ich geführt habe – führend –, um bestimmte Fragen, die für uns rechtlich relevant waren. [...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Jetzt möchte ich von Ihnen wissen: Wer hat Sie darüber informiert? Und: Hat Ihnen eine dieser Personen bei einer dieser Gelegenheiten gesagt, dass das explizit ein Wunsch von Eurofighter gewesen sei?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Zum Punkt 1, wo ich gesagt habe, Beendigung meiner führenden Rolle bei diesen Aufklärungsgesprächen: Das war Kabinettschef Kammerhofer.

[...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist Ihnen bei einer dieser Gelegenheiten mitgeteilt worden, dass es ein Wunsch von Eurofighter war, dass Sie nicht diese Funktion innehaben?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Bei dem ersten Ereignis ist mir das mitgeteilt worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das genauer schildern?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Es war ein unaufgeregtes Telefonat, wo man zur Kenntnis nehmen muss, dass einem halt gesagt worden ist, bitte, Eurofighter möchte nicht mehr mit mir diese Gespräche führen – so.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das hat Ihnen Herr Kammerhofer gesagt?

*(Auskunfts person Peschorn: Genau, der Kabinettschef Kammerhofer!)* Eurofighter möchte nicht mehr mit Ihnen diese Gespräche führen?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich kann jetzt die Diktion natürlich nicht zehn Jahre lang aufrechterhalten. *(Abg. Pilz: Na, der Rechnungshof wiederholt das ja!)* – Ja, das mag schon sein,

<sup>8</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 6.

<sup>9</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 18.

<sup>10</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

<sup>11</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 6.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

aber - - Dem Sinn nach ist das so richtig.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat Ihnen Herr Kammerhofer mitgeteilt, wer diesen Eurofighter-Wunsch dem Kabinett gegenüber formuliert hat?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich glaube mich daran zu erinnern, das war der Herr CEO Rauen. Er hat das gegenüber den Herren Bundesminister angeblich gesagt. Aber das sind alles keine eigenen Wahrnehmungen, daher muss man da vorsichtig sein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir müssen das in weiteren Befragungen klären. Ich gehe auch davon aus, dass Rauen zu Darabos gesagt hat: Es ist der dringende Wunsch von Eurofighter, dass Dr. Peschorn nicht mehr Verhandlungsleiter ist beziehungsweise an den Verhandlungen teilnimmt, und Kabinettschef Kammerhofer teilt es Herrn Dr. Peschorn fernmündlich mit. Ist das eine taugliche Zusammenfassung? (*Auskunfts person Peschorn: Ja, tauglich!*) – Okay, das ist jetzt der Punkt.<sup>12</sup>

Noch im Mai wurde der erste Vergleich im Gartenhotel Altmannsdorf geschlossen und von Darabos, Koziol, Rauen und Lukas unterzeichnet. Ein paar Wochen später der zweite Vergleich. Darabos zufolge war die Finanzprokuratur ausreichend einbezogen:

**Mag. Norbert Darabos:** Ich bin nicht blank in die Verhandlungen gegangen. Sie wissen ja – das haben Sie selbst jetzt angesprochen –, dass es eine Ausformung dieses Vergleichs gibt, dem die Finanzprokuratur nicht nur zugestimmt hat, sondern den sie auch mitausverhandelt hat und auch so ausformuliert hat. Ich will das nicht als Blankoschein werten, aber es ist doch so, dass die Finanzprokuratur zu diesem Vergleich steht oder gestanden ist und diesen Vergleich auch mitträgt.<sup>13</sup>

Ganz anders schilderte dies Peschorn bei seiner ersten Einvernahme im Untersuchungsausschuss. Noch vehemente widersprach er Darabos bei seiner zweiten Einvernahme:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Also, erstens einmal: Ich habe dann die sogenannte Vergleichspunktion ausgehändigt bekommen. Ich habe allerdings bis heute keine Aufklärung über die damit in Zusammenhang stehenden wesentlichen Überlegungen von jenen Personen erhalten, die diese Gespräche angeblich geführt haben. Wenn man diese Vergleichspunktion ansieht, dann gibt es da einige Punkte, die hinterfragungswürdig sind, deswegen, weil sie die eine oder die andere Interpretation zulassen.<sup>14</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Erstens, die Finanzprokuratur war weder in den Vergleich eingebunden, noch in die Verhandlung, in die strategischen Überlegungen und in die Berechnungen, und zweitens, ich war nicht – und die Finanzprokuratur auch nicht – in Detailvereinbarungen eingebunden, außer Sie verstehen unter „einbinden“, dass man punktuell und sehr ausgewählt von Dingen nachträglich informiert wird, und man sich sozusagen dann ein Plazet, also eine Zustimmung zu etwas, abholt.  
[...] weil Herr Universitätsprofessor Koziol, der, wie wir jetzt wissen, der Berater bei diesen Verhandlungen war, schlicht und ergreifend dazu keine Auskunft auf die Fragen gegeben hat: Was wurde verhandelt, wie setzt sich die Reduktion zusammen, aus welchen Gründen wurden bestimmte Teile abbestellt und insbesondere – wie ich schon bei meiner ersten Einvernahme angegeben habe – was sind die Liefertermine?  
Es wundert daher auch nicht, dass ich kurze Zeit nach meiner Beziehung aufgrund von Differenzen vonseiten des BMLVS wieder aus dem Verhandlungsteam abgezogen worden bin. Ich habe daher mit dieser Detailvereinbarung, wenn Sie so wollen, nichts am Hut. Ich habe sie nicht verhandelt, ja, und ich hätte sie auch so nicht abgeschlossen.<sup>15</sup>

<sup>12</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 21-22.

<sup>13</sup> 411/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 42.

<sup>14</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 9.

<sup>15</sup> 420/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 4.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Darabos nach wie vor die Einbeziehung der Finanzprokuratur vorgab. Denn der Rechnungshof hatte diese bereits 2008 festgestellt:

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Wir haben dazu Folgendes festgehalten: Wir haben auf die Bestimmung des Prokuratorgesetzes verwiesen und darauf, in welchen Fällen sich eine Verpflichtung ergibt, die Finanzprokuratur einzubinden, und da steht, der Bund habe sich im Falle eines Rechtsstreites vor einem ordentlichen Gericht der Finanzprokuratur zu bedienen, in allen anderen Fällen gebe es keine vergleichbare Verpflichtung.

Die Einbindung sozusagen des Anwalts der Republik in einen so maßgeblichen Prozess schien uns zweckmäßig zu sein – ja! –, allerdings war er nicht während des ganzen Ablaufes eingebunden, sondern nur bis April 2007, und bei den maßgeblichen

Vergleichsverhandlungen war er nicht mehr eingebunden, daran nahm er nicht mehr teil, sondern an diesen Verhandlungen nahmen aufseiten der Republik Österreich ausschließlich der Herr Bundesminister für Landesverteidigung und sein beigezogener externer Experte teil.

**Abgeordnete Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA (SPÖ):** Durch welche Unterlagen ist Ihnen das bekannt geworden oder haben Sie das feststellen können?

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Das haben wir im Rahmen von Fragebögen, die wir an die geprüfte Stelle und auch an Professor Koziol versendet haben, abgefragt.

**Abgeordnete Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA (SPÖ):** Ist es grundsätzlich üblich, dass die Finanzprokuratur, geschweige denn der Präsident – ich meine, es war ja nicht irgendjemand dabei, es war ja der Präsident der Finanzprokuratur so intensiv eingebunden –, als offizieller Verhandlungsleiter für die Republik eingesetzt wird? Also meines Erachtens, was ich eben aus Ihrem Rechnungshofbericht herausgelesen habe, ist die Vertretung der Republik vor Gericht die eigentliche Aufgabe und nicht die Einbindung in Verhandlungen. Warum hat man das Ganze gemacht? War es nicht unüblich? Oder gibt es vergleichbare Beispiele?

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Dazu darf ich wieder auf das Prokuratorgesetz verweisen, in dem ja auch drinsteht, dass die Finanzprokuratur den Bund in Rechtsangelegenheiten zu beraten hat.

**Abgeordnete Daniela Holzinger-Vogtenhuber, BA (SPÖ):** Zu beraten, ja. Sind Ihnen andere Beschaffungsvorgänge des Bundes bekannt, bei denen die Finanzprokuratur und besonders der Präsident der Finanzprokuratur so intensiv in Verhandlungen von Anfang bis Ende eingebunden war?

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Wir haben auf jeden Fall gesehen, dass der Präsident der Finanzprokuratur bereits beim vorigen Ablauf der Eurofighter-Beschaffung eingebunden war. Auch dazu haben wir Ihnen die Unterlagen übermittelt. Es gab da zum Beispiel Gutachten hinsichtlich der Stückzahlreduktion von 24 auf 18 Stück.

Wir haben im Zuge der Follow-up-Überprüfung auch gesehen, dass auch da der Präsident der Finanzprokuratur immer wieder zu Fragestellungen im Zusammenhang mit der Vertragsanpassung aufgrund des Vergleichs eingebunden wurde.<sup>16</sup>

Auch dem Finanzministerium war kein vergleichbarer Vorgang bekannt:

**Mag. Wilhelm Molterer:** Mir ist ein vergleichbarer Vorgang nicht bekannt, denn die Finanzprokuratur muss ja nicht anwaltlich beauftragt werden, es kann ja auch jemand anderer beauftragt werden. Meine Erfahrung war aber, wenn die Finanzprokuratur beauftragt war, ist sie immer bis zum Ende eines Verfahrens dabei gewesen.<sup>17</sup>

Der Ausschluss von Peschorn wurde von Koziol damit begründet, dass sich Peschorn zu sehr mit den Korruptionsvorwürfen und zu wenig mit dem Vertrag selbst beschäftigt hätte:

<sup>16</sup> 406/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 10-11.

<sup>17</sup> 414/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 18.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Helmuth Kozioł:** Ich weiß nicht, wofür Peschorn offizieller Verhandlungsleiter war, denn es war so: Als ich im Verteidigungsministerium sozusagen aufgetaucht bin, habe ich selbstverständlich mit Herrn Peschorn gesprochen, weil mir gesagt wurde, dass er damit betraut ist. Wir haben zunächst auch Gespräche geführt, das hat allerdings dann wegen der Dringlichkeit und des Umfangs der Arbeiten aufgehört, weil Peschorn sich bis dahin mit den Korruptionsvorwürfen zwar intensiver beschäftigt hat, nicht aber mit den sonstigen Teilen des Vertrages, und die sonstigen Teile des Vertrages habe dann ich mit zwei jüngeren Kollegen bearbeitet.<sup>18</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] ich lese vor [Aussage von Kozioł]: „dass Peschorn sich bisher auf die Korruptionsfragen konzentriert hat und die anderen Vertragsteile noch nicht genau durchgesehen hat, sodass da die Zusammenarbeit dann bezüglich dieser anderen Teile aufgehört hat, das war unter dem Zeitdruck nicht möglich, dass man sich da dauernd abstimmt.“

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Das ist mir unverständlich, wie ich schon gesagt habe. Ich habe naturgemäß begonnen, mich im März mit Frau Dr. Faller, Präsidialanwältin bei mir, sehr rasch in den Vertrag einzuarbeiten, sonst wären wir nicht in der Lage gewesen, ein, glaube ich, schlüssiges und nachvollziehbares Argumentationspapier in diesen drei Tagen zu verfassen. Ich habe von den Korruptionsvorwürfen, die möglicherweise einen Ausstiegsground hätten bilden können, erst viel später erfahren, und habe mich mit diesen zum damaligen Zeitpunkt, im gesamten Jahr 2007, überhaupt nicht beschäftigt, erst später, in der neuen Taskforce. [...].<sup>19</sup>

Im Zuge des Untersuchungsausschusses kam vielmehr der Eindruck auf, dass sich Kozioł zu wenig mit den Korruptionsvorwürfen auseinandergesetzt hatte, denn die Causa Wolf könnte durchaus wieder Gegenstand staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen werden:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Sehen Sie jetzt in den Zahlungen von Steininger an das Unternehmerpaar Wolf einen Ausstiegsground? – Da gibt es einen Streitpunkt mit Kozioł.

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich bitte Sie, im Hinblick darauf, dass das natürlich auch noch ein Thema für unsere Auseinandersetzung, Strafanzeige mit Eurofighter beziehungsweise Airbus ist, kann ich hierzu jetzt keine Stellungnahme abgeben, aber grundsätzlich ist es natürlich eine denkbare Verletzung der Verhaltensregeln, die Teil des Vertrages V1/V2 im Jahr 2003 geworden sind.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Insofern dürften Sie sich auch der Meinung der Universitätsprofessoren Mayer und Kletečka anschließen, die ja ebenfalls in diesen Zahlungen laut Vertragsanhang 8A einen Ausstiegsground sehen. Das ist jetzt nur eine Feststellung meinerseits.<sup>20</sup>

Aus der Summe der Feststellungen dieses Untersuchungsausschusses ergibt sich, dass die Einbeziehung der Finanzprokuratur dringend notwendig gewesen wäre, um die bestmögliche Vertretung der Rechtsposition der Republik Österreich sicherzustellen.

Es wird daher insbesondere empfohlen, das Finanzprokuraturgesetz dahingehend zu ändern, dass die Finanzprokuratur bei allen Vertragsverhandlungen größeren Umfangs beigezogen werden muss:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Herr Dr. Peschorn, Sie haben uns ja klar dargelegt, erstens, dass der Vorschlag, Strategie zu entwickeln, der von Ihnen kam, verworfen wurde; zweitens, dass Ihr Argumentationspapier nicht Gegenstand oder Leitlinie der Verhandlung war; drittens, dass keine Bewertung der Tranche 1 erfolgte und insofern die Verhandlungsposition Tausch 1er statt 2er nicht nachvollziehbar war; und viertens, dass ein

<sup>18</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 15.

<sup>19</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 11.

<sup>20</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 10-11.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

versierter Vertragsjurist bei den Verhandlungen fehlte – Koziol war Haftungsspezialist. Sie haben uns auch gesagt, dass ein Verstoß gegen die Dokumentationspflicht vonseiten des Ministers vorliegt. Es muss dokumentiert werden! Seine Besprechungen, das ist mehr oder weniger in seinem Bereich. (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*) Und fünftens: Sie haben uns auch noch gesagt, dass an sich die Finanzprokuratur als Anwalt der Republik bei Verhandlungen beigezogen werden sollte.

Meine Frage: Sollten wir nicht das Finanzprokuraturgesetz ändern, damit sich solche Vorfälle, die ich jetzt aufgezählt habe, nicht mehr wiederholen können aufgrund dessen, dass die Finanzprokuratur seriöserweise bei allen Vertragsverhandlungen größeren Umfangs beigezogen wird, in diesen Perspektiven: Strategie, Argumentation, Verstoß et cetera?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich schaue den Verfahrensanwalt an. – Ich bedanke mich natürlich für Ihre Frage. Aber ich glaube, man muss auch hier sehr klar sehen, dass in diesem Zusammenhang eigentlich das Wichtigste für die Republik nicht das Schicksal der Finanzprokuratur ist, sondern das sind (*Abg. Moser: Die Steuerzahler!*) – ja, ja, – die Menschen, und da gibt es viele in diesem Staat; das ist der kleine Finanzbeamte genauso wie der Polizist oder wie ein politischer Mandatar, der vor Repressionen geschützt werden soll, wenn er einen Auftrag, einen gesetzlichen Auftrag verfolgt. Das ist es. – Das ist jetzt losgelöst vom Untersuchungsgegenstand gesagt.

Mit Abstand freuen wir uns jedes Mal als Finanzprokuratur, wenn wir einen Beitrag dazu leisten können und wenn man uns vor manchen Repressionen, die auch manchmal passieren, schützt.<sup>21</sup>

<sup>21</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 45.

## 1.2. KOZIOL: DER EXPERTE

### 1.2.1. Gusenbauer-Berater Specht empfiehlt Koziol

Ende 2006 lud Gusenbauer Koziol ein, als Gutachter für die Bundesregierung tätig zu werden. Bei mehreren Treffen in Büros und bereits im Kanzleramt wurden mit Specht Details besprochen. Specht empfahl Gusenbauer Koziol als Gutachter zu nehmen, Gusenbauer empfahl ihn weiter an Darabos. Eine Feststellung, die sich der Untersuchungsausschuss erst erarbeiten musste:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aufgrund welcher Empfehlung haben Sie Herrn Professor Koziol bestellt?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich glaube, aufgrund der Empfehlung, auch durchaus des Finanzprokuratorchefs Peschorn [...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es da eine Empfehlung von Rechtsanwalt Specht gegeben?

**Mag. Norbert Darabos:** Nein.<sup>22</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie die Bestellung von Koziol mit anderen Regierungsmitgliedern besprochen?

**Mag. Norbert Darabos:** Nein, das ist in meiner Ressortverantwortung gelegen.<sup>23</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Eine konkrete Frage dazu, da Minister Darabos und Ex-Bundeskanzler Gusenbauer behaupteten, Koziol sei Ihre Idee gewesen: Haben Sie Koziol diesen zwei Herrschaften vorgeschlagen?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Nein. Ich sage noch einmal: Als es den ersten Kontakt mit Kabinettschef Kammerhofer und Dipl.-Ing. Jeloschek gab, im März, ist kurze Zeit später uns – Frau Dr. Faller und mir – gegenüber die Idee geäußert worden, den Herrn Universitätsprofessor Koziol zu mandatieren, und zwar für eine ausgewählte Gutachtenserstellung zu ausgewählten Fragen, und dem habe ich mich grundsätzlich nicht verschlossen. [...] Ich habe zu diesem Zeitpunkt und auch nachher, bis heute – ich habe das erst jetzt aus den Medien erfahren –, nicht gewusst, dass offensichtlich Herr Professor Koziol schon vorher angesprochen worden war und ich habe auch keine diesbezügliche Mandatierung formuliert, sondern, was ich getan habe, und das ist auch in meinen Akten: erst später auf Drängen der beiden angesprochenen Herren des BMLV eine Wohlmeinung abzugeben, dass genau für diesen Fall, den ich vorhin geschildert habe – nämlich für ausgewählte juristische Fragestellungen –, eine akademische Expertise angemessen ist, um sich mit dieser zusätzlich für Gespräche mit Eurofighter respektive EADS zu wappnen. Über Verhandlungen, wie Ausfall und so weiter, habe ich weder eine Stellungnahme abgegeben noch die befürwortet.<sup>24</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie eigentlich gefragt, wer an Sie herangetreten ist.

**Dr. Helmuth Koziol:** Da wurde von Gusenbauer an mich herangetreten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also Dr. Gusenbauer hat Sie gefragt, ob Sie bereit wären, ein Gutachten zu erstellen.

**Dr. Helmuth Koziol:** Allenfalls für die Regierung, ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, und wie hat er das im Detail argumentiert, wozu dieses Gutachten gebraucht wird?

**Dr. Helmuth Koziol:** Das Gutachten war – so wurde mir gesagt – als eine Basis für die Vollziehung des Nationalratsentschlusses zu einem Ausstieg gedacht und sonst als eine objektive Basis für die Verhandlungen mit Eurofighter.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wann und wo haben Sie sich dazu mit Dr. Gusenbauer

<sup>22</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 18.

<sup>23</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 19.

<sup>24</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 10.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

getroffen?

**Dr. Helmuth Koziol:** Wann? – Das muss Ende 2016 gewesen sein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** 2006 meinen Sie. (*Auskunfts person Koziol: 2006, ja, ja!*) Und wo?

**Dr. Helmuth Koziol:** Das weiß ich nicht mehr. Es war irgendwo am Kai, glaube ich, aber das weiß ich nicht mehr. [...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War sonst noch jemand bei diesem Gespräch dabei?

**Dr. Helmuth Koziol:** Es war einmal Dr. Specht dabei (*Abg. Pilz: Ja!*), ein zweites Mal, glaube ich, niemand.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wie viele dieser Treffen hat es gegeben?

(*Auskunfts person Koziol: Bitte?*) – Wie viele dieser Treffen mit Dr. Gusenbauer hat es gegeben?

**Dr. Helmuth Koziol:** Mit Gusenbauer habe ich zwei oder drei gehabt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, er hat Sie nicht nur gefragt, denn das kann man in einem Treffen erledigen, sondern können Sie schildern, was Sie da alles genau und möglichst auch bei welchem Treffen mit Dr. Gusenbauer und auch mit seinem Anwalt, Herrn Specht, besprochen haben?

**Dr. Helmuth Koziol:** Es ist im Wesentlichen um das Anliegen des Gutachtens gegangen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber haben Sie sich nicht gefragt, warum der künftige Bundeskanzler und nicht der Verteidigungsminister mit Ihnen die Frage Eurofighter-Ausstieg bespricht?

**Dr. Helmuth Koziol:** Wenn das eine Angelegenheit der Regierung sein sollte, dann ist es, glaube ich, nicht unerwartet, wenn der Bundeskanzler das mit einem vereinbaren will.

[...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wie ist das dann weitergegangen?

**Dr. Helmuth Koziol:** Da hat sich dann lange nichts getan, bis ich dann gehört habe, dass von der Regierung also kein Gutachten vergeben wird, und dann hat mich der Bundesminister im April gebeten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Im April? – Es hat ja bereits lang vorher Vertragsentwürfe und Ähnliches gegeben.

**Dr. Helmuth Koziol:** Für meine Betrauung? (*Abg. Pilz: Ja!*) – Nein, also meines Wissens bin ich im April betraut worden, nicht vorher.<sup>25</sup>

**Dr. Alfred Gusenbauer:** [...] Und es ist richtig, dass ich dem Verteidigungsminister vorgeschlagen habe, Professor Koziol zu nehmen, weil ich ihn schon als unabhängigen Gutachter für die Gesamtheit der Bundesregierung vorgesehen hatte.<sup>26</sup>

Der Werkvertragsentwurf für Koziol lag, wie wir aus den Akten erfahren haben, jedenfalls schon am 7. März 2007 – somit noch vor der Beauftragung der Finanzprokuratur - vor.<sup>27</sup>

Weder Koziol, noch Darabos und Gusenbauer konnten Mitbewerber für diesen – wie sich in Folge herausstellt – bedeutsamen Posten benennen. Laut Darabos sei er der Beste gewesen, einen Zweitbesten wollte er zunächst, und konnte er nach Rüge durch den Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses nicht benennen:

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Herr Landesrat! Das beantworte ich nicht, geht nicht. Sie können sich nicht erinnern oder es gibt doch keine anderen. Bitte die Frage zu beantworten! Das ist ja nicht so schwierig.

**Mag. Norbert Darabos:** Was soll ich jetzt sagen? Ich habe keine Wahrnehmung mehr, wer sich noch beworben hätte. Ich kann nur sagen, dass Herr Koziol der Beste in Österreich ist, und das ist mir auch so empfohlen worden. Unter anderem – nicht mit anderen, sondern unter anderem – von Herrn Peschorn. [...] Ich muss Ihnen aber jetzt nicht sagen, wer mir irgendwelche Vorschläge macht. Das ist, glaube ich, nicht - - (*Abg. Pilz: Das müssen Sie sehr*

<sup>25</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 14.

<sup>26</sup> 416/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 22.

<sup>27</sup> 411/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*wohl!)*

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Das würde mich aber interessieren!

Entschuldigung, Herr Vorsitzender!

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Herr Landesrat! Sie haben selbst gesagt: „unter anderem“; dass das die Frage provoziert, wer die anderen waren, ist legitim. Sie können so nicht antworten und sagen: Ich muss das nicht beantworten. Wenn Sie sich nicht mehr erinnern können, okay, dann wird man das zur Kenntnis nehmen müssen.

**Mag. Norbert Darabos:** Ich weiß nicht mehr, wer mir noch etwas empfohlen hat, aber grundsätzlich glaube ich, dass die Entscheidung, Koziol zu bestellen, die beste war. (*Abg. Pilz: Wann haben Sie das Gedächtnis verloren?*)<sup>28</sup>

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Dr. Specht hat mich in verschiedenen rechtlichen Fragen beraten und hat mir als Gutachter mehrere Personen vorgeschlagen, die seiner Meinung nach imstande wären, von der rechtlichen Kompetenz her, so etwas zu tun. Und ich habe mich dafür entschlossen, Professor Koziol zu ersuchen.<sup>29</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...]. Ein Name ist Koziol, wer waren die anderen, die er Ihnen vorgeschlagen hat? (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*)

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Das kann ich Ihnen zum Schutz der betroffenen Personen leider nicht verraten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die müssen geschützt werden?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ja. (*Abg. Walter Rosenkranz: Na bitte, Herr Verfahrensrichter, vielleicht kann man da ...!*) Weil vielleicht jemand dabei war, der sehr persönliche Gründe hat – und ich meine jetzt nicht politische, sondern sehr persönliche –, der nicht will, dass das in der Öffentlichkeit breitgetreten wird. Das wird man ja wohl respektieren können, oder?

[...]

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Sie können mich aber nicht dazu zwingen, Menschen, die ein gewisses Schutzbedürfnis haben, hier preiszugeben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja.

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Herr Dr. Gusenbauer, ganz so einfach ist das nicht. Ich glaube, der Verfahrensrichter hat am Beginn schon ausgeführt, dass ein generelles Entschlagungsrecht oder Aussageverweigerungsrecht natürlich nicht besteht, sondern es wohlgrundet sein muss, und es obliegt insofern natürlich auch uns beziehungsweise dem Ausschuss, diese Begründung zu akzeptieren oder nicht oder allenfalls dann auch entsprechende Schritte einzuleiten.

Also ich würde schon bitten, es, der Verfahrensordnung entsprechend, auch zu begründen. Wenn es eine ausreichende Begründung dafür gibt, ist es ja keine Frage, dass man das dann auch akzeptieren wird. Die Begründung war halt ein bisschen sehr allgemein. (*Die Auskunftsperson berät sich mit dem Verfahrensanwalt,*)

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Es ist ganz einfach. Wenn ich jemanden frage, ob er bereit ist, eine gutachterliche Tätigkeit wahrzunehmen, und er darauf hinweist, dass er entweder aus Gesundheits- oder aus Altersgründen nicht dazu imstande ist, dann hat er meiner Meinung nach das Recht, dass ich seinen Namen nicht in der Öffentlichkeit preisgebe.

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Gut, das heißt Sie sagen uns, dass Sie eine weitere Person gefragt haben, die aus Gesundheits- und/oder Altersgründen abgesagt hat. Das schließe ich jetzt aus dieser Äußerung.<sup>30</sup>

Specht hatte zwei Tage später eine Antwort:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Aha, dann war das offenbar nur ein Gedankenspiel. Haben Sie dann Dr. Koziol als Gutachter empfohlen, oder haben Sie Dr. Gusenbauer quasi eine Palette an Sachverständigen präsentiert?

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Ich habe auftrags Dr. Gusenbauer Professor Franz Bydlinski

<sup>28</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35-36.

<sup>29</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 22.

<sup>30</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 29-31.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

angesprochen. (*Abg. Steinacker: Wir verstehen so schlecht! – Verfahrensrichter Rohrer: Ein bisschen lauter vielleicht!*) – Ich habe auftrags Dr. Gusenbauer Professor Franz Bydlinski angesprochen, der mir klar gesagt hat, dass ihm die Erstellung eines Gutachtens über einen komplexen oder umfangreichen Vertrag zu mühsam und aufwendig wäre. Ich habe danach Professor Helmuth Koziol angesprochen. (*Verfahrensrichter Rohrer: Als - -?*) – Gutachter.<sup>31</sup>

Es wird festgestellt: Koziol sollte der Gutachter des Verteidigungsministerium sein. Die Frage, warum – mehr oder minder vehement – versucht wurde, die Entscheidung für Koziol auf die Finanzprokuratur abzuwälzen, bleibt bestehen.

### 1.2.2. Koziols Werkvertrag im Preis-/Leistungsverhältnis

Insgesamt erhielt Koziol für seine Beratungsleistungen ein Honorar von 112.000,- Euro. Eine Ausschreibung für die Vergabe des Gutachtens war nicht nötig. Denn die Auftragssummen überstiegen je nie 39.000,- Euro. Erst ab 40.000,- Euro wäre eine Direktvergabe nicht mehr zulässig gewesen.

Die Vorsitzende des parlamentarischen Rechnungshofausschusses Gabi Moser rechnete das Preis-/ Leistungsverhältnis nach:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Ist für Sie nachvollziehbar, warum dieser Hauptverhandler ein Honorar von 119 000 € erhielt, für ein Vertragswerk oder für einen Verhandlungserfolg, der der Republik in dreistelliger Millionenhöhe zulasten fiel?  
**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Der Rechnungshof hat sich die Auftragsvergaben an Professor Koziol angesehen (*die Auskunftsperson blättert in ihren Unterlagen*), es gab dazu eben mehrere Vergaben. Was schon auffällig war, ist, dass sich zum Beispiel die Kosten für die Erstellung der Gutachten im Zusammenhang mit der Vergleichsprüfung auf 39 000 € beliefen. Der Rechnungshof hat Ähnliches auch bei der Follow-up-Prüfung festgestellt. Dazu ist zu sagen, dass die Wertgrenze für freihändige Vergaben damals bei 40 000 € lag, allerdings waren die 39 000 inklusive USt und die 40 000 sind gesetzlich eben exklusive USt.  
**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Um es zu korrigieren: Gesamtsumme 112 000 €.  
**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Genau. In Summe waren es ...  
**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Der Rechnungshof hat ja wiederholt schon bei anderen Prüfungen (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen*) – das ist mein abschließender Satz – immer wieder festgestellt, dass die knappe Unterbietung der Schwelle für Direktvergaben bei heiklen Fällen häufig zur Anwendung kommt. – Danke.<sup>32</sup>

Der Werkvertrag mit Koziol wurde erst im Juni 2007 abgeschlossen. Bis dahin hatte Koziol schon einen handschriftlichen Vergleich verfasst. Auftragsvergaben sollten jedoch eigentlich schriftlich erfolgen...

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** [...] Was der Rechnungshof dazu grundsätzlich kritisiert hat, ist, dass diese Beauftragung des Gutachters mündlich erfolgte – nicht nur in diesem Fall war das so, sondern auch in Bezug auf diverse andere Gutachten – und eine schriftliche Beauftragung erst nachgereicht wurde.  
 Es gab ja nicht nur das Gutachten von Professor Koziol, es gab ja auch weitere Beratungsleistungen durch Professor Koziol für das Verteidigungsministerium, und zwar zu den In-Service-Support-Verträgen – das sind die Verträge, bei denen es eben um diese Betriebskosten, um logistische Unterstützungsleistungen geht. Da hielt der Rechnungshof fest, dass ihm gegenüber nicht schlüssig begründet werden konnte, warum diese

<sup>31</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5.

<sup>32</sup> 406/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 25-26.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Beratungsleistungen eben nicht auch durch die Finanzprokuratur hätten erbracht werden können.<sup>33</sup>

**Mag. Birgit Caesar Stifter:** [...] Zu der Frage, ob und inwieweit es üblich oder unüblich ist, erst nachträglich schriftliche Vereinbarungen zu treffen: Da ist ganz klar, dass die Auftragsvergaben schriftlich zu erfolgen haben. Es gibt dazu auch – das finden Sie, glaube ich, hundertfach – immer wieder Kritik des Rechnungshofes an fehlenden schriftlichen Beauftragungen, also nicht nur im Zusammenhang mit Eurofighter, sondern grundsätzlich.<sup>34</sup>

Aus der Aktenlage lässt sich feststellen, dass ein Entwurf für den Werkvertrag jedenfalls bereits am 7.3.2017 vorlag.<sup>35</sup> Und dass die Entlohnung Koziols „sehr hoch“ war. So vermerkte es jedenfalls die Abteilung Gruppe Recht und Logistik. Die Abteilung stellte im Übrigen weiters in Frage, warum gerade Koziol mit dem Gutachten beauftragt werden sollte.<sup>36</sup> Dem Rechnungshof war dieses Dokument nicht bekannt.<sup>37</sup>

Es kann nicht nachvollzogen werden, weshalb man mit der Unterzeichnung des vorbereiteten Werkvertrages noch weitere drei Monate zuwartete. Drei Monate, in denen Koziol nicht nur die Rolle des Gutachters zukam.

### 1.2.3. Vom Gutachter zum Verandler?

Für Peschorn stand fest, dass eine Beauftragung von externen Experten erst nach der Aufarbeitung und Festlegung des Sachverhaltes und dessen rechtlicher Würdigung durch das BMLVS erfolgen sollte:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...], wie ich das letzte Mal auch schon mehrfach angeführt habe, erst dann, wenn die Hausaufgaben, wenn ich das so sagen darf, gemacht sind – also wenn man einmal den Sachverhalt erhoben hat, wenn man einmal eine Strategie aufgesetzt hat und letztendlich die rechtlichen Rahmenbedingungen für das weitere Vorgehen geklärt hat –, dann hätte es sein können, aber nur für diesen Fall, dass ausgewählte Fragestellungen, die auch einer akademischen, wissenschaftlichen Expertise zugänglich sind, an einen, wie zum Beispiel Universitätsprofessor Koziol, herangetragen werden.<sup>38</sup>

Dass der Posten des „Gutachters“ bald bedeutsamer werden sollte, als er auf den ersten Blick schien, zeigte sich, als Koziol schließlich auch die Rolle des Rechtsbeistandes übernahm. Koziol diskutierte mit dem Rechtsbeistand von EADS, Professor Lukas. Anschließend informierten sie gemeinsam Darabos und Rauen:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wie oft haben Sie eigentlich während der ganzen Verhandlungen im Jahr 2007 mit Professor Lukas außerhalb der Verhandlungsteams Kontakt gehabt?

**Dr. Helmuth Koziol:** Relativ oft, weil Probleme aus dem Grundvertrag zu diskutieren waren. Das haben wir zwei Juristen unter uns ausdiskutiert und haben dann die Ergebnisse der Diskussion den anderen unterbreitet. Es hat ja keinen Sinn, wenn da die ganze Zeit Minister Darabos und Rauen daneben sitzen, wenn wir rein juristische Dinge, Vertragsauslegung diskutieren.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie sagen, was die wichtigsten Punkte waren, wo sie ohne Darabos und Rauen Einigungen mit Lukas erzielt haben?

<sup>33</sup> 406/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 16.

<sup>34</sup> 406/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 40.

<sup>35</sup> 411/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 21.

<sup>36</sup> 406/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 34.

<sup>37</sup> 406/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 34.

<sup>38</sup> 420/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 10.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Helmuth Koziol:** Ich habe nie Einigungen mit ihm getroffen. Die Einigungen sind dann immer im Vierergremium getroffen worden. Wir haben die juristische Aufbereitung, die juristische Diskussion gemacht.<sup>39</sup>

Der offizielle Verhandlungsleiter, Peschorn, wusste lange weder von der neuen Rolle Koziols, noch von einem Vierergremium. Und dass noch anderswo Einigungen erzielt wurden, konnte er zunächst nur ahnen. Später, als er bereits Gewissheit über Parallelgespräche hatte, wurde er nicht darüber informiert. Aus den Akten geht hervor, dass er Koziol mehrmals eindringlich ersuchte, er möge ihn informieren:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Also, wenn ich die Frage jetzt beantworte, schicke ich voraus: Ich verstehe jetzt den Begriff Verhandlungen als jene Gespräche, bei denen die Finanzprokuratur, meine Person, nicht beigezogen worden war.

Jene Gespräche, an denen wir teilgenommen haben, und die ich auch geleitet habe, waren solche, wo wir versucht haben, auf entscheidende Fragestellungen, die aus unserer Sicht rechtliche Relevanz hatten, für die eine oder andere Vorgehensweise, von unserem Vertragspartner Antworten zu bekommen. Diese haben letztendlich am 25. – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – Mai 2007 geendet.

Den anderen Gesprächen sind wir, wie gesagt, nicht beigezogen worden. Wir haben auch dazu keine Informationen erhalten, auch nicht auf Drängen von jenen Personen, die angeblich dort als Berater tätig waren, insbesondere Universitätsprofessor Dr. Koziol.<sup>40</sup>

Koziols rechtswissenschaftliche Expertise insbesondere im Schadenersatzrecht stand im Untersuchungsausschuss außer Streit. Wie auch der Verfahrensrichter richtig festgestellte, kann Darabos die Auswahl dieses Gutachters nicht zum Vorwurf gemacht werden.

Sehr wohl zum Vorwurf gemacht werden kann Darabos jedoch die Auswahl Koziols als alleiniger Rechtsbeistand bei den Vergleichsverhandlungen.

Koziols Erfahrungen als Verhandler wurden im Zuge der Befragungen mehrmals in Zweifel gezogen:<sup>41</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Zunächst muss man schon festhalten: Die rechtswissenschaftliche Expertise des Herrn Universitätsprofessors Koziol und vor allem seiner Mitarbeiter, die er beigezogen hatte, steht außer Streit. Das ist einer der renommiertesten, zu Recht renommiertesten Experten für Zivilrecht und insbesondere Schadenersatzrecht. Das ist überhaupt nicht das Thema.

[...]

Ich glaube, das, was ganz wichtig ist und im konkreten Fall möglicherweise Bedeutung hat, ist: Für was ist man Experte? Und vor allem: Für welche Aufgaben hat man auch Erfahrung? Ein Anwalt – und ich meine jetzt wirklich: ein Rechtsanwalt – hat natürlich dann, wenn er auch im Vertragsrecht bewandert ist, eine weitgefächerte Erfahrung, insbesondere beispielsweise im Gebührenrecht, und ermöglicht dadurch – einfach durch das Wissen, weil er es täglich generiert –, dass man ein Problem nicht bekommt, das letztendlich dann mit der Vergleichspunktbewertung der Bundesminister bekommen hat.

Da sage ich noch einmal deutlich: Aus meiner persönlichen nicht nur Einschätzung, sondern Überzeugung heraus ist es Aufgabe eines beigezogenen Beraters, nicht eines obersten Organs, auf solche Themen zu achten und sie sicherzustellen.<sup>42</sup>

<sup>39</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué 35.

<sup>40</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 6.

<sup>41</sup> Siehe zB 411/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 19-20.

<sup>42</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 24-25.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Peschorn stellte klar: Die Bestellung als Gutachter und die Beiziehung als Rechtsberater bei Verhandlungen sind nicht das gleiche. Ebenso wenig die Eignung dafür. Weniger differenziert sah dies Darabos:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es geht nicht um die Bestellung als Gutachter, sondern als Ihren zweiten Mit- und auch Hauptverhandler. Warum haben Sie jemanden, der über null Verhandlungserfahrung verfügte und ein reiner Rechtstheoretiker war, zu den Verhandlungen nach Paris mitgenommen?

**Mag. Norbert Darabos:** Das stimmt nicht, Herr Professor Koziol ist sehr wohl erfahren. Ich meine, das sind Fragen, die ein bisschen eigenartig sind. Sie dürfen alles fragen, keine Frage (*Abg. Pilz: Danke!*), dem Parlament mit Respekt gegenüberstehend, aber ich verstehe jetzt sozusagen den Zugang nicht. Koziol ist ein international renommierter Experte, und ich habe ihn einbezogen, weil er einfach der Beste in Österreich war und weil er natürlich auch über Verhandlungserfahrung verfügt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Welche großen Vertragsverhandlungen hat Koziol vor dieser Verhandlung geführt?

**Mag. Norbert Darabos:** Das weiß ich jetzt nicht, aber -- Es ist schon zehn Jahre her.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist Ihnen irgendeine bekannt?

[...]

**Mag. Norbert Darabos:** Ich habe ihn als Rechtsberater ins Team eingeladen, und er ist der Beste in Österreich. Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was hat in Paris stattgefunden: ein Rechtsseminar oder eine Vergleichsverhandlung? Das ist ein wichtiger Punkt, denn das entscheidet darüber, ob man einen Rechtstheoretiker mitnimmt oder einen Verhandlungsspezialisten. Warum haben Sie keinen Verhandlungsspezialisten nach Paris mitgenommen?

**Mag. Norbert Darabos:** Das ist eine -- Ich meine, ich sehe ja, dass Sie offensichtlich keine Grundlage haben, mich anzugreifen, weil Sie jetzt mit solchen Dingen kommen. Koziol ist der Beste in seinem Fach gewesen, deswegen habe ich ihn auch eingeladen – Punkt eins. Punkt zwei: Verhandelt habe dann ich als Minister, und zu dem stehe ich auch.<sup>43</sup>

Koziol versicherte, dass er durchaus Verhandlungserfahrung hatte, inwieweit diese mit den Eurofighter-Verhandlungen vergleichbar sind, konnte nicht festgestellt werden:

**Dr. Helmuth Koziol:** Ich persönlich? (*Abg. Pilz: Ja, ja, Sie persönlich!*) Ich persönlich war an sich 30 Jahre lang in einer Anwaltskanzlei als Konsulent tätig und habe als Konsulent der Anwaltskanzlei, das war eine große Wirtschaftskanzlei, an Verhandlungen teilgenommen, etwa schon an Verhandlungen beim voest-Skandal.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das genau schildern, denn das ist ja keine Kleinigkeit, wenn man da praktisch allein mit dem Verteidigungsminister dort sitzt, gegenüber hochqualifizierte Leute der Gegenseite, gar nicht der offizielle Verhandlungsführer ist, der nichts davon weiß, zuhause in Wien ist und glaubt, die Verhandlungen beginnen erst? Da ist es schon wichtig zu wissen, ob wirklich der Qualifizierteste dort sitzt. Welche mit den Eurofighter-Verhandlungen vergleichbare Verhandlungen haben Sie davor selbstständig geführt?

**Verfahrensanwalt Dr. Andreas Joklik, LL.M.:** Da muss man, glaube ich, ein bisschen aufpassen, weil wenn er für eine Anwaltskanzlei tätig war, dann hat er natürlich Verschwiegenheitspflichten zu wahren, also er dürfte hier nicht einmal den Mandanten nennen. – Ich weise darauf hin.<sup>44</sup>

Immer wieder betonte Koziol jedenfalls, dass er für die wirtschaftliche und technische Bewertung nicht über ausreichend Sachkompetenz verfüge:

<sup>43</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 19-20.

<sup>44</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 15.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

<b>Dr. Helmuth Koziol:</b> Ich bin nicht für die wirtschaftliche Bewertung von Luftfahrzeugen sachverständig, ich war für die rechtliche Erfahrung Sachverständiger. Ich kann Ihnen nicht sagen, was da ein gerechtfertigter Preisabschlag ist oder nicht. <sup>45</sup>
<b>Dr. Helmuth Koziol:</b> Minister Darabos hat Vorbereitungen für die Sitzungen von seiner kaufmännischen Abteilung bekommen. Das war nicht meine Aufgabe, die könnte ich auch nicht erfüllen. Ich würde nicht eine Verpflichtung übernehmen, die ich nicht erfüllen kann. <sup>46</sup>
<b>Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):</b> Jetzt in dieser Frage, was die Systemunterschiede oder Ähnlichkeiten der Tranche-1- und der Tranche-2-Flugzeuge sind: Wäre es nicht sinnvoll gewesen – auch aus Ihrer Sicht, Sie haben schon mehrmals betont, dass Sie erstens nicht Hausmeister im Landesverteidigungsressort sind, aber zweitens sind Sie auch, so wie wir alle hier, kein Experte, was Luftfahrttechnik betrifft – und wäre es aus Ihrer Sicht nicht wünschenswert gewesen, wenn gerade für diese Fragen der Konfiguration auch ein externer Gutachter aus diesem Bereich beigezogen worden wäre?
<b>Dr. Helmuth Koziol:</b> Das kann ich nicht beurteilen. Ich glaube, dass an sich das Verteidigungsministerium über ausreichende Sachkompetenz in den Fragen verfügt. <sup>47</sup>
<b>Dr. Helmuth Koziol:</b> Es ist sicher nicht abwegig, aber ich muss auch sagen, ich kann nicht beurteilen, ob das Landesverteidigungsministerium in Luftfahrtdingen nicht über ausreichende Kompetenz verfügt und noch einen auswärtigen Gutachter beziehen soll. <sup>48</sup>

Dies kann Koziol nicht vorgeworfen werden. Doch wie Peschorn betont hatte, sollte es Aufgabe eines beigezogenen Beraters sein, darauf zu achten, für welche Themen man Experte ist oder eben nicht und gegebenenfalls ausreichend Sachkompetenz sicherzustellen.<sup>49</sup>

Es konnte im Zuge des Untersuchungsausschusses nicht festgestellt werden, ob Koziol sich ausreichend vergewisserte, dass für die Vergleichsverhandlungen genügend Sachkompetenz vorhanden war. Es wurde vielmehr der Eindruck erweckt, dass er lediglich darauf vertraute:

<b>Dr. Helmuth Koziol:</b> Meines Wissens ist Minister Darabos immer mit Unterlagen, nach Vorbereitung mit den technischen, militärischen und kaufmännischen Abteilungen, in die Verhandlungen gegangen. <sup>50</sup>
--

Die Befragungen im Untersuchungsausschuss zeichneten ein anderes Bild. Wie auch der Verfahrensrichter in seinem Bericht unter Punkt 4.2.1.12. anmerkte, wurden nicht alle Ressourcen des Ministeriums eingesetzt. In den Befragungen zeigten sich die Experten des Verteidigungsministeriums eher verwundert, eben nicht einbezogen gewesen zu sein.

## 1.2.4. Koziol und Lukas: Ein sensibler Punkt

Ein weiterer brisanter Aktenfund des Untersuchungsausschusses: Am 21. Mai 2013 erstellte Generalmajor Hamberger, Leiter der Task Force Eurofighter, ein sogenanntes „Non-Paper“ für den neuen Verteidigungsminister Klug. Es enthält unter anderem sensible Punkte zum Vergleichsabschluss, die nicht öffentlich thematisiert wurden. Darin werden auffällig oft Punkte in Zusammenhang mit Koziol erwähnt. Insbesondere auch seine Beziehung zu Professor Lukas, der die Eurofighter GmbH bei den Vergleichsverhandlungen vertrat:<sup>51</sup>

<sup>45</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 23.

<sup>46</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 23.

<sup>47</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 29.

<sup>48</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 29.

<sup>49</sup> 419/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 24-25.

<sup>50</sup> 407/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 40.

<sup>51</sup> 411/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 19.

### **Sensible Punkte, die nicht öffentlich thematisiert wurden**

- Die Auswahl des Prof. Koziol als Rechtsberater des HBM (Theoretiker statt erfahrener Verhandlungsspezialist)
- Seine berufliche Beziehung zum Prof. Lukas, der die Gegenseite EF GmbH rechtlich unterstützte
- Das Verhalten Koziols nach den Vergleichsverhandlungen, in dem er sich unkooperativ gegenüber dem BMLVS verhält und wenig Brauchbares dazu beiträgt, zu notwendigen authentischen Vertragsinterpretationen zu kommen.
- Die Nicht-Heranziehung des Präs. Dr. Peschorn (FinProk) zu den Vergleichsverhandlungen. Die Gründe sind noch nicht bekannt.
- Die Problematik, die sich aus der (älteren) Tranche 1 ergibt, da diese Flugzeuge in 10-15 Jahren wahrscheinlich nur mehr durch Ö betrieben werden.

1

Stand: 21.05.2013

Der Untersuchungsausschuss versuchte, die Beziehung zwischen Koziol und Lukas näher zu ergründen.

Laut Koziol bestand kein besonderes Naheverhältnis:

**Dr. Helmuth Koziol:** Professor Lukas hat sich in Linz habilitiert. Bei Tagungen habe ich ihn getroffen, oder ich habe ihn zwei Mal zu Veranstaltungen, zu Kongressen, die ich veranstaltet habe, als Vortragenden eingeladen. Sonst habe ich mit ihm keinen besonderen Kontakt.

**Abgeordneter Leopold Steinbichler (STRONACH):** Aber das war nicht der Grund, dass er bestellt worden ist, also das war dann reine Zufälligkeit?

**Dr. Helmuth Koziol:** Nein. Ich habe irgendwo gelesen, dass wir eine gemeinsame Berufslaufbahn haben. Kollege Lukas würde sich freuen, wenn er mit mir als 77-Jährigem gleichlaufend angesehen wird. Er ist – ich weiß es nicht – ungefähr 50 Jahre alt, also sehr gleichlaufend war das nicht. Ich war früher einmal in Linz. Als ich von Linz weggegangen bin, war Lukas vielleicht schon geboren – aber auch keine sehr intensive Beziehung dadurch.<sup>52</sup>

Wie sich aber den Aufzeichnungen der Finanzprokuratur entnehmen lässt, war der ständige Austausch von Höflichkeiten und Gesprächen zwischen Koziol und Lukas für die Verhandlungen alles andere als förderlich:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Also erstens einmal ist die Information, die Sie hier preisgeben, glaube ich, richtig, und zweitens einmal war der Eindruck für mich damals beim Zusammentreffen zwischen Professor Lukas und Professor Koziol, dass die Menschen sich gut kennen und sich durchaus nahestehen, obwohl sie verschiedene Parteien vertreten haben.<sup>53</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Natürlich muss man auch noch wissen, wie das Umfeld des Gutachters ausschaut. Man darf ja nicht blind einen Gutachter nehmen, weil ein Gutachter ja auch ein persönliches und sonstiges berufliches Umfeld hat. Und wir wissen ja heute, dass einer der besten Studienkollegen oder akademischen Kollegen von Herrn Professor Koziol Herr Professor Rummel ist; und Herr Professor Lukas, der die Gegenseite vertreten hat, ist ein – wenn Sie wollen – Schüler, der sich bei Professor Rummel habilitiert hat – also das würde ich bei einem Gutachter auch ins Kalkül ziehen, das ist ein wichtiges Thema.<sup>54</sup>

<sup>52</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 24.

<sup>53</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 34.

<sup>54</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 34.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Zum damaligen Zeitpunkt nicht; kurze Zeit später, wie ich schon ausgeführt habe, Ende Juni, wo es dann zu den sogenannten Umsetzungsgesprächen kam, konnte ich natürlich eine gewisse Nähe oder Vertrautheit, die jetzt aufgrund des gemeinsamen akademischen Werdegangs natürlich auch verständlich ist, beobachten.<sup>55</sup>

Auch die Rolle Koziols war im Laufe der Verhandlungen besonders ambivalent:

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Dass Sie gesagt hätten, EADS hätte ein Gutachten von Herrn Dr. Peschorn nicht als neutral erachtet: Habe ich das falsch verstanden?

**Dr. Helmuth Koziol:** Nein, oder sagen wir so: halbrichtig.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Okay. Vielleicht können Sie das noch einmal ausführen?

**Dr. Helmuth Koziol:** Es geht darum: Wenn man in Verhandlungen, vor allem in Vergleichsverhandlungen tritt, dann wird ja häufig ein objektives Gutachten als Basis für die Vergleichsverhandlungen vorgelegt. Und als ein solches objektives Gutachten würde nicht ein Gutachten der Finanzprokuratur angesehen werden, wenn die Republik Österreich der eine Verhandlungspartner ist.

Das ist sozusagen ein internes Organ der Republik und nicht ein objektives Organ, und daher hätte Eurofighter das als objektives Gutachten, als Basis der Gespräche auch wirklich nicht anerkennen können. Die hätten in ihrem eigenen Betrieb höllische Schwierigkeiten bekommen.<sup>56</sup>

Wenn Koziol seine Beziehung als die Rolle eines objektiven Gutachters beschreibt, Lukas sich jedoch klar als Rechtsbeistand von EADS bezeichnet, dann erscheint es schwer vorstellbar, dass Koziol schließlich, als er mit der Verhandlungsführung beauftragt wurde, die Interessen der Republik vollkommen subjektiv vertrat. Hätte er jedoch diese Rolle eingenommen, wäre wiederum das von ihm erstellte Gutachten nicht mehr als objektiv betrachtet worden. Auch dieses fehlende Selbstverständnis des Gutachters als Vertreter der Republik Österreich hat den Verhandlungsverlauf mitunter nicht günstig beeinflusst.

### 1.2.5. Koziols Verschwiegenheit

Koziol unterlag einer Verschwiegenheitspflicht. Nicht nur gegenüber Darabos, sondern auch gegenüber Eurofighter-Chef Rauen, wie sich herausstellte:

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** War es diese Verschwiegenheitspflicht, die Sie gegenüber der Finanzprokuratur auch angeführt haben, als es um Detailfragen zu den Vergleichsverhandlungen beziehungsweise um die Vergleichsverhandlungen gegangen ist?

**Dr. Helmuth Koziol:** Bei der Vertragspunktation wurde zunächst im Vergleich, in dieser Punktation, vereinbart, dass die Beteiligten zunächst strenges Stillschweigen wahren. Das wurde zwischen den vier Beteiligten vereinbart, und bei den Detailvereinbarungen, also der Detailausarbeitung des Vergleichs, wurden dann die notwendigen Dinge auch den beiden anderen, die nicht an der Punktation teilgenommen haben, immer mitgeteilt.

Eine generelle Entbindung gegenüber diesen anderen Mitgliedern erfolgte nicht, die hätte nur Darabos machen können und bei Eurofighter Rauen.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Na ja, was war in diesem Vertrag zwischen Ihnen und dem Ministerium konkret neben der Fragestellung des Gutachtens vereinbart? Welche weiteren wesentlichen Vertragsbestandteile hat Ihr Vertrag umfasst?

**Dr. Helmuth Koziol:** Der Vertrag hat sicher das Entgelt umfasst, und der Vertrag hat die Verschwiegenheitspflicht und eine Rückgabepflicht nach Ablauf, nach Erledigung des Vertrages umfasst.<sup>57</sup>

<sup>55</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

<sup>56</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 31.

<sup>57</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 19.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Koziols Verschwiegenheitspflicht stellte und stellt immer noch eine Herausforderung für die Nachvollziehbarkeit des Vergleichsergebnisses dar. Nicht nur für den Rechnungshof und den Untersuchungsausschuss, die aufgrund fehlender Dokumentation die Verhandlungsergebnisse nicht nachvollziehen können, sondern auch für den offiziellen Verhandlungsführer:

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Mit welchem Grund hat Ihnen Professor Koziol keine Auskunft gegeben? Sie mussten ja den Detailvertrag dann in wenigen Tagen ausarbeiten.

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich sollte daran mitwirken, aber ich bin dann auch kurzfristig wieder mal nicht dabei gewesen, weil es halt in der Atmosphäre nicht so gut funktioniert hat. Der Grund aber war ganz einfach: Der Grund, den er angegeben hat, war, dass er nicht von der Verschwiegenheit entbunden sei und dass er auch gegenüber Eurofighter zur Verschwiegenheit verpflichtet sei.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Also Professor Koziol ist auch Eurofighter gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet gewesen. Das hat er Ihnen gesagt?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Das war der Grund, der mir gegenüber angegeben wurde.<sup>58</sup>

Die nächste Frage lag auf der Hand: Warum hatte man Koziol nicht von der Verschwiegenheitspflicht entbunden, damit der Vergleich vom Verteidigungsministerium mit der Unterstützung der Finanzprokuratur bestmöglich umgesetzt werden kann, oder zumindest nachträglich, zum Beispiel von der Task Force Eurofighter, nachvollzogen werden kann?

Ein weiterer brisanter Aktenfund gab die Antwort: Es war nicht gewünscht, notierte Generalmajor Hamberger, Leiter der Task Force Eurofighter:<sup>59</sup>

---

<sup>58</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 13.

<sup>59</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Aktenvermerk**

Anruf von ChKBM Kammerhofer zum Akt „Entbindung des **Prof. KOZIOL** von **Verschwiegenheit** durch den Bundesminister“ am **28.01.2013, 1200 Uhr**.

K teilt mit, dass er HBM gerade befasst habe und dieser eine Entbindung deshalb nicht vornehmen wolle, da er diese Vorgangsweise der neuerlichen Befassung Koziols als nicht zielführend betrachte.

K führte aus, dass Koziol ja sich auch bisher an nichts erinnern könne und dies daher auch hier nicht wahrscheinlich sei. Zudem werde die Auskunft von Koziol deshalb nicht erforderlich sein, da EADS ohnehin öffentlich dargelegt habe, dass der Vergleich die Rechte des Bundes hinsichtlich des Art. 18 im Kaufvertrag nicht beeinträchtige.

Nach den Worten K meine der HBM, dass der Wunsch nach Befassung auf Präs. Peschorn zurückgehe, aber diese Klärung jetzt ohnehin nicht benötigt werde.

Aus meiner Einschätzung dieses Telefonats war ChKBM nicht gewillt mit mir darüber zu diskutieren, um nochmals meine Meinung einzuholen, sondern hatte den Auftrag, mir „schonend“ zu sagen, dass die Entbindung nicht erfolgen werde und dies bereits festgelegt worden war.

Ich gab nochmals zu bedenken, dass ein Baustein in der rechtlichen Beurteilung fehle. K führte nochmals das oben Dargestellte mit anderen Worten aus.

Ich erwiderte, dass ich nochmals darüber nachdenken müsse, welche Folgen sich daraus ergäben.

K äußerte, dass der Akt vorläufige bei ihm liegen bleibe.

Dauer des Gesprächs ca. 5-6 Minuten.

HAMBERGER e.h.

Darabos konnte sich bei seiner Befragung nicht mehr erinnern, warum er sich gegen eine Aufhebung der Verschwiegenheitspflicht entschieden hatte:

**Mag. Norbert Darabos:** Also ich kenne das Dokument nicht. Ich war damals noch Minister, glaube ich. (*Abg. Pilz: Ja!*) Aber ich kenne das nicht und ich habe auch niemandem untersagt, die Verschwiegenheit aufzulösen. Es ist so, dass, glaube ich, Herr Koziol selber in seinem Vertrag eine Verschwiegenheitspflicht gehabt hat. Aber ich habe das jedenfalls nicht veranlasst.<sup>60</sup>

**Mag. Norbert Darabos:** Also ich könnte mich nicht erinnern, dass ich wegen der Verschwiegenheit - - Also ich lese das jetzt zum ersten Mal. Ich muss ehrlich sagen - - Was steht da? - „Nach den Worten K meine“ - - (*Die Auskunftsperson liest länger in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Ich kann das jetzt nicht beantworten. Also ich glaube nicht, dass ich irgendwem gesagt hätte, er soll von der Verschwiegenheit ab - -, entbunden werden. (*Zwischenbemerkung der Vertrauensperson.*)

Aber Sie haben offensichtlich die Information, dass der Hamberger gesagt hat, das hätte ich offensichtlich - - Ich kann es jetzt nicht sagen. Es tut mir leid, ich kann die Frage nicht zur 100 prozentigen - - Ich glaube nicht, dass ich das gemacht habe. Warum hätte ich das machen sollen?<sup>61</sup>

<sup>60</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

<sup>61</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

### **1.3. DER LIEFERGEGENSTAND: 18 NEUE FLIEGER?**

Die Republik Österreich schloss am 1. Juli 2003 mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH einen Vertrag über die Beschaffung von 18 Eurofighter des neuen Modells Tranche 2 / Block 8.

Im bereits unterfertigten Vertrag fand sich jedoch eine brisante Bestimmung – die sogenannte Ersetzungsbefugnis. Diese besagt, dass Eurofighter - wenn Flugzeuge der Tranche 2 noch nicht verfügbar sind - auch Flugzeuge in der alten Tranche 1 Konfiguration liefern könne. In diesem Fall müsste Eurofighter die ausgelieferten Flugzeuge zu einem späteren Zeitpunkt auf den technologisch höheren Standard Tranche 2/ Block 8 umrüsten. Wann und wie das genau erfolgen sollte, ließ man im Unklaren. Der damalige Verhandlungsleiter für den ursprünglichen Kaufvertrag des Verteidigungsministeriums Wall gab befragt dazu an:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Und wie kam die in den Vertrag? Die war ja von Vornherein noch nicht drinnen.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Bitte, in den Vertrag kamen aufgrund der Vertragsverhandlungen all jene Punkte hinein, die die dafür zuständigen Experten gefordert haben und für in Ordnung befunden haben. Es gibt dazu Unterschriften jedes einzelnen Teamleiters, der den Vertrag in meiner Anwesenheit, als er fertiggestellt war, durchgelesen hat und mir alles schriftlich bestätigt hat, dass alles in Ordnung ist und auf seinem Willen beruht.<sup>62</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Nächster Punkt; es geht um Tranche 1, Tranche 2. [...] Sie haben auf die Frage des Herrn Verfahrensrichters gesagt, dass Sie Tranche 2 bestellten. Wie kann es dann sein – ich lege das Dokument vor –, dass Ihnen Herr Schweinfurth am Ende Tranche 1/Block 5 vertraglich auch in einem Anhang ermöglichte? (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Soviel ich mich erinnere, habe ich Tranche-2-Block-8-Flugzeuge unterschrieben. Als Überbrückungslösung, glaube ich mich zu erinnern, dass auch Block-1-Flugzeuge geliefert werden können – ich glaube, wenn ich mich erinnere, sechs Stück oder so etwas als Überbrückungslösung –, die allerdings dann ohne Kosten für das BMLV auf Tranche 2/Block 8 umzurüsten sind.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Der Herr Verfahrensrichter hat darauf hingewiesen, in der Beilage B existiert der Punkt 2.5, Ersetzungsbefugnis-Klausel. Das haben Sie auch unterschrieben. Und dort wird - -

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Das war das, was ich Ihnen gerade erklärt habe.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, aber das ist ja Teil des Vertrages, den Sie unterschrieben haben.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Habe ich Ihnen gerade erklärt.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Damit sind Sie auch verantwortlich für diese Formulierung, die laut des Gutachters Koziol das Problem ist: für Ausstieg, wenn nicht Tranche 2 geliefert werden kann. Insofern sind Sie auch verantwortlich dafür, dass wir diese Situation haben, die zu den vergleichsweise schlechten Vergleichsverhandlungen geführt hat. [...]<sup>63</sup>

Vor dem geplanten Liefertermin für den ersten Eurofighter waren Flugzeuge der Tranche 2 nicht verfügbar:

**Ministerialrat Karl Hofer:** Wir haben einen Vertrag aus dem Jahr 2003 mit einem Lieferplan, der beginnt im Mai 2007. Die Firma hätte im Mai 2007 liefern können. Wir haben das dann bis 12. Juli 2007 hinausgezögert. Mir ist kein Vorgang bekannt, dass die Industrie nicht hätte liefern können.

<sup>62</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>63</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Es hat zwar bei den einzelnen Flugzeugen wahrscheinlich jetzt die eine oder andere Verzögerung gegeben, aber da ist das Regelwerk Vertrag über Lieferverzug ohnedies da, wo – sage ich einmal – eine mehr oder weniger hohe Pönalisierung drinnen ist. Teilweise haben wir auch diese Pönalisierung in Anspruch genommen. Ich glaube, das dritte Flugzeug, das ausgeliefert worden ist, ist über diese 60 Tage hinaus bei der Firma gestanden, da ist es, glaube ich, um zwei Wochen gegangen. Aber sonst haben wir nicht die Erfahrung oder keine Beobachtungen gemacht, dass die Firma Tranche 1 gemäß diesem Lieferplan nicht hätte liefern können.

Von der Tranche 2 wussten wir: Das wird sich nicht mehr ausgehen.<sup>64</sup>

Man informierte Österreich daher, dass alte Flugzeuge der Tranche 1 geliefert würden.<sup>65</sup> Die vereinbarte nachträgliche Aufrüstung wäre jedoch der Unwirtschaftlichkeit nahegekommen, erklärte Peschorn dem Untersuchungsausschuss:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Bei dem Vertrag muss man davon ausgehen, dass ja ursprünglich immer geplant war und auch vereinbart wurde, dass Flieger der Tranche 2/Block 8, geliefert werden, und erst – wie wir heute wissen – im Zuge der aufkommenden Lieferschwierigkeiten eine Ersetzungsbefugnis, Punkt 2.5 des Vertrages, eingebaut worden ist, die es Eurofighter Jagdflugzeug GmbH ermöglicht hätte, zunächst einmal 1/5er-Flieger zu liefern, die aber dann aufrüsten zu müssen. Die Unklarheit, auf die hier angespielt wird, besteht darin: Was bedeutet eine solche Aufrüstung, wie viel muss hier der Vertragspartner in die Hand nehmen? Aus unserer heutigen Sicht ist eine solche Aufrüstung technisch und wirtschaftlich für die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH äußerst herausfordernd. Das geht in Beträge – aus unserer heutigen Sicht –, die der Unwirtschaftlichkeit nahekommen.

Das ist der eine Punkt. Der andere Punkt ist natürlich ungeachtet dessen: In dem Vertrag ist sehr deutlich festgelegt, dass ein 1/5er, der auf einen 2/8er technisch gebracht wird, grundsätzlich bestimmte Leistungsqualitäten und Leistungsmerkmale haben muss, die ein 2/8er hat, und das ist natürlich einmal Aufgabe des Vertragspartners und wäre Aufgabe des Vertragspartners gewesen.

In diesem Wechselspiel oder einer zukünftigen Auseinandersetzung zwischen der Republik Österreich und der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH hätte daher Eurofighter Jagdflugzeug GmbH beweisen und belegen müssen, dass sie diese Aufrüstung geschafft hat und sich vertragskonform verhalten hat; wenn nicht, wäre dies ein Rücktrittsgrund gewesen. Das haben wir schon im März aufgezeigt.<sup>66</sup>

Peschorns Argumentationslinie war also: Die Eurofighter GmbH musste erfolgreich nachweisen, dass sie Flieger des älteren Modells auf das jüngere Modell aufrüsten kann. Sonst hätte Österreich vom Kaufvertrag zurücktreten können, weil der gekaufte Flieger schlicht nicht verfügbar war.

Eine für das Verteidigungsministerium beunruhigende Komponente waren die drohenden logistischen Unterschiede, die sich aus zwei verschiedenen gelieferten Fliegertypen ergeben hätten können. Für Koziol kein Grund aus dem Vertrag auszusteigen, sondern ihn anzupassen:

**Dr. Helmuth Koziol:** [...] Wegen dieser durch den Kaufvertrag heraufbeschworenen Situation war es ganz unabhängig von den Ausstiegsbestrebungen dringend erforderlich, eine Änderung des Vertrages zu erreichen. Eurofighter war zwar verpflichtet, die gelieferten Tranche-1-Flugzeuge nach der Umstellung der Produktion auf Tranche 2 umzurüsten. Eine vollständige Gleichartigkeit zwischen den umgerüsteten Tranche-1-Flugzeugen und den Tranche-2-Flugzeugen war nach dem Vertrag aber nicht gewährleistet. [...] Das hätte unvermeidlich zur Folge gehabt, dass die Republik sich mit Luftfahrzeugen unterschiedlichen

<sup>64</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 27-28.

<sup>65</sup> Vgl zB 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5-6.

<sup>66</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 6.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Entwicklungsstandes – einerseits aufgerüstete Tranche 1, andererseits original Tranche 2 – hätte abfinden müssen, und das hätte durchaus kostspielige Konsequenzen für Bedienung, Ersatzteilversorgung und Wartung der Luftfahrzeuge nach sich gezogen, und das durch 30 bis 40 Jahre, die Lebensdauer der Flugzeuge.<sup>67</sup>

Ein Ausstieg? – Zu riskant, so Koziol:

**Dr. Helmuth Koziol:** Wie ich das Gutachten ausgearbeitet habe, bin ich draufgekommen, welche Schwierigkeiten für einen Ausstieg gegeben sind, und nach Abschluss des Gutachtens war mir klar, dass man da nicht prozessieren, sondern einen Vergleich suchen sollte.<sup>68</sup>

Dabei hätte man auch ohne Angabe von Gründen vom Kaufvertrag zurücktreten können:<sup>69</sup>

## 18. Rücktritt vom Vertrag

**18.2.** Das BMLV kann vom Vertrag jederzeit zur Gänze oder teilweise durch schriftliche Mitteilung zurücktreten. In diesem Fall hat EF jede Anweisung des BMLV bezüglich der im Vertrag enthaltenen Leistung zu erfüllen und dem BMLV eine im Sinn von Teil A, Punkt 18.2.5. beglaubigte Abrechnung zu stellen.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Na ja. Ich gehe zurück zum Vertrag. Der zweite Punkt der Kritik war die sogenannte Ersetzungsklausel, also dass eben, wenn Tranche 2/Block 8 nicht lieferbar ist, dann eben Tranche 1/Block 5 geliefert werden kann, später mit Nachrüstung. Das war genau das Argument, dass eben der Vertrag nicht einseitig aufgelöst werden konnte, weil diese Lieferschwierigkeit, die vonseiten Eurofighter bestanden hat, nicht automatisch zu einem Vertragsbruch führt, sondern man ein anderes Flugzeug bekommt als bestellt.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Entschuldigung, der Vertrag konnte zu jeder Zeit ohne Angabe von Gründen aufgelöst werden, wenn Sie diesen Punkt 18 genau lesen.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Ist Ihnen bewusst, dass Sie bisher die einzige Person hier im Untersuchungsausschuss sind, die diese Meinung und auch diese Rechtsmeinung vertritt?

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Daran kann ich mich gewöhnen.<sup>70</sup>

Aber zurück zur Ersetzungsbefugnis und ihren Folgen. Auch Peschorn machte sich Gedanken darüber und pochte nicht wie Koziol gleich darauf, eine Änderung des Vertrages zu erreichen, sondern zunächst von EADS mehr Informationen einzuholen. Erst dann könne man eine Entscheidung treffen:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Umfasste diese Ersetzungsbefugnis – Nachrüstung von T1 auf T2 – auch die in der Zwischenzeit erforderliche Nachrüstung beziehungsweise auch die in der Zwischenzeit erforderliche Wartung? War das sozusagen ein Paket? Musste Eurofighter auch für die Wartung in der Zwischenzeit, bis nachgerüstet worden ist, finanziell aufkommen?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Die große Herausforderung bestand eben gerade darin – für beide Seiten, glaube ich, kann man sagen –, in diesem Zustand, man bekommt und man liefert einen T1/5er, auch die adäquate Ersatzteilversorgung sichergestellt zu haben und dann, wenn er zu

<sup>67</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5-6.

<sup>68</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 43.

<sup>69</sup> <http://www.krone.at/oesterreich/eurofighter-auch-staatsanwaltschaft-ermittelt-verdacht-bestätigt-story-555662>.

<sup>70</sup> 17/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 22.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

einem T2/8er wird, wieder die entsprechende Ersatzteilversorgung. Da war natürlich immer die Frage, ob die reinrassige Flotte - -, also: Kann es einmal eine reinrassige T2/8er-Flotte geben, und wie stelle ich die Ersatzteilverfügbarkeit sicher? Das, was nach den Vertragswerken immer Aufgabe der Republik war: dass es zwischen dem Anschaffungsvertrag V1 und V2 und dem Ersatzteilvertrag gesplittet war. Deswegen, glaube ich, haben vor allem die Techniker und die Herren der Abteilung Luftfahrzeuge schon frühzeitig begonnen, sich Gedanken zu machen: Wie stellt man das sicher? Wie stelle ich in diesem Übergang die Ersatzteilverfügbarkeit für einen T1/5er sicher, wo doch an sich 2/8er geschuldet sind, und was wird dann ein 1/5er, der zum 2/8er aufgerüstet werden muss, für Ersatzteilanforderungen haben? Wird er nur mehr 2/8er-Ersatzteile brauchen oder 1/5er **und** 2/8er?

Das waren große Herausforderungen, die für die Techniker eine Rolle gespielt haben, und da ziehen dann immer die Juristen nach. Das war zum damaligen Zeitpunkt, im Mai/Juni 2007, für mich noch nicht geklärt.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Das heißt, es war völlig ungeklärt, ob diese Erfordernisse eintreffen oder nicht?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Es war mir nicht bekannt – und darauf habe ich aber gedrängt, zur Information –, wie hier die Anforderungen für eine Ersatzteilversorgung von T1/5 bestehen, der dann später ja auf einen 2/8er aufgerüstet werden hätte müssen, und der Flotte, die dann möglicherweise aus 1/5ern, die aufgerüstet sind, und reinrassigen, weil ursprünglich gelieferten, 2/8ern besteht.<sup>71</sup>

Denn um aus dem Vertrag aussteigen zu können, musste zunächst eine wesentliche Frage geklärt werden: Was war eigentlich von der Republik gekauft worden, was war der Liefergegenstand?

Aus der Aktenlage ergibt sich ebenso wie aus den Befragungen und dem Bericht des Verfahrensrichters der eindeutige Befund, dass die Republik Flieger der Type Tranche 2/Block 8 gekauft hatte. Das war im Übrigen bereits im Untersuchungsausschuss 2007 festgestellt worden. Dort hatte unter anderem Eurofighter-Chef Rauen selbst zugestanden, dass der Kaufgegenstand Flieger der Tranche 2/Block 8 waren.<sup>72</sup> Und das hätte bei den Vergleichsverhandlungen berücksichtigt werden müssen.

Peschorn tat dies. Er stellte sich daher die logische nächste Frage. Nämlich, ob Österreich jemals Flugzeuge der Tranche 2/Block 8 haben werde: Ob aus einem 1/5er durch Umrüstung jemals ein 2/8er werden kann:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ist diese Unklarheit für Sie juridisch eine Möglichkeit gewesen, den Ausstieg voranzutreiben?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Die Frage der Ersatzteilverfügbarkeit nicht direkt. Aber die Frage der Herstellung des geschuldeten Leistungszustandes – was muss Eurofighter machen, damit ein 1/5er funktional zu einem 2/8er wird? –, das war eine Überlegung für einen Rücktrittsgrund.<sup>73</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Die Umrüstung Tranche 1, Tranche 2 ist nach Ihrer Einschätzung, Herr Dr. Peschorn, für Eurofighter höchst unwirtschaftlich, und Sie sehen darin die Möglichkeit eines Vertragsausstiegs. Habe ich es richtig verstanden, dass Sie das bereits im März 2007 analysierten?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Natürlich ist ein wesentlicher Grund gewesen oder hätte es sein können, dass unser Vertragspartner zum vertraglich bedungenen Zeitpunkt die vertraglich bedungene Sache nicht liefern kann.

<sup>71</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38.

<sup>72</sup> 43/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 91; 59/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 27.

<sup>73</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38-39.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Dazu brauche ich schon gar keinen expliziten Rücktrittsgrund, sondern das ergibt sich aus dem Allgemeinen Bürgerlichen Gesetzbuch, und wir hatten österreichisches Recht vereinbart. Es war auch explizit in Punkt 18 des Kaufvertrages so vereinbart. Daher war ein wichtiger Zugang: Ist Eurofighter Jagdflugzeug GmbH in der Lage, das, was sie der Republik Österreich schuldet, zu liefern?

Daran haben wir mit jedem Tag, mit dem wir mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH in Kontakt gekommen sind, stärkere Zweifel bekommen, die sich aus heutiger Sicht mit dem Wissen aus den Jahren 2016 und 2017 massiv verstärkt haben.<sup>74</sup>

Die Aussage des Fachexperten aus dem Ministerium, Karl Hofer, bestätigte diese Zweifel:

**Abgeordneter Hermann Brückl (FPÖ):** Entspricht die auf Tranche 2 umgerüstete Tranche 1, entspricht dieses Produkt, dieser Flieger der bestellten Ware? (*Auskunfts person Hofer: „Der bestellten“ ...?*) – Dem bestellten Flieger, dem ursprünglich 2003 bestellten Flieger der Tranche 2?

**Ministerialrat Karl Hofer:** Jetzt? Ich habe die Frage nicht verstanden, tut mir leid.

**Abgeordneter Hermann Brückl (FPÖ):** Die Republik hat den Flieger der Tranche 2 bestellt. (*Auskunfts person Hofer: Ja!*) Jetzt wird die Tranche 1/5 geliefert (*Auskunfts person Hofer: Jawohl!*) und wird aufgerüstet auf Tranche 2/8.

**Ministerialrat Karl Hofer:** Nach dem Vertrag, nicht mehr nach dem Vergleich!

**Abgeordneter Hermann Brückl (FPÖ):** Ja. Das würde bedeuten, dass der umgerüstete Flieger nicht mehr dem ursprünglich bestellten Flieger entspricht, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Sie sagen, Tranche 2 ist nicht gleich Tranche 1 Plus.

**Ministerialrat Karl Hofer:** Genauso ist es, ja.

**Abgeordneter Hermann Brückl (FPÖ):** Das heißt, die Republik hat ein Flugzeug bestellt, bei dem sich Eurofighter 2003 vertraglich vorbehalten hat, Tranche 1 zu liefern und allfällige Nachrüstungen zu liefern (*Auskunfts person Hofer: Nachzurüsten, ja!*), obwohl Sie jetzt eben sagen, die Tranche 1 aufgerüstet entspricht sozusagen nicht der Tranche 2, die wir ursprünglich bestellt hätten.

**Ministerialrat Karl Hofer:** Funktional ist sie gleich, beim Bauzustand, heruntergebrochen auf den Bauteil ist sie es nicht, weil einfach die Tranche 1 einen leicht anderen technischen Aufbau hat wie die Tranche 2; und ich kann durch Umrüstmaßnahmen von der Tranche 1 auf die Tranche 2 niemals einen gleichen Bauzustand herstellen. Ich müsste das Flugzeug komplett umbauen. Es geht aber in dem Fall nur um die avionische Ausrüstung, die der Pilot vorfindet; die ist ident, aber nicht das Flugzeug selbst. Also die Hülle, das Fahrwerk und die Räder, die sind noch immer anders.

Beispielhaft: Das Tranche-1-Flugzeug ist ausgelegt für Luft-Luft-Operationen. Das Tranche-2-Flugzeug, wie man auch in der Literatur lesen kann, ist der Übergang von Luft-Luft auf LuftBoden, und Luft-Boden heißt Luft-Boden-Bewaffnung, Bomben, lasergesteuerte Waffen und so weiter – sind schwer. Luft-Luft-Lenkwaffen sind leicht. Daher musste bereits in der Tranche 2 im Tragwerk, also im Flügel Verstärkungen eingeführt werden, mussten im Fahrwerk Verstärkungen eingeführt werden, und diese Verstärkungen, die jetzt in der Tranche 2 drinnen sind, die sind in der Tranche 1 nicht drinnen und die können auch nicht nachgerüstet werden, unter keinen Umständen; da müsste man das Flugzeug umbauen.

Aber: Man ist in der Lage, die avionische Ausrüstung gewissermaßen aus der Tranche 1 raus- und die Tranche-2-Kasteln, sage ich einmal, einzubauen. Das geht! Noch einmal: Funktional kann man es gleich machen, bauzustandsmäßig aber nicht. Sie sind verschieden, und wie ich vorvorige Woche auch beim Staatsanwalt schon aussagen musste: Das wären 18 Flugzeuge gewesen, die anders sind wie alle anderen in den Core-Nationen.<sup>75</sup>

Ähnlich sah es auch der Leiter der kaufmännischen Abteilung im Verteidigungsministerium:

<sup>74</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 7.

<sup>75</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 32.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** [...] Von wem haben Sie denn Gerüchte gehört, dass Eurofighter 2/8 nicht liefern kann – beziehungsweise haben Sie das ja selbst zugestanden –, 1/5 aber auf deren Kosten aufgerüstet wird und das dann ein wirtschaftliches Problem und ein technisches Problem darstellen soll, diese Aufrüstung 1/5 auf die Wertigkeit von 2/8?

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Für mich gab es niemals Probleme bei der Aufrüstung, denn Eurofighter hatte den Vertrag, den ich unterschrieben habe – Tranche 2/Block 8 – zu erfüllen. Und somit war für mich völlig klar, dass die als Ersatz gelieferten Tranche-1-Flugzeuge, wenn sie nicht aufzurüsten waren, auch sogar hätten ausgetauscht werden müssen auf Tranche 2/Block 8, denn wir haben Tranche 2/Block 8 unterschrieben und paktiert.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Hat es Hinweise gegeben, dass diese Nachrüstung (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen*) einerseits technisch nicht möglich und andererseits wirtschaftlich für Eurofighter ein Wahnsinn gewesen wäre?

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Das mag richtig sein, denn die 148 Flieger der Tranche 1 wurden nicht nachgerüstet.<sup>76</sup>

Es kann daher festgestellt werden, dass es Peschorns Argumentationslinie für einen Vertragsausstieg durchaus Wert gewesen wäre, weiterverfolgt zu werden. Stattdessen nahm sich Österreich durch den Vergleich der älteren Flieger an.

Es liegt die Vermutung nahe, dass eine Zusammenarbeit von Peschorn und Koziol die Rechtsposition der Republik erheblich gestärkt hätte:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Laut Ihren Aussagen haben Sie darüber nicht mit Professor Koziol sprechen können, oder doch?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Meine Aussage diesbezüglich war zur Frage, ob es Gespräche mit Professor Koziol gegeben hat. Ich habe darauf gesagt, es hat über unser Argumentationspapier, wo Ausstiegsszenarien juristisch bereits behandelt wurden, jedenfalls Konferenzen und Gespräche mit den juristischen Mitarbeitern des Herrn Professor Koziol gegeben, die wahrscheinlich maßgeblich dessen Stellungnahmen verfasst haben. Ob Herr Professor Koziol dabei war, kann ich heute nicht mehr sagen, müsste sich aber in meinen Unterlagen abbilden.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Unsere Vermutung ist, dass diese Mitarbeiter höchstwahrscheinlich Professor Koziol nicht über diese Tatsache informiert haben, denn sonst wäre es unerklärlich, dass uns Universitätsprofessor Koziol hier mitteilt, dass es praktisch aufgrund dieser Ersetzungsbefugnis unausweichlich war, dass uns T1/Block 5 geliefert worden ist. Da dürfte sein Gutachten eine massive Schwäche gehabt haben?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Die Mitarbeiter des Herrn Professor Koziol haben auf mich einen sehr seriösen, sehr sachlichen Eindruck hinterlassen, man kennt sie auch. Ich würde das diesen Personen nicht unterstellen. Die Frage ist allerdings in jedem Gutachten, wie ich Umstände werte. Und da muss ich dann natürlich diese Wertung auch ausführen.<sup>77</sup>

Der ehemalige Berufspilot und Wehrtechniker Georg Schmidt lässt erahnen, welches Ergebnis die Republik erwarten hätte können:

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ein guter Verhandler hätte erreicht, dass wir zum Schluss 18 Stück T2/B8 gehabt hätten, weil ich annehme, dass die Umrüstung von der T1/B5 auf die bedungene Ausführung so teuer wäre, dass die eine andere Lösung gefunden hätten. Der Unterschied wird – das ist nur so ein bisschen Flugzeugtechnik, wie ich sie von damals noch habe – im Kabelbaum liegen. Die Vorserie, die T1, hat ein komplett anderes Rechnersystem, und ein anderes Rechnersystem heißt ein anderer Kabelbaum, und Kabelbaum heißt -- Als ich damals in Manching war, im Jahr 1986 oder 1987, habe ich die Tornado Fertigung in dem

<sup>76</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 31-32.

<sup>77</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Werk gesehen, das hat mich natürlich sehr interessiert. Da war also das Gerippe, da hast du noch keine Verplankung gesehen, gerade dass es gestanden ist, und das Nächste, was gemacht wird: Es wird der Kabelbaum eingeführt. Das sind **solche** Büscheln von Kabeln (*eine entsprechende Handbewegung machend*), wo alle Augenblicke irgendwelche auf die Seite weggehen, und den kannst du nicht ausbauen und wieder neu einbauen. Also der Kabelbaum ist der Punkt, warum die Flugzeuge außer Dienst gestellt werden. Wenn der hin ist, ist es nicht mehr reparierbar.<sup>78</sup>

Abschließend ist somit festzustellen, dass Peschorn innerhalb kürzester Zeit starke Argumente entwickelt hatte, die einen Ausstieg aus dem Vertrag im Jahr 2007 oder zumindest ein weitaus besseres Verhandlungsergebnis, als letztlich erzielt, möglich erscheinen ließen.

---

<sup>78</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 23.

## 1.4. DER WEG ZUM VERGLEICH

### 1.4.1. Keinerlei Dokumentation der Vergleichsverhandlungen

Während der Präsident der Finanzprokuratur in Gedankenprotokollen und Gesprächsnotizen die Vorbereitungen auf die Verhandlungen minutiös festhielt, fand der Untersuchungsausschuss über die eigentlichen Verhandlungen zwischen Koziol, Darabos, Rauen und Lukas keinerlei Aufzeichnungen.

Die fehlende Dokumentation der Vergleichsverhandlungen hatte bereits der Rechnungshof kritisiert. Caesar-Stifter, zuständige Prüferin des Rechnungshofs,<sup>79</sup> führte dazu aus:

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Der Rechnungshof hat natürlich alle Dokumente zu den Vergleichsverhandlungen angefordert, auch allfällige Preis- oder Kalkulationsunterlagen, zum Beispiel zu den Abbestellungskosten in Höhe von 57 Millionen €, und da wurde uns nichts vorgelegt.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Hatten Sie Gelegenheit, Informationen über die Vorbereitung der Vergleichsgespräche zu erlangen? Wurde, wie das Präsident Moser bei seiner Vernehmung vor dem ersten Eurofighter-Untersuchungsausschuss für erforderlich hielt, Ihren Informationen nach zuvor eine umfassende Kosten-Nutzen-Analyse angestellt?

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Wir haben zu der Vorbereitung Dokumentationen bekommen. Das war aus diesem Zeitraum, als auch der Präsident der Finanzprokuratur, Dr. Peschorn, noch dabei war. Aus der Zeit der eigentlichen, der maßgeblichen Vergleichsverhandlungen liegen uns keine Dokumente vor.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Kamen diese Informationen von Dr. Peschorn oder vom Verteidigungsministerium?

**Mag. Birgit Caesar-Stifter:** Diese Informationen haben wir insbesondere von Präsident Peschorn bekommen.<sup>80</sup>

Koziol vermeinte selbstverständlich Notizen gemacht zu haben. Auch habe er Darabos schriftlich gebrieft. Trotzdem findet sich für den Zeitraum, in dem Darabos und Koziol den Vergleichsvertrag mit Eurofighter verhandelten, „kein Fuzerl Papier“:

**Dr. Helmuth Koziol:** Natürlich habe ich mir wie üblich stenographisch Notizen gemacht, damit ich den Verhandlungsgang wieder rekapitulieren kann. Insofern habe ich für mich Notizen gemacht. Die kann ein Dritter nicht lesen, aber für mich waren es Anhaltspunkte.<sup>81</sup>

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Wie haben Sie den Minister bei Vorverhandlungen gebrieft?

**Dr. Helmuth Koziol:** Ich habe mit ihm oft persönlich gesprochen. Sonst habe ich Vorbereitungen gemacht, indem ich den Leiter der Taskforce, Brigadier Jeloschek, vorbereitet habe, der dann seinerseits auch wieder mit Darabos gesprochen hat.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Hat es von Ihnen schriftliche Berichte gegeben? Vorbereitung?

**Dr. Helmuth Koziol:** In der Vorbereitung hat es sicher schriftliche Dinge gegeben, weil ich mit Jeloschek in schriftlichem Kontakt stand, und da sind natürlich viele Detailprobleme behandelt worden.<sup>82</sup>

<sup>79</sup> RH-Bericht: Luftraumüberwachungsflugzeuge: Vergleich der Republik Österreich mit der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH, Bund 2008/9.

<sup>80</sup> 406/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5.

<sup>81</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 32.

<sup>82</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 49.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Der von Koziol angeführte Schriftverkehr mit Jeloschek wurde offensichtlich nicht veraktenet, denn er lag dem Untersuchungsausschuss nicht vor.

Bei den entscheidenden Vergleichsverhandlungen, sei es im Hotel Altmannsdorf oder vor dem Abschluss des Vergleichsvertrages in Paris war kein einziger Beamter des Verteidigungsministeriums anwesend. Die Verhandlungen wurden ausschließlich zwischen Koziol und Darabos einerseits, und Eurofighter-Geschäftsführer Aloysius Rauen und Meinhard Lukas, dem österreichischen Universitätsprofessor und Rechtsbeistand von Eurofighter andererseits geführt.

Der Beamte Jeloschek, der von Gesetzes wegen jedenfalls zur Dokumentation verpflichtet gewesen wäre, musste nach eigenen Angaben vor der Türe warten:<sup>83</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Lassen wir einmal die obersten Organe draußen, also den Minister. Die Frage ist zu beantworten mit: eindeutig ja.

Also, es gibt diverse gesetzliche Vorschriften. Das fängt beim Bundeshaushaltsgesetz 2013 an, BHG 2013, und geht ins Strafrecht hinein, wenn man das will, das natürlich öffentlich Bediensteten, Beamten und Vertragsbediensteten ganz klar darlegt, dass sie dokumentieren müssen, zumindest die Entscheidungsgrundlagen. Sie können hier das Amtshaftungsgesetz, das Organhaftungsgesetz als Reflex hernehmen. Wenn sie nach der Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofes nicht in der Lage sind, nachzuweisen, warum ihre Entscheidung gefällt wurde, nämlich unter Anwendung der logischen Denkgesetze, unter Zuhilfenahme von Hilfsmitteln wie einem Berater oder einem Buch, dann werden sie es bei einer Haftungsinanspruchnahme extrem schwer haben.

Man muss natürlich sagen – und das darf man nicht überdehnen –, die Mitarbeiter eines Bundesministers, einer Bundesministerin, und daher auch die Finanzprokuratur, wenn sie beauftragt ist, sind natürlich dazu da, das für diesen Organwalter zu machen.

Eines der manchmal zu beobachtenden, aus meiner Sicht zu kritisierenden Phänomene ist, dass man von diesem obersten Organ die Entscheidung verlangt, damit man dann – unter Anführungszeichen – „haftungsfrei“ vollziehen kann. Das ist eine falsche Sicht! Man muss korrekt und stets eine Entscheidung vorbereiten und vielleicht verschiedene Varianten hinlegen, aber sie muss dokumentiert, sie muss begründet sein.<sup>84</sup>

Erst im Laufe des Untersuchungsausschusses, am 2. Juni 2017, tauchten zwei bedeutende Schriftstücke aus der Zeit der Verhandlungen auf: Der Vergleich von Altmannsdorf vom 24. Mai 2007 – handschriftlich notiert von Koziol auf einem Block des Gartenhotels Altmannsdorf. Und das E-Mail von Kammerhofer vom 19. Mai 2007, worin die mangelnde Allwettertauglichkeit des Flugzeuges festgehalten wurde.

Diese Dokumente waren am 1. Juni 2017 bei einer Nachsicht im Bürobereich des ehemaligen Kabinettschefs Kammerhofer in einem Schrank gefunden worden,<sup>85</sup> was darauf hindeutet, dass sie dort übersehen worden waren, als man die Dokumente rund um den Vergleichsabschluss mutmaßlich verschwinden lassen wollte.

Im Zuge des Untersuchungsausschusses konnte nicht endgültig geklärt werden, wer für das Verschwinden der Dokumentation der Vergleichsverhandlungen verantwortlich war und ob dies mit dem Wissen bzw. auf Wunsch von Bundesminister Darabos durchgeführt wurde. Es kann jedoch jedenfalls festgehalten werden, dass es äußert unüblich ist, über derartig komplexe Vertragsverhandlungen keine Aufzeichnungen anzufertigen.

<sup>83</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21, 71.

<sup>84</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 23-24.

<sup>85</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 27.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Gemäß Rechnungshof wäre aufgrund der haushaltrechtlichen Bestimmungen eine Einvernehmensherstellung zudem mit dem Bundesministerium für Finanzen geboten gewesen. Dazu soll es jedoch ebenso wenig gekommen sein. Laut damals zuständigem Finanzminister Wilhelm Molterer seien ihm von Darabos keine überprüfbaren schriftlichen Unterlagen vorgelegt worden:

**Mag. Wilhelm Molterer:** [...] Gemäß Haushaltrecht, niedergelegt auch in der Bundesverfassung, ist der Bundesminister für Finanzen verpflichtet, mehrjährige Vorhaben hinsichtlich ihrer finanziellen Auswirkung respektive Bedeckbarkeit und Finanzierbarkeit zu überprüfen.

Das neue Budgetrecht aus dem Jahr 2007, das unter meiner Verantwortung umgesetzt wurde, hat diesbezüglich sehr klare Spielregeln. Dazu dient das Instrument der Einvernehmensherstellung. Das heißt, das haushaltsleitende Organ, das üblicherweise ein Bundesministerium ist, hat für derartige Vorhaben das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen herzustellen, und zwar vor Abschluss rechtsverbindlicher Verpflichtungen.

Dies ist beim Vergleich, den Kollege Darabos abgeschlossen hat, nicht geschehen. Das heißt, es ist kein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen hergestellt worden.

Erstmals hat mich Kollege Darabos am 24. Mai mündlich von der Absicht informiert, einen Vergleich abzuschließen, beziehungsweise darüber informiert, dass die Vergleichsgespräche, die er geführt hat, in einem finalen Stadium seien.

Ich betone ausdrücklich: Es hat bei diesem Gespräch keine schriftlichen Unterlagen gegeben. Nach meiner Erinnerung war der Kern der Information rund um die Reduktion der Stückzahl, rund um die Tranchenentscheidung und eine Indikation des Kollegen Darabos hinsichtlich der – unter Anführungszeichen – „Einsparung“ von Kosten gegeben.

Da es keine schriftlichen Unterlagen zu diesem Stand der Gespräche gegeben hat, war es auch nicht möglich, die sicherheitspolitischen Fragestellungen respektive die wirtschaftlichen Fragestellungen zu beurteilen. Da eine Beurteilung nicht möglich war, war eine Zustimmung logischerweise nicht möglich, und da keine Unterlagen vorgelegt wurden, war auch keine Einvernehmensherstellung möglich.

Was sich nach meiner Erinnerung erst im Nachhinein herausgestellt hat, war, dass an diesem Tage offensichtlich die finalen Vergleichsgespräche stattgefunden haben. Das habe ich erst nachher erfahren.

Die zweite Information habe ich am 23.6. des Jahres 2007 erhalten: Da hat mich Kollege Darabos wiederum mündlich darüber informiert, dass die Absicht besteht, den ausverhandelten Vergleich zu unterzeichnen. Wie gesagt: Eine schriftliche Unterlage wurde nicht vorgelegt.

Daher ist auch damals eine Beurteilung der sicherheitspolitischen Fragestellungen respektive der wirtschaftlichen Aspekte nicht möglich gewesen. Es hat daher meinerseits keine Zustimmung geben können, und eine Einvernehmensherstellung ist auch damals nicht erfolgt. Am 27.6. des Jahres 2007 hat ein Ministerrat stattgefunden, an dem Minister Darabos mündlich über den Abschluss der Vergleichsverhandlungen informiert hat. Mir ist ein Entwurf eines schriftlichen Ministerratsberichts nie zugegangen. Ich habe auch nicht den Eindruck gehabt, dass die Information vorbereitet gewesen war, sondern es war dies ein mündlicher Bericht, der dem Ministerrat gegeben wurde. Da es ein mündlicher Bericht war, war eine Frage der Zustimmung aufgrund der fehlenden Unterlagen natürlich nicht Thema.

Einvernehmen ist nicht hergestellt worden. Und ich erinnere mich, dass damals in dem entsprechenden Pressegespräch auch Kollege Gusenbauer darauf hingewiesen hat, dass der Abschluss des Vergleiches in der alleinigen Verantwortung des Kollegen Darabos liege.

Erstmals sind mit Datum vom 6.6., eingelangt im Finanzministerium – glaube ich – am 9.6.2007, Elemente von schriftlichen Informationen vorgelegt worden, Teilespekte, Auszüge, aber keineswegs der schriftliche Vergleich. Nach meiner Erinnerung ist der endgültige Vergleichstext schriftlich dem Finanzministerium erst im September des Jahres 2007 übermittelt worden.

Das ist mein Informationsstand zu diesen Fragestellungen, und ich bin gerne bereit, dem

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Hohen Ausschuss die entsprechenden Antworten auf die Fragen, soweit mir das möglich ist, zu geben.<sup>86</sup>

**Mag. Wilhelm Molterer:** Entschuldigung! Das war ein Versprecher: Gemeint habe ich den 6. Juli. Entschuldigung! Sonst würde sich das nicht ausgehen, da haben Sie Recht.<sup>87</sup>

#### 1.4.2. Die fehlende Einbindung der Beamten

Inwieweit sich Darabos und Koziol mit Unterlagen und Berechnungen auf die Verhandlungen mit der Eurofighter GmbH vorbereitet hatten, konnte mangels Dokumentation der Verhandlungen nur im Zuge der Befragungen ermittelt werden:

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wenn man in Verhandlungen geht, geht man ja mit einer Strategie in Verhandlungen. Meine Frage ist – da Sie gesagt haben, Koziol und Sie haben verhandelt –: Wer war denn der Militärexperte bei diesen Verhandlungen? Denn man muss ja mit einer Strategie in Verhandlungen gehen, die nicht nur die ökonomische Sicht hat, dass man sich vielleicht ein paar Millionen erspart, sondern man muss auch darüber hinaus denken. Man muss sich denken: Wie entwickeln sich die nächsten 30 Jahre, was die Betriebskosten, was Aufrüstungen, Updates und so weiter betrifft?

Welche Strategie gab es denn da bei diesen Verhandlungen?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich habe es Ihnen schon gesagt, der Experte war Brigadier Jeloschek, der im Verteidigungsministerium beschäftigt ist, jetzt mittlerweile in Pension ist, der übrigens, glaube ich, auch vor dem Ausschuss aussagen wird. Und das war die Grundlage für unsere Strategie. Im Übrigen war damals auch General Entacher eingebunden und hat meine Strategie auch befürwortet.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** War diese Strategie irgendwo festgeschrieben? Gab es da ein Sheet, wo man gesagt hat: Das ist die Strategie, mit der gehen wir in die Verhandlungen!?

**Mag. Norbert Darabos:** Die Strategie war vom Gutachten des Professor Koziol abgeleitet, das eben darauf hingewiesen hat, dass ein Ausstieg so riskant sei, dass die Republik Österreich möglicherweise 1 Milliarde € zahlen sollte.<sup>88</sup>

Im Zuge seiner Aussage drängte sich der Eindruck auf, dass die Vorbereitung auf die Verhandlungen für Darabos denselben Stellenwert wie die Dokumentation einnahm:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Am 5. Juni 2007 schickt Ihnen persönlich Dr. Peschorn ein weiteres E-Mail – Dokument Nummer 19313; „Gültige Verträge“ und so weiter – und rechnet Ihnen in einer Excel-Tabelle auch die Ausstiegsvarianten vor. – Was haben Sie damit gemacht? (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück und berät sich mit ihrer Vertrauensperson.*)

**Mag. Norbert Darabos:** Mit dieser Unterlage bin ich nach Paris gefahren und habe dann in Paris die Verhandlungen geführt, was die Vergleichsverhandlungen betrifft.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) (erheitert):** Mit dieser Unterlage!  
Okay, dann kommen wir jetzt zur Vergleichspunktion: Wo in den Akten finden wir einen Entwurf zur Vergleichspunktion?

**Mag. Norbert Darabos:** In welchen Akten?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Na des Verteidigungsministeriums! Es muss ja irgendwelche Entwürfe geben.

**Mag. Norbert Darabos:** Warum muss es Entwürfe geben?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum es Entwürfe für einen Vergleich geben soll, fragen Sie das ernsthaft? – Okay.

Gibt es irgendwelche Vorbereitungspapiere für diesen Vergleich?

<sup>86</sup> 414/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 5.

<sup>87</sup> 414/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 5.

<sup>88</sup> 411/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 15-16.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Mag. Norbert Darabos:** Ich habe keine Unterlagen, die ich Ihnen jetzt vorlegen könnte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt keine Unterlagen.

Wo ist berechnet worden, wie viel wir zurückbekommen, wenn wir statt neuen alte Eurofighter nehmen? Wo ist das berechnet worden?

**Mag. Norbert Darabos:** Es handelt sich um einen Vergleich, und diesen Vergleich habe ich ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wo ist das berechnet worden?

**Mag. Norbert Darabos:** Im Ministerium.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es finden sich dort keine Unterlagen, es gibt nichts.

Wo sind die Unterlagen, die Berechnungsunterlagen?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich bin nicht mehr Minister, ich weiß nicht wo Unterlagen ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt nichts. Wo ist berechnet worden, wie viel wir zurückbekommen, wenn wir statt Tranche 2 Tranche 1 nehmen? Wer hat das berechnet?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Es geht um einen Vergleich, und dieser Vergleich hat die Reduzierung der Stückzahl mit diesen 250 Millionen so festgelegt.<sup>89</sup>

Darabos ging offensichtlich davon aus, dass keine Berechnungen anzustellen waren, da es sich um einen Vergleich handelte - man sich somit in der Mitte traf. Dass Berechnungen notwendig sind, um die jeweilige „Mitte“ auszuloten und sich nicht vollkommen hilflos in die Hände des Vertragspartners zu begeben, wusste er nicht zu entkräften.

Jeloschek gab bei seiner Befragung an, Darabos jedes Mal gründlich vorbereitet zu haben:

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Der Herr Bundesminister ist von uns, vom Büro, nie ohne Folgendes weggegangen: ein ausführliches mündliches Briefing über die aktuelle Lage und über die Möglichkeiten, die zu erwarten sind, eine schriftliche Unterlage in Form entweder eines Berichts oder eines Hand-outs in Form von PowerPoint-Folien oder sonstigen für eine Ministerebene brauchbaren Informationen.

Das heißt, der Minister hat jedes Mal gewusst, um welche Punkte es geht, er hat auch auf diese Punkte referenziert, während dann der Rechtsberater den rechtlichen Teil, von dem schon im Vorfeld auch geklärt wurde, ob das mit den laufenden Überprüfungen rechtlich im Einklang ist -- Der Herr Minister ist jedes Mal gebrieft und mit Unterlagen zu Rauen gegangen.

Nicht zutreffend oder nicht ganz zutreffend, weil es keine Verhandlungen waren, ist das für die Erstgespräche, wo einfach der Herr Bundesminister und Rauen überhaupt einen Weg zueinander finden mussten. Da gab es nur ein Bild, wie der Bearbeitungsstand bei uns ist, und das war auch ein Briefing. Da ging es aber um keine Verhandlungen, sondern nur um das Ausfüllen oder das Erkennen, welche Verhandlungsmöglichkeiten --<sup>90</sup>

Aus den weiteren Befragungen ergab sich jedoch ein anderes Bild. Demnach waren die Beamten des Verteidigungsministeriums von Darabos nicht einbezogen worden. Insbesondere Prüfungen der Wirtschaftlichkeit oder der betriebswirtschaftlichen Auswirkungen des Vergleichs von Altmannsdorf konnten nicht festgestellt werden.

Diese Berechnungen hätten aber durchaus von Beamten des Verteidigungsministeriums durchgeführt werden können. Etwa von MinR Edwin Wall, dem Leiter der kaufmännischen Abteilung:

**Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger (ÖVP):** Das Wesentliche meiner Befragung geht ja immer in die Richtung, warum Sie als kaufmännischer Leiter nicht in die Vergleichsverhandlungen eingebunden gewesen sind? Das ist für uns ein Rätsel, weil Sie doch eine zentrale Rolle gespielt haben. Ist das so üblich?

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Das ist auch für mich ein Rätsel.<sup>91</sup>

<sup>89</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39-40.

<sup>90</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 15.

<sup>91</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 16.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** [...] Gab es vergleichbare Situationen bei anderen Beschaffungsvorgängen, bei denen Sie nicht befragt wurden, obwohl es sinnvoll gewesen wäre, Ihre Kompetenz einzubinden?

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Dieser Fall war mein einziger in meiner vierzigjährigen Karriere.<sup>92</sup>

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Ja, wir haben aber noch nicht gefunden, wer nachgerechnet hat, und für die wirtschaftliche Betrachtung wurden als Auskunftsperson – noch einmal – immer nur Sie genannt.

Ich gehe jetzt noch einmal die Kette durch: Darabos sagt, er hat das mit Kammerhofer gemacht, aber mit Koziol verhandelt; Kammerhofer sagt – bitte lassen Sie mich das ausführen –, Jeloschek war generalverantwortlich für das Eurofighter-Projekt; Jeloschek sagt, für wirtschaftliche Fragen waren immer Sie zuständig, er hat sich nicht selbst um wirtschaftliche Fragen gekümmert. – Sie sagen jetzt, Sie waren nicht gefragt?!

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Ich habe heute schon einmal erklärt, ich habe einen Bediensteten der kaufmännischen Abteilung in die Taskforce abgestellt, und die hat die Aufträge des Herrn Jeloschek erfüllt. Er hat sich da nicht direkt an die kaufmännische Abteilung gewendet. Und das habe ich erklärt, weil ich als Point of Contact da drinnen stehe. Ich habe nur meinen Mann dorthin abgestellt, und der war dort beschäftigt.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Sie sprechen von der Person Blind?

(*Auskunftsperson Wall: Ja!*) – Ja, und diese Person wird ja dann Ihnen gegenüber, da Sie der Abteilungsleiter waren, trotzdem berichtet haben.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Er war zur Geheimhaltung verpflichtet und hat mir über diese Sachen nichts sagen können.<sup>93</sup>

Wall stellte also einen Beamten ab – ADir Blind. Dieser sollte Jeloschek für wirtschaftliche Fragen zur Verfügung stehen. Mangels einer Aussage Blinds konnte der U-Ausschuss nicht eruieren, inwieweit Blind tatsächlich eingebunden war. Die Tatsache, dass Blind weder von Jeloschek, noch von Darabos erwähnt wurde (sondern jeweils nur von Wall) spricht jedenfalls nicht für seine besonders starke Einbindung. Blind war zudem im offiziellen Verhandlungsteam von Peschorn. Wie weit dieses Verhandlungsteam in die Vergleichsverhandlungen involviert war, wissen wir ja bereits.

Ebenso nicht eingebunden war MinR Hofer, der die technische Expertise und damit auch Überlegungen zu den erhöhten Life-Cycle-Costs liefern hätte können, die durch den Verzicht der Aufrüstung auf Tranche 2 entstanden:

**Ministerialrat Karl Hofer:** [...] Aus meiner Sicht als damals Verantwortlicher für die Einführung des Eurofighters war ich zum Thema Vergleich nicht gefragt, obwohl gewissermaßen Vertragsabwicklung und alles, was damit zu tun hat, meine Zuständigkeit war. Warum ich nicht eingebunden wurde, weiß ich nicht – da kann man spekulieren –, jedenfalls wäre die Unterstützung des Herrn Bundesministers sehr wohl gegeben gewesen, hätte er diese Unterstützung, sage ich einmal, wie man unter normalen Leuten umgeht, auch verlangt.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ja, weil der Herr Bundesminister hat uns gesagt, er hat sich in dieser Frage – Ausstieg oder Nichtausstieg Eurofighter – alleingelassen gefühlt. Sie meinen eher, wenn ich es jetzt grob vereinfachend sage, er war selber schuld.

**Ministerialrat Karl Hofer:** Ja.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Hat es trotzdem im Ministerium Berechnungen, also vor allem Kosten-Nutzen-Analysen, gegeben, wie denn zu verfahren wäre mit diesem Auftrag, den ja das Parlament in seinem Entschließungsantrag betreffend Ausstieg aus dem EurofighterVertrag erteilt hat? Hat es da Überlegungen gegeben: Wie schaut das aus? Was kann das kosten? Was kann man da tun? – Hat es da Unterlagen gegeben?

<sup>92</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 24.

<sup>93</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Ministerialrat Karl Hofer:** Gestern haben der Herr Bundesminister und Professor Koziol berichtet, dass es hier rein um eine politisch-rechtliche Geschichte gegangen ist; der wirtschaftliche, betriebswirtschaftliche Anteil war kein Thema. Sie haben aber völlig recht: Das wäre mein Schwergewicht gewesen, wenn man mich eingebunden hätte. Von uns als Beamte verlangt man tagtäglich, mit Zahlen, Daten, Fakten gegenüber der eigenen Organisation und gegenüber den Steuerzahlern nachzuweisen, dass das gut ist, was wir hier machen. Das ist für den Vergleich aus meiner Sicht völlig unterblieben. Es werden nach mir noch Kollegen kommen, die das wahrscheinlich nicht ganz so bestätigen, wie zum Beispiel Generalmajor Jeloschek. (*Verfahrensrichter Rohrer: Jeloschek, ja!*) Ob er mit anderen Kollegen das eine oder andere abgesprochen hat, das kann ich hier nicht sagen, jedenfalls ist der Auftrag an mich nicht ergangen. Und wahrscheinlich wird es so sein – das ist aber auch wieder hypothetisch –, wie vorgestern schon gesagt worden ist: Vermutlich wird es darüber kein Fuzerl Papier geben.<sup>94</sup>

Darabos gab hingegen an, dass er sich „ziemlich alleine“ gefühlt habe:

**Mag. Norbert Darabos:** [...] Ja, ich gebe zu, ich habe das relativ mit den Beratern und Beraterinnen und Rechtsanwälten und Brigadien verhandelt und war da ziemlich alleine.<sup>95</sup>

Diese Aussage ist für uns nicht nachvollziehbar, standen ihm doch sehr viele Möglichkeiten offen. Er hatte nicht nur ein ganzes Ministerium unter sich, sondern stand ihm auch die Finanzprokuratur zur Verfügung. Gewiss wäre ihm notfalls auch der Zukauf weiterer externer Expertise möglich gewesen.

Im Folgenden (Punkt 1.5.) sollen die Ergebnisse der scheinbar äußerst fahrlässigen Vorbereitung von Darabos auf die Vergleichsverhandlungen erörtert werden.

#### 1.4.3. Das Diktat von Eurofighter/EADS

Im Laufe der Befragungen zeigten sich viele mögliche Gründe, warum die Verhandlungen den dargestellten Verlauf nahmen. Fest steht jedoch, dass Eurofighter in den Verhandlungen eine äußerst starke Position einnahm. Darabos und Koziol konnten dieser allen Anschein nach nicht ausreichend entgegen halten.

Aus den Akten ergibt sich, dass EADS aktiv auf die Zusammensetzung des Verhandlungsteams einwirkte, wie unter anderem die (Nicht-) Einbeziehung der Finanzprokuratur zeigte. Dies wurde von den Auskunftspersonen auch bestätigt.

Dem Ungleichgewicht der Kräfte hätte mit der Beziehung weiterer ExpertInnen entgegengewirkt werden können. Stattdessen nützte Eurofighter die überlegene Position aus. Das Ergebnis spricht für sich.

Laut Georg Schmidt, wohlgerne einem glühenden Verfechter der Eurofighter, eine kurzsichtige Vorgangsweise – auch für EADS:

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Darum wollte ich das E-Mail lesen, damit ich weiß, welche Seite gemeint ist. Also dass der Zivildiener schlecht verhandelt hat, das ist evident sondergleichen.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Wer ist der Zivildiener?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ach so, Entschuldigung! Ich mag den Namen fast nicht aussprechen: der Bundesminister a. D. Mag. Norbert Darabos.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Der hat Ihrer Ansicht nach schlecht

<sup>94</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5.

<sup>95</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 30.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

verhandelt?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Schlecht ist kein Ausdruck, und ungewöhnlich ist auch kein Ausdruck. Wenn sich ein Minister mit einem Geschäftsführer von einem kleinen Unternehmen zusammensetzt, dann müssten ja sowieso alle Alarmglocken läuten; wenn er die Fachleute ausspart, wenn er sagt: Mir hat niemand geholfen! – Der Herr Ministerialrat Karl Hofer hat ganz klar hier, auf diesem Platz, ausgesagt: Immer hätte man geholfen, aber der hat sich gar nicht getraut! – Da habe ich den Spruch gehört: Jetzt stell dir einmal vor, da kommt ein CEO in seine Firma und hat 15 000 Feinde vor sich. So hat er sich gefühlt, habe ich gehört. Na bitte, was soll herauskommen?

Aber dass EADS auch schlecht verhandelt hat, ist für mich ganz, ganz klar. Die haben einen Schwächling über den Tisch gezogen, haben einen momentanen Erfolg gehabt, und ob der sich über 50 Jahre rechnet, werden wir sehen. Und wie schlecht der Vergleich war, ist in Abhängigkeit von vielen, vielen Bedingungen. Kein Mensch auf der Welt kann das rechnen: Wirtschaftlichkeitsbetrachtung, denn die erste Frage ist einmal, wie lange betreiben wir es – Klammer auf: siehe Draken –, und dass die Projektnutzungszeit da um 20 Jahre zurückgesetzt wurde und dass die Garantie für Ersatzteilversorgung nur 30 Jahre beträgt, von denen zwölf weg sind, also nur mehr 18 Jahre. Wissen Sie, was das nachher heißt? – Sie müssen in der Sache drinnen sein, um zu verstehen, was das für ein Schaden ist; ein Superprojekt kaputt gemacht, ich habe eine grenzenlose Wut.<sup>96</sup>

<sup>96</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 34.

## 1.5. DER VERGLEICHABSCHLUSS

---

### 1.5.1. „Genießen im Grünen“ – erster Vergleich

Am 24. Mai 2007 wird im Gartenhotel-Altmannsdorf von Rauen, Darabos, Lukas und Koziol ein Schriftstück mit der Überschrift „Vergleich“ unterzeichnet.

Dieses Dokument, welches für den Untersuchungsausschuss zur Rekonstruktion der Verhandlungen natürliche elementar ist, wurde am 2. Juni 2017 durch das BMLVS geliefert. Bis dahin wurde es von keiner der vernommenen Auskunftspersonen erwähnt. Auf Nachfrage und unter Bezugnahme auf die bis dahin bekannten Artikel der Zeitung „Kurier“ bzw. der Zeitschrift „Profil“ gaben die Auskunftspersonen nur sehr unklare Antworten.

Das besagte Dokument sieht wie folgt aus [im Anschluss findet sich der handschriftliche Text abgetippt]:<sup>97</sup>

---

<sup>97</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/der-miliardendeal-im-gartenhotel.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

GENIESSEN IM GRÜNEN

Vorstellung

1. Auf Grundlage einer Rückverfolgung der Bewerber von Abfangjägern wird an der Typenbeschreibung "Eurofighter" festgestellt ("Entkopplung")
2. Es werden mindestens sechs LFTZ der Type T1/B5 fabrikneu gekauft welche 12 LFTZ der Type T1/B5 (umgekehrt von T1/R2) wurden in fast neuwertigem Zustand gekauft. Von einer Überleitung auf T2/B8 wird nichts genannt.
3. Es wird auf rechts Seite DASS verzeichnet.
4. Nach der Leistungserklärung 2 und 3 ergibt sich ein Entgelteintrag von 92.000,- bis. Sollte die Übersetzung der ursprünglich vorgenommenen LFTZ T2/B8 einen Mehrwert anzeigen, so fällt dieser von ganz oben ab. Übernahme sie.
5. Das Entgelt für den im 155-Rübung vorgenommenen Dienstungen wird gegenüber dem alten Wert angehoben um € 3,5 Mio fühlbar überreicht.
6. EF wird nicht dafür verwunden, dass der 155-Rübung benötigt der Bewerber um € 500.000 fühlbar unterlegen ist. Sowohl dies nicht gelingen sollte, wird EF eine entsprechende Rekurrenz oder im Punkt 5 ausübbarer Drucke vornehmen.
7. Zugrund liegt nach dem oben vorverwobenen Verhältnis eines Gewerkschaftsbearbeitung des Entgelts um Kosten von € 272 Millionen.
8. Die gesetzlich zugesetzte Berichtigung aus der Bundesregierung erfolgt am 26. Mai 2007.



/ und die ...

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

DENIßSEN IM GRÜNEN

Siegmar Dr. Brembergmann

Den Republik Österreich wird die überall die Betriebsvergütung ausnutzbare Option eingeräumt, einen Betriebsvertrag für höchstens drei LFZ zu schließen, wobei pro LFZ der Entgelt von € 50 Mio abgestimmt wird.

Wien, 25. Mai 2007



**(Seite 1)**Vergleich

1. Auf der Grundlage einer Neubewertung des Erwerbes von Abfangjägern wird an der Typenentscheidung „Eurofighter“ festgehalten. („Entkoppelung“)
2. Es werden mindestens sechs LFZ der Type T1/B5 fabriksneu geliefert. Weitere 12 LFZ der Type T1/B5 (umgerüstet von T1/B2) werden in fast neuwertigem Zustand geliefert. Von einer Umrüstung auf T2/B8 wird Abstand genommen.
3. Es wird auf sechs Sätze DASS verzichtet.
4. Aus der Leistungsänderung 2. und 3. ergibt sich eine Entgeltreduktion von € 92 Mio. Sollte die Verwertung der ursprünglich vorgesehenen LFZ T2/B8 einen Mehrerlös erbringen, so fällt dieser zur Gänze der Rep. Österreich zu.
5. Das Entgelt für die im ISS-Vertrag vorgesehenen Leistungen wird gegenüber dem aktuellen Angebot um € 3,5 Mio jährlich herabgesetzt.
6. EF wird sich dafür verwenden, dass der ISS-Vertrag bezüglich der Triebwerke um € 500.000 jährlich verbilligt wird. Soweit dies nicht gelingen sollte, wird EF eine entsprechende Reduktion des im Punkt 5 erwähnten Vertrages vornehmen.
7. Insgesamt ergibt sich aus den vorerwähnten Punkten eine Gesamtreduktion des Entgelts von € 212 Millionen.

Wien, 24. Mai 2007

8. Die politisch erforderliche Zustimmung aus der Bundesregierung erfolgt bis 26. Mai 2007.

*(paraphiert Lukas, Darabos, Rauen, Koziol)*

**(Seite 2)**Option der Bundesregierung

Der Republik Österreich wird eine durch die Bundesregierung auszuübende Option eingeräumt, einen Teilrücktritt für höchstens drei LFZ zu erklären, wobei pro LFZ das Entgelt um € 50 Mio herabgesetzt wird.

Wien, 24. Mai 2007

*(paraphiert Lukas, Darabos, Rauen, Koziol)*

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Offensichtlich verfassten hier Darabos, Koziol, Rauen (Geschäftsführer der Eurofighter GmbH) und Lukas (Rechtsbeistand der Eurofighter GmbH) bereits einen ersten schriftlichen Vergleich.

Dass es sich dabei um weit mehr als ein bloßes Angebot handelt, ist eindeutig. Man lese bloß die Überschrift und die bereits konkret formulierten Bereiche (teilweise deutlich differenzierter als die Pariser Punktation, dazu unten Punkt 1.5.2. zur Vergleichspunktation):

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Jetzt sind Sie ein Spartenjurist. Sie sind ein sehr angesehener Professor für Zivilrecht. Sie haben uns heute gesagt, Sie stehen seit 30 Jahren auch in praktischer Verhandlungstätigkeit als Konsulent. Es ist mir trotzdem irgendwie schleierhaft, warum es über diese Verhandlungen keine ausreichende Dokumentation gibt, denn man macht sich ja selbst Notizen, sollte es im Nachhinein Auslegungsschwierigkeiten geben. Zur eigenen Sicherheit macht man sich eine eigene Version. Haben Sie sich persönlich Notizen gemacht?

Sie haben gesagt, Sie waren nicht der Schriftführer – davon gehe ich aus –, aber haben Sie sich persönlich Notizen gemacht, um nachher zu überprüfen, ob die Punktation auch tatsächlich so ist, wie man sich das ausgemacht hat?

**Dr. Helmuth Koziol:** Natürlich habe ich mir wie üblich stenographisch Notizen gemacht, damit ich den Verhandlungsgang wieder rekapitulieren kann. Insofern habe ich für mich Notizen gemacht. Die kann ein Dritter nicht lesen, aber für mich waren es Anhaltspunkte.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und wie waren dann die weiteren Vorgänge? Wer hat die Punktation dann geschrieben?

**Dr. Helmuth Koziol:** Die Punktation habe ich geschrieben – handschriftlich einmal, als Entwurf in Zusammenarbeit mit Lukas, also von beiden Seiten, vonseiten der beiden Verhandlungspartner haben wir das formuliert, und dann ist das geschrieben worden.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Nur zur Info: Gab es auf das Handschriftliche dann schon eine Unterschrift? Haben Sie das handschriftlich verfasst? Haben Sie da ein Konzept gemacht und die beiden – Rauen und Darabos – haben das schon unterschrieben?

**Dr. Helmuth Koziol:** Das wird sein, ja.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie das sicher sagen? Wissen Sie das sicher?

**Dr. Helmuth Koziol:** Ich weiß es nicht mehr, aber ich glaube schon, dass die da paraphiert waren, ja.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und Sie haben dann aber auch die fertig reingeschriebene Punktation noch einmal dahin gehend kontrolliert, ob das mit Ihrem stenographischen, eigenen Protokoll zusammengestimmt hat?

**Dr. Helmuth Koziol:** Ja, und vor allem mit dem Handschriftlichen. (*Abg. Tamandl: Okay!*) Und das war dann die Basis für den eigentlichen Vertrag, die Detailvereinbarung, und da sind auch die ganzen Argumente dann wieder protokolliert.<sup>98</sup>

Erst aufgrund der Äußerung Koziols über einen handschriftlichen Entwurf der Vergleichspunktation konnte schließlich der – sich inhaltlich deutlich von der endgültigen Vergleichspunktation unterscheidende – Vergleich durch das BMLV ausgeforscht werden. Seltsam bleibt jedoch, dass dieser Vergleich im BMLVS nicht veraktet war.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (*zur Geschäftsbehandlung*): Ich würde gerne geschäftsordnungsmäßig ergänzen: Ich habe heute – ich habe nachgeschaut – um 10.19 Uhr den für Akten zuständigen Generalleutnant Leitgeb im Verteidigungsministerium angerufen und habe ihm, Bezug nehmend auf die gestrige Aussage von Professor Koziol, gesagt, dass es einen handschriftlichen Vertrag oder Vertragsentwurf gäbe, und gefragt, ob der in den Akten ist, weil wir ihn in den Akten nicht finden.

Da hat mir der Generalleutnant mitgeteilt, dass sie das aufgrund einer erneuten Suche gefunden hätten – ich kenne die Motive dafür nicht – und das Ganze auf dem Weg ins Parlament sei. – So viel kann ich dazu sagen.

<sup>98</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 31-32.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Meine Erfahrung ist, dass das Verteidigungsministerium von allen befassten Ministerien bis jetzt am penibelsten nach relevanten Akten gesucht hat. Ich halte es für vollkommen ausgeschlossen, dass dort irgendein Versuch unternommen wird, uns Akten vorzuenthalten. Ich bin mir hundertprozentig sicher.

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Ich werde den Herrn Bundesminister trotzdem um eine Stellungnahme ersuchen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne)** (*zur Geschäftsbehandlung*): Ja, das halte ich für richtig. Aber man sieht es auch an einem Punkt: Dieses Schriftstück ist nicht veraktet, hat keine Aktenzahl, gehört zu keinem Akt, das ist eines dieser berühmten Papierfuzerl, die man irgendwo in einem Winkerl findet. Ich bin ehrlich gesagt froh, dass es gerade noch rechtzeitig gefunden worden ist.<sup>99</sup>

Darabos räumte zu diesem ersten Vergleich nicht mehr ein als unbedingt notwendig:

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Herr Mag. Darabos, ich möchte Ihnen gerne einen „Kurier“-Artikel vom 1. Juli 2007 vorlegen und mich auf Ihr Einleitungsstatement beziehen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*)

Über dem Wort Einigung können Sie sehen, dass Ihnen offenbar die Firma Eurofighter ein anderes Angebot als diese 250 Millionen, von denen Sie gesprochen haben, gemacht hat. Da steht, Sie wären beinahe schon aufgestanden und die Verhandlungen wären beendet gewesen, weil man Ihnen 200 Millionen angeboten hat, die Sie aber nicht wollten – nämlich ohne die Flieger abzubestellen oder einen Teil davon abzubestellen. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück und berät sich mit ihrer Vertrauensperson*.)

Sie haben heute selbst davon gesprochen, dass die Vertragsverhandlungen beinahe abgebrochen worden wären.

**Mag. Norbert Darabos:** Ja, das kann durchaus sein, dass das so war. Mir waren die 200 Millionen zu wenig. Sie werden jetzt wahrscheinlich die Frage stellen, ob damit eine Stückzahlreduzierung überhaupt notwendig gewesen wäre, aber ich glaube, dass das nicht nur zu verantworten ist, sondern dass es auch wichtig war. Ich habe keine SPD-Politiker kontaktiert, um Druck auf Rauen aufzubauen; ich weiß nicht, wo Rauen politisch überhaupt hingehört.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Was war Ihrer Meinung nach wichtig: die Stückzahl zu reduzieren? Eigentlich hätte Ihnen ja wichtig sein müssen, Geld für die Republik zurückzuholen.

**Mag. Norbert Darabos:** Das habe ich ja gemacht, mit 370 Millionen €.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ja, schon, aber wenn die Ihnen die 200 Millionen anbieten und sagen: Alles bleibt beim Alten, wir rüsten auf die Tranche 2 Block 8 auf, wir lassen **alles** andere beim Alten und bieten Ihnen 200 Millionen an!, das wäre doch ein besseres Geschäft gewesen, oder?

**Mag. Norbert Darabos:** Nein. Es hat auch Rechnungen von Eurofighter gegeben, die auf 13 Eurofighter zurückgegangen wären, und insofern glaube ich, dass dieser Kompromiss,<sup>15</sup> ein guter Kompromiss war und die 250 Millionen plus 120 plus dem, was ich in meinem Eingangsstatement angesprochen habe, auch ein „gutes Geschäft“ – unter Anführungszeichen – für die Republik waren.<sup>100</sup>

In diesem Vergleichsvertrag findet sich jedenfalls keine Vereinbarung einer Stückzahlreduktion (schon gar nicht auf 13 Stück, wie man nach der oben angeführten Aussage vielleicht meinen könnte), sondern bloß die Option auf eine Reduktion der Stückzahl (maximal um drei Stück, wobei pro Flugzeug Euro 50 Mio zu der Preisreduktion addiert würden).

Nach unserer Rechtsauffassung handelt es sich bei dem Altmannsdorfer Vergleich um einen rechtsgültigen Vertrag. Es steht über dem Dokument nicht Entwurf, sondern Vergleich. Er wurde

<sup>99</sup> 413/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35.

<sup>100</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 37-38.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

von den zum Abschluss bevollmächtigten Personen unterschrieben bzw. paraphiert und wäre zudem von jeder der Vertragsparteien einklagbar gewesen. Der Vertrag enthält nur einen politischen Vorbehalt - die Bundesregierung möge zustimmen. Das hat sie unseres Wissens bei der Vergleichspunktion ein Monat später auch nicht getan.

Der Altmannsdorfer Vergleich, der nach Ansicht der Auskunftspersonen keine Rechtskraft erlangte, wurde schließlich durch die Vergleichspunktion vom 24. Juni 2007 ersetzt. Auch wenn sich außer diesem ersten Vergleich keinerlei Dokumentation der Vergleichsverhandlungen findet, so kann das endgültige Ergebnis (Vergleichspunktion vom 24.06.2007) diesem Zwischenergebnis (Altmannsdorfer Vergleich vom 24.05.2007) gegenüber gestellt werden. Dabei zeigt sich bereits eine deutliche Verschlechterung der Rechtsposition der Republik Österreich im Laufe eines einzigen Monats:<sup>101</sup>

### VON ALTMANNSDORF NACH PARIS

#### Wie der Darabos-Vergleich in einem Monat weiter verschlechtert wurde

<b>Vertrag vom Donnerstag, 24. Mai 2007 handschriftlich (Koziol) Gartenhotel Altmannsdorf</b>	<b>Vertrag vom Sonntag, 24. Juni 2007 Flughafen</b>	<b>Änderung</b>
unterschrieben von Lukas, Darabos, Rauen, Koziol	unterschrieben von Darabos, Rauen	
	Rücktritt nach 18.2. wird ausgeschlossen	Verschlechterung
15 statt 18 (Option)	15 statt 18	gleich
18 T1/B5, davon 6 fabriksneu, Rest „fast neuwertig“ umgerüstet von T1/B2 (ohne Definition)	15 T1/B5, davon 9 fabriksneu, Rest „fast neuwertig“ umgerüstet von T1/B2 (ohne Definition)	Verbesserung
Verzicht auf Umrüstung auf T2/B8	Verzicht auf Umrüstung auf T2/B8	gleich
Verzicht auf 6 Sätze DASS	Verzicht auf 6 Sätze DASS und 6 Sätze FLIR	Verschlechterung
Entgeltreduktion bei 18 Stück: 212 Mio € Bei 15 Stück 212 Mio + 150 Mio = 362 Mio € 1 LFZ ist mit 50 Mio viel zu niedrig angesetzt (Kalkulation BMLV: 71 Mio)	Entgeltreduktion 370 Mio €  (in beiden Fällen 3 LFZ um mehr 60 Mio € zu niedrig bewertet)	Verbesserung  (in beiden Fällen 3 LFZ um mehr 60 Mio € zu niedrig bewertet)
	„Die Übergabe des 1. LFZ erfolgt nicht vor 27.6.2007. Bis dahin geraten weder die Republik noch EF in Verzug.“ Dann „pragmatische Lösungen“	Verschlechterung (auch durch Verzicht auf Pönale - 5,1 Mio €)
	Gebühren sind von Republik Österreich zu bezahlen (Koziol: bis zu 65 Mio €)	Verschlechterung um 10 Mio €
	Beendigung des EF- Untersuchungsausschusses	Verschlechterung

<sup>101</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/der-miliardendeal-im-gartenhotel.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

<i>Am selben Tag wird Peschorn verständigt, dass er auf Rauens Wunsch von Darabos aus den Verhandlungen ausgeschlossen wird.</i>		
--	--	--

Peschorn war dieser Vergleich vollkommen neu. Er erfuhr erst im Rahmen des U-Ausschusses von dieser „grundsätzlichen Weichenstellung“ – einem Abgehen von dem ursprünglichen Leistungsgegenstand!

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ist Ihnen der Altmannsdorfer Vertrag bekannt, kennen Sie den? [...]

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Wenn Sie unter Altmannsdorfer Vertrag eine handschriftliche Notiz meinen, die im Zuge dieses Untersuchungsausschusses bekannt geworden ist, so gebe ich an, dass ich das erst durch diesen Untersuchungsausschuss erfahren habe und sie jetzt zum ersten Mal als Faksimile in der Hand habe. (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*)

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Letzte Frage: Sind Sie trotzdem in der Lage, zu beurteilen, ob dieser Vertrag die Situation der Republik im Hinblick auf einen Ausstieg verschlechterte? (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich überfliege ihn jetzt. Aber soweit ich sonst noch weiß, ist ja in diesem Dokument bereits die grundsätzliche Weiche gestellt worden, nämlich eine Entscheidung, dass es eine Type gibt, nämlich T1/5, und eine quasi Möglichkeit, die scheinbar noch von einer Bedingung abhängen sollte, von 18 auf 15 Stück zu reduzieren. Und das war natürlich eine Weichenstellung, die letztendlich in die Richtung gegangen ist, dass die Möglichkeit, aus dem Vertrag als Ganzes auszusteigen, indem man von ihm wegen mangelhafter Erfüllung zurücktritt, nicht mehr offen war.<sup>102</sup>

Stattdessen bereitete die Finanzprokuratur weiterhin einen Austritt aus dem Vertrag vor, wie die Akten zeigen. Dass Peschorn von dem Altmannsdorfer-Vergleich keine Kenntnis erlangte, erscheint daher durchaus plausibel.

Auch Gusenbauer will von diesem ersten Vergleich nichts gewusst haben:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das heißt, Minister Darabos hat Ihnen das Altmannsdorfer Papier verheimlicht, Minister Darabos hat Ihnen die ganzen Verschlechterungen von Altmannsdorf bis Paris verheimlicht. Ich frage Sie jetzt, weil ich es einfach nicht verstehe: Minister Darabos hat in Ihrem Namen verhandelt, um ein Wahlversprechen Ihrer Partei zumindest teilweise zu realisieren?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Das ist falsch. Das ist falsch!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was ist daran falsch?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Er hat nicht in meinem Namen verhandelt. Er hat in seiner Ministerverantwortung verhandelt (*Abg. Pilz: Ich korrigiere: in Ihrem Auftrag!*) – präzise bleiben! – und hat mich darüber informiert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mag. Darabos hat uns am 1. Juni 2017 gesagt, ich zitiere wörtlich: „Der Herr Bundeskanzler war von mir über jeden Verhandlungsstand informiert.“ – Entschuldigen Sie bitte – „über jeden Verhandlungsstand“ –, so etwas ist sehr wohl ein Verhandlungsstand. Hat uns Herr Mag. Darabos, wenn er das gesagt hat, dass Sie über jeden Verhandlungsstand informiert waren, in diesem Ausschuss die Unwahrheit gesagt?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Das müssen Sie mit ihm selber ausmachen. Ich gehe nicht davon aus, dass er die Unwahrheit gesagt hat. Ich kann nur sagen: Ich kenne dieses handschriftliche Papier nicht.<sup>103</sup>

<sup>102</sup> 420/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 12.

<sup>103</sup> 416/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 29.

### 1.5.2. Der zweite Vergleich und der „Darabos-Malus“

Am 24. Juni 2007, ein Monat nach Abschluss des Altmannsdorfer Vergleichs, wurde schließlich die Vergleichspunktion, die bei einer Flugschau in Paris ausgehandelt worden war, abgeschlossen:

## Verschluss

### Vergleichspunktion

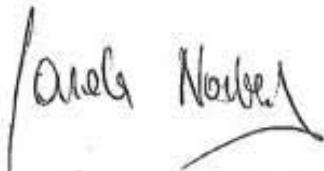
1. Die vorliegende Punktion eines Vergleichs bezieht sich auf die zwischen der Republik Österreich (in der Folge: „Republik“) und der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH (in der Folge: „EF“) am 30.6./1.7.2003 abgeschlossenen Verträge betreffend die Lieferung von 18 Stück Abfangjäger Eurofighter bzw betreffend Ausrüstung, logistische Leistungen, Ausbildung und Simulation (in der Folge: „Verträge“).
2. Der gegenständliche Vergleich umfasst auch die Wirksamkeit der Verträge, so dass diese unabhängig von deren bisheriger Gültigkeit jedenfalls mit Abschluss dieses Vergleiches wirksam sind. Im Interesse einer umfassenden vergleichsweisen Bereinigung werden die Verträge auf Grundlage einer Neubewertung des Beschaffungsvorgangs (Typenentscheidung und Vertragsabschlüsse) adaptiert. Soweit im Folgenden nicht anderes vorgesehen wird, ist allerdings weiterhin der bisherige Inhalt der Verträge maßgeblich.
3. Auf Grundlage des in Teil A Punkt 18.2. des Vertrages betreffend die Lieferung von 18 Stück Abfangjäger Eurofighter vorgesehenen Rücktrittsrechts des BMLV wird die Stückzahl von 18 auf 15 reduziert. Ein weitergehender Rücktritt der Republik nach Punkt 18.2. wird einvernehmlich ausgeschlossen.
4. Es werden nur LFZ der Type T1/B5 geliefert; neun davon neu, die restlichen LFZ (umgerüstet von T1/R2) werden in fast neuwertigem Zustand geliefert. Von einer Umrüstung auf T2/B8 wird Abstand genommen.
5. Es wird vom Ankauf von jeweils sechs Sätzen DASS und sechs Sätzen FLIR sowie der jeweils dazugehörigen Ersatzteile Abstand genommen.
6. Aus den Leistungsänderungen 3., 4. und 5. ergibt sich eine Entgeltreduktion von € 250 Mio. Sollte die Verwertung der ursprünglich vorgesehenen LFZ

## Verschluss

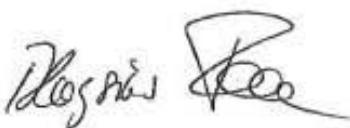
T2/B8 einen Mehrerlös erbringen, so fällt dieser zur Gänze der Republik Österreich zu.

7. Die Zahlungsbestimmungen und die Finanzierungsstruktur (Anhang A-3) der Verträge werden durch diese Vereinbarung nicht verändert. Sich aus den Leistungsänderungen 3., 4. und 5 ergebende Rückzahlungsansprüche der Republik gegen EF werden fällig, sobald sich die jeweilige Einsparung bei EF realisiert oder EF den Vorteil erlangt hat, jedoch frühestens ab September 2008 und längstens bis März 2009. EF wird dem BMLV den bevorstehenden Eintritt der Fälligkeiten anzeigen.
8. Das Entgelt für die im ISS-Vertrag vorgesehenen Leistungen wird gegenüber dem aktuellen Angebot um € 3,5 Mio jährlich herabgesetzt.
9. EF wird sich dafür verwenden, dass der ISS-Vertrag bezüglich der Triebwerke um € 500.000,- jährlich verbilligt wird. Soweit dies nicht gelingen sollte, wird EF eine entsprechende Erhöhung des in Punkt 8. erwähnten Betrages vornehmen.
10. Insgesamt ergibt sich aus den vorerwähnten Punkten eine Gesamtrreduktion des Entgelts von mindestens € 370 Mio (ausgehend von einer entsprechenden Hochrechnung der Preisreduktion nach Punkt 8. und 9.) zuzüglich eines allfälligen Mehrerlöses nach Punkt 6.

*24. Juni 2007*



Republik Österreich vertreten durch  
den Bundesminister für Landesverteidigung



Eurofighter Jagdflugzeug GmbH

# Verschluss

## Nebenpunkte

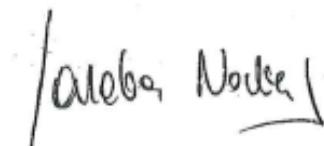
1. Die Umsetzung der Vergleichs-Punktation wird in einer Arbeitsgruppe durchgeführt, die – vorbehaltlich einer anderen Einigung – auf Seiten der Republik aus dem Präsidenten der Finanzprokuratur Dr. Peschorn, Brigadier Jeloschek und H. Koziol, auf Seiten von EF aus Herrn Maute, Herrn Obermeier und M. Lukas besteht. Die Arbeiten sollen möglichst bis 30. Juni 2007 abgeschlossen werden.
2. Soweit durch diesen Vergleich strittige Punkte nicht ohnedies bereinigt werden, hat die Arbeitsgruppe (laut Punkt 1) auch die Aufgabe, vertraglich für Rechtssicherheit zu sorgen.
3. EF wird sich gemeinsam mit der Republik bezüglich der vertraglich vorgesehenen Ground Support Systeme um eine beidseitige Verringerung der Leistungen bemühen.
4. EF wird sich um eine Reduzierung der auf den Kauf durch die Republik anfallenden Levy-Beträge sowie darum bemühen, dass ihre Gesellschafter die Zustimmung erteilen, dass diese Einsparung im angemessenen Umfang der Republik zukommen.
5. Die heute geschlossenen Vereinbarungen unterliegen – bis zum Vorliegen einer anderen Vereinbarung – strengster Geheimhaltung. Die unter 1. genannte Arbeitsgruppe ist im erforderlichen Ausmaß zu informieren und ebenfalls zu strengster Geheimhaltung zu verpflichten.
6. Die vorliegenden Vereinbarungen treten bereits mit beidseitiger Unterzeichnung in Kraft.
7. Die Übergabe des ersten LFZ erfolgt nicht vor dem 27.6.2007. Bis dahin geraten weder die Republik noch EF in Verzug. Ab dem Tag der Unterzeichnung des Vergleichs werden pragmatische Lösungen der bei der Abnahme auftretenden Schwierigkeiten gesucht.

-o-

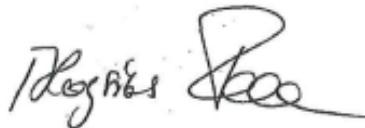
## Verschluss

8. Es wird davon ausgegangen, dass der EF-Untersuchungsausschuss seine Arbeit Ende Juni 2007 beendet. Die Wirksamkeit dieser Vereinbarungen ist davon unabhängig.
  
9. Altfällige Gebühren bzw Abgaben, die durch einen Vergleich ausgelöst werden, sind jedenfalls im Innenverhältnis von der Republik zu tragen.

*24. Juni 2007*



Republik Österreich vertreten durch  
den Bundesminister für Landesverteidigung



Eurofighter Jagdflugzeug GmbH

Auf Grundlage dieser rechtskräftigen Vereinbarung wurde schließlich eine Detailvereinbarung ausgearbeitet. Verhandlungen über die Detailvereinbarung erfolgten im äußerst engen, durch die Vergleichspunktion abgesteckten, Rahmen. Wenn im Folgenden eine Bewertung des „Vergleichs“ vorgenommen wird, so bezieht sich diese auf das endgültige Verhandlungsergebnis, daher im Wesentlichen auf die (durch die Vergleichspunktion weitgehend vorgegebene) Detailvereinbarung.

Auch wenn man davon ausgeht, dass dem U-Ausschuss eine Gesamtbeurteilung des Vergleiches unter Berücksichtigung sämtlicher Auswirkungen rechtlicher und wirtschaftlicher Natur nicht möglich ist, so lässt sich entgegen der Ansicht des Verfahrensrichters doch eine Gegenüberstellung von aktenmäßig belegtem Potential und endgültigem Ergebnis treffen.

Vergleicht man daher die bereits in Vorbereitung auf die Verhandlungen angestellten Berechnungen mit dem endgültigen Ergebnis, ergeben sich verschiedene, nicht nachvollziehbare Zugeständnisse an die Eurofighter GmbH, welche der Republik Österreich zum Schaden gereichten.

Schon die oben vorgenommene Gegenüberstellung des Altmannsdorfer Vergleichs und der Vergleichspunktion zeigt, dass die Republik Österreich bereits in dem kurzen Zeitraum von 24. Mai 2007 bis 24. Juni 2007 zahlreiche Zugeständnisse an die Eurofighter GmbH machte.

Die Ergebnisse des U-Ausschusses geben daher durchaus ein Bild über einen Malus, welcher der Republik durch die Verhandlungen Darabos' entstanden ist.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

### 1.5.2.1. Ausgangslage

Im Eurofighter-Kaufvertrag waren zwei Möglichkeiten der Vertragsauflösung vereinbart:

- das freie Vertragsauflösungsrecht (welches unabhängig von einem bestimmten Auslöser, jederzeit seitens der Republik Österreich angewendet werden konnte; der Nachteil: Eurofighter hätte frustrierte Kosten geltend machen können, dafür hätte Eurofighter eine Rechnung legen müssen, die von einem Wirtschaftsprüfer geprüft wurde)
- abgesehen von diesem freien Vertragsauflösungsrecht gibt es jedoch noch das
- Vertragsauflösungsrecht aus wichtigem Grund (sollte einer der im Vertrag abschließend aufgezählten Gründe [wie ein Verstoß gegen die Verhaltensregeln – etwa durch Korruption] eingetreten sein, so kann die Republik vom Vertrag zurück treten, ohne allfällig frustrierte Kosten der Eurofighter GmbH ersetzen zu müssen)

Aus der Aktenlage und den Auskunftspersonen stellt sich das Bild wie folgt dar:

Die Vertragsauflösung aus wichtigem Grund war zum Zeitpunkt der Vergleichsverhandlungen eine bestehende Option. Korruption im Zuge des Beschaffungsvorganges bzw. im Rahmen der Gegengeschäfte wird nach wie vor von der Staatsanwaltschaft geprüft. Zudem haben Experten des BMLVS bereits zum Zeitpunkt der Vergleichsverhandlungen Lieferschwierigkeiten der Eurofighter GmbH aufgezeigt.

Auch wenn der Ausstieg zu diesem Zeitpunkt bereits – entgegen den Aussagen von Darabos – nicht mehr das politische Ziel gewesen zu sein scheint, wäre auch ein Vergleich unter der Androhung des möglichen Ausstiegs zu deutlich besseren Konditionen abzuschließen gewesen.

### 1.5.2.2. Rechnerische Gegenüberstellung – Verhandlungsposition und Endergebnis

Viele der im Folgenden aufgezeigten Punkte des Vergleichs wurden bereits durch den Rechnungshof (Bericht 2008/09) kritisiert. Durch den U-Ausschuss ergaben sich noch weitere für die Republik Österreich nachteilige Aspekte des Vergleichs:

- I. Durch den Vergleich wurde eine Preisreduktion von 250 Millionen Euro vereinbart. Dabei sticht zu allererst folgendes ins Auge:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich weiß nicht, ob jemand im Raum weiß, wie viel der ursprüngliche Kaufvertrag ausgemacht hat: 1,96 Milliarden für 18 Flieger. Dividieren Sie 2 Milliarden durch 18, dann kommen Sie auf 111,111, mal drei – Ersparnis sind 333,33. Wie bringen Sie das jetzt zu den Zahlen, die da abgebildet sind?<sup>104</sup>

Diese einfache Berechnung war sowohl der Eurofighter GmbH als auch Darabos möglich, da beiden der Kaufvertrag zur Verfügung stand. Das Bundesministerium für Finanzen, welchem von Darabos bis nach dem Vergleichsabschluss (September 2007) keine schriftlichen Unterlagen bereitgestellt wurden, stellte im Zuge der Prüfung durch den Rechnungshof eine etwas genauere Berechnung an. Dabei wurden die jeweils im Kaufvertrag angeführten Posten (und die dazu angeführten Preise) mit der im Vergleich vereinbarten Leistungsreduktion (und der durch den Vergleich erzielten Preisreduktion) verglichen.

<sup>104</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 35.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- II. Neben der Stückzahlreduktion von 18 auf 15 Abfangjägern bestellte Darabos auch Nachtsicht- und Selbstschutzsysteme („FLIR“ und „DASS“) ab. Ohne dem Nachtsichtsystem (FLIR) können nach Aussage des zuständigen Technikers MinR Hofer die Flugzeuge zwar mit Hilfe des Radars in der Nacht fliegen, jedoch keine Identifikationsmöglichkeiten durchführen – sie sähen diese schlichtweg nicht.<sup>105</sup> Nimmt man diese Abbestellungen, neben der Stückzahlreduktion noch hinzu, ergibt sich aus dem ursprünglichen Kaufvertrag ein Wert der Abbestellungen von 384,5 Millionen Euro (ohne Einbeziehung etwaiger Ersparnisse durch gesenkten Kosten aus den In-Service-Support Verträgen). Im Vergleich wurde bloß eine Preisreduktion von 250 Millionen Euro erzielt.
- In dieser Berechnung ist der Verzicht auf Tranche 2 (bzw. auf die Umrüstung auf Tranche 2) noch nicht enthalten. Ebenso wenig die Wertminderung durch die teilweise Lieferung gebrauchter Luftfahrzeuge.
- Um die Divergenz zwischen Preisreduktion im Vergleich und den Preisen im Kaufvertrag abzudecken, wurde der Posten „Systemänderung“ in den Vertrag aufgenommen, der einen Teil der Preisunterschiede abdeckte und mit 57 Mio angeschrieben wurde. Begründet wurde dieser Posten mit einer Abgeltung der Kosten, die Eurofighter im Zuge der Abbestellung von Subaufträgen entstehen würden. Diese angeblichen Kosten wurden jedoch durch die Eurofighter GmbH nie nachgewiesen.
- III. Darüber hinaus wurde in der Vergleichspunktion festgelegt, dass allfällige Gebühren jedenfalls im Innenverhältnis von der Republik Österreich getragen werden. Nach dem Gebührengesetz wäre die Republik Österreich von der Leistung allfälliger Gebühren aus den Verträgen gem §§ 16, 28 33 Gebührengesetz<sup>106</sup> jedoch befreit gewesen.

Nicht in den oben angeführten 384,5 Millionen enthalten ist eine Bewertung

- IV. des Verzichts der Lieferung von Flugzeugen der Type Tranche 2/Block 8 bzw. die Umrüstung allfällig gelieferter Flugzeuge der Tranche 1/Block 5 auf Tranche 2/Block 8 sowie
- V. der Wertminderung durch die teilweise Lieferung gebrauchter Flugzeuge: Nur 9 der 15 Flugzeuge wurden neuwertig geliefert, bezüglich der übrigen 6 wurde eine Lieferung von „fast neuwertigen“ Luftfahrzeugen vereinbart. Diese wurden von einem noch älteren Modell auf Tranche 1/Block 5 aufgerüstet.

Darabos lag aber im Zeitpunkt der Verhandlungen ein Argumentationspapier von Jeloschek vor, welcher bereits in Absprache mit Peschorn die Herabstufung von Tranche 2 auf Tranche 1 und von neuwertigen auf gebrauchte Flieger bewertete.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Mir geht es einfach darum – und deswegen habe ich diese Frage jetzt bewusst offen formuliert –: Hat es Berechnungen für diesen Punkt 4 der Vergleichspunktion gegeben, und wenn ja, zu welchen konkreten rechnerischen Ergebnissen haben sie in Bezug auf Neu/Alt und Tranche 2/Tranche 1 geführt?

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Es hat Berechnungen in der Form gegeben, die auf den Unterlagen fußen, die Peschorn plus Team BMLV aus den Gesprächen mit Eurofighter mitgenommen haben – Punkt 1. Diese sind in diesen vier Lösungsansätzen, die Sie offensichtlich ansprechen, fixiert. Das ist eine Wahrnehmung, eine Zusammenfassung von Wahrnehmungen.<sup>107</sup>

<sup>105</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 42.

<sup>106</sup> in der im Zeitraum der Vergleichsverhandlungen gültigen Fassung.

<sup>107</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 33.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

VI. Auch auf eine Pönale, die Eurofighter im Falle eines Lieferverzuges zu zahlen gehabt hätte, wurde durch die Verschiebung des vereinbarten Liefertermins verzichtet.

Angesprochen auf die Pönale gibt Peschorn an:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich kann nur wieder darauf hinweisen: Ich habe versucht, nachdem ich wieder in dieses Verhandlungsteam berufen wurde, die Grundlagen dafür zu schaffen, dass man mit einer Gegenseite in sogenannte Detailverhandlungen geht. Es ist mir nicht gelungen. Es wurde mir jede Auskunft darüber von Herrn Universitätsprofessor Koziol verweigert. Daher kann ich diese Zahl nicht nachvollziehen. Ich kann alle Zahlen in diesem Zusammenhang nicht nachvollziehen. Nachfragen diesbezüglich sind bis heute unbeantwortet geblieben.<sup>108</sup>

Zählt man die eben genannten Punkte, die in der Berechnung der Preisreduktion im Vergleich fälschlicherweise nicht berücksichtigt wurden bzw. zu Unrecht eine Kürzung der Preisreduktion zur Folge hatten, zusammen, so ergibt sich folgender Schaden für die Republik:

<b>Wertminderungen durch den Darabos-Vergleich</b>	<b>Verhandlungsergebnis Darabos</b>	<b>Schaden für die Republik</b>
6 von 15 Eurofighter sind gebraucht statt neu	Differenz neu/gebraucht gem <u>Berechnungstabelle erstellt von Peschorn, übermittelt an Darabos</u> , Kammerhofer, Jeloschek am 5.6.2007: 10 Mio pro Stück <sup>109</sup>	60 Mio
15 Eurofighter werden in der älteren Ausführung Tranche 1 geliefert, statt Tranche 2	Differenz Tranche 2/Tranche 1 gem <u>Berechnungstabelle erstellt von Peschorn, übermittelt an Darabos</u> , Kammerhofer, Jeloschek am 5.6.2007: 12 Mio pro Stück <sup>110</sup>	180 Mio
Eurofighter ist mit der vertraglich vereinbarten Beistellung von logistischen Leistungen und Produkten im Lieferverzug	Vertragspönale errechnet vom BMLV per 1. Juli 2007: 5,1 Mio <sup>111</sup>	5,1 Mio
EF stellt dem BMLV für „Systemänderung“ einen Betrag von 57 Mio in Rechnung. <sup>112</sup>	Laut BMLV umfasste der Betrag frustrierte Aufwendungen, die EF entstanden sind. Eine Nachvollziehbare Darstellung dieser verdeckten Pönale fehlt. <sup>113</sup>	57 Mio
Die Vergleichspunktion ist nach dem Gebührengesetz idHv 2% gebührenpflichtig. Aufgrund der Gebührenbefreiung der Republik war EF alleinige Gebührenschuldnerin.	Darabos verpflichtet die Republik in der Detailvereinbarung zum Vergleich, die Gebühren zu tragen: <sup>114</sup> 10 Mio. EF legte zunächst Berufung ein, zog diese aber im März 2009 wieder zurück wofür	10,3 Mio

<sup>108</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5.

<sup>109</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 31.

<sup>110</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 31.

<sup>111</sup> RH-Bericht 2008, 36.

<sup>112</sup> Detailvereinbarung inkl Preis- und Leistungsverzeichnis.

<sup>113</sup> RH-Bericht 2008, 38.

<sup>114</sup> Detailvereinbarung inkl Preis- und Leistungsverzeichnis.

	<i>Aussetzungszinsen idHv EUR 298.720,-- anfielen.</i>	
		<b>312,4 Mio</b>

### 1.5.3. Die weiteren Konsequenzen

Der Vergleich hat/hatte noch andere Konsequenzen, die sich nur schwer in Zahlen ausdrücken lassen:

- das Ende des EF-Untersuchungsausschusses:
  8. Es wird davon ausgegangen, dass der EF-Untersuchungsausschuss seine Arbeit Ende Juni 2007 beendet. Die Wirksamkeit dieser Vereinbarungen ist davon unabhängig.

Auf diese problematische Klausel wurde Prof. Meinhard Lukas, der als Rechtsbeistand der Eurofighter GmbH an den Verhandlungen des Vergleichs teilnahm, angesprochen. Mit jeder neuerlichen Befragung wurde er deutlicher:

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** [...] Es gab ja eine Klausel in der Vergleichspunktion, wonach ein baldiges Ende des Untersuchungsausschusses, der ja da getagt hat, vonseiten Eurofighters oder EADS gefordert wurde. Warum wurde das gemacht?

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas:** Nach meiner Erinnerung deswegen, weil man gesagt hat, den Vergleich können wir nur abschließen, wenn jetzt nicht noch parallel der Untersuchungsausschuss weitergeht, weil das sonst nicht realistisch ist. Nach meiner Erinnerung war die Frage damals, wie lange der Untersuchungsausschuss noch gehen wird, weil ein Vergleich aus einer politischen Sicht vor Abschluss des Untersuchungsausschusses als wenig realistisch angesehen wurde.<sup>115</sup>

**Abgeordneter Dr. Reinhard Eugen Bösch (FPÖ):** Die Verknüpfung des Endes des Untersuchungsausschusses mit dem Vergleich wurde von Ihrer Seite in den Verhandlungen vorgebracht. Wie haben Sie denn das als Gutachter rechtlich grundgelegt?

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas:** Noch einmal: Nach meiner Erinnerung – die mag mich trügen – war es so, dass man gesagt hat: Der Untersuchungsausschuss hat ja Themen, die für die Frage des Rücktrittsrechts nicht unwesentlich sind, und daher hat man gesagt, zu einem Vergleich zu diesem Thema – ich habe es vorher zitiert, die Vergleichspunktion sieht ja die Gültigkeit vor, egal was vorher war –, zu einer solchen Vereinbarung hat man sich erst imstande gesehen, wenn man sagt, parallel ist der Untersuchungsausschuss im Wesentlichen an seinem Ende. Das ist meine Erinnerung der Abfolge.<sup>116</sup>

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** [...] Meine konkrete Frage hat darauf abgezielt, ob eben aufgrund der realen Situation, und jetzt komme ich zum zweiten Punkt dieser Situation, von Ihrer Seite Eile geboten war. Der zweite Punkt, und der wurde ebenfalls schon angesprochen, war der damals laufende Untersuchungsausschuss, der ja als Teil des Vergleichs auch hat beendet werden müssen.

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas:** Also so lese ich den Vergleich nicht!

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Der Vergleich hätte zu einem Zeitpunkt,

<sup>115</sup> 413/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 15.

<sup>116</sup> 413/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

zu dem der Untersuchungsausschuss noch gelaufen wäre, nicht abgeschlossen werden können. So ist die Punktation schon zu lesen.

**Univ.-Prof. Mag. Dr. Meinhard Lukas:** Na, also ich lese den Punkt so und habe ihn auch so in Erinnerung, dass man den Vergleich jetzt abschließen kann, weil der Ausschuss in seiner Zielgeraden ist.

Sie müssen sich ja vorstellen, der Rücktrittsgrund stand ja zur Diskussion, und im Ausschuss, der der Vorgängerausschuss zu diesem Ausschuss war – also damals 2007 –, ist es ja darum gegangen, inwiefern irgendwelche Sachverhalte bekannt sind, die einen Rücktrittsgrund auslösen können. Daher ist es nicht als opportun erschienen, einen Vergleich abzuschließen, solange ein Ausschuss noch ermittelt.<sup>117</sup>

In der Vorbereitung auf die Verhandlungen, ließ Darabos die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen der Tranchenreduktion nicht auswerten. Die Expertise war im BMLVS vorhanden, wurde aber nicht herangezogen.

Laut MinR Hofer hatte die Abbestellung der Tranche 2 (bzw. der Verzicht auf die Aufrüstung von Tranche 1 auf Tranche 2) folgende Konsequenz:

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Aber ob man jetzt Tranche 1 Block 5 oder Tranche 2 Block 8 hat, hätte langfristig, aufgrund der Ersatzteile, sehr wohl in der Kostenbetrachtung etwas geändert, wenn ich Sie richtig verstanden habe.

**Ministerialrat Karl Hofer:** Diese Obsoleszenzproblematik, ja. Obsoleszenz heißt, es sind Teile, die nicht mehr versorgbar sind. Eurofighter ist so ausgelegt: Tranche 1, Tranche 2, Tranche 3, und es werden nicht mehr versorgbare Teile der Tranche 1 in der Tranche 2 oder in der Tranche 3 qualifiziert, werden dort geflogen und diese Geräte werden dann, wenn es die Tranche 1 betrifft, weil dort nicht mehr versorgbar, in einem langwierigen Prozess auf die Tranche 1 qualifiziert.

Der Vorgang wird bis zur Ausphasung des Flugzeuges laufen, wobei man vielleicht dazusagen muss, bei einer Ausphasung 2040 – das hängt damit zusammen, dass uns die Eurofighter GmbH zugestanden hat, den Support für 30 Jahre sicherzustellen; das ist bei letzter Auslieferung 2009 also 2039, 2040 – werden wir trotzdem überschaubar diese Obsoleszenzen in den Griff bekommen und auch bezahlen können, das sind noch 22, 23 Jahre.

Insgesamt haben wir jetzt rund 12 Millionen € pro Jahr, 12 bis 15 Millionen € pro Jahr, für Obsoleszenzbehebung angesetzt. Wenn man das jetzt auf 23 Jahre umrechnet, sind das ein bisschen mehr als 200 Millionen €, 250 Millionen €. Das ist mein Eingangsstatement gewesen, wo ich gesagt habe, dass gewissermaßen der Nutzen, den wir durch die Abbestellung der drei Flugzeuge gehabt haben, langfristig eben im Life Cycle aufgefressen wird.

Jetzt noch einmal: 2040 haben wir dann noch immer nur 15 Flugzeuge. Mit 18 Flugzeugen wäre es besser verteilt, Sie haben völlig recht, wenn man mehr Flugzeuge hat, hat man mehr Spielraum, kann man die Ersatzteilproblematik ein bisschen besser verteilen.

Und ja, was passiert dann ab 2040? – Wir wissen von einer Nation, von den Briten, jetzt schon, dass sie 2035 die Tranche 1 abstellen wird. Die Tranche-1-Doppelsitzer, 16 Stück, sind jetzt bereits in Abstellung, und der Rest dann bis 2035 mit einer Auslaufphase bis 2040. Es gibt andere Nationen, die auch, sage ich einmal, wenig Geld in der Armee haben, wie die Spanier, die planen zwar, dass sie über 2040 hinausgehen, aber das immer mit dieser Unsicherheit, wie lange das tatsächlich mit der Tranche 1 geht.

Mit der Tranche 2 ginge es bis jenseits von 2050, 2060. Kampfflugzeuge dieser Art sind durchaus 50 Jahre betreibbar. Vom Nutzungsvorrat her, bezogen auf die 6 000

<sup>117</sup> 413/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 29-30.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Stunden, die uns garantiert worden sind, sind wir – wären wir – irgendwo bei 2070, bis das Flugzeug ausgeflogen ist. In den Core-Nationen geht es ein bisschen rascher, die haben auch 2040 noch nicht die vollen 6 000 Stunden, aber denken daran, dass sie es abstellen und dann nur mehr mit der Tranche 2, Tranche 3, Tranche 3A, 3B – und jetzt spricht man schon von einer Tranche 4, das wird das Flugzeug der Zukunft überhaupt sein – weiterfliegen werden.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** [...] Da Sie das Haus kennen: Haben Sie eine mögliche Erklärung, woher diese Kompetenz zugesteuert hätte werden können? Die Life Cycle Costs, die jetzt erzielt werden, heben sich durch diesen Nutzen, den Exminister Darabos damals in den Medien präsentiert hat, selbst wieder auf, nur dass wir am Ende des Tages weniger Flieger haben. Eurofighter wird es gewusst haben. Also mein Verständnis von dem Unternehmen ist, dass die in dem Bewusstsein gehandelt haben, dass sie einem Vergleichsvertrag zuzustimmen, bei dem sie kurzfristig Kosten haben, die sich langfristig wieder amortisieren. Können Sie einschätzen, ob das den beiden handelnden Personen aufgrund des Backings im Ministerium auch bewusst war?

**Ministerialrat Karl Hofer:** Meiner Erinnerung nach, und so ist es für mich herübergekommen, war das eine rein politisch-juristische Angelegenheit. Hier ging es nach meinem Dafürhalten, nach meinen Kenntnissen nicht darum, dass man über betriebswirtschaftliche Berechnungen Optionen darstellt. Das Vermögen wäre im Haus verfügbar gewesen, es wurde nur nicht genutzt.<sup>118</sup>

Bis zum Ende der Lebensdauer werden also 200-250 Mio an erhöhten Betriebskosten anfallen. Dies aufgrund der Reduktion auf die Tranche 1. Der Verzicht auf Tranche 2 führte also nicht bloß dazu, dass Eurofighter allfällige Lieferprobleme bisher geschickt vertuschen konnte, sondern hatte eine Wertminderung von 180 Millionen Euro der gelieferten Flieger und darüber hinaus auch erhöhte Betriebskosten in der Höhe von bis zu 250 Mio gemessen an der voraussichtlichen Lebensdauer der Flugzeuge zur Folge. Auch die Lebensdauer der Flugzeuge ist deutlich kürzer, nämlich nur bis längstens 2040 anstelle von „jenseits 2050, 2060“.<sup>119</sup>

Wie hoch die erhöhten Betriebskosten dadurch würden, war 2007 der Höhe nach noch nicht abschätzbar. Es war jedoch zumindest Hofer durchaus möglich, diese erhöhten Betriebskosten zumindest im Ansatz darzustellen. Seine Expertise wurde aber nicht herangezogen.

Die angestellten Überlegungen nötigen zur Frage, welche Strategie bei den Verhandlungsführungen überhaupt verfolgt wurde:

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** War diese Strategie irgendwo festgeschrieben? Gab es da ein Sheet, wo man gesagt hat: Das ist die Strategie, mit der gehen wir in die Verhandlungen!?

**Mag. Norbert Darabos:** Die Strategie war vom Gutachten des Professor Koziol abgeleitet, das eben darauf hingewiesen hat, dass ein Ausstieg so riskant sei, dass die Republik Österreich möglicherweise 1 Milliarde € zahlen sollte.<sup>120</sup>

Die Verhandlungsstrategie war also offenbar von Eurofighter einen gesichtswahrenden Ausweg aus dem Wahlversprechen (Ausstieg aus dem Eurofightervertrag) zu erlangen. Das Ergebnis liegt uns vor.

<sup>118</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 11-12.

<sup>119</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 9.

<sup>120</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 15-16.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Und all das, während die Finanzprokuratur, welche bereits im frühen Verhandlungsstadium eine konkrete Vorgangsweise aufzeigte, sowie Experten des BMLVS, von den Verhandlungen ausgeschlossen waren.

Auch wenn eine Gesamtbewertung der Auswirkungen des Vergleiches daher nicht erfolgen kann, so zeigt sich jedenfalls ein Schaden, ein Malus, der mit der Nutzung vorhandener Ressourcen (Finanzprokuratur, BMLVS) leicht vermieden hätte werden können. Doch ist dieser Schaden tatsächlich ein „Darabos-Malus“?

Oder trägt die Verantwortlichkeit für die Nachteile, die der Vergleich von 2007 der Republik Österreich gebracht hat, jemand anderer?

## 1.6. DIE BEVORSTEHENDE ÜBERNAHME DES ERSTEN EUROFIGHTERS: EINE ZITTERPARTIE

### 1.6.1. Wesentliche Bedenken am Bestehen der Werksgüteprüfung

Der erste Eurofighter sollte am 1. Juni 2007 nach Österreich geliefert werden. Voraussetzung für die bevorstehende Abnahme des Fliegers war das Bestehen der Werksgüteprüfung sowie das Bestehen der technischen Abnahme. Die Werksgüteprüfung wurde von österreichischen Beamten durchgeführt. Sie sollten klären, ob das Flugzeug dem Kaufvertrag entsprach:

**Ministerialrat Karl Hofer:** Da gibt es zwei Dinge: Das eine ist die Werksgüteprüfung. Werksgüteprüfung heißt: Hier wird der Vertrag gegenüber der Lieferleistung geprüft; das ist die Werksgüteprüfung. Das haben ausschließlich österreichische Beamte und Offiziere durchgeführt, da hatten wir keine Unterstützung.

Im Unterschied dazu war die technische Abnahme der Flugzeuge – das hat mit Werksgüteprüfung nichts zu tun – ein Input für die Werksgüteprüfung, selbstverständlich; aber das sind zwei verschiedene Vorgänge.

Technische Abnahme, dass das Flugzeug auch lufttüchtig ist: Da hatten wir eine Unterstützung über einen Vertrag mit der deutschen Luftwaffe, mit der Güteprüfstelle Manching, die gewissermaßen für uns diese Prüfungen nach ihren Regeln – die wir vorher darauf geprüft haben, ob die genauso streng sind wie unsere Regeln – durchgeführt hat. [...]<sup>121</sup>

Mehrere Dokumente belegen, dass es wesentliche Bedenken gab, ob der erste Eurofighter die Werksgüteprüfung bestehen würde.

Dem Untersuchungsausschuss wurde am 2. Juni 2017 gemeinsam mit dem handschriftlichen Vergleich von Altmannsdorf ein weiteresbrisantes Dokument übermittelt. In einer E-Mail vom 19. Mai 2007, 5 Tage vor dem Vergleich von Altmannsdorf, das Kabinettschef Kammerhofer an seine Mitarbeiterin sandte, wurde von der „Nichterfüllung des Vertrages“ gesprochen:

Das Luftfahrzeug sei „nicht allwettertauglich“.<sup>122</sup> „Dies stellt einen K.O. Punkt dar, der gem. dem Vertrag klare Maßnahmen nach sich zieht.“<sup>123</sup>

Befragt dazu, plagten den Urheber dieses E-Mails Erinnerungslücken:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** So. Gehen wir zum Inhalt! Ich zitiere: „Für die Beurteilung des Standpunktes BMLV ergibt sich daher für mich: Vorliegen einer Nichterfüllung des Vertrages: Lfz ist nicht allwettertauglich. Dies stellt einen K.O. Punkt dar, der gem. dem Vertrag klare Maßnahmen nach sich zieht. Welche Maßnahmen sind das?“

**Stefan Kammerhofer:** Bitte den General Jeloschek zu fragen, denn wir haben damit Eurofighter konfrontiert – **mit Sicherheit** –, und Eurofighter hat da eine Antwort darauf gegeben. Bitte Jeloschek zu fragen, wie das Gespräch mit dem Stieglitz gewesen ist, der war damals der Chef der Deutschen Luftwaffe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Kammerhofer, ich habe Sie gefragt. Sie haben geschrieben: „[...] klare Maßnahmen nach sich zieht.“ Das haben Sie geschrieben. – Was sind die klaren Maßnahmen?

**Stefan Kammerhofer:** Verzeihung! Was habe ich geschrieben?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hier (*das besagte Schriftstück in die Höhe haltend*): „Von: KAMMERHOFER, Stefan“!

<sup>121</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 38.

<sup>122</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5.

<sup>123</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 25.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Das ist offensichtlich ein Text von Ihnen: „[...] der gem. dem Vertrag klare Maßnahmen nach sich zieht“.

**Stefan Kammerhofer:** Geschäftsgrundlage: wesentlicher Irrtum. Nein, ist es nicht!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was heißt das?

**Stefan Kammerhofer:** Dass es wahrscheinlich vom Generalmajor Jeloschek ist, aber ich darf ja Wahrscheinlichkeitsfragen nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt kein Mail von Jeloschek an Kammerhofer mit diesem Inhalt. Es gibt ausschließlich dieses Stück. – Warum ist dieses Stück nicht bei den Akten gewesen?

**Stefan Kammerhofer:** Warum jemand etwas nicht geliefert hat, das kann ich nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum ist dieses Stück nicht bei den Akten gewesen?

**Stefan Kammerhofer:** Das kann ich nicht sagen, Dr. Pilz, aus ganz einfachen Gründen: Ich habe alles dort gelassen, sonst würde es ja nicht da liegen.<sup>124</sup>

Bei der laufenden Güteprüfung wurden noch weitere kritische Mängel aufgefunden. Es ging immer wieder um Probleme und Nichtabnahme, um „*nicht allwettertauglich*“, um „*kritische Mängel*“, um wesentliche Bedenken, um „*nicht geeignet*“:<sup>125</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Jetzt hat sich ja nach verschiedensten Dokumenten herausgestellt, dass auch die Tranche 1, die ja bereits bei der deutschen Bundeswehr im Einsatz war, erhebliche technische Schwierigkeiten bot.

Wir haben hier das Dokument 38178. Auf Seite 5 von 16 wird von „schweren Störbehebungen (u.a. Hydrauliksystem, Kraftstoffsystem, Slat-Anlage)“ berichtet, sie „führen immer wieder zu langen Stehzeiten und langen Reparaturabläufen“.

Und Ihnen wurde ja darüber berichtet, und zwar von Herrn Ministerialrat Hofer am 7.5. Sie sind praktisch von diesen Betriebsschwierigkeiten in Kenntnis gewesen. Und es war ja die Werksgüteprüfung am Laufen. – Bestand da nicht die Möglichkeit, diese Werksgüteprüfung zu unterbrechen oder zu verlängern oder sie dann negativ zu bescheiden, auch angesichts dessen, dass Sie ja immer wieder auf Probleme aufmerksam gemacht wurden: am 10.5., am 16.5., am 19.5., am 21.5., am 8.6., am 14.6.?

Ich kann Ihnen alle diese Dokumente vorlegen, wenn Sie wollen, aber ich wollte es wegen der Zeit nur einmal kurz datumsmäßig umreißen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Es geht immer wieder um Probleme und Nichtabnahme, um nicht allwettertauglich, um kritische Mängel, um wesentliche Bedenken, um nicht geeignet. – Und eine positive Prüfung erscheint dann doch auf einmal am 15.6. – Mir als Laie ist das völlig unbegreiflich. Wie können Sie mir das erklären?

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Kurze Antwort meinerseits: Die hier zugrunde liegenden Geräte sind aus einer Entwicklung der Tranche 1, die eines der ersten Luftfahrzeuge aus diesem Bereich war. Sie wissen, dass die Tranche 1 in kleinen Schritten zur Tranche 5 (*Abg. Moser: Block 5*) weiterentwickelt wurde, um genau jene Maßnahmen abdecken zu können, sodass beim letzten Block – Tranche 5 – die Kinderkrankheiten der vorhergehenden Sachen ausgemerzt sind. – Das ist das eine.

Der Tranche-5-Flieger, der zur Güteprüfung vorgestellt wurde, hatte keinerlei Mängel, die mit den anderen vergleichbar waren, mit Tranche 1 B 5. Also hier sind ja Produktionsjahre dazwischen, die - - Noch einmal: Tranche 1 ist in vier oder fünf Batches gemacht worden, und dazu sind dann alle diese Flieger auf eine einheitliche Tranche 5 aufgerüstet worden: das sogenannte R2-Programm. Das heißt, alle von der Eurofighter GmbH ausgelieferten T1-B5-Flieger wurden auf einen einheitlichen Produktions- und Softwarestand aufgerüstet.<sup>126</sup>

<sup>124</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 25-26.

<sup>125</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 71.

<sup>126</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 70-71.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Am 15. Mai 2007 genehmigt das Verteidigungsministerium den Antrag der Eurofighter GmbH, die Güteprüfung um 21 Tage zu verschieben:<sup>127</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Letzte Frage: Wie konnte dann am 22.5. per E Mail Herr Prohaska feststellen: Die Güteprüfung wurde begonnen es wurde jedoch vom Güteprüfer festgestellt, dass die Vollständigkeit nicht gegeben ist, dass Dokumente fehlen, dass trotz obiger Mängel, die in die Fehlerkategorie kritisch einzureihen sind, die sachliche Güteprüfung und so weiter doch fortgesetzt wurde? – Da muss doch irgendetwas passiert sein.

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Nein. – Da ist etwas passiert, indem die Prüfung verschoben wurde. Die Güteprüfung wurde noch einmal, aber diesmal von Eurofighter selbst, verschoben – bitte das ist veraktet! –, aufgrund dessen, dass die zwei Begleitpersonen – Personal des BMLV –, die während der ganzen Zeit draußen waren, das gemeldet haben. Und es ist automatisch aufgrund dieser Meldung und Rückmeldung des BMLV die Güteprüfung von Eurofighter selbst verschoben worden.<sup>128</sup>

### 1.6.2. Abwarten vs. Vergleich schließen

Die Zweifel am Bestehen der Güteprüfung waren auch dem Präsidenten der Finanzprokuratur bekannt:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] War Ihnen diese Nicht-Allwettertauglichkeit bekannt? [...]

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Zweifel an der Allwettertauglichkeit, glaube ich – und da muss man es mit den anderen Dokumenten im Zusammenhang sehen –, sind mir erst unmittelbar - - oder bei der Umsetzung - - oder diesen sogenannten Detailvereinbarungen bekannt geworden. Zweifel am Bestehen der Güteprüfung, das war schon früher ein Thema, nämlich die Frage: Wird dieser Flieger so, wie er quasi nun bei der Endfertigung steht, auch eine Güteprüfung bestehen? [...]<sup>129</sup>

Peschorn plädierte daher dafür, klare Vorgaben für die Güteprüfung zu machen. Und er empfahl abzuwarten, um zu sehen, was geliefert wird:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Also diese Zweifel sozusagen an der Lieferfähigkeit, diese Probleme im Hinblick auf die Flugfähigkeit, auf die Einsatzfähigkeit und so weiter, waren Ihnen dann bekannt?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Bekannt? – Es gab Zweifel, die waren mir bekannt, richtig. Und unser Rat diesbezüglich, in dieser Phase und schon vorher, war, schlicht und ergreifend eine klare Vorgabe für die Güteprüfung zu machen, die meines Wissens ja von der deutschen Bundeswehr quasi in der Amtshilfe für das österreichische Bundesheer gemacht worden ist. – Punkt eins. [Anm.: Die Güteprüfung wurde ausschließlich von österreichischen Beamten und Offizieren durchgeführt, siehe Aussage von Hofer<sup>130</sup>] Und Punkt zwei: Einfach auch abzuwarten, was da geliefert wird und dann entsprechend zu reagieren. In dem Sinn muss man sich auch vorbereiten. Was heißt das? – Ich wiederhole: Darauf zu warten, ob das, was vertraglich geschuldet ist, auch zum vertraglich bedungenen Zeitpunkt geliefert wird.<sup>131</sup>

Stattdessen wurde bereits am 24. Mai der erste Vergleich unterzeichnet, ein Monat später der Zweite.

<sup>127</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

<sup>128</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 70-71.

<sup>129</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

<sup>130</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38.

<sup>131</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Darabos gab an, über die Zweifel am Bestehen der Güteprüfung nicht informiert gewesen zu sein:

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** So, eine nächste Frage: Hat Ihnen irgendwann – insbesondere denke ich an den Zeitraum Juni 2007, bevor die Vergleichspunktion unterschrieben wurde – seitens des Ressorts oder der Finanzprokuratur irgendjemand gesagt, es gibt ein durchaus legitimes Szenario, aus dem Vertrag insgesamt auszusteigen, insbesondere weil nämlich die Lieferfähigkeit sowohl von Typ 2 als auch Typ 1 nicht zu den Fristen gegeben gewesen wäre?

**Mag. Norbert Darabos:** Nein.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Auch nicht Brigadier Jeloschek?

**Mag. Norbert Darabos:** Meiner Wahrnehmung und Erinnerung nach nicht, nein.<sup>132</sup>

Das klang 2007 im Untersuchungsausschuss noch ganz anders:

**Bundesminister Mag. Norbert Darabos:** Am 14. Mai beginnt die Frage der Güteprüfung, und ich sage Ihnen jetzt schon, diese Güteprüfung wird **nicht positiv** sein, und das Flugzeug wird in Österreich **nicht landen**.<sup>133</sup>

Zur fehlenden Allwettertauglichkeit konnte Darabos nicht befragt werden, denn die E-Mail von Kammerhofer tauchte erst nach seiner Befragung auf.

Wir wissen jedoch, dass Peschorn sichergehen wollte, dass Darabos informiert ist, und ihm daher am 5. Juni 2007 das von ihm überarbeitete und von Jeloschek erstellte Dokument „Gültige Verträge V1“ übermittelte. Darin ging es um die Frage, ob Eurofighter überhaupt liefern konnte:<sup>134</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Dieses Dokument, das Sie mir vorlegen, ist – wenn ich kurz darauf eingehen darf – meiner Erinnerung nach wie folgt entstanden, unbürokratisch und rasch: Hier hat Brigadier Jeloschek ein in seiner unverkennbaren Art designates Schriftstück erstellt, das rasch von mir durchgesehen wurde, ob da etwas dabei ist, was sozusagen ein Problem sein könnte. Und dem angeschlossen habe ich diese Excel-Tabelle, von der ich schon geredet habe, weil wir ihm das zunächst einmal zur Verfügung gestellt hatten und gesagt haben: Machen wir Work in Progress! Schauen wir, dass wir das weiterentwickeln, sodass wir hier eine aussagekräftige Grundlage für Gespräche haben!<sup>135</sup>

Auf die Frage nach der Fähigkeit von Eurofighter, die Flugzeuge termingerecht zu liefern, antwortete Koziol, der Konzern habe die Lieferfähigkeit „ziemlich nachgewiesen“. Auf Nachfrage klärte Koziol den „ziemlichen Nachweis“: Er hatte Eurofighter einfach geglaubt:

**Dr. Helmuth Koziol:** Es wurde uns ziemlich nachgewiesen, dass das Flugzeug bereitsteht und sie liefern werden, was aber höchst unangenehm gewesen wäre, bevor auf unserer Seite alles geklärt ist.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Was heißt „ziemlich nachgewiesen“?

**Dr. Helmuth Koziol:** Bitte?

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Sie haben gesagt „ziemlich nachgewiesen“ – Fotos oder so, oder ein Firmenrundgang und gesagt: Was ist das? – Was heißt, „ziemlich nachgewiesen“, sie werden liefern?

**Dr. Helmuth Koziol:** Es wurde gesagt, dass das fertig steht. Ich weiß nicht, ob sie Fotos auch

<sup>132</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36.

<sup>133</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 131.

<sup>134</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 45.

<sup>135</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 46.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

geliefert haben, aber --

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** „Ziemlich nachgewiesen“, das war jetzt Ihre Diktion. Ich glaube, Herr Präsident Rohrer hätte jetzt auch gefragt: Was heißt „ziemlich nachgewiesen“?

**Dr. Helmuth Koziol:** Ja. Sie haben sehr glaubhaft, kann ich nur sagen, versichert, dass das Flugzeug bereit steht und es im Mai geliefert würde. Und da wurde dann ausverhandelt, dass es nicht im Mai landet, sondern erst dann im Juni.<sup>136</sup>

Auch der mutmaßlich stets informierte Bundeskanzler beteuerte, nicht über die Bedenken informiert gewesen zu sein:

**Mag. Norbert Darabos:** Der Herr Bundeskanzler war von mir über jeden Verhandlungsstand informiert.<sup>137</sup>

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** [...] Aus diesem Text geht hervor, dass es eigentlich durchaus K-o.-Kriterien bei den Flugzeugen gegeben hätte, weil sie nicht allwettertauglich waren. Haben Sie davon gewusst?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ich weiß nicht, haben Sie ihn gefragt, was damit gemeint ist? Er war ja da.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ich frage Sie, ob Sie das gewusst haben.

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ich kenne dieses Mail nicht. Ich sehe es zum ersten Mal und habe es noch nicht einmal fertig gelesen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Glauben Sie, hätte Sie Herr Bundesminister Darabos darüber informiert, wenn es irgendwelche Möglichkeiten gegeben hätte, aus dem Vertrag auszusteigen?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Davon gehe ich aus.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie erklären Sie sich dann, dass Sie nicht darüber informiert worden sind, dass es doch K-o.-Kriterien gibt?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ehrlich gesagt: Daraus, dass es ein Mail eines Kabinettsmitarbeiters an seine Mitarbeiterin gibt und ich das jetzt zum ersten Mal sehe, abzuleiten, dass das schon möglich wäre oder nicht, tut mir leid, ist etwas weitgehend.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Kammerhofer war kein Kabinettsmitarbeiter, er war der Kabinettschef (*Auskunfts person Gusenbauer: Und?*) und damit eigentlich der persönliche und engste Mitarbeiter des Verteidigungsministers.

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Also haben Sie ihn gefragt, was er dazu sagt?

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Er wusste nicht einmal, woher der Text kam. (*Auskunfts person Gusenbauer: Aha!*) Aber man hat sich offensichtlich mit einer so brisanten Auskunft nicht weiter auseinandergesetzt – brisant deshalb, weil man vielleicht doch einen Ausstieg aus dem Vertrag hätte finden können, meines Erachtens.

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ich kenne das nicht.<sup>138</sup>

### 1.6.3. Task Force LRÜF vs. Projektgruppe Eurofighter

Während der Vergleichsverhandlungen herrschte im Verteidigungsministerium offenbar noch Uneinigkeit darüber, wie man mit den aufgefundenen Mängeln bei der Güteprüfung umgehen sollte. Der Task Force LRÜF stand die Projektgruppe Eurofighter gegenüber, die bei der Güteprüfung im deutschen Manching vertreten war. Und die den Flieger unbedingt haben wollte:

**Stefan Kammerhofer:** Ministerialrat Hofer war nicht Leiter der Logistik, wenn ich mich richtig entsinne. Ich glaube, er war Leiter der Projektgruppe Eurofighter, und das war einer der Problempunkte, weil die den Flieger unbedingt haben wollten. Und wenn ich mich daran

<sup>136</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 29.

<sup>137</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 57.

<sup>138</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 46-47.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

erinnere, ich habe die Untersuchungsausschussprotokolle von Ministerialrat Hofer gelesen, dann ist das sozusagen Teil des Problems gewesen, aber das ist eine andere Geschichte.<sup>139</sup>

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Das muss in der Weise verstanden werden, dass die Projektleitung PG LRÜF unter Führung von Ministerialrat Hofer zu dem Zeitpunkt, 2007, einfach ihren Weg, sprich mit allen Mitteln die Einführung des Eurofighters zu betreiben und das Gerät zur Güteprüfung zu bringen, begonnen und umgesetzt hat, ohne – und das ist jetzt der entscheidende Punkt – auf die zwischenzeitlich angelaufenen Bemühungen des Ressorts Rücksicht zu nehmen. Das ist diese Erklärung, die zwischen diesem Nichtnachvollziehen besteht.

Dieser Umstand wurde, nachdem er in diesem Gespräch am 13. April bekannt wurde, sofort abgestellt und auch dementsprechend ab diesem Zeitpunkt mehr oder weniger eingehalten. Es gab noch den einen oder anderen Versuch, hier auf die Information der Taskforce zu vergessen, wenn wir das so sagen dürfen.<sup>140</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Herr Generalmajor! Wir haben ja gehört, dass Sie im Spannungsverhältnis zur PG-LRÜF standen. Es ist ja bei Ihnen auch das Hauptproblem gewesen, den Zeitbalken der sogenannten Werksgüteprüfungen im Auge zu haben.

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Das ist ein ganz wesentlicher Punkt.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, das ist für mich auch ein wesentlicher Punkt. – Uns ist ja bekannt, dass Sie sich bemüht haben, hier für Klarheit zu sorgen, und auch dem dafür Zuständigen – ich glaube, General Knoll – dann auch die Weisung gaben oder die Vorschrift übermittelten, nicht die Lufttüchtigkeitsbescheinigung auszustellen und zu unterzeichnen. [...]

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Ich kann das nicht nachvollziehen. [...]

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Aber heute Vormittag hat uns extra der ehemalige Kabinettschef gesagt, dass sich Knoll der Weisung widersetzt habe, nicht zu unterfertigen.

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** [...] Knoll hat seinerzeit, und das ist klar -- Es gab zwei Fälle, die darauf zu beziehen sind: Das ist die Befugnis, überhaupt die Lufttüchtigkeitssache auszustellen; das ist ein Vorgang gewesen, der Knoll betroffen hat, das hat aber klare rechtliche Folgen gehabt, indem ihm die Bewilligung, dass er das durchführt, entzogen wurde und an eine zuständige Stelle im Ministerium gegangen ist. – Das ist geklärt. Dieser gegenständliche Vorgang beruht darauf, dass, wie ich heute darzustellen versucht habe – erinnern Sie sich bitte: Vorgang am 13. März, glaube ich, war das! –, einfach vom Projektleiter gesagt wurde: Im Mai findet die Güteprüfung statt! Und dann gab es den Einwand über den Generalstab. Und die seinerzeit geplante Dienstreise ist hier untersagt worden. Und diese Reise war in Ordnung, und da gab es kein Weisungsproblem.

Ich sehe das bei bestem Willen nicht. Ich bitte um Hilfe.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Also wir haben den Eindruck gewonnen, dass praktisch die Vorgabe von Ihnen und von Kammerhofer bestand, diese Lufttüchtigkeitsbescheinigung nicht zu unterzeichnen – es ist ja gar nicht das Problem einer Reise.

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Das sind zwei Probleme, die man vermischt.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ich rede nicht von der Reise, die ist egal.<sup>141</sup>

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Kein Vorwurf. – Das Erste ist die Zuständigkeit von Brigadier Knoll: Im Rahmen seiner Funktion als Leiter MSL war es rechtlich nicht in Ordnung, eine Lufttüchtigkeitsbescheinigung auszustellen. – Punkt eins. Das ist daher Brigadier Knoll klargelegt worden. Die dazu verantwortlichen Handlungen hat die Gruppe RechtLeg gesetzt. Sie sehen hier wieder das Zusammenspiel der POC. RechtLeg hat im Bereich seiner Zuständigkeiten dafür gesorgt, dass die rechtliche Richtigstellung von Tätigkeiten erfolgt. Das ist meine Aufgabe. Ich kann ihnen nur sagen: Das ist nicht richtig, POC bitte mach! – Das war der erste Schritt.

<sup>139</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 14.

<sup>140</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 47.

<sup>141</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 69.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Der zweite Schritt war, dass die aus diesen Gesprächen, aus dieser Sitzung am 13.3. erkennbare Abnahme und Güteprüfung nicht rechtens waren; die haben wir unterbunden. Das ist in dem Akt auch dokumentiert. Und das waren die beiden Weisungen oder die beiden Zusammenhänge.

Also eine rechtlich fundierte: Eine nachgeordnete Dienststelle kann keine Amtsaspekte unterschreiben. Das ist so. Das kann nur eine ministeriell zuständige Stelle unterschreiben. Und der zweite Punkt ist das andere.<sup>142</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] 2007 haben Sie ja noch im Zusammenhang mit der Werksgüteprüfung Schriftstücke verfasst. Wir dürfen Ihnen das Dokument 48437 und auch das Dokument 26715 vorlegen. (*Der Auskunftsperson werden Schriftstücke vorgelegt.*) Das Erstgenannte unterzeichneten Sie persönlich, und es beinhaltet folgenden Hinweis: „Im Zuge der laufenden Werksgüteprüfung wurde nunmehr festgestellt, dass dieses Kampfflugzeug für den Betrieb in Österreich derzeit jedenfalls nicht geeignet ist“.

Und dann noch im letzten Bereich:

„[...] da ein positiver Abschluss der Werksgüteprüfung frühestens nach Vorliegen der fehlenden Voraussetzungen erfolgen wird können“.

Das haben Sie unterschrieben, dieses Schriftstück an EADS.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Ja, und? – Das ist ganz normal: Wenn eine Werksgüteprüfung nicht erfolgreich ist, dann wird das an mich herangetragen. Ich habe dann mit der Firma zu verkehren, denn schriftlich darf nur die kaufmännische Abteilung mit der Firma verkehren. Und alles, was da drinnen steht, ist richtig.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, wann wurde - - Aber Sie haben ja gesagt, Sie waren nicht mehr involviert. Ich möchte ja nur zeigen, dass Sie involviert waren.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Wo war ich nicht involviert? Sie verwechseln da pausenlos etwas!

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, aber Sie haben das Schriftstück unterfertigt und noch dazu abgesandt! Jetzt - -

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Natürlich! Natürlich muss ich - - Wenn mir die Güteprüforgane ihren Abschlussbericht übermitteln, so habe ich die Aufgabe, diesen Abschlussbericht dem Unternehmen zu präsentieren, und (*Abg. Moser: Ihnen wurden auch - - I,*) und dann muss das behoben werden. Das ist der Sinn und Zweck des Ganzen. Wir haben hier ja Garantie, Gewährleistung und alle anderen Sachen.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Im zweiten Schriftstück, das Ihnen vorgelegt worden ist, wird ja auch auf Probleme bei dieser technischen Überprüfung hingewiesen. Wieso haben Sie nicht angesichts dessen, dass ja Zeitnot herrschte, laut Koziol [Anm.: gemeint ist wohl Peschorn], darauf eingewirkt, dass die Werksgüteprüfung etwas mehr hinausgezögert wird? EADS hat immer um Verlängerung ersucht.

**Ministerialrat Mag. Edwin Wall:** Mir wurde von Herrn Professor Koziol keine Zeitnot vorgemacht.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, das ist ein Problem. – Danke schön.<sup>143</sup>

Gabi Moser ließ das Thema keine Ruhe – und bat Jeloschek um ergänzende Informationen. Jeloschek verwies insbesondere auf ein Schlüsseldokument mit der Geschäftszahl GZ 61630/9-TFLRÜF/2007.

Das Dokument konnte zunächst nicht in den an den Untersuchungsausschuss gelieferten Akten gefunden werden. Es stellte sich jedoch heraus, dass es sich um einen Tippfehler gehandelt haben musste und das Dokument mit der Geschäftszahl GZ S91630/9-TFLRÜF/2007 gemeint war.

Dabei handelt es sich um einen Amtsvortrag von Jeloschek, ergangen am 11. Juni 2007. Dokumente ähnlichen Inhalts waren allerdings schon einige Wochen vorher im Umlauf. Darin

<sup>142</sup>

<sup>143</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 34-35.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

wird festgehalten, dass die Task Force LRÜF wesentliche Bedenken gegenüber der Lieferung und Inbetriebnahme des ersten Eurofighters hatte. Außerdem würden Maßnahmen der Projektgruppe LRÜF des Verteidigungsministeriums den Rechtsstandpunkt des BMLV gegenüber Eurofighter belasten.

Jeloschek war bereits bei seiner Befragung auf dieses Dokument eingegangen:

**Generalmajor Dipl. Ing. Erwin Jeloschek:** Ich darf noch einmal sagen – und deswegen ja mein Wunsch nach diesem Vortrag, um das darstellen zu können; wir hatten nur leider zu wenig Zeit, das darzulegen –: Es ist eine dynamische Entwicklung dadurch eingetreten, dass ja die Zusammenhänge – Güteprüfung, Erkennen von Mängeln – zu verarbeiten waren, und das hat zu dem Zeitpunkt Paris den Ausschlag gegeben, wo wir sagten: Jetzt sind wir wirklich am Ende unserer Möglichkeiten, wo wir weiter zusehen können. Ich verweise auf die Zahl 61630/9 TFLRÜF/2007, ergangen am 11. Dieses Schriftstück war der wesentliche Verursacher der entsprechenden Dringlichkeit. Mit diesem Schriftstück und der Veranlassung des Generalstabschefs aufgrund schriftlicher Weisung an ihn, das der Eurofighter mitzuteilen, war bei Eurofighter das Problem gegeben. Die mussten darauf antworten oder nicht. Der Nukleus dieser ganzen Sache ist: Wenn wir dazu keine Aussage bekommen, dann können wir das Luftfahrzeug auch nicht übernehmen.<sup>144</sup>

Die Antwort von Eurofighter ist dem Untersuchungsausschuss nicht bekannt. Schon bald wurde jedenfalls der zweite und endgültige Vergleich geschlossen.

### 1.6.4. Der Vergleich macht die Lieferung möglich

Die zuvor dargestellten Aussagen begründen den Verdacht, dass Eurofighter Schwierigkeiten hatte, zum bedungenen Liefertermin lieferfähig zu sein. Es scheint, dass nicht einmal die Tranche 1/Block 5 Flugzeuge, die die Eurofighter GmbH gemäß Ersetzungsbefugnis statt Tranche 2/Block 8 liefern wollte, rechtzeitig fertig waren. Es besteht vielmehr der Verdacht, dass Eurofighter unter Zeitdruck daran arbeitete, noch ältere Modelle der Tranche 1 erst auf Block 5 aufzurüsten.

Dieser Verdacht wird einerseits dadurch erhärtet, dass Eurofighter beantragt hatte, die Güteprüfung um 21 Tage zu verschieben, was am 15. Mai 2007 vom Verteidigungsministerium genehmigt worden war.<sup>145</sup> Der Verdacht wird aber insbesondere auch dadurch erhärtet, dass bereits im Vergleich von Altmannsdorf vom 24. Mai vereinbart worden war, dass gebrauchte Flugzeuge der Tranche 1 geliefert werden können, die von einem noch älteren Block 2 auf den Block 5 aufgerüstet wurden. Es bestehen starke Anhaltspunkte dafür, dass die Eurofighter GmbH ohne diese Vereinbarung nicht lieferfähig gewesen wäre. Ob in diesem Zusammenhang ein strafbares Verhalten von EADS vorlag, wird die Staatsanwaltschaft zu prüfen haben.

Warum man mit dem Vergleichsabschluss nicht zuwartete, ist jedenfalls nicht nachvollziehbar:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Und wie können Sie sich erklären, dass man nicht abgewartet hat. Sie haben ja wiederholt, auch bei der ersten Befragung, darauf hingewiesen, dass Ihrer Ansicht nach an sich kein Zeitdruck bestand. Ich verweise nur auf Seite 13. Ob jetzt bis zum Juni oder später ein erster Liefertermin angesetzt gewesen wäre und so weiter, das wäre nicht das Problem gewesen. Warum hat man Ihrer Ansicht nach nicht gewartet?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ihr Frage lautet, ob ich es mir erklären kann. – Ich kann es mir nach den Informationen, die ich hatte, juristisch, sachlich nicht erklären, aber ich kann mir als Anwalt mit 27-jähriger Berufspraxis erklären, dass die Gegenseite ein hohes Interesse hatte,

<sup>144</sup> 409/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 28.

<sup>145</sup> 417/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**vor dem ersten Liefertermin allfällige Probleme im sogenannten Vergleichsweg zu bereinigen.<sup>146</sup>**

Man hätte zumindest noch bis in den Sommer warten können, so Peschorn:

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Natürlich sind wir grundsätzlich davon überzeugt, dass wir was bewegen können und wir - - Ich weiß noch, dass wir uns damals nicht viel Ruhezeiten gegönnt haben, das war eine durchaus sehr herausfordernde Zeit, und sehr rasch Dinge erledigt haben. Und wir waren natürlich der Überzeugung, dass man hier auch in einem relativ kurzen Zeitraum eine Lösung finden kann.

Ob das jetzt bis zum Juni gewesen wäre oder später, bekanntermaßen war der erste Liefertermin ja für den Juli angesetzt - - Es war damals für uns nicht erkennbar, dass das eine solche Relevanz hat, ja. Also ich kann aus heutiger Sicht sagen: Wahrscheinlich wäre es auch kein Schaden gewesen, im August noch Dinge zu machen.<sup>147</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Auch zur Vollständigkeit: Natürlich hätte man bei der Frage „wir warten zu“ auch das Thema, das hier im Ausschuss schon erörtert wurde, nämlich: Kommt man zu einem Annahmeverzug, und was sind die widrigen Folgen eines Annahmeverzuges?, mitüberlegen müssen. Das ist halt die Interessenabwägung, die aber gut vorbereitet gehört. Nur einfach zu sagen: Oje, da komme ich in Annahmeverzug, und das ist ganz schlecht!, das ist zu wenig. Genauso wie ein Hinweis des Lieferanten aus dem Vorjahr – 2006 nämlich –, das wird 1,2 Milliarden kosten: Das muss ich hinterfragen. Das muss ich selbstbeurteilsfähig machen.<sup>148</sup>

### 1.6.5. Die fehlende Allwettertauglichkeit

Unsere Recherchen haben ergeben, dass die Allwettertauglichkeit der Luftraumüberwachungsflugzeuge jedenfalls ein Ausschreibungskriterium gewesen war. Im Kaufvertrag aus dem Jahr 2003 wurde sie jedoch nicht mehr explizit erwähnt. Vielmehr wird auf die „WSPS“ verwiesen. Ein Dokument, das zwischen NETMA und der Eurofighter GmbH vereinbart wurde und somit - wie wir verstanden haben - „flexibel“ ist. Ein Umstand, der der Republik bei Unterzeichnung des Kaufvertrags möglicherweise gar nicht bewusst war.

Aus dem Gutachten von Koziol geht jedenfalls hervor, dass die fehlende Allwettertauglichkeit eine nicht vertragskonforme Leistung darstellt, sofern dies vom vertraglich Zugesagten abweicht. Die Zusicherung der Einsatzfähigkeit müsse jedenfalls auch alpine Wetterbedingungen umfassen.

Dass dies nicht der Fall gewesen sein könnte, zeigt insbesondere nachfolgendes Dokument: Information für den Gruppenleiter betreffend der am Vortag gestarteten Werksgüteprüfung vom 16.5.2007:

„Limitierung +5°C bei 400m Sicht.“

*Es besteht gemäß der Musterzulassung und der Firmenpublikation die Einschränkung, dass die Triebwerke unter 5°C bei 400m Sicht nicht gestartet werden oder am Boden laufen dürfen. Diese Einschränkungen sind bis dato von der EF-GmbH weder aufgehoben noch relativiert worden. Dies hätte zur Folge, dass der EUROFIGHTER an vielen Tagen in Zeltweg nicht einsatzbereit wären. In der Angebotseinhaltung wurde ein Allwetterjagdflugzeug gefordert. In der WSPS (Weapon System Performance Specification) ist die Allwettertauglichkeit ebenfalls gefordert.“<sup>149</sup>*

<sup>146</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 9.

<sup>147</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 14.

<sup>148</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 48.

<sup>149</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 27.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Es war uns im Zuge des Untersuchungsausschusses mangels zur Verfügung stehender Mittel und Ressourcen nicht möglich, nachzuprüfen, inwieweit dieser K.O. Punkt bis zur letztlich positiven Güteprüfung behoben werden konnte bzw. sich durch den Vergleichsabschluss erledigte. Fest steht, dass dies jedenfalls ein weiterer Grund für ein Zuwarten und gegen einen raschen Vergleichsabschluss gewesen wäre.

### 1.6.6. Die technische Abnahme und der gute Wille gewisser Techniker

Gabi Moser wollte von Hofer wissen, ob bei der Werksgüteprüfung alles mit rechten Dingen zugegangen war:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Aus Ihrer Erfahrung und technischen Sicht: Können Sie einschätzen, ob es für EADS möglich gewesen wäre, auf diese Werksgüteprüfung Einfluss zu nehmen?

**Ministerialrat Karl Hofer:** Das wäre ganz schwierig gewesen, weil wir permanent die begleitende Kontrolle der Revision hatten. Wir hatten dort jedenfalls immer ein Vieraugenprinzip sichergestellt.

Ich meine, dass Fehler passieren, kann schon sein, aber es ist mir kein Vorgang bekannt, dass uns die Firma zu irgendetwas genötigt hätte, ganz im Gegenteil. Wir haben das immer sehr sauber aufgearbeitet, weil wir zu dem Zeitpunkt wussten: Alles was wir hier tun, wird mehrfach nachgeprüft, nämlich durch den Rechnungshof, durch den Untersuchungsausschuss, möglicherweise sogar den Staatsanwalt. Daher war immer unsere oberste Maxime: Wir müssen sorgfältig arbeiten und vor allem auch sorgfältig dokumentieren.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Wo gäbe es eventuell Schwachstellen? Wo wäre die Einflussnahme im Sinne von EADS möglich gewesen?

**Ministerialrat Karl Hofer:** In dem Moment, wo der Vertrag unterzeichnet ist, praktisch nicht mehr, aber – und das ist rein spekulativ, das haben Sie, glaube ich, in letzter Zeit schon mehrfach gehört – bevor man zu einem Vertrag kommt, bevor man eine Ausschreibung macht, gibt es natürlich ungeahnte Möglichkeiten, ich glaube, das ist eh - - lese ich auch nur in den Medien.<sup>150</sup>

Diese Frage kam nicht von ungefähr. Denn bereits Ende 2005 schrieb die Herbert Werner zurechenbare Londoner Briefkastenfirma „City Chambers“ an EADS, dass Sie bei der technischen Abnahme des Gegenstands sehr vom guten Willen bestimmter Techniker abhängig sein werden:

*“I was told that you will be very much dependent on the good will of certain technicians at the time of technical acceptance of the item.”<sup>151</sup>*

Aber dazu mehr im 2. Teil dieses Berichts.

---

<sup>150</sup> 412/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 39-40.

<sup>151</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 36.

## 1.7. DIE SPÖ: VOM SOZIAFIGHTER ZUM EUROFIGHTER

---

Gusenbauer hatte am 1. Oktober 2006 die Nationalratswahl gegen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel gewonnen. „Sozialfighter statt Eurofighter“ war Gusenbauers Schlüsselbotschaft gegen den Eurofighter-Kanzler.

Noch am 30. Oktober 2006 brachten die Abgeordneten Gaal (SPÖ), Pilz, Strache, Kräuter (SPÖ), Kogler und Barbara Rosenkranz einen Entschließungsantrag betreffend Eurofighter-Ausstieg ein, dem auch die Abgeordneten Gusenbauer und Darabos zustimmte:<sup>152</sup>

*Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort alle Schritte zu setzen, um den Vertrag betreffend der Beschaffung der Eurofighter kostengünstig aufzulösen und dazu den Beschaffungsvorgang jedenfalls so lange zu unterbrechen, bis der Bericht des parlamentarischen Eurofighter-Untersuchungsausschusses dem Nationalrat vorliegt. Dazu sind insbesondere alle laufenden Vertragsverhandlungen mit der Eurofighter GmbH, sonstigen Firmen und dem Verteidigungsministerium der BRD sowie die Abnahme von Leistungen, die von Vertragspartnern in diesem Zusammenhang erbracht werden zu unterbrechen.*

Der Antrag wurde mit Mehrheit aus SPÖ, FPÖ und Grünen angenommen. Zwei Monate später regierten Gusenbauer und Darabos – und der Beschluss des Parlaments war Makulatur.

Der frisch abgewählte Regierungschef Wolfgang Schüssel machte als Verhandlungsführer der ÖVP Gusenbauer erfolgreich klar: Wer die ÖVP will, muss die Eurofighter nehmen. Damit Gusenbauer das verstand, brach Schüssel die Regierungsverhandlungen am 18. Dezember 2006 ab. Gusenbauer hatte nun die Wahl: Sozialfighter oder Kanzler.

Dass die ÖVP den Rücktritt vom Kaufvertrag verhindern könnte, hatte die Londoner Briefkastenfirma „City Chambers“ kurz vor der Nationalratswahl bereits vorhergesagt:<sup>153</sup>

Die Zukunft des Projektes Eurofighter in Österreich muss erneut als unsicher bezeichnet werden.

Im Falle einer großen Koalition ist davon auszugehen, dass die ÖVP den Rücktritt vom Kaufvertrag in der Koalitionsvereinbarung verhindern kann, und die SPÖ erst nach einer Sichtung des Vertrages und sonstigen im Zusammenhang stehenden Aktivitäten dieses Themas jederzeit in der Öffentlichkeit hochspielen kann, um den Koalitionspartner ständig unter Druck zu halten und damit andere Zielsetzungen zu erreichen.

Insbesondere könnte das Bekannt werden der Betriebskosten (siehe ISS unten) ein Auslösefaktor für neuerliche Diskussionen sein.

EADS hatte Gusenbauer schon lange im Visier. Am 19. September 2002 mailte der Wiener EADS-Bürochef Wolfgang Aldag Eurofighter-CEO Aloysius Rauen einen Plan nach München:<sup>154</sup>

---

<sup>152</sup> 1/UEA XXIII. GP - Entschließungsantrag gescannt.

<sup>153</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3762587/City-Chambers-Report-Februar-2006.pdf>

<sup>154</sup> Dossier Eurofighter: <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/mail-der-eurofighter-bosse.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Herr Rauen,**  
 anbei der Maßnahmenplan über das weitere Vorgehen hier in Österreich. Dieser Plan wurde mit unseren Beratern und Dr.Bergner abgestimmt. Im Plan wurde bewußt auf zeitliche Abläufe der Maßnahmen verzichtet, da hier in Österreich das Wann und Was und auch das Ob von den täglichen Ereignissen geprägt wird.  
 Dieses Mail ist über eine sichere Leitung versandt. Nach versenden dieser Mail ist der File aus dem Computer hier in Wien gelöscht.  
 Gruß aus Wien, Wolfgang Aldag

**EF-Österreich****Maßnahmen**

Maßnahme	Zielbereich	Aktion	Wer
Unterstützung SSF* im Panzergeschäft (z.B. über Patria) u.a. Export nach Polen	Malzacher (schwed. Konsulent) M. hat Einfluss zu SPO	Drohgebärden aufrechterhalten <b>Bemerkung:</b> Barnet hat M. erstmal ruhig gestellt mit Drohung öster. Zahlungseinstellung aus laufendem Panzerprogramm wegen Nichterfüllung Lieferleistungen. SSF ist in Zahlungsschwierigkeiten	Dr. Bergner, Herr Steininger
Kontaktierung/Pflege SPÖ	Gusenbauer/Bures/Häupl	SPÖ klarmachen, es muß eine Tür offengehalten werden. Kampagne SPÖ gegen Abfangjäger sollte weicher gestaltet werden, z.B. EF kostet keine Arbeitsplätze, sondern bringt Arbeitsplätze	Dr. Bergner, Herr Steininger
Selektiver Besuch von LH	FPÖ, SPÖ, ÖVP	Besuchsvorbereitung und ständige Kontaktierung bis zur Wahl 24.11.02	Dr. Bergner, Auswahl der LH: HH. Steininger/Plattner

\* Steyr Spezial Fahrzeuge

Den ersten Erfolg erzielte Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer bereits im Mai 2002. Ihr Berater Kurt Lukasek berichtete am 3. Februar 2003 im Strategiepapier „Die Roten Vier“ an EADS:<sup>155</sup>

**Die Rolle der SPÖ**

Die SPÖ ist zu derartigen Abkommen bereit, wie das gemeinsame Essen zwischen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und SP-Chef Alfred Gusenbauer am 6. Mai 2002 beweist, bei dem der SP-Chef unverblümt erklärt hat, „die SPÖ wird nicht so heftig gegen die Abfangjäger-Nachbeschaffung sein, wenn sich die Bundesregierung für den Gripen entscheidet.“

Lukasek gab EADS schon 2003 einen Rat:<sup>156</sup>

Sollte es zu einer ÖVP-SPÖ-Regierung kommen, wird die Frage der Abfangjäger ein absoluter Knackpunkt bei der Regierungsbildung werden. Eine Zustimmung der SPÖ ist nicht ausgeschlossen, wird aber mit einem hohen Argumentations- und Marketingaufwand verbunden sein. Es ist in diesem Fall unabdingbar notwendig, der SPÖ ein in der Öffentlichkeit glaubhaftes Szenario anbieten zu können, mit dem sie die ablehnende Position verlassen kann und bei dem sie sowohl das Gesicht wahren als auch massiv profitieren kann.

<sup>155</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3761245/Lukasek-Konzept-Die-Rote-Vier.pdf>

<sup>156</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3761264/Lukasek-Analysepapier-2003.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

2003 blieb die SPÖ in Opposition. 2006 war das anders. Gusenbauer bildete eine Regierung. EADS war vorgewarnt. Ein Jahr vor der Wahl hatte Lukasek EADS informiert:<sup>157</sup>

**SP-Kanzler 2006**

Alle Indikatoren haben ein Ergebnis:  
Bleibt ein politisches Wunder aus,  
kommt es spätestens im kommenden  
Herbst zum Machtwechsel in Öster-  
reich. Die SPÖ wird stärkste Partei und  
den Kanzler stellen. Wie groß die  
Wahrscheinlichkeit für vorgezogene  
Nationalratswahlen ist, kann noch nicht  
eingeschätzt werden. Dazu müssen  
erst die Ergebnisse der Landtagswah-  
len abgewartet werden, weil der An-

29.09.2005

Kurt Lukasek

Im Dezember 2006 berichtete EADS-Bürochef Aldag aus Wien an die Zentrale:<sup>158</sup>

---

Date: Mittwoch, 13 Dez 2006, 11:04:59  
 Subject: Austria  
 From: AL21916\_MOTNI <Wolfgang.Aldag@eads.com>  
 To: Heitzmann, Johann <Johann.Heitzmann@eads.com>;

Herr Heitzmann,

Meeting mit Hr. Kuhn:

dieses Jahr kein Treffen mehr mit G notwendig, aber im Januar wird eines gewünscht (ich versuche was um den 19.1./20.1. zu organisieren)

Darabos ist als Minister vorgesehen - entweder Innen, Aussen od.  
 Verteidigung!

„G“ ist Gusenbauer, das belegen zahlreiche Dokumente. Trotzdem ist es unwahrscheinlich, dass Gusenbauer schon Ende 2006 ein EADS-Mann war. Aber er begann sich zu bewegen, in Richtung Kanzlerschaft und Eurofighter.

Ende 2006 lud Gusenbauer Koziol ein, als Gutachter für die Bundesregierung tätig zu werden. Koziol sollte als Jurist eine Position, die für SPÖ und ÖVP akzeptabel ist, finden. Bei mehreren Treffen in Büros und bereits im Kanzleramt werden mit Specht Details besprochen. Aber mit der ÖVP kam keine Einigung über eine gemeinsame Vorgangsweise zustande.

Am 8. Jänner 2007 einigten sich SPÖ und ÖVP, die Eurofighter aus dem Koalitionsübereinkommen auszuklammern.<sup>159</sup>

*„14. Österreich wird – wie bisher – die sich aus der Neutralität und der völkerrechtlichen Souveränität ergebende Verpflichtung zur Wahrung der Lufthoheit in Form der aktiven und*

---

<sup>157</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3762591/Lukasek-Analyse-29-9-2005.pdf>

<sup>158</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 48; Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3762591/Lukasek-Analyse-29-9-2005.pdf>

<sup>159</sup> <https://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=19542>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*passiven Luftraumüberwachung, wie dies auch im Rahmen der Bundesheer-Reformkommission als Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres definiert wurde, sicherstellen.“*

Im Luftraum fanden SPÖ und ÖVP nicht mehr Gemeinsames.

Die aktive Luftraumüberwachung konnte jedoch nur mit Kampfflugzeugen erfolgen. „*Das heißt: Österreich braucht binnen nur eines Jahres andere Kampfjets, und das wäre extrem teuer.*“<sup>160</sup>

Am selben Tag beauftragte Gusenbauer den neuen Verteidigungsminister Norbert Darabos, mit Eurofighter zu verhandeln. Damit lag der Ball beim Verteidigungsminister.

Darabos beauftragte Peschorn, den Präsidenten der Finanzprokuratur, mit der Leitung der Verhandlungen. Peschorn verfolgte ein Ziel: den Ausstieg aus dem Vertrag – wegen Korruption (Airchief Wolf) oder wegen Lieferunfähigkeit.

Aber Darabos einigte sich hinter Peschorns Rücken auf das Ziel „Vergleich“. Im Verhandlungsteam ersetzte Darabos Peschorn durch Koziol.

Am 26. Mai saßen Darabos, Koziol, Eurofighter-Chef Rauen und dessen Rechtsberater Professor Lukas im SPÖ-Hotel in Wien-Altmannsdorf. Koziol setzte einen handschriftlichen Vergleichsvertrag auf. Alle vier unterschrieben. Aber der Vertrag wurde verheimlicht und tauchte zufällig am 1. Juni 2017, dem Tag der Darabos-Befragung im Untersuchungsausschuss, wieder auf.

Am 17. Juni 2007 flog Darabos mit Koziol nach Paris. Sie verhandelten mit Rauen und Lukas und schlossen einen neuen, noch schlechteren Vergleich. Sie verzichteten auf:

- 8,9 Mio € mit dem Nachsichtsystem FLIR
- 5,1 Mio € durch den Verzicht auf eine Pönale
- 10 Mio € durch die Übernahme der Vergebühr des Vertrags durch die Republik.

Dazu kommt: Darabos verzichtete auf das Recht, nach Punkt 18.2. des Kaufvertrags ohne Angabe von Gründen vom Vertrag zurücktreten zu können.

Rechnungshof und Finanzprokuratur stellten in ihren Überprüfungen fest, dass der Vertrag schwere Nachteile für die Republik enthielt. Und: Es gab keine Aufzeichnungen und Berechnungen. Niemand kann nachvollziehen, was hier ausgehandelt worden ist.

So blieb auch ein Geschenk von 57 Mio Euro, das im Vergleich als Pönale versteckt wurde, unerklärt.

Wir konnten im Untersuchungsausschuss eine Kaskade von Verschlechterungen im Zuge der Vergleichsverhandlungen feststellen:

- Positiver Start der Verhandlungen war das Argumentationspapier der Finanzprokuratur. Ein Ausstieg erschien möglich.
- Wird fanden Dokumente mit der Auflistung von Problemen beim Lieferverzug und der mangelnden Allwettertauglichkeit: Ein Grund abzuwarten, ob Eurofighter überhaupt liefern kann.
- Dann tauchte der Altmannsdorfer Vergleich vom 24. Mai auf. Die Möglichkeit des Ausstiegs wurde nicht wahrgenommen

<sup>160</sup> Oberösterreichische Nachrichten vom 11.04.2017, 3.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- Und schließlich wurde am 24. Juni ein noch schlechterer Vergleich geschlossen.

Das letzte Zugeständnis betraf den laufenden U-Ausschuss. Darabos und Rauen vereinbarten, den Ausschuss abdrehen zu lassen. Lukas erklärte bei seiner Befragung, dass das eine Eurofighter-Bedingung war – weil man nach Vergleichsabschluss jede Überraschung durch einen neuen Fund im Parlament ausschließen wollte.

Die gebrauchten Eurofighter der Tranche 1, die Darabos ausverhandelt hatte, sind heute vorzeitig am Ende. Der neue Minister bereitet den Notausstieg vor.

In Hinblick auf die politische Verantwortlichkeit hatte Norbert Darabos den Ausstieg verhindert und den Vergleich verhandelt. Sein Chef war allerdings Alfred Gusenbauer. Darabos beteuerte, ihn ständig detailliert informiert zu haben.

Bis zum Vergleich hatte trotzdem ein anderer die wichtigsten Fäden gezogen. Wolfgang Schüssel hatte mit EADS die Typenentscheidung und den Vertrag vorbereitet. Er hatte sich geheim mit Lobbyisten getroffen. Neben Karl Heinz Grasser ist Wolfgang Schüssel der Kopf der Aktion „Eurofighter“. Die SPÖ ist „nur“ umgefallen.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

## 1.8. CHRONOLOGIE DES VERGLEICHS

**19.9.2002** 2002 gab es bereits konkrete Pläne, wie EADS Österreichs Parteien an Bord holen kann: Der Wiener EADS-Bürochef Wolfgang Aldag mailt Eurofighter-CEO Aloysius Rauen einen Plan nach München:<sup>161</sup>

Herr Rauen,  
anbei der Maßnahmenplan über das weitere Vorgehen hier in Österreich. Dieser Plan wurde mit unseren Beratern und Dr.Bergner abgestimmt. Im Plan wurde bewußt auf zeitliche Abläufe der Maßnahmen verzichtet, da hier in Österreich das Wann und Was und auch das Ob von den täglichen Ereignissen geprägt wird.  
Dieses Mail ist über eine sichere Leitung versandt. Nach versenden dieser Mail ist der File aus dem Computer hier in Wien gelöscht.  
Gruß aus Wien, Wolfgang Aldag

### EF-Österreich

#### Maßnahmen



Maßnahme	Zielbereich	Aktion	Wer
Unterstützung SSF* im Panzergeschäft (z.B. über Patria) u.a. Export nach Polen	Malzacher (schwed. Konsulent) M. hat Einfluss zu SPÖ	Drohgebäuden aufrechterhalten <b>Bemerkung:</b> Barnet hat M. erstmal ruhig gestellt mit Drohung österr. Zahlungseinstellung aus laufendem Panzerprogramm wegen Nichterfüllung Lieferleistungen. SSF ist in Zahlungsschwierigkeiten	Dr. Bergner, Herr Steininger
Kontaktierung/Pflege SPÖ	Gusenbauer/Bures/Häupl	SPÖ klarmachen, es muß eine Tür offen gehalten werden. Kampagne SPÖ gegen Abfangjäger sollte weicher gestaltet werden, z.B. EF kostet keine Arbeitsplätze, sondern bringt Arbeitsplätze	Dr. Bergner, Herr Steininger
Selektiver Besuch von LH-	FPÖ, SPÖ, ÖVP	Besuchsvorbereitung und ständige Kontaktierung bis zur Wahl 24.11.02	Dr. Bergner, Auswahl der LH: HH. Steininger/Plattner

\* Steyr Spezial Fahrzeuge

**3.2.2003** Kurt Lukasek, mutmaßlicher Berater von Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer, berichtet im Strategiepapier „Die Roten Vier“ an EADS:<sup>162</sup>

#### Die rote Vier

##### Die Rolle der SPÖ

Die SPÖ ist zu derartigen Abkommen bereit, wie das gemeinsame Essen zwischen Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer und SP-Chef Alfred Gusenbauer am 6. Mai 2002 beweist, bei dem der SP-Chef unverblümt erklärt hat, „die SPÖ wird nicht so heftig gegen die Abfangjäger-Nachbeschaffung sein, wenn sich die Bundesregierung für den Gripen entscheidet.“

<sup>161</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/mail-der-eurofighter-bosse.pdf>

<sup>162</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3761245/Lukasek-Konzept-Die-Rote-Vier.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Sollte es zu einer ÖVP-SPÖ-Regierung kommen, wird die Frage der Abfangjäger ein absoluter Knackpunkt bei der Regierungsbildung werden. Eine Zustimmung der SPÖ ist nicht ausgeschlossen, wird aber mit einem hohen Argumentations- und Marketingaufwand verbunden sein. Es ist in diesem Fall unabdingbar notwendig, der SPÖ ein in der Öffentlichkeit glaubhaftes Szenario anbieten zu können, mit dem sie die ablehnende Position verlassen kann und bei dem sie sowohl das Gesicht wahren als auch massiv profitieren kann.

2002 bleibt die SPÖ in Opposition. 2006 ist das anders.

**1.7.2003** **Die Eurofighter-Kaufverträge V1 (18 Eurofighter Tranche 2/Block 8) und V2 (Ausrüstung, logistische Leistungen etc.) werden unterzeichnet.**

**4.2.2004** Generalmajor Dipl.-Ing. Jeloschek (BMLV), später Leiter der Task Force LRÜF, trifft den EADS-Lobbyisten Alfred Plattner.<sup>163</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was haben Sie bei Ihrem Treffen mit Alfred Plattner am 4. Februar 2004 besprochen? (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt. Die Auskunftsperson liest darin.*)

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Wo war diese Besprechung, bitte?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich lege Ihnen einfach ein Kalenderblatt aus dem Kalender von Alfred Plattner vor. Ich frage Sie: Was war das für ein Treffen?

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Keine Ahnung – nicht die geringste.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es dieses Treffen gegeben?

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Ich weiß es nicht. Ich kann das nicht nachvollziehen. Ich kenne weder das Thema, noch weiß ich, wo das ist. Ich **weiß** es nicht! (*Abg Pilz: Okay!*)<sup>164</sup>

**27.7.2005** Ein weiterer EADS-Lobbyist, der in London den Briefkasten „City Chambers“ betreibt, schreibt EADS: „*Man hat das Gefühl, dass der Hersteller selbst nicht weiß, was er nach Österreich liefern wird.*“<sup>165</sup>

<sup>163</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 55.

<sup>164</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 56.

<sup>165</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/lieferfaehigkeit-eurofighter-city-chambers.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Es wird aber gemunkelt, dass viel zu wenig Ersatzteile und Umlaufteile beschafft wurden.**

3. Die Position 32 ist heikel in der Abwicklung. Was wird dafür geboten. Diese Position ist teuer und bedarf konkreter Abnahmen und lediglich ein paar Zeilen sind zu wenig. Hier handelt es sich um EUR 82 Mil.

4. Eine Bauaufsicht sollte eigentlich in Kürze stattfinden, nachdem die Lieferung ja 2007 teilweise durchgeführt werden soll, man muss ja schließlich wissen, was es für eine Ausführung bekommt. Es ist noch immer nicht geklärt, welche tatsächliche Ausführung geliefert wird (Batch II). Nachdem die Flieger ja schon in Produktion sein müssen, wäre eine Bauaufsicht und die Einbindung österreichischer Beamter in Kürze notwendig.

5. Im Vertrag sind diverse Beistellungen durch das BMLV vereinbart. Solche Beistellungen werden weder abgerufen noch wird darüber geredet. Hier werden Informationen seitens des Herstellers benötigt.

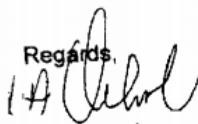
Die Arbeitsgruppe gewöhnt sich an, diverse Themen zu schieben und grundsätzlich keinerlei oder nur geringe Aussagen zu treffen. Hier wird Unsicherheit signalisiert.

6. Logistisch wird das Flugzeug in vier Ländern aufgearbeitet, derzeit stimmt manches nicht zusammen.

Man hat das Gefühl, dass der Hersteller selbst nicht weiß, was er nach Österreich liefern wird. Detaillierte Anfragen österreichischer Beamter laufen ins Leere.

7. Gegengeschäfte. 2003 wurde abgebucht. Es ist nicht erwartbar, dass 2004 vor Ende 2005 abgebucht wird. Die Gegengeschäfte laufen etwas stabiler und besser seit einer neuen Firma gegründet wurde, die sich darum kümmert. Es ist jedoch noch ein weiter Weg bis zur Erfüllung, allerdings auch noch genug Zeit.

We trust the report is self explanatory, should you have further questions, please do not hesitate to contact the undersigned.

Regards,  
  
 City Chambers  
 Rajni Mehta

cc: Mr. Dr. Klaus-Dieter Bergner

**29.8.2005** E-Mail vom Londoner Briefkasten „City Chambers“ an Wolfgang Aldag (EADS): „[...] Mir wurde mitgeteilt, dass Sie bei der technischen Abnahme des Gegenstands sehr vom guten Willen bestimmter Techniker abhängig sein werden“:<sup>166</sup>

„I was told that you will be very much dependent on the good will of certain technicians at the time of technical acceptance of the item.“

**29.9.2005** Ein Jahr vor der Wahl informiert Kurt Lukasek EADS über die aktuelle politische Situation in Österreich:<sup>167</sup>

<sup>166</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 36.

<sup>167</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3762591/Lukasek-Analyse-29-9-2005.pdf>

**SP-Kanzler 2006**

Alle Indikatoren haben ein Ergebnis:  
 Bleibt ein politisches Wunder aus,  
 kommt es spätestens im kommenden  
 Herbst zum Machtwechsel in Öster-  
 reich. Die SPÖ wird stärkste Partei und  
 den Kanzler stellen. Wie groß die  
 Wahrscheinlichkeit für vorgezogene  
 Nationalratswahlen ist, kann noch nicht  
 eingeschätzt werden. Dazu müssen  
 erst die Ergebnisse der Landtagswah-  
 len abgewartet werden, weil der An-

29.08.2005

Kurt Lukas

**Agenda 2005/2006**

Um wie im Fall der Herbstwahlen im  
 Wesentlichen die Abfangjägernachbe-  
 schaffung im kommenden National-  
 ratswahlkampf aus der politischen  
 Auseinandersetzung herauszuhalten,  
 ist eine Fortsetzung und Verfestigung  
 der Öffnung zur SPÖ notwendig.

Es muss in den nächsten zwölf Mona-  
 ten sichergestellt werden, dass die  
 SPÖ beim Eintritt in die österreichische  
 Bundesregierung im Jahr 2006 eine  
 Position beziehen kann, die es der

29.08.2005

Kurt Lukasek

SPÖ ohne Gesichtsverlust ermöglicht,  
 in der Frage der Abfangjägernachbe-  
 schaffung einen staatstragenden, eu-  
 ropäischen Standpunkt einzunehmen.

Lukasek bezieht sich in einem Schreiben auf die „*Gespräche der letzten Wochen*“:<sup>168</sup>

---

<sup>168</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3762591/Lukasek-Analyse-29-9-2005.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

besser genutzt werden. Wie die Gespräche der letzten Wochen zeigen, gelingt es, eine brauchbare Gesprächsbasis zur SP-Spitze aufzubauen, die in den kommenden zwölf Monaten zu einer Vertrauensbasis ausgebaut werden sollte.

- 1.11.2005** Die Eurofighter GmbH teilt mit, dass vorerst sechs Flugzeuge des älteren Modells Tranche 1/Block 5 geliefert werden und sagt zu, die Umrüstung auf Tranche 2/Block 8 auf eigene Kosten durchzuführen.
- 1.2.2006** Aus einer Nachricht von City Chambers an EADS geht hervor, dass sich EADS ohne Stückzahlreduktion auf einen **Preisnachlass von 400 Millionen Euro** vorbereiten muss:<sup>169</sup>

---

<sup>169</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 26-27;  
<https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/gusenbauer-erlaesst-eads-millionenbetrag.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**CITY CHAMBERS LIMITED**  
**30. POLAND STREET**  
**LONDON W1F 8QS**  
**TEL: 0044-207-734-9545**  
**FAX: 0044-207-734-9546**  
**E-MAIL: CITY-CHAMBER@HOTMAIL.COM**

*J.W. Ali  
Abgeg. Grüne*

EADS  
 Militärflugzeuge / Abt. MM5  
 D- 81663 München

Attn: Mr. [REDACTED]  
 Fax-No: 0049-89-[REDACTED]  
 Page: 1/3

London, 2006-02-01

**Activity Report December/ January**

Dear Mr. B [REDACTED]

Reference is made to our previous reports especially October/ November of 2005.

The main topic being discussed in the MOD right now, In light of the likelihood of EADS not being able to precisely fulfill their contractual obligations is that the Government will negotiate a substantial price reduction.

The amount being discussed is € 400 Mil.

All of the aforesaid will be transmitted to you in a special report around the end of February 2006.

Given the fact that my consulting to you expires in the month of May this year, it may be practical for you to extend this contract until beginning of the 1<sup>st</sup> delivery of the aircraft i.e. 2007.

Kind regards

*R. Metha*

Rajni Metha

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wie ist es Ihnen und Ihrem Verteidigungsminister dann gelungen, binnen weniger Monate – bis Altmannsdorf – von 18 Stück Eurofighter, verbilligt um 400 Millionen, einen Verhandlungserfolg von 15 Stück Eurofighter mit einer Verbilligung von 250 Millionen zu erzielen? Also wie ist es Darabos gelungen, mit seinen Verhandlungen Eurofighter und EADS dermaßen positiv zu überraschen? 400 Millionen sind drin, 240 kommen raus: Wie ist das passiert?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Das tut mir leid, ich kann Ihnen da keine Einschätzung geben, denn dieses Papier, das Sie mir jetzt vorgelegen, haben wir offensichtlich zu diesem Zeitpunkt nicht gehabt, offensichtlich auch nicht in der Zeit des Untersuchungsausschusses der Jahre 2006/2007. Das wäre nämlich interessant gewesen und hätte unter Umständen andere Determinanten für die

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Vergleichsverhandlungen hervorgebracht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, da haben Sie vollkommen recht. Es zeigt ja, rein wirtschaftlich gesehen, nur, wie weit unter den Möglichkeiten verhandelt worden ist. Ich möchte da jetzt gar nicht weitergehen, weil, ich glaube, im Sozialfighter-Wahlkampf haben Sie noch geworben mit: Ihre Pensionen fliegen davon! Wenn man jetzt nur umrechnet – diese 150 Millionen, auf die da offensichtlich verhandlungsmäßig nicht verzichtet worden ist, aber die man eigentlich verloren hat –, sind das 168 000 Mindestpensionen. Ich komme dann nachher zu einer anderen Zahl – nur damit man einen Vergleichsmaßstab hat.<sup>170</sup>

**Oktober 2006** Kurz nach der Nationalratswahl: City Chambers schreibt, „*dass die ÖVP den Rücktritt vom Kaufvertrag in der Koalitionsvereinbarung verhindern kann*“.<sup>171</sup>

Die Zukunft des Projektes Eurofighter in Österreich muss erneut als unsicher bezeichnet werden.

Im Falle einer großen Koalition ist davon auszugehen, dass die ÖVP den Rücktritt vom Kaufvertrag in der Koalitionsvereinbarung verhindern kann, und die SPÖ erst nach einer Sichtung des Vertrages und sonstigen im Zusammenhang stehenden Aktivitäten dieses Themas jederzeit in der Öffentlichkeit hochspielen kann, um den Koalitionspartner ständig unter Druck zu halten und damit andere Zielsetzungen zu erreichen.

Insbesondere könnte das Bekannt werden der Betriebskosten (siehe ISS unten) ein Auslösefaktor für neuerliche Diskussionen sein.

Rechtsanwalt Dr. Leopold Specht, Vertrauter von Dr. Gusenbauer,<sup>172</sup> erhält Einsicht in den Eurofighter-Kaufvertrag. Gusenbauer musste vor Übergabe des Vertrages eine Geheimhaltungserklärung unterzeichnen.<sup>173</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Sagen Sie, waren Sie im Oktober 2006, als Ihnen Dr. Gusenbauer eine Kopie dieses Vertrags übergeben hat, informiert, dass Dr. Gusenbauer am 13. Oktober 2006, als er diesen Vertrag erhalten hat, eine Geheimhaltungserklärung unterschrieben hat?

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** [...] Ich bin als Rechtsanwalt an die berufliche Verschwiegenheit gebunden und bin daher von Gesetzes wegen autorisiert, ein derartiges Dokument für meinen Mandanten zu studieren und ihm zu sagen, was ich dazu denke. [...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Alle Juristen und auch Anwälte, mit denen ich in der kurzen Zeit sprechen konnte, haben mich darauf hingewiesen, dass auch dem eigenen Anwalt gegenüber selbstverständlich eine unterschriebene Geheimhaltungserklärung gilt.

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Das ist rechtlicher Nonsense, Herr Dr. Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Specht, das ist eine Rechtsfrage, und die können wir hier jetzt nicht klären. Ich nehme Ihre rechtliche Ansicht zur Kenntnis, ich habe meine rechtliche Ansicht, wir werden das jetzt sicherlich hier nicht klären können.

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Beides ist zulässig.<sup>174</sup>

Im Vertrag wurden außerdem Informationsschutzbestimmungen vereinbart:

<sup>170</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 27.

<sup>171</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3872358/City-Chambers-Report-2006.pdf>

<sup>172</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 7.

<sup>173</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 6.

<sup>174</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 24.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sind Sie über die mit dem Vertrag verbundenen Informationsschutzbestimmungen informiert worden?

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Über welchen Vertrag?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Den Kaufvertrag. Im Kaufvertrag sind eigene Informationsschutzbestimmungen vereinbart.

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Ich kann mich nicht mehr erinnern, ob diese Bestimmungen in jenen Teilen des Vertrags enthalten waren, die ich bekommen habe.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da hier bestimmte Belehrungen über die Einhaltung bestimmter Sicherheitsregeln und so weiter vertraglich zwingend vorgesehen sind: Hat es Ihnen gegenüber eine derartige Belehrung gegeben, wie es sie – zum Beispiel Herr Dr. Peschorn hat uns darüber berichtet – selbstverständlich Dr. Peschorn gegenüber und auch anderen gegenüber gegeben hat.

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Hat es nicht gegeben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hat es nicht gegeben. – Sind Sie auf Informationsschutzbestimmungen von Herrn Dr. Gusenbauer hingewiesen worden?

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Nein, bin ich nicht.<sup>175</sup>

**30.10.2006** Die Abgeordneten Gaal (SPÖ), Pilz, Strache, Kräuter (SPÖ), Kogler und Barbara Rosenkranz bringen einen Entschließungsantrag betreffend Eurofighter-Ausstieg ein:<sup>176</sup>

*„Die Bundesregierung wird aufgefordert, sofort alle Schritte zu setzen, um den Vertrag betreffend der Beschaffung der Eurofighter kostengünstig aufzulösen und dazu den Beschaffungsvorgang jedenfalls so lange zu unterbrechen, bis der Bericht des parlamentarischen Eurofighter-Untersuchungsausschusses dem Nationalrat vorliegt. Dazu sind insbesondere alle laufenden Vertragsverhandlungen mit der Eurofighter GmbH, sonstigen Firmen und dem Verteidigungsministerium der BRD sowie die Abnahme von Leistungen, die von Vertragspartnern in diesem Zusammenhang erbracht werden zu unterbrechen.“*

Die Abgeordneten Gusenbauer und Darabos stimmen zu. Der Antrag wird mit Mehrheit aus SPÖ, FPÖ und Grünen angenommen.

**13.12.2006** EADS-Bürochef Aldag berichtet aus Wien an die Zentrale in Deutschland:<sup>177</sup>

<sup>175</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 24.

<sup>176</sup> 1/UEA XXIII. GP - Entschließungsantrag gescannt.

<sup>177</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 48; Dossier Eurofighter:

<https://assets.documentcloud.org/documents/3761239/EADS-Interne-Mails-Zu-Rapid-2006.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

---

Date: Mittwoch, 13 Dez 2006, 11:04:59  
 Subject: Austria  
 From: AL21916\_MOTN1 <Wolfgang.Aldag@eads.com>  
 To: Heitzmann, Johann <Johann.Heitzmann@eads.com>;

Herr Heitzmann,

Meeting mit Hr. Kuhn:

dieses Jahr kein Treffen mehr mit G notwendig, aber im Januar wird eines gewünscht (ich versuche was um den 19.1./20.1. zu organisieren)

Darabos ist als Minister vorgesehen - entweder Innen, Aussen od. Verteidigung!

Die Vermutung, dass „G“ Gusenbauer ist, belegen zahlreiche Dokumente.

- 8.1.2007** SPÖ und ÖVP einigen sich, die Eurofighter aus dem Koalitionsübereinkommen auszuklammern:<sup>178</sup>

*„14. Österreich wird – wie bisher – die sich aus der Neutralität und der völkerrechtlichen Souveränität ergebende Verpflichtung zur Wahrung der Lufthoheit in Form der aktiven und passiven Luftraumüberwachung, wie dies auch im Rahmen der Bundesheer-Reformkommission als Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres definiert wurde, sicherstellen.“*

Die aktive Luftraumüberwachung kann nur mit Kampfflugzeugen erfolgen. „Das heißt: Österreich braucht binnen nur eines Jahres andere Kampfjets, und das wäre extrem teuer.“<sup>179</sup>

- 11.1.2007** Angelobung der Regierung Gusenbauer

- 15.1.2007** E-Mail von Georg Schmidt (IT Solution) an Heitzmann (EADS):<sup>180</sup>

*„Lieber Herr HEITZMANN,  
 dem untenstehenden Pressebericht ist zu entnehmen, dass Herrn Norbert DARABOS, seit wenigen Tagen von der SPÖ gestellter Bundesminister für Landesverteidigung, mit Ihnen das Gespräch sucht, um eine erhebliche Preisreduktion bei dem zwischen der Eurofighter Jagdflugzeug GmbH und der Republik Österreich abgeschlossenen Kaufvertrag zu begehrten.*

*Wenn ein Wehrdienstverweigerer, der KEIN Ministeramt angenommen hat, Wünsche dieser Art äußert, würde eine Forderung dieser Art weniger Irritationen auslösen.*

*Da es für mich wahrscheinlich war, dass Herr DARABOS neuer Verteidigungsminister wird, habe ich mich seit Oktober 2006 mit ihm beschäftigt und würde Ihnen gerne in einem ca. 10 minütigen Telefonat einige kreativen Ideen mitteilen“*

- 19.1.2007** Treffen Darabos, Kammerhofer, Rauen und Heitzmann am Flughafen Wien.<sup>181</sup>

<sup>178</sup> <https://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=19542>

<sup>179</sup> Oberösterreichische Nachrichten vom 11.04.2017, 3.

<sup>180</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 27.

<sup>181</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 20-21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**26.1.2007** BM Darabos erteilt die Ministerweisung 204/2007 und setzt damit die Task Force LRÜF ein: Sie soll Ausstiegsvarianten und/oder signifikante Einsparungspotentiale prüfen. Ihr Leiter wird Kabinettschef Kammerhofer, der operative Leiter wird Jeloschek.<sup>182</sup>

**Februar 2007** Im Auftrag von Gusenbauer rät Rechtsanwalt Leopold Specht Darabos, Koziol mit einem Gutachten zu beauftragen.<sup>183</sup>

**8.2.2007** Aldag schreibt Heitzmann:

*„Darabos lässt nachdenken, dass der Anfangsflugbetrieb bei uns Manching betrieben werden soll. Politisches Ziel steht dahinter: Ich habe (erstma) die Landung in Österreich verhindert.*

*Ferner geht man davon aus, dass der Untersuchungsausschuss nicht im März abgeschlossen ist, und man politisch keine Fakten zum Thema EF schaffen will, jedenfalls nicht nach Aussen.*

*How to proceed?“<sup>184</sup>*

Heitzmann antwortet Aldag:

*„nichts gegen anfangsbetrieb in manching und wie sie sicher wissen nichts is for free und ich kann mir vorstellen wenn die gegen bmvg weiterhin so agieren wird sich die deutsche unterstuetzung [...] schnell in grenzen halten lass uns morgen [...] darüber diskutieren“<sup>185</sup>*

*„unter anderem koennten sie nochmals mit kuhn klaeren wegen den karten ebenso dass ich nochmals mit dar [Darabos] reden muss, ich glaube dass es schwachsinn ist wenn er direkt I'm komitee ist keine eskalation.“<sup>186</sup>*

**20.2.2007** Anruf von Kabinettschef Kammerhofer beim Präsidenten der Finanzprokuratur Dr. Wolfgang Peschorn: Kammerhofer zeigt sich informiert, dass Peschorn am 6. März ein Vorstellungsgespräch bei Gusenbauer hat. Kammerhofer hofft, dass es dadurch nicht zu einer Verzögerung bei der Task Force kommt.<sup>187</sup>

**6.3.2007** Peschorn hat ein Vorstellungsgespräch bei Gusenbauer.<sup>188</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Das war ein ganz normales Informationsgespräch und Vorstellungsgespräch über die Finanzprokuratur und was wir leisten können.<sup>189</sup>

**7.3.2007** Im Verteidigungsministerium werden Werkverträge für Koziol und für Specht vorbereitet:<sup>190</sup>

<sup>182</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5.

<sup>183</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 31.

<sup>184</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 75.

<sup>185</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 73-74.

<sup>186</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 58.

<sup>187</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36-37.

<sup>188</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36-37.

<sup>189</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 37.

<sup>190</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 22.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Wie können Sie sich erklären, dass es im Verteidigungsressort einen Vertragsentwurf für einen Werkvertrag mit Ihnen gibt? [...]

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Ich kenne dieses Vertragswerk nicht, und ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Dieses Dokument wurde mit mir nie besprochen.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Was sagen Sie zu folgender Aussage von Herrn Mag. Kammerhofer, die er hier in diesem Ausschuss am 8.6. tätigte – ich zitiere –: „Ich kann Ihnen aber sagen – vielleicht ist das der News-Wert –, Dr. Specht war dann der Anwalt für die Vertragserstellung bei Professor Koziol. Vielleicht ist das hilfreich.“

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Also auch da, muss ich sagen, war ich nicht involviert und kann Ihnen dazu nichts sagen. Ich war sicherlich nicht bei der Vertragserstellung des, wie ich annehme, Werkvertrages mit Professor Koziol involviert.<sup>191</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Eine allerletzte Frage noch. Haben Sie für Ihre Tätigkeit in diesem Zusammenhang Honorarnoten gelegt?

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Nein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das haben Sie gratis getan?

**Dr. Leopold Specht, LL.M.:** Selbstverständlich!<sup>192</sup>

### 13.3.2007 Schriftliche Beauftragung der Finanzprokuratur<sup>193</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Nochmals: Der 13. März 2007 markiert das Tätigwerden der Finanzprokuratur in dieser Sache, und Ziel und Auftrag war, zunächst einmal eine Entscheidungsfindung umfassend vorzubereiten. Dazu ist es, wie ich schon gesagt habe, notwendig, dass man einmal Ansatzpunkte für ein juristisches Tätigwerden findet, Überlegungen anstellt, Sachverhalte erhebt und die einmal in ein Gesamtkonzept bringt.

Der erste Schritt war unser Argumentationspapier, das wir sehr rasch gemacht haben, auf das wir dann mit dem Okay des Bundesministeriums für Landesverteidigung und Sport diese Informationsgespräche draufgesetzt haben, um von uns als entscheidende juristische Punkte erkannte Umstände zu hinterfragen.<sup>194</sup>

### 19.3.2007 Peschorn wird von der Task Force LRÜF um Unterstützung bei der Beauftragung von Koziol und Specht ersucht.

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Also, wir sollten nicht mithelfen, sie auszuarbeiten, sondern die Frage war, ob wir sie begutachten können und sagen können, ob das aus rechtlicher Sicht passt oder nicht. Dr. Specht ist ein österreichischer Rechtsanwalt, der, glaube ich, auch mehrere Filialen im Ausland hat mit seiner Anwaltskanzlei.<sup>195</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Das war eine Überlegung, die an uns herangetragen worden ist, nämlich eine anwaltliche Unterstützung. Ich habe das hinterfragt und habe gemeint, dass diese anwaltliche Unterstützung aus meiner Sicht nicht notwendig ist, weil wir diese leisten können. Und wie ich schon gesagt habe, diese vier Punkte - - Erst an der vierten Stelle - und da muss man auch ganz unaufgeregt sagen, da geht das Interesse der Republik vor - muss man sagen:

<sup>191</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 9.

<sup>192</sup> 418/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 13.

<sup>193</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 29.

<sup>194</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 29.

<sup>195</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 22.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Wenn eine bestimmte Expertise bei uns nicht vorhanden ist, dann kann und soll man sie natürlich zukaufen. Das haben wir nicht gesehen und es ist meines Wissens – ich habe nie einen endgültigen, unterfertigten Beratervertrag gesehen – dieser Rat auch angenommen worden.

Letztendlich kam es meines Wissens zu einer Beauftragung von Universitätsprofessor Koziol und von keinem Rechtsanwalt, wie immer er heißt, in diesem Zusammenhang.<sup>196</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Eine konkrete Frage dazu, da Minister Darabos und Ex-Bundeskanzler Gusenbauer behaupteten, Koziol sei Ihre Idee gewesen: Haben Sie Koziol diesen zwei Herrschaften vorgeschlagen?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Nein. Ich sage noch einmal: Als es den ersten Kontakt mit Kabinettschef Kammerhofer und Dipl.-Ing. Jeloschek gab, im März, ist kurze Zeit später uns – Frau Dr. Faller und mir – gegenüber die Idee geäußert worden, den Herrn Universitätsprofessor Koziol zu mandatieren, und zwar für eine ausgewählte Gutachtenserstellung zu ausgewählten Fragen, und dem habe ich mich grundsätzlich nicht verschlossen. [...] Ich habe zu diesem Zeitpunkt und auch nachher, bis heute – ich habe das erst jetzt aus den Medien erfahren –, nicht gewusst, dass offensichtlich Herr Professor Koziol schon vorher angesprochen worden war und ich habe auch keine diesbezügliche Mandatierung formuliert, sondern, was ich getan habe, und das ist auch in meinen Akten: erst später auf Drängen der beiden angesprochenen Herren des BMLV eine Wohlmeinung abzugeben, dass genau für diesen Fall, den ich vorhin geschildert habe – nämlich für ausgewählte juristische Fragestellungen –, eine akademische Expertise angemessen ist, um sich mit dieser zusätzlich für Gespräche mit Eurofighter respektive EADS zu wappnen.

Über Verhandlungen, wie Ausfall und so weiter, habe ich weder eine Stellungnahme abgegeben noch die befürwortet.<sup>197</sup>

**22.3.2007**

11.00 Uhr Besprechung Kammerhofer, Jeloschek, Faller, Peschorn:

Peschorn übergibt ein Argumentationspapier. Es erklärt explizit und detailliert, wie aus dem Vertrag ausgestiegen werden kann.

Das Papier dient der Vorbereitung des Gesprächs von Darabos und Rauen.

Peschorn ersucht Kabinettschef Kammerhofer, am Gespräch zwischen Darabos und Rauen teilnehmen zu können. Daraus wird nichts:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sind Sie von Ihrem Kabinettschef über dieses Papier, das explizit und detailliert erklärt, wie aus dem Vertrag ausgestiegen werden kann und soll, informiert worden?

**Mag. Norbert Darabos:** Meiner Erinnerung nach: Nein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay. Dr. Peschorn hat Ihren Kabinettschef ersucht, am Gespräch mit Rauen teilnehmen zu können, offensichtlich um hier die Position Vertragsausstieg mitbegründen und vertreten zu können, so wie Sie es ja immer auch politisch gefordert haben. Ist es richtig, dass Sie eine Teilnahme von Peschorn an diesem Gespräch abgelehnt haben?

**Mag. Norbert Darabos:** Nein.<sup>198</sup>

Darabos trifft am Nachmittag Eurofighter-Chef Rauen:

<sup>196</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 22-23.

<sup>197</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 10.

<sup>198</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 17-18.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Ort, Zeit und Inhalt sind geheim. Ziel: Flieger billiger zu bekommen. Gusenbauer setzt Vertrauen in Verteidigungsminister<sup>199</sup>

**23.3.2007** Protokoll der Fortschrittsbesprechung Projekt LRÜF<sup>200</sup>

Jeloschek: „*Es wäre aus rechtlicher Sicht nicht auszuschließen, dass derzeit keine Eigentumsübertragung erfolgen könnte.*

[...]

„*Der Abschluss ISS ist Voraussetzung für die Betriebsaufnahme in GER?*“

MR Hofer: „*Ja. [...] Wenn kein ISS-Vertrag vorhanden ist, werden wir am 1. Juni 2007 weder in AUT noch in GER eine Betriebsaufnahme durchführen können.*“

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Unbeschadet dessen, dass ich das Dokument noch nicht kenne, eine klare Aussage: Diese vier Stück Verträge, ausgeklammert aus dem seinerzeitigen Gesamtvertrag – das möchte ich, bitte, einmal klarlegen; zum Zeitpunkt des Vertragsabschlusses 2003 waren die alle noch in diesem Vertrag enthalten –, wurden herausgenommen. Warum, ist mir nicht nachvollziehbar.

Wir haben in einem der vielen Schritte der Überprüfung nun festgestellt, dass diese Verträge weiter verhandelt werden. Ich habe auch dargestellt, dass quasi als Erbgut vier nicht vorhandene Verträge da sind, die noch abzuschließen sind. Das ist insbesondere von großer Bedeutung, weil sich, wie sich später dann herausgestellt hat, die Verträge in den Verhandlungen im Preis verdoppelt haben, mehr oder weniger, annähernd.

Der einzige Weg für uns, zu diesem Zeitpunkt, war, die verantwortlichen Seiten zu zwingen, den [Anm.: ISS] Vertrag so rasch wie möglich abzuschließen. Dass das dann noch etliche Monate gedauert hat, liegt an Dingen, die ich heute nicht mehr nachvollziehen kann.<sup>201</sup>

**4.4.2007** Kurzfristig anberaumte Besprechung von Jeloschek und Peschorn zur Vorbereitung eines Schreibens von Darabos an Rauen. Eurofighter maßt sich offenbar das Recht an, das Verhandlungsteam auf österreichischer Seite zu beeinflussen:<sup>202</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Das kann durchaus so gewesen sein. Man muss das natürlich relativieren: Das kommt immer wieder vor, ja, das ist auch in anderen Fällen eine Vorgehensweise mancher Gesprächspartner, dass sie sich natürlich jemand aussuchen wollen. Aber hier haben wir dann in weiterer Folge die Festlegung gehabt, es gibt eine Dreier Aufstellung bei diesen Gesprächen, Informationsgesprächen: drei auf Seite von Eurofighter, drei auf Seite der Republik. [...] In weiterer Folge waren es drei, auf der Seite von EF waren das der Herr Maute, der Herr Obermeier und der Herr Worning, und auf unserer Seite waren es letztendlich dann der Herr Amtsdirektor Regierungsrat

<sup>199</sup> <http://derstandard.at/2814757/Darabos-trifft-Eurofighter-Chef-Rauen>

<sup>200</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 56.

<sup>201</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 56.

<sup>202</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Blind und der Herr Hofrat Wyslouzil, wobei auch einmal oder zweimal die Frau Dr. Faller auf meiner Seite noch dabei war, und meine Person.<sup>203</sup>

**5.4.2007**

**Anruf Jeloschek bei Peschorn:** Jeloschek teilt Peschorn mit, dass dieser (Peschorn) mit der Verhandlungsführung mit EADS beauftragt werde und erklärt, dass dieses Einschreiten notwendig geworden sei, weil sowohl der Herr Bundesminister als auch Jeloschek für Anfang Mai vor den Untersuchungsausschuss geladen worden seien und nicht der Eindruck entstehen soll, dass sie die Verhandlungen leiten.<sup>204</sup>

Nachfolgend telefonische Bestätigung durch Kammerhofer:<sup>205</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich glaube, das habe ich notiert, und das war so, aber das ist jetzt - So ist es, ja.<sup>206</sup>

**Generalmajor Dipl.Ing. Erwin Jeloschek:** Diesen. Da. Das ist er. (*Die Auskunftsperson hält ein Schriftstück in die Höhe.*) Es gab keinen anderen Auftrag. Also bitte, das ist ja ein Thema, das einfach eine Befindlichkeit ist. Wir haben einen klaren Auftrag. Da steht drinnen, wie vorzugehen ist und was zu machen ist. Ich finde keinen Auftrag, wo der Herr Präsident einen – wie hier steht – schriftlichen Auftrag hat, eine Vorgabe bekommen hat und eine Einweisung.<sup>207</sup>

**6.4.2007**

Eine 87.600-Euro-Zahlung vom EADS-Lobbyisten Erhard Steininger an die Firma der Frau des für die Eurofighter-Einführung zuständigen Generalmajors Erich Wolf wird bekannt.<sup>208</sup>

Darabos zeigt Wolf, der im Firmenbuch als Kommanditist sowie Prokurist des Unternehmens aufscheint, wegen "*des Verdachts der falschen Zeugenaussage und verbotener Geschenkannahme*" an.<sup>209</sup>

Generalmajor Jeloschek informiert Peschorn, dass die Neuerungen einen Grund für einen Rücktritt vom Kaufvertrag sein könnten:<sup>210</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Sind Sie darüber informiert, dass eine Interpretation dieses Sachverhalts durch den Herrn Gutachter Koziol dann dazu geführt hat, dass man nicht sofort aus dem Vertrag ausgestiegen ist, dem Rat des Präsidenten der Finanzprokuratur ein weiteres Mal nicht gefolgt ist und ihn stattdessen aus dem Verhandlungsteam entfernt hat? Sind Sie – Sie sind ja über jeden Verfahrensschritt informiert worden – darüber vom Verteidigungsminister informiert worden?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ich bin nicht über jeden Verfahrensschritt informiert. Ich bin vom Verteidigungsminister laufend über den Fortgang der Verhandlungen informiert worden. Dass ich über jeden Schritt informiert sein würde, stimmt nicht und wurde von mir auch nie behauptet.

Zum Zweiten ist festzuhalten, dass ich keine Information besitze, dass der Präsident der Finanzprokuratur aus diesem ganzen Verfahren ausgeschieden

<sup>203</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 38.

<sup>204</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 38.

<sup>205</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 25.

<sup>206</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 38.

<sup>207</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 25.

<sup>208</sup> APA0039 5 II 0481 Fr, 06.Apr 2007.

<sup>209</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 41-42.

<sup>210</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 42.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

wäre. Ganz im Gegenteil, meine Information war, dass bis zum Schluss der Präsident der Finanzprokuratur dem Verteidigungsminister mit Vorschlägen und Einbindung in das Verfahren zur Seite gestanden ist. Das ist meine Information. (Abg. Pilz: Okay!)<sup>211</sup>

**11.4.2007** 1. Besprechung des „Verhandlungsteams“ in Salzburg: Maute, Obermeier, Wornig, Peschorn, Faller, Wyslouzil.<sup>212</sup>

**17.4.2007** Gespräch zwischen Rauen und Darabos: Rauen möchte keine Pro-forma-Verhandlungen führen. Wenn es überhaupt Verhandlungen über Kostenreduzierungen geben sollte, dann auf der Basis von Win-Win.<sup>213</sup>

**20.4.2007** 2. Besprechung des „Verhandlungsteams“ in Salzburg: Maute, Obermeier, Wornig, Peschorn, Blind, Wyslouzil.<sup>214</sup>

**23. oder 24.4.2007** Anruf von Rauen bei Darabos: dringend notwendige Absprache durch Rauen mit Bezug auf Gespräch 17.4. gefordert. Darabos soll Rückruf mit Antwort in Aussicht gestellt haben.<sup>215</sup>

**25.4.2007** Gespräch Jeloschek, Koziol, Faller, Peschorn: Jeloschek berichtet, dass die Eurofighter GmbH auf das Schreiben der Republik Österreich um Aufklärung geantwortet habe, diese Antwort aber keinerlei Inhalt habe.<sup>216</sup>

**26.4.2007** Mail von Rauen an Darabos: Rauens Team wird aufgrund der jüngsten Entwicklungen in Wien nicht zu den morgigen Verhandlungen nach Salzburg kommen. Für die Fortführung der vertraulichen Gespräche sehe man derzeit keine Basis. Dr. Peschorn sei entsprechend informiert worden.<sup>217</sup>

Er schlägt weiters vor, dass die Pro-forma Verhandlungen abgeschlossen werden. Man solle direkt ins Gespräch kommen. Dr. Peschorn wolle man nicht mehr als Teil des Verhandlungsteams haben:<sup>218</sup>

**Mag. Norbert Darabos:** Ich kann dazu schon Stellung nehmen. Aber ich sehe hier aus diesem Mail nicht, dass ich da den Herrn Dr. Peschorn abgezogen hätte.<sup>219</sup>

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** [...] Ist es passiert, dass auf Ihre Dienste zu einem Zeitpunkt nicht mehr Wert gelegt wurde?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] letztendlich ist im Mai 2007 offenkundig geworden, dass es auch andere Gesprächsebenen gegeben hat, und auf Drängen ist dann im Juni 2007, in der zweiten Junihälfte 2007, klar geworden, dass auch sogenannte Vergleichsgespräche stattgefunden haben, ohne Beziehung der Finanzprokuratur und meiner Person.<sup>220</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist Ihnen bei einer dieser Gelegenheiten mitgeteilt worden, dass es ein Wunsch von Eurofighter war, dass Sie nicht diese Funktion innehaben?

<sup>211</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 43.

<sup>212</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 54.

<sup>213</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 39.

<sup>214</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 54.

<sup>215</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Communiqué, 114.

<sup>216</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 60.

<sup>217</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 39.

<sup>218</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 23.

<sup>219</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 23.

<sup>220</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 6.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Bei dem ersten Ereignis ist mir das mitgeteilt worden.<sup>221</sup>

Rückruf von Darabos mit Bezug auf die E-Mail. Rauen legte Details zum E-Mail-Inhalt dar. Darabos habe spätere telefonische Antwort in Aussicht gestellt.<sup>222</sup>

Darabos informiert den Untersuchungsausschuss darüber, dass anschließend Heitzmann (EADS) mit ihm Kontakt aufgenommen und er die Fortsetzung der Verhandlungen verlangt habe.<sup>223</sup>

Weiters informiert er den Untersuchungsausschuss, dass er bereits öfters mit Heitzmann in Gespräch war. Es ging um sein Interesse, den Vertrag zu verbessern und den Ausstieg zu schaffen. Auf Nachfrage bezeichnetet er Rauen als keinen Hauptansprechpartner.<sup>224</sup>

**27.4.2007** Die für diesen Tag geplanten Gespräche des 1. „Verhandlungsteams“ in Salzburg wurden am Vorabend von Rauen abgesagt.<sup>225</sup>

**7.5.2007** MinR Hofer informiert die Task Force über einen Bericht der deutschen Luftwaffe über die Einführung der Eurofighter (Auszug): Schwere Störbehebungen (u.a. Hydrauliksystem, Kraftstoffsystem, Slat-Anlage) führen immer wieder zu langen Stehzeiten und langen Reparaturabläufen (z.T. Reparatur durch die Industrie vor Ort) bis hin zur Abgabe zur Instandsetzung an das EKZ.<sup>226</sup>

Der Untersuchungsausschuss führt Einvernahmen durch: Es werden u.a. befragt: Darabos, Jeloschek und Rauen.

Rauen führt aus, dass er von Anfang an klargemacht habe, dass der Ausstieg keine Alternative sei.<sup>227</sup>

Darabos zweifelt, ob EF zum angekündigten 1. Liefertermin am 14.5.07. die bestellte Tranche liefern kann. Er meint, falls EF der Nachweis nicht gelinge, vertragskonform zu liefern, dann werde am 15.5. nicht übernommen. Außerdem wolle er nicht übernehmen, wenn die Lizzenzen nicht vorliegen würden. Er geht von einer negativen Güteprüfung aus.<sup>228</sup>

**16.5.2007** Darabos und Koziol nehmen mit Rauen und Lukas direkte Verhandlungen auf.<sup>229</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Dr. Peschorn! Wann haben Sie erfahren, dass am 16. Mai 2007 Darabos und Koziol mit Rauen und Lukas direkte Verhandlungen aufgenommen haben? Wann haben Sie davon erfahren?  
**Dr. Wolfgang Peschorn:** Wie ich schon gesagt habe: Wenn ich mich richtig erinnere, unmittelbar vor dem Schreiben an den Herrn Brigadier Jeloschek, glaube ich.

<sup>221</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21-22.

<sup>222</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 107.

<sup>223</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 108.

<sup>224</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 109.

<sup>225</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 54.

<sup>226</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 70.

<sup>227</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 95.

<sup>228</sup> 68/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Kommuniqué, 131.

<sup>229</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 18.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das war wann?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Im Juni, am 24. oder 25. Juni.<sup>230</sup>

Information für den Gruppenleiter betreffend der am Vortrag gestarteten Werksgüteprüfung:<sup>231</sup>

„Limitierung +5°C bei 400m Sicht.“

Es besteht gemäß der Musterzulassung und der Firmenpublikation die Einschränkung, dass die Triebwerke unter 5°C bei 400m Sicht nicht gestartet werden oder am Boden laufen dürfen. Diese Einschränkungen sind bis dato von der EF-GmbH weder aufgehoben noch relativiert worden. Dies hätte zur Folge, dass der EUROFIGHTER an vielen Tagen in Zeltweg nicht einsatzbereit wären. In der Angebotseinhaltung wurde ein Allwetterjagdflugzeug gefordert. In der WSFS (Weapon System Performance Specification) ist die Allwettertauglichkeit ebenfalls gefordert.“

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** So, fünf Tage, bevor dieser handschriftliche Vertrag in Altmannsdorf beschlossen wird, weiß der Kabinettschef, dass Eurofighter eine Mussforderung nicht erfüllen kann. – Haben Sie darüber den Minister beziehungsweise den Professor Koziol informiert?

**Stefan Kammerhofer:** Professor Koziol ist vom General Jeloschek über **alles** informiert worden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das habe ich Sie nicht gefragt. – Haben Sie den Minister über die Nichterfüllung eines Musskriteriums und über einen „K.O. Punkt“, der gut dokumentiert ist, vor Altmannsdorf informiert?

**Stefan Kammerhofer:** Ich bitte Sie nochmals, den General Jeloschek zu fragen, weil der - -(*Abg. Pilz: Ich frage Sie!*) Darauf kann ich jetzt nichts sagen, und wenn Sie noch so streng sind, denn ich muss wahrheitsgemäß - - (*Abg. Pilz: Ich möchte wissen, ob Sie den Minister darüber informiert haben!*) – Wahrheitsgemäß und vollständig, Dr. Peter Pilz!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja oder nein?

**Stefan Kammerhofer:** Ich kann es nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie wissen es nicht mehr?

**Stefan Kammerhofer:** Ich weiß es nicht, nein. (*Abg. Pilz: Okay! Sie wissen es nicht mehr!*) – Ich habe dazu keine Wahrnehmung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hätte es zu Ihren Dienstpflichten gehört, bei dem Wissen über das Nichterfüllen einer Mussforderung mitten in Vertragsverhandlungen als Kabinettschef den Minister zu informieren?

**Stefan Kammerhofer:** Zu meinen Dienstpflichten hat es gehört, dass der Zuständige – das ist der Generalmajor Jeloschek – sozusagen den Minister informiert [...]

**Stefan Kammerhofer:** [...] Ich bin mir aber hundertprozentig sicher, dass Jeloschek quasi den Koziol informiert hat.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es ist jedenfalls nicht dokumentiert, dass Sie den Minister darüber informiert hätten.<sup>232</sup>

**19.5.2007** Kammerhofer notiert in einer E-Mail, die dem USA erst nachträglich, gemeinsam mit dem Altmannsdorfer-Vergleich geliefert wird:

<sup>230</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 18.

<sup>231</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 27.

<sup>232</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 27-28.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*„Für die Beurteilung des Standpunktes BMLV ergibt sich daher für mich: Vorliegen einer Nickerfüllung des Vertrages: Lfz ist nicht allwettertauglich. Dies stellt einen K.O. Punkt dar, der gem. dem Vertrag klare Maßnahmen nach sich zieht.“<sup>233</sup>*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Was sind die klaren Maßnahmen?

**Stefan Kammerhofer:** Verzeihung! Was habe ich geschrieben?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Hier (*das besagte Schriftstück in die Höhe haltend*):

„Von: KAMMERHOFER, Stefan“! Das ist offensichtlich ein Text von Ihnen: „[...] der gem. dem Vertrag klare Maßnahmen nach sich zieht“.

**Stefan Kammerhofer:** Geschäftsgrundlage: wesentlicher Irrtum. Nein, ist es nicht!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was heißt das?

**Stefan Kammerhofer:** Dass es wahrscheinlich vom Generalmajor Jeloschek ist, aber ich darf ja Wahrscheinlichkeitsfragen nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt kein Mail von Jeloschek an Kammerhofer mit diesem Inhalt. Es gibt ausschließlich dieses Stück. – Warum ist dieses Stück nicht bei den Akten gewesen?

**Stefan Kammerhofer:** Warum jemand etwas nicht geliefert hat, das kann ich nicht sagen.<sup>234</sup>

**22.5.2007** Das “Verhandlungsteam neu“ wird festgelegt mit Jeloschek, Peschorn, Faller, Blind, Böhm, Wyslouzil, Mayer und - handschriftlich ergänzt – Koziol.<sup>235</sup>

**E-Mail von Sascha Prohaska an Kralicek und Wolf** (alle BMLV) betr Güteprüfung Ladebestand, wonach **kritische Mängel aufgefunden wurden und die sachliche Güteprüfung trotzdem fortgesetzt** wurde.<sup>236</sup>

**24.5.2017** 10.00 Uhr: Besprechung Jeloschek, Faller, Peschorn, Wyslouzil, Maute, Obermeier, Worning in der Finanzprokuratur.

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Die Besprechung hat örtlich in der Finanzprokuratur stattgefunden. Letztendlich, glaube ich mich zu erinnern, haben wir hier den Auftrag gehabt und waren bestrebt, nun wirklich von Gesprächen in Verhandlungen zu gehen. [...] Im Rahmen dieses Kontaktes ist es dann zur Diskussion gekommen, dass nämlich Eurofighter, glaube ich, bekanntgegeben hat, ein Mitglied der sogenannten Taskforce, der damaligen Taskforce, nicht am Tisch sitzen haben zu wollen, was dann in weiterer Folge – auch dadurch, dass Herr Brigadier Jeloschek einen anderen Termin hatte – auch faktisch geschehen ist.<sup>237</sup>

Peschorn erfährt, dass Parallelverhandlungen laufen und fordert Kammerhofer auf, ihn umfassend zu informieren.

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ganz unaufgeregt: Man greift zum Telefonhörer, ruft einfach an, teilt den Eindruck mit, den man hat, erfährt, dass es so ist, und zieht daraus dann die Konsequenzen. Ich habe darauf hingewiesen, dass eine solche

<sup>233</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 25.

<sup>234</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 26.

<sup>235</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 19.

<sup>236</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 71.

<sup>237</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 19.

Situation auch nicht vorteilhaft und nicht sinnvoll ist. Das war es dann fürs Erste, und dann hat man versucht, sich neu aufzugleisen.<sup>238</sup>

**Vergleich Nr. 1 wird im Gartenhotel Altmannsdorf von Darabos, Kozol, Rauen und Lukas handschriftlich aufgesetzt und unterzeichnet.**

Im achten Punkt wird festgehalten: Die politische erforderliche Zustimmung der Bundesregierung bis 26. Mai erfolge.

Auf der zweiten Seite paraphieren sie eine „Option“: die Reduzierung der Stückzahl von 18 auf 15 Flugzeuge.

Der Vertrag wird nicht veraktet und verschwindet. Dasselbe widerfährt dem Aktenvermerk vom 19. Mai. Erst eine Nachsicht im früheren Kammerhofer-Büro führt in einem vergessenen Schrank zu einem unbenannten Ordner mit einigen Dokumenten. So taucht am 2. Juni 2017 der erste Vergleichsvertrag wieder auf.

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Also ich kann dezidiert sagen: Ich kenne dieses Schriftstück nicht, und ich kenne auch keine Folgewirkung aus diesem Schriftstück. Ich kann nur eine Vermutung äußern, die ich aber dann in der dritten Fragerunde anbringen möchte.<sup>239</sup>

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Ich war in Altmannsdorf anwesend, aber *nicht* in diesen Gesprächen.<sup>240</sup>

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer zu Punkt 8 des Vergleichs:** „Die politisch erforderliche Zustimmung aus der Bundesregierung erfolgt bis 26. Mai 2007.“ Kennen Sie diesen Vergleich? Der wurde handschriftlich von Professor Kozol aufgenommen. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Ich kenne diese handschriftliche Notiz nicht. Und offensichtlich ist ja das, was hier drinnen steht – wenn Sie es jetzt richtig vorgelesen haben, wovon ich ausgehe –, auch nicht eingetreten, weil eine Zustimmung der Bundesregierung bis zum 26. Mai nicht vorgelegen ist.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das stimmt völlig, aber die Frage ist: Bundesregierung – und das Haupt der Bundesregierung waren Sie –: Zuerst muss man einmal prüfen, ob die Bundesregierung zustimmt. Sind Sie da gefragt worden?

[...] **Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das heißt, Sie sind nicht um Ihre Zustimmung gefragt worden, sei es in einem Ministerrat oder Sie persönlich?

**Dr. Alfred Gusenbauer:** Nein.<sup>241</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Wenn Sie unter Altmannsdorfer Vertrag eine handschriftliche Notiz meinen, die im Zuge dieses Untersuchungsausschusses bekannt geworden ist, so gebe ich an, dass ich das erst durch diesen Untersuchungsausschuss erfahren habe und sie jetzt zum ersten Mal als Faksimile in der Hand habe. (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*)

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Letzte Frage: Sind Sie trotzdem in der Lage, zu beurteilen, ob dieser Vertrag die Situation der Republik im Hinblick auf einen Ausstieg verschlechterte? (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich überfliege ihn jetzt. Aber soweit ich sonst noch weiß, ist ja in diesem Dokument bereits die grundsätzliche Weiche gestellt

<sup>238</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 19.

<sup>239</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 11.

<sup>240</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué; 56.

<sup>241</sup> 416/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué; 7.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

worden, nämlich eine Entscheidung, dass es eine Type gibt, nämlich T1/5, und eine quasi Möglichkeit, die scheinbar noch von einer Bedingung abhängen sollte, von 18 auf 15 Stück zu reduzieren. Und das war natürlich eine Weichenstellung, die letztendlich in die Richtung gegangen ist, dass die Möglichkeit, aus dem Vertrag als Ganzes auszusteigen, indem man von ihm wegen mangelhafter Erfüllung zurücktritt, nicht mehr offen war.<sup>242</sup>

Gespräch zwischen Darabos und Vizekanzler sowie Bundesminister für Finanzen Molterer:<sup>243</sup>

**Mag. Wilhelm Molterer:** Dies ist beim Vergleich, den Kollege Darabos abgeschlossen hat, nicht geschehen. Das heißt, es ist kein Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Finanzen hergestellt worden. Erstmals hat mich Kollege Darabos am 24. Mai mündlich von der Absicht informiert, einen Vergleich abzuschließen, beziehungsweise darüber informiert, dass die Vergleichsgespräche, die er geführt hat, in einem finalen Stadium seien. Ich betone ausdrücklich: Es hat bei diesem Gespräch **keine schriftlichen Unterlagen** gegeben. Nach meiner Erinnerung war der Kern der Information rund um die Reduktion der Stückzahl, rund um die Tranchenentscheidung und eine Indikation des Kollegen Darabos hinsichtlich der – unter Anführungszeichen – „Einsparung“ von Kosten gegeben. Da es keine schriftlichen Unterlagen zu diesem Stand der Gespräche gegeben hat, war es auch nicht möglich, die sicherheitspolitischen Fragestellungen respektive die wirtschaftlichen Fragestellungen zu beurteilen. Da eine Beurteilung nicht möglich war, war eine Zustimmung logischerweise nicht möglich, und da keine Unterlagen vorgelegt wurden, war auch keine Einvernehmensherstellung möglich. Was sich nach meiner Erinnerung erst im Nachhinein herausgestellt hat, war, dass an diesem Tage offensichtlich die finalen Vergleichsgespräche stattgefunden haben. Das habe ich erst nachher erfahren.<sup>244</sup>

**25.5.2007**

Offizielles Schreiben von Peschorn an Verteidigungsminister Darabos:

*„Nach Übergabe von Unterlagen am 19.03.2007 konnte ich dem Leiter der von Ihnen eingerichteten Task-Force bereits am 21.03.2007 ein schlüssiges Argumentationspapier und eine Strategie zur Erreichung eines Ausstieges aus dem bzw. einer Anpassung des Eurofighter-Beschaffungsvertrag(es) übergeben.“<sup>245</sup>*

Peschorn schreibt weiters, dass er sich nach wie vor für den Verhandlungsleiter hält und ersucht Darabos, im Detail informiert zu werden:<sup>246</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Jene Gespräche, an denen wir teilgenommen haben, und die ich auch geleitet habe, waren solche, wo wir versucht haben, auf entscheidende Fragestellungen, die aus unserer Sicht rechtliche Relevanz hatten, für die eine oder andere Vorgehensweise, von unserem Vertragspartner Antworten zu bekommen. Diese haben letztendlich am 25. – wenn ich es richtig in Erinnerung habe – Mai 2007 geendet.<sup>247</sup>

<sup>242</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 12.

<sup>243</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 8.

<sup>244</sup> 414/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 4.

<sup>245</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 39.

<sup>246</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 39.

<sup>247</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 6.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) an Mag. Darabos:** [...] Was haben Sie mit dieser Information getan? [...]

**Mag. Norbert Darabos:** Da steht drinnen, dass der Herr Präsident der Finanzprokuratur tatsächlich das gesagt hat, was Sie jetzt gesagt haben, aber er schreibt dann auch, dass Herr Uniprofessor Dr. Koziol da eingebunden ist; und ich habe mich dann an die Stellungnahme des Herrn Professor Koziol gehalten.<sup>248</sup>

**28.5.2007** 11.20 Uhr: Auf Nachfrage teilt Jeloschek Peschorn mit, dass Darabos vorläufig für ein Gespräch nicht zur Verfügung stehe.<sup>249</sup>

18:20 Uhr: Maute ruft Peschorn an und teilt mit, dass der Bundesminister vor habe, über Pfingsten das Ganze jetzt politisch abzuklären.<sup>250</sup>

Anschließend gab es ein Telefonat zwischen Peschorn und Jeloschek. Jeloschek bestätigt wiederum: Die politischen Entscheidungen sind noch nicht gefallen.<sup>251</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Nein, ich habe keine politischen Wahrnehmungen. Ich habe keine Wahrnehmungen darüber, wer mit wem sozusagen ohne mein Beisein politische Gespräche geführt hat.<sup>252</sup>

**Stefan Kammerhofer:** Die politische Zustimmung: Da müssten Sie bitte Professor Koziol oder meinen Chef fragen. Ich war bei den Verhandlungen nicht dabei. Ich könnte jetzt eine Mutmaßung anstellen – Klammer auf -: Warum? – Weil das im gesamten Prozess so gewesen ist und weil mich – ich darf jetzt nicht ärgern sagen; darf ich ärgern sagen?; nein, darf ich nicht sagen! (*Verfahrensrichter Rohrer: Natürlich!*) – manche Dinge sozusagen, ja – Alfred Gusenbauer hat alles daran gesetzt und uns jedes Pouvoir gegeben, aus dem Vertrag rauszukommen – jedes! [...]<sup>253</sup>

**1.6.2007** Ursprünglich geplante Übernahme des ersten Eurofighters.<sup>254</sup>

E-Mail von Jeloschek an Peschorn, woraus folgendes hervorgeht:

- dass der Liefergegenstand T2/B8 auf absehbare Zeit nicht verfügbar ist.
- Logistikleistungen noch nicht abgeschlossen sind.
- Es liegen keine verbindlichen Aussagen der Eurofighter GmbH betreffend Bauzustand der Tranche 1/B5 vor<sup>255</sup>

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Ich darf nur noch einmal den Bezug herstellen:

Dieses Papier ist von mir erstellt worden aufgrund der Informationen, die einerseits aus diesen Gesprächen Peschorn gekommen sind, und aus dem sehr genauen Verfolgen der Entwicklungen: Was spielt sich bei Eurofighter ab? Zu diesem Zeitpunkt war klar, dass aufgrund der Fixierungen zwischen den Core Nations definitiv festgelegt wurde, dass es den Eurofighter T2/B8 in seiner Freigabe für die Flugtüchtigkeit nicht vor Ende 2009 geben wird. Das

<sup>248</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

<sup>249</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

<sup>250</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

<sup>251</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

<sup>252</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

<sup>253</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

<sup>254</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 6.

<sup>255</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 65.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

habe ich hier verankert. Das heißt, ich wollte, da dieses Papier dann eine Grundlage für Koziol war, daraus die Fragestellung zu klären, ob das ein Ausstiegsgrund ist - - ist diese Information aufgekommen. Das heißt, dieses Papier ist jetzt eine Zusammenfassung von den Erkenntnissen, die Peschorn mit seinem Team gemacht hat, und den Unterlagen, die wir verknüpfen konnten. Und dieses Papier ist dann die Bewertungsunterlage für Koziol. Ein Folgepapier daraus würde dann die Unterlage für den Minister sein. So ist der Weg in der Aufbereitung der Daten.<sup>256</sup>

**4.6.2007**

Amtsvortrag der TF LRÜF, erstellt von Jeloschek, der dieses Dokument als das Schlüsseldokument bezeichnet:

*„Seitens der Task Force LRÜF bestehen unter oa. Bezug daher für eine ordnungsgemäße Abwicklung des Vertrages für die Lieferung und Inbetriebnahme des 1. Stück Abfangjäger Eurofighter wesentliche Bedenken.“<sup>257</sup>*

*„Der Herr Generalsekretär wurde am 5. Juni 2007 im Zuge einer Information durch den ChKBM und den Ltr Management Task Force LRÜF von den Bedenken in Kenntnis gesetzt.“*

**Generalmajor Dipl. Ing. Erwin Jeloschek:** Ich darf noch einmal sagen – und deswegen ja mein Wunsch nach diesem Vortrag, um das darstellen zu können; wir hatten nur leider zu wenig Zeit, das darzulegen –: Es ist eine dynamische Entwicklung dadurch eingetreten, dass ja die Zusammenhänge – Güteprüfung, Erkennen von Mängeln – zu verarbeiten waren, und das hat zu dem Zeitpunkt Paris den Ausschlag gegeben, wo wir sagten: Jetzt sind wir wirklich am Ende unserer Möglichkeiten, wo wir weiter zusehen können. Ich verweise auf die Zahl 61630/9 TFLRÜF/2007, ergangen am 11. Dieses Schriftstück war der wesentliche Verursacher der entsprechenden Dringlichkeit. Mit diesem Schriftstück und der Veranlassung des Generalstabschefs aufgrund schriftlicher Weisung an ihn, das der Eurofighter mitzuteilen, war bei Eurofighter das Problem gegeben. Die mussten darauf antworten oder nicht. Der Nukleus dieser ganzen Sache ist: Wenn wir dazu keine Aussage bekommen, dann können wir das Luftfahrzeug auch nicht übernehmen.<sup>258</sup>

**Stefan Kammerhofer:** [...] Wir hatten zwei unterschiedliche Geschwindigkeiten im Ressort, auf der einen Seite die Flieger, die Angst gehabt haben, dass wir ihnen die Flugzeuge wegnehmen. Ich möchte in dem Zusammenhang sagen: Wir hatten da ja auch Ergebnisse aus dem Untersuchungsausschuss, die dazu geführt haben, dass wir unter anderem einen Abwehramtschef sozusagen ablösen mussten; wir hatten Ergebnisse aus dem Untersuchungsausschuss, die dazu geführt haben, dass wir den Fliegergeneral Wolf suspendieren mussten; und trotzdem hat diese Linie weitergearbeitet. Das erinnert mich daran – wenn Sie da auf diese Ziffer 3, ganz unten, schauen –, dass trotzdem Leute unter der Ägide unter anderem auch des Ministerialrats Hofer versucht haben, alle Handlungen zu setzen, um dieses Flugzeug abzunehmen. [...]<sup>259</sup>

**5.6.2007**

Peschorn übermittelt Darabos, Kammerhofer und Jeloschek das von ihm überarbeitete und von Jeloschek erstellte Dokumente „Gültige Verträge V1“.

<sup>256</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 65.

<sup>257</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>258</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 28.

<sup>259</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Darin geht es um die Frage, ob Eurofighter überhaupt liefern kann.<sup>260</sup> Peschorn übermittelt weiters eine von ihm erstellte Excel-Berechnungstabelle, worin **Ausstiegsvarianten berechnet** werden.<sup>261</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne) an Mag. Darabos:** [...] Was haben Sie damit gemacht?

**Mag. Norbert Darabos:** Mit dieser Unterlage bin ich nach Paris gefahren und habe dann in Paris die Verhandlungen geführt, was die Vergleichsverhandlungen betrifft.<sup>262</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Dieses Dokument, das Sie mir vorlegen, ist – wenn ich kurz darauf eingehen darf – meiner Erinnerung nach wie folgt entstanden, unbürokratisch und rasch: Hier hat Brigadier Jeloschek ein in seiner unverkennbaren Art designtes Schriftstück erstellt, das rasch von mir durchgesehen wurde, ob da etwas dabei ist, was sozusagen ein Problem sein könnte. Und dem angeschlossen habe ich diese Excel-Tabelle, von der ich schon geredet habe, weil wir ihm das zunächst einmal zur Verfügung gestellt hatten und gesagt haben: Machen wir Work in Progress! Schauen wir, dass wir das weiterentwickeln, sodass wir hier eine aussagekräftige Grundlage für Gespräche haben!<sup>263</sup>

**6.6.2007** 09:15 Uhr: Besprechung zwischen Jeloschek, Kammerhofer und Peschorn:

Kammerhofer erklärt, Koziol sei wieder an den Minister herangetreten und habe darauf hingewiesen, dass das Angebot von Eurofighter nur noch kurze Zeit gelte. Kammerhofer weist weiters darauf hin, Koziol werde immer wieder von Lukas kontaktiert, der eben die Eurofighter GmbH berate.<sup>264</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Dazu kann ich natürlich auch nichts sagen, weil ich nicht dabei war. Aber rückblickend betrachtet kann man darüber nachdenken, dass hier natürlich schon Gespräche stattgefunden haben, an denen ich nicht teilgenommen habe, insbesondere Gespräche zwischen Koziol und dem Berater von Eurofighter, Herrn Professor Lukas, ja. [...] Ende Juni, wo es dann zu den sogenannten Umsetzungsgesprächen kam, konnte ich natürlich eine gewisse Nähe oder Vertrautheit, die jetzt aufgrund des gemeinsamen akademischen Werdegangs natürlich auch verständlich ist, beobachten.<sup>265</sup>

**14.6.2007** Schreiben von Wall, Leiter der Kaufmännischen Abteilung an Maute (EADS) betreffend Werksgüteprüfung für das 1. Luftfahrzeug:<sup>266</sup>

*„Im Zuge der laufenden Werksgüteprüfung wurde nunmehr festgestellt, dass dieses Kampfflugzeug für den Betrieb in Österreich derzeit jedenfalls nicht geeignet ist.“*

**18.6.2007** Vergleichsverhandlungen in Paris zwischen Rauen und Lukas einerseits und Darabos sowie Koziol andererseits.<sup>267</sup> Auch **Jeloschek** und Maute waren in Paris.<sup>268</sup>

<sup>260</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 45.

<sup>261</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

<sup>262</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

<sup>263</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 46.

<sup>264</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20, 21.

<sup>265</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

<sup>266</sup> 417/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 34-35.

<sup>267</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>268</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

Jeloschek kaufte am Vorabend Koziols Flugticket – mit seiner eigenen Kreditkarte.<sup>269</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum haben Sie derartig kurzfristig zu diesen Vergleichsverhandlungen nach Paris fliegen müssen, ohne ein Fuzerl Papier an Vorbereitungen?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich verstehe jetzt die Frage nicht ganz. (*Zwischenruf des Abg. Pilz.*) Ich bin nach Paris geflogen, um die Verhandlungen abzuschließen; und ob jetzt das Flugticket vorher oder später beglichen wurde beziehungsweise ob da jemand mitgeflogen ist und so - -; das habe ich ja gesagt, wer dabei war.

Ich verstehe jetzt nicht, wo der Hintergrund der Frage - - Ich meine, ich verstehe den Hintergrund schon: Sie meinen, wir haben bewusst schnell abschließen müssen, wissend, dass Eurofighter nicht liefern kann oder so irgendwie, wenn ich das jetzt richtig verstehe (*Zwischenruf des Abg. Pilz*), aber das ist - - Ich habe diese Verhandlungen geführt, ich stehe dazu, dass wir diese Verhandlungen geführt haben, und mehr kann ich dazu jetzt nicht sagen.<sup>270</sup>

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Noch einmal: Ich bin mit dem Herrn Bundesminister mitgefahren, da der Herr Bundesminister eine Beratung als solche braucht. Der Herr Bundesminister ist ja nicht die ganze Zeit in der Verhandlung gewesen. Das Briefing, die Aufbereitung dazu, das war meine Aufgabe. Hätte – und **hat** – der Herr Bundesminister während der Besprechung eine Frage gehabt, dann wäre er – oder **ist er** – zu mir gekommen, wir haben diese Frage geklärt, und er ist wieder zurückgekehrt.

Auf der anderen Seite: In Paris, weil Sie es ansprechen, war Maute das Gleiche: Der ist mit mir draußen gestanden, und wir beide haben jeweils gewartet, ob die Chefität, wenn Sie so wollen, zu einem Thema kommt, wo sie unseren Rat braucht. Aber bitte, lassen Sie Ihren Ansatz, dass da über etwas im Detail zu verhandeln gewesen wäre, weg. Es ist nur mehr darum gegangen – oder in diesen Verhandlungen darum gegangen – : Wird dieser Punkt akzeptiert, ja oder nein, oder welche Veränderungen sind erforderlich?<sup>271</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sagen Sie, waren diese Reise nach Paris und diese Vergleichsverhandlungen schon länger geplant?

(*Auskunfts person Jeloschek: Nein!*) [...] Normalerweise wird eine so wichtige Verhandlungsrunde ordentlich vorbereitet, da weiß man, da ist ein Termin, da macht man einen Entwurf – den es bis heute nicht gibt, niemand von uns kennt einen Entwurf für die Pariser Gespräche, es gibt nichts bei den Akten, alles ist verschwunden, falls es jemals was gegeben hat. Und dann fliegt Hals über Kopf der Minister hin, und das kann nicht einmal so vorbereitet werden, dass ihm sein eigenes Ministerium ein Ticket finanziert? Warum so Hals über Kopf? Wer hat diesen Termin plötzlich vorgeschlagen?

**Generalmajor Dipl.-Ing. Erwin Jeloschek:** Also noch einmal zurückkommend: Wir haben heute, glaub ich, schon zwei- oder dreimal besprochen, wie der Herr Minister gebrieft wurde. In diesem ganz konkreten Fall ist der Auslöser des Briefings dieser von mir zuerst genannte Akt. Der hat ja Konsequenzen. Wenn man ihn in der Form durchdenkt und kennt, sieht man, welche gravierenden Punkte darin enthalten sind; theoretisch – und das hat ja parallel Professor Koziol zur Auswertung bekommen – auch Rücktrittsgründe. Mit dem Offenlassen dieses Aktes ist es nicht getan. Der Akt hat eine Reaktion

<sup>269</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 28.

<sup>270</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 41.

<sup>271</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

erfordert, und die Reaktion von Eurofighter auf diesen Akt war: Bitte um ein Gespräch!<sup>272</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] War Ihnen zum damaligen Zeitpunkt bei den Pariser Verhandlungen bewusst, dass Eurofighter Probleme mit dem Liefertermin, mit der Lieferfähigkeit hat?

**Mag. Norbert Darabos:** Das war mir aus meiner jetzigen Wahrnehmung nicht bewusst. (*Abg. Pilz: Warum müssen Sie da ...? Was? 27.6.*)<sup>273</sup>

**22.6.2007** Besprechung Maute, Lukas, Jeloschek, Koziol, Peschorn: Peschorn wird klar, dass bereits ein Vergleich geschlossen worden ist:<sup>274</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Da bin ich zum ersten Mal seit dem 24. Mai informiert worden, dass da etwas geschehen ist, aber über das wahre Ausmaß, wenn Sie das so wollen, sukzessive. An diesem Tag kam es dann auch zur ersten Zusammenkunft mit der Gegenseite, mit Eurofighter, mit dem Herrn Professor Lukas, der angeführt war, und sukzessive erst durch Nachfragen sind mir bestimmte Details dieser offenbar über Wochen sich hingezogen habenden Besprechungen, Vereinbarungen bekannt geworden.<sup>275</sup>

**23.6.2007** Gespräch zwischen Darabos und Vizekanzler/Bundesminister für Finanzen Molterer:<sup>276</sup>

**Mag. Wilhelm Molterer:** [...] Die zweite Information habe ich am 23.6. des Jahres 2007 erhalten: Da hat mich Kollege Darabos wiederum mündlich darüber informiert, dass die Absicht besteht, den ausverhandelten Vergleich zu unterzeichnen. Wie gesagt: Eine schriftliche Unterlage wurde nicht vorgelegt. Daher ist auch damals eine Beurteilung der sicherheitspolitischen Fragestellungen respektive der wirtschaftlichen Aspekte nicht möglich gewesen. Es hat daher meinerseits keine Zustimmung geben können, und eine Einvernehmensherstellung ist auch damals nicht erfolgt.<sup>277</sup>

**24.6.2007** Darabos und Rauen unterzeichnen die Vergleichspunktation.<sup>278</sup>:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wo in den Akten finden wir einen Entwurf zur Vergleichspunktation?

**Mag. Norbert Darabos:** In welchen Akten?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Na des Verteidigungsministeriums! Es muss ja irgendwelche Entwürfe geben.

**Mag. Norbert Darabos:** Warum muss es Entwürfe geben?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum es Entwürfe für einen Vergleich geben soll, fragen Sie das ernsthaft? – Okay.

Gibt es irgendwelche Vorbereitungspapiere für diesen Vergleich?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich habe keine Unterlagen, die ich Ihnen jetzt vorlegen könnte.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt keine Unterlagen.

Wo ist berechnet worden, wie viel wir zurückbekommen, wenn wir statt neuen

<sup>272</sup> 409/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 29.

<sup>273</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 54.

<sup>274</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 18.

<sup>275</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 18.

<sup>276</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 8.

<sup>277</sup> 414/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 4.

<sup>278</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/vergleichspunktation-darabos-eurofighter.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

alte Eurofighter nehmen? Wo ist das berechnet worden?

**Mag. Norbert Darabos:** Es handelt sich um einen Vergleich, und diesen Vergleich habe ich ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wo ist das berechnet worden?

**Mag. Norbert Darabos:** Im Ministerium.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es finden sich dort keine Unterlagen, es gibt nichts. Wo sind die Unterlagen, die Berechnungsunterlagen?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich bin nicht mehr Minister, ich weiß nicht wo Unterlagen ...

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt nichts. Wo ist berechnet worden, wie viel wir zurückbekommen, wenn wir statt Tranche 2 Tranche 1 nehmen? Wer hat das berechnet?

**Mag. Norbert Darabos:** Ich kann Ihnen noch einmal sagen: Es geht um einen Vergleich, und dieser Vergleich hat die Reduzierung der Stückzahl mit diesen 250 Millionen so festgelegt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Mag. Darabos, in einem Vergleich muss es eine Verhandlungsposition geben. Auch wenn Sie mit einem Theoretiker hinfahren, eine Verhandlungsposition müssen Sie ja zumindest haben.

Was war die Verhandlungsposition der Republik Österreich in Bezug auf Tranche 1, Tranche 2?

**Mag. Norbert Darabos:** Es war die Verhandlungsposition, dass wir eine Reduzierung der Flugzeuge erreichen, dass wir billiger werden und dass wir einen Vergleich schaffen, der uns von diesen 18 Flugzeugen trennt. Es gibt in der Taskforce sicher Berechnungen, aber ich habe keinen Zugang zu den Akten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Es gibt keine Berechnungen, es gibt keine Unterlagen, es gibt für die ganze Zeit der Vergleichsverhandlungen kein Fuzerl Papier, weder in den Kabinettsakten, noch in den Ministerialakten – nichts! Warum gibt es keine einzige schriftliche Aufzeichnung über die Vorbereitung und Durchführung der Vergleichsverhandlungen?

**Mag. Norbert Darabos:** Das kann ich Ihnen nicht beantworten.<sup>279</sup>

## 25.6.2007

Das Ergebnis des Koziol-Gutachtens wird in einer gemeinsamen Pressekonferenz von Darabos und Koziol präsentiert: Ein Vertragsausstieg sei mit einem erheblichen Kostenrisiko verbunden und somit unmöglich.<sup>280</sup>

Offizielles Schreiben von Peschorn an Jeloschek: Peschorn verweist auf die Gespräche, die für 27. Juni geplant sind. Die österreichische Verhandlungsposition sei noch nicht klar.<sup>281</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Das Schreiben habe ich geschrieben, nachdem ich knapp davor relativ beiläufig, nämlich im Rahmen einer Besprechung, an der auf unserer Seite, auf Republikseite, Herr Brigadier Jeloschek und auch Professor Koziol anwesend waren, von einem Vergleichsabschluss erfahren habe. Auch das ist letztendlich unsere Aufgabe als Berater der Republik und Anwalt. Man muss die Dinge immer wieder neu nehmen. Es geht ja nicht darum, dass ich jetzt lamentiere, sondern da ging es darum, zu diesem Zeitpunkt, dass etwas passiert war, und dass man jetzt verstehen musste, was passiert war, damit man wieder von dieser Nulllinie aus das Beste machen konnte.

Dieses Schreiben hat daher den Sinn gehabt, die Dinge, die wir vorher schon

<sup>279</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 40-41.

<sup>280</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>281</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 16.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

erörtert hatten, nämlich, was steht denn - - Wie ist manches, was in dieser ergleichspunktion steht, konkret zu verstehen, dass man bei der sogenannten Detailvereinbarung das Beste im Interesse der Republik machen kann?<sup>282</sup>

**26.6.2007** Darabos informiert Peschorn in einem Gespräch mit Jeloschek, dass er einen Vergleich abgeschlossen hätte.<sup>283</sup>

**27.6.2007** Besprechung Maute, Obermeier, Lukas, Jeloschek, Peschorn.

**Dr. Wolfgang Peschorn:** [...] Am 22. Juni war das Gespräch, über das wir heute schon gesprochen haben, wo ich ins BMLV gebeten wurde und dort von Dipl.-Ing. Jeloschek informiert wurde, dass es zu einem Vergleich gekommen sei oder bald komme, und am 27., 28., 29. waren diese drei Tage, von denen ich schon berichtet habe, wo an sich die Detailvereinbarung, wie sie heißt, oder möglicherweise top level hier verhandelt und finalisiert hätte werden sollen. Dazu habe ich gesagt, dass ich Unterlagen und Informationen von Professor Koziol wollte, sie nicht erhalten habe, dann in einer Nacht eine vollkommen neue Vereinbarung getextet habe, als Entwurf einmal, die dann zunächst von Jeloschek relativ freudig begrüßt wurde, in weiterer Folge aber ohne genau Rückmeldung verworfen wurde.<sup>284</sup>

**28.6.2007** Besprechung Maute, Obermeier, Lukas, Jeloschek, Koziol, Peschorn<sup>285</sup>

**29.6.2007** Notiz von Peschorn zum Gespräch mit Maute, Obermeier, Lukas, Jeloschek, Koziol, Peschorn:

*„Ich habe Univ. Professor Koziol weiters vorgehalten, dass das sogenannte Gebührenproblem (die Vergleichspunktion ist zu vergebühren und möglicher Weise auch das sogenannte top level Papier) ihm als Rechtsberater des Ministers auffallen hätte müssen.“<sup>286</sup>*

**2.7.2007** Peschorn wird erneut von den Gesprächen zur Detailvereinbarung ausgeschlossen.<sup>287</sup>

**6.7.2007** Vormittag: Die Detailvereinbarung zum Vergleich samt Preis- und Leistungsverzeichnis wird abgeschlossen.<sup>288</sup>

*„Punkt 3.1.1 [...]: Der Preis eines jeden Flugzeuges entspricht unverändert den Preisen in der Spalte „Einzelpreis in €“ gemäß V1 Anhang A-1 Preisposition 1 bis 5, und V2 Anhang A-1 Preisposition 2, unter anderem zur Rechnungsstellung.“<sup>289</sup>*

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Aber wurde möglicherweise in Ihrer Anwesenheit erläutert oder besprochen, warum die Preise unverändert bleiben?

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Ich habe damals den Eindruck gewonnen, dass – und

<sup>282</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 17.

<sup>283</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 23.

<sup>284</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 45.

<sup>285</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36.

<sup>286</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36.

<sup>287</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 4.

<sup>288</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>289</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 3-4.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

das ist ja das Besondere gewesen – nach Abschluss dieses Vergleiches, der aus meiner Sicht rechtsverbindlichen Charakter hatte [...]

Ich hatte den Eindruck, dass man hier der sogenannten Linie, das sind also Menschen, die im BMLVS letztendlich den Vertrag zu leben hatten, also dem Herrn Ministerialrat Wall und anderen, dann die Aufgabe gegeben hat, das Ding zu erklären. Offenbar war der Zugang von diesen Menschen so, dass sie gesagt haben: Wir belassen es einmal bei diesen Preisen, wir erkennen jetzt selber nicht, wie wir mit dieser sogenannten Reduktion umgehen sollen, und versuchen, sie auf andere Art schlüssig zu erklären. [...]”<sup>290</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Und nur zur Klarstellung: Bei der Detailvereinbarung war ich zwar am Anfang dabei, aber nicht bis zum Ende, und die Detailvereinbarung trägt auch nicht meine Handschrift.<sup>291</sup>

**19.7.2007** Der Chef des Generalstabs General Ertl weigert sich Maßnahmen zur Umsetzung des Vergleichs zu ergreifen. Und insbesondere, dass „*eine zielgerichtete, umfassende und korrekte Bearbeitung des Vergleiches, ohne möglichen Schaden für die Republik zu verursachen, nicht sichergestellt*“ ist.<sup>292</sup>

**28.1.2013** Hamberger fertigt einen Aktenvermerk an: Es geht um die Frage, ob Darabos Koziol von der Verschwiegenheit entbindet:<sup>293</sup>

<sup>290</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5.

<sup>291</sup> 420/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 48.

<sup>292</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 55.

<sup>293</sup> 408/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38;

<https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/maulkorb-von-darabos.pdf>

### Aktenvermerk

Anruf von ChKBM Kammerhofer zum Akt „Entbindung des Prof. KOZIOL von Verschwiegenheit durch den Bundesminister“ am **28.01.2013, 1200 Uhr.**

K teilt mit, dass er HBM gerade befasst habe und dieser eine Entbindung deshalb nicht vornehmen wolle, da er diese Vorgangsweise der neuerlichen Befassung Koziols als nicht zielführend betrachte.

K führte aus, dass Koziol ja sich auch bisher an nichts erinnern könne und dies daher auch hier nicht wahrscheinlich sei. Zudem werde die Auskunft von Koziol deshalb nicht erforderlich sein, da EADS ohnehin öffentlich dargelegt habe, dass der Vergleich die Rechte des Bundes hinsichtlich des Art. 18 im Kaufvertrag nicht beeinträchtige.

Nach den Worten K meine der HBM, dass der Wunsch nach Befassung auf Präs. Peschorn zurückgehe, aber diese Klärung jetzt ohnehin nicht benötigt werde.

Aus meiner Einschätzung dieses Telefonats war ChKBM nicht gewillt mit mir darüber zu diskutieren, um nochmals meine Meinung einzuhören, sondern hatte den Auftrag, mir „schonend“ zu sagen, dass die Entbindung nicht erfolgen werde und dies bereits festgelegt worden war.

Ich gab nochmals zu bedenken, dass ein Baustein in der rechtlichen Beurteilung fehle. K führte nochmals das oben Dargestellte mit anderen Worten aus.

Ich erwiderte, dass ich nochmals darüber nachdenken müsse, welche Folgen sich daraus ergäben.

K äußerte, dass der Akt vorläufige bei ihm liegen bleibe.

Dauer des Gesprächs ca. 5-6 Minuten.

HAMBERGER e.h.

**Mag. Norbert Darabos:** Also ich könnte mich nicht erinnern, dass ich wegen der Verschwiegenheit - - Also ich lese das jetzt zum ersten Mal. Ich muss ehrlich sagen - - Was steht da? – „Nach den Worten K meine“ - - (*Die Auskunftsperson liest länger in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*) Ich kann das jetzt nicht beantworten. Also ich glaube nicht, dass ich irgendwem gesagt hätte, er soll von der Verschwiegenheit ab - -, entbunden werden.  
*Zwischenbemerkung der Vertrauensperson.*)  
Aber Sie haben offensichtlich die Information, dass der Hamberger gesagt hat, das hätte ich offensichtlich - - Ich kann es jetzt nicht sagen. Es tut mir leid, ich kann die Frage nicht zur 100 prozentigen - - Ich glaube nicht, dass ich das gemacht habe. Warum hätte ich das machen sollen?<sup>294</sup>

**Dr. Helmuth Koziol:** Das kann ein Punkt gewesen sein, wo es um ein Geschäftsgeheimnis aus der Punktation gegangen ist, das ich nicht mitteilen

<sup>294</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

durfte, aber ich kann Ihnen nicht sagen, worum es gegangen ist. Es war jedenfalls die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht nie eine Diskussion.<sup>295</sup>

**Dr. Wolfgang Peschorn:** Wenn ich mich richtig erinnere, ist diese Verschwiegenheit behauptet und erklärt worden im Zusammenhang – und als Gegenstand der Verschwiegenheit – mit diesen Verhandlungen, an denen er teilgenommen hat, und hat sich diese Verschwiegenheitsverpflichtung auf die sogenannten Vergleichsverhandlungen zwischen Eurofighter und der Republik Österreich bezogen, an denen er teilgenommen haben soll.<sup>296</sup>

**21.5.2013** Hamberger erstellt folgendes **Non-Paper für den neuen HBM Klug:**<sup>297</sup>

---

<sup>295</sup> 407/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35-36.

<sup>296</sup> 419/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 46.

<sup>297</sup> 411/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 19;

<https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/kritik-an-gutachter-koziol.pdf>

**Non Paper****Hintergrundinformation zum Vergleich****Öffentlich erhobene Kritikpunkte zum Vergleich**

Diese wurden im Wesentlichen durch den RH erhoben und im Bericht Bund 2013/2 dokumentiert.

- Entgeltreduktion bei den In-Service-Support-Verträgen i.d.H.v. € 120 Mio sind noch nicht sichergestellt;  
Anmerkung: Tatsächlich wird eine Einsparung in nicht bestimmbarer Höhe anfallen, der konkrete rechnerische Nachweis wird aber wahrscheinlich nicht gelingen.
- Der Terminus „angemessene Versorgung mit Ersatz- und Umlaufteilen“ ist noch eindeutig zu definieren;  
Anmerkung: Nach ho Einschätzung wird dies in rechtlich ausreichend verbindlicher Form nicht mehr gelingen. Die fortdauernde Rechtsunsicherheit wird noch durch den Umstand verschärft, dass Tranche 1 Flugzeuge wahrscheinlich in 10-15 Jahren nur mehr durch Ö betrieben werden. Ersatz-/Umlaufteile wird es immer geben, ihre richtige zeitliche Verfügbarkeit und ihr Preis könnte zu großer Abhängigkeit von EFGmbH führen.

Diese Kritikpunkte wurden auch in Medien wiederholt.

**Sensible Punkte, die nicht öffentlich thematisiert wurden**

- Die Auswahl des Prof. Koziol als Rechtsberater des HBM (Theoretiker statt erfahrener Verhandlungsspezialist)
- Seine berufliche Beziehung zum Prof. Lukas, der die Gegenseite EF GmbH rechtlich unterstützte
- Das Verhalten Koziols nach den Vergleichsverhandlungen, in dem er sich unkooperativ gegenüber dem BMLVS verhält und wenig Brauchbares dazu beiträgt, zu notwendigen authentischen Vertragsinterpretationen zu kommen.
- Die Nicht-Heranziehung des Präs. Dr. Peschorn (FinProk) zu den Vergleichsverhandlungen. Die Gründe sind ho nicht bekannt.
- Die Problematik, die sich aus der (älteren) Tranche 1 ergibt, da diese Flugzeuge in 10-15 Jahren wahrscheinlich nur mehr durch Ö betrieben werden.

## 2. UNZULÄSSIGE ZAHLUNGSFLÜSSE

### 2.1. DIE ROLLE DES DR. W. SCHÜSSEL

#### 2.1.1. Das Versprechen

Bereits im Juli 2001 – gut zwei Jahre vor Abschluss des Kaufvertrags – wurde von VertreterInnen der damaligen ÖVP-FPÖ Regierung und hohen Beamten der Wunsch des Kanzlers Wolfgang Schüssel diskutiert: Eine Gegengeschäftsquote von 200 – 250% beim Ankauf neuer Abfangjäger.<sup>298</sup>

Und auch im September 2002, nachdem bereits die Typenentscheidung zugunsten von Eurofighter gefallen war, gab Bundeskanzler Schüssel ein klares Ziel vor: 200% Gegengeschäftsvolumen!<sup>299</sup>

Der Plan: Zumindest ein Drittel des Gegengeschäftsvolumens soll budgetwirksam werden und an den Staat zurück fließen<sup>300</sup>. Doch damit nicht genug. Jede Firma, die im Rahmen des Abfangjäger-Deals einen Auftrag von EADS erhält, soll fünf Prozent des Gegengeschäfts-Gewinns an die Wirtschaftsplattform abliefern.

Mit diesem Geld soll die Plattform wiederum die Abfangjäger finanzieren und sie an die Republik weitervermieten.<sup>301</sup> Die Abfangjäger finanzieren sich quasi selbst, der Staat tritt nur als Mieter des hoch militärischen Geräts in Erscheinung. Ein neoliberales Sommermärchen.

Der Haken: Ein Gegengeschäftsvolumen von 200% entspricht etwa 4 Mrd. Euro. Für ein kleines Land wie Österreich ein unglaubliches, kaum erfüllbares Verlangen, das allein mit dem Abschluss neuer (Gegen-)Geschäfte schwerlich zu erreichen ist.

Das weiß auch EADS. Peter Brauch, Leiter der internen Revision, gab bei seiner Vernehmung gegenüber dem Kriminalfachdezernat München – das in Deutschland u.a. wegen Bestechung in Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung ermittelt – an:

*„Bei einem kleinen Land wie Österreich erscheint es mir nahezu unmöglich, ein Kompensationsvolumen von 3,4 Milliarden Euro alleine durch Neugeschäfte im Luftfahrtbereich zu erreichen. Vielmehr dürfte der Rückgriff auf Altgeschäfte und branchenfremde Geschäfte erforderlich sein.“<sup>302</sup>*

Doch das Versprechen muss halten: Daher wird am 1.7.2003 gemeinsam mit den Kaufverträgen ein Gegengeschäftsvertrag zwischen der Republik und Eurofighter geschlossen. Der Vertrag ist breit gehalten, möglichst viele Geschäfte sollen sich nach seinen Bestimmungen als „Gegengeschäfte“ subsumieren lassen.

So erlaubt der Vertrag auch die Anrechnung bereits vor Vertragsunterzeichnung angebahnter und abgeschlossener Geschäfte als „Gegengeschäfte“. Auch sogenannte „Dritt-Geschäfte“, also Geschäfte die von Eurofighter/EADS lediglich vermittelt wurden, dürfen angerechnet werden. Gegengeschäfte können nun - mit dem Segen der Republik und von BK Dr. Schüssel - gekauft

<sup>298</sup> 46/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Communiqué, 37.

<sup>299</sup> APA0704 5 II 0157 F. Di, 10.Sep 2002.

<sup>300</sup> APA0304 3 II 0115 WI Di, 02.Jul 2002.

<sup>301</sup> APA0351 5 WI 0278 II Do, 20.Feb 2003.

<sup>302</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

werden. Das ist notwendig, um doch noch irgendwie die versprochenen 4 Mrd. Euro Gegengeschäftsvolumen zu erreichen.

Dass solch ein Vorgehen auch Missbrauch Tür und Tor öffnet, war gemäß Brauch EADS bewusst:

*„Nach meinem Wissen ist zur Erreichung von Kompensationsgeschäfte erforderlich, an die jeweiligen Vertragspartner Provisionen in Höhe von 3-5% des Gegengeschäftsvolumens zusätzlich neben dem Auftragsentgelt zu zahlen, damit insbesondere bereits abgeschlossene Geschäfte, die bereits unabhängig von dem EUROFIGHTER Geschäft durchgeführt werden auf das Kompensationsvolumen angerechnet werden und die Voraussetzung hierfür geschaffen werden, insbesondere die Verträge zur Verfügung gestellt werden.“<sup>303</sup>*

Die Folgen des Gegengeschäftsvertrages werden die Republik noch über ein Jahrzehnt in zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und Ermittlungsbehörden von Rom bis München beschäftigen.

Doch der Kanzler war erfreut: 600 Millionen Euro Gegengeschäfte seien im Oktober 2003 „bereits unterschrieben.“<sup>304</sup> Dass viele dieser Geschäfte schon lange vor Unterzeichnung des Eurofighter-Kaufvertrags auf Schiene gebracht worden sind, interessiert bei solchen Jubelmeldungen nicht. Denn das Versprechen muss halten.

Und so spricht Schüssel auch Jahre später nicht nur von dem *besten Gerät* (gemeint sind die ab 2020 sukzessive auszusortierenden Eurofighter), sondern auch von *erstklassigen Gegengeschäften*.<sup>305</sup>

Apropos Versprechen: Wolfgang Schüssels Versprechen einer Wirtschaftsplattform, über die sich die Eurofighter mittels Gegengeschäftseinnahmen quasi selbst finanzieren hätten sollen, verschwindet nach dem ÖVP-Wahlsieg und der Angelobung der Regierung Schüssel II bereits im Mai 2003 wieder in der Schublade.

Die Begründung: Man hätte "eine ganze Palette von Gesetzen ändern" müssen, um kommerziellen Unternehmen den Kauf von Kampfflugzeugen zu ermöglichen,<sup>306</sup> Und so bezahlt am Schluss der Steuerzahler die Eurofighter. Ein Schelm wer Böses denkt.

### 2.1.2. Dr. W. Lüssel

Das politische Versprechen des Gegengeschäftswunders steht am Anfang von Korruptionsskandalen und Freunderlwirtschaft. Die Liste dubioser Gegengeschäfte ist lang, wie die nächsten Kapitel zeigen werden.

Doch auch bezüglich der persönlichen Aktivitäten von Wolfgang Schüssel im Zusammenhang mit der Eurofighter-Beschaffung werfen die - im Untersuchungsausschuss erstmals in diesem Umfang zur Verfügung stehenden - Akten Fragen auf:

Mit wem trafen sich die Vertreter von Eurofighter und EADS? Wo sahen sie die besten Möglichkeiten Einfluss auf die Republik zu nehmen? Dr. W. Schüssel gibt dazu in seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss im Juni 2017 auf Nachfrage an:

<sup>303</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>304</sup> <https://www.trend.at/die-magazine/trend/eurofighter-heisse-luftgeschaefte-67843>

<sup>305</sup> APA0339 5 II 0341 Siehe APA0302/20.04 Fr, 20.Apr 2007.

<sup>306</sup> Der Standard, 17.05.2003, 8.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Wolfgang Schüssel:** [...] Wann immer der Versuch gemacht wurde, einen Kontakt herzustellen – und man kennt, ehrlich gesagt, natürlich bestimmte Manager, Mangold, Rauen und so weiter –, dann wurde jeder Versuch einer Kontaktaufnahme für dieses Geschäft von mir sofort an das Verteidigungsministerium oder die anderen Ressorts verwiesen.<sup>307</sup>

Doch stimmt das wirklich? In den von der Münchner Polizei sichergestellten Kalendern des umtriebigen Eurofighter-Lobbyisten Herbert Werner findet sich – neben vielen anderen – auch dieser Eintrag: „5. Februar 2003 – Vertiefende Besprechung Dr. Lüssel“<sup>308</sup>

**Februar 2003**

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag	Sa/Su
					1. Februar
					2.
					3.
		10-11:00 Vertiefende Besprechung Dr. Lüssel Milchbar Parlament		10:30-11:00 Besprechung mit Herrn Dr. R. [redacted] Milchbar Parlament	4.
					5.
					6.
					7.
					8.
					9.
					10.
					11.
					12.
					13.
					14.
					15.
					16.
					17.
					18.
					19.
					20.
					21.
					22.
					23.
					24.
					25.
					26.
					27.
					28.
					29.
					30.
					31.

26.04.2004 10:43

Dr. W. Schüssel bestreitet vor dem Untersuchungsausschuss jede Verbindung zu Herbert Werner:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Kennen Sie einen Dr. Herbert Werner?  
**Dr. Wolfgang Schüssel:** Wer soll das sein?<sup>309</sup>

Und auch Dr. W. Lüssel ist Dr. W. Schüssel kein Begriff:

**Dr. Wolfgang Schüssel:** [...] Ich kenne den Herrn nicht. Das Ganze ist läppisch.<sup>310</sup>

Doch die Ermittler vom Kriminalfachdezernat 7 in München sehen das anders. Für sie steht fest: Dr. W. Lüssel ist Dr. W. Schüssel:<sup>311</sup>

<sup>307</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 9.

<sup>308</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/kalendereintrag-dr-luessel-in-der-milchbar.pdf>

<sup>309</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 11.

<sup>310</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 12.

<sup>311</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/wer-ist-dr-luessel.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Dienststelle
<b>Kriminalfachdezernat 7 München</b>
Kommissariat 73
Adenauerring 31
81737 München

<b>2288.</b>	
Akktenzeichen <b>BY8673-000316-12/0</b>	Fallnummer <b>001</b>
Sammelakktenzeichen <b>BY8673-000316-12/0</b>	
Sachbearbeitung durch (Name, Amtsbezeichnung) [REDACTED]	
Sachbearbeitung Telefon <b>089/[REDACTED]</b>	Nebentele [REDACTED]
	Fax [REDACTED]

## 1. Zwischenbericht

**zur Auswertung der am 29.01.2013 bei der EADS Deutschland GmbH /  
EADS N.V. (Cassidian) sichergestellten Unterlagen**

Dieser Zwischenbericht bezieht sich auf die Asservate 1 bis 32. Die Auswertung dauert an.

### 1. Asservat Nr. XIV/1 bis 18 (22 Aktenordner)

#### 1.1. Inhalt

- Die Reports erwähnen häufig Treffen („Meetings“, „Constant Meetings“ bzw. „Lobbying“) mit diversen österreichischen Politikern. Die Namen der Mandatsträger wurden meist leicht abgewandelt, wie beispielsweise
 

Dr. Blada	→ Dr. Rada (Report für die Jahre 2002/2003)
Dr. Reibner	→ Dr. Scheibner (Report für die Jahre 2002/2003)
Dr. W. Luessel	→ Dr. W. Schüssel (Activity Report vom 24.06.2005)
Dr. J. Laider	→ Dr. J. Haider (Activity Report vom 24.06.2005)
Dr. K.H. Lasser	→ Dr. K.-H. Grasser (Activity Report vom 24.06.2005)
- Der Inhalt einiger Reports lässt auf einen Zugang Dr. Herbert WERNERs (siehe Punkte 11.1.2. und 11.1.3.) zu höchsten politischen Kreisen schließen. So ist im Bericht vom 04.05.2005 beispielsweise von einer Begleitung des damaligen Bundeskanzlers Wolfgang SCHÜSSEL im Rahmen eines Staatsbesuchs in China die Rede. Hierbei habe sich während des langen Fluges eine „exzellente Möglichkeit zur Erörterung der derzeitigen politischen Lage in Österreich und etwaiger Auswirkungen auf die mit EADS geschlossenen Verträge“ ergeben.

Doch davon lässt sich ein ÖVP-Altbundeskanzler nicht beeindrucken. Mit dem Ermittlungsergebnis konfrontiert klärt er auf:

**Dr. Wolfgang Schüssel: [...] Auch hier gilt: Das beweist überhaupt nichts.<sup>312</sup>**

Schön, wenn man so genau weiß was gilt.

### 2.1.3. Die Erkenntnis

Und die Gegengeschäfte? In seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss im Juni 2017 distanziert sich Schüssel zögerlich von seinen Gegengeschäften. Zu „ambitioniert“ seien diese gewesen.

<sup>312</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 13.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Eine Erkenntnis, die von seinem Nachfolger als ÖVP-Obmann und Wirtschaftsminister, Dr. Reinhold Mitterlehner in der Befragung durch Gabriela Moser geteilt wird:

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** [...] Das Problem dabei war, dass 200 Prozent offensichtlich sehr ambitioniert – auch im internationalen Vergleich – waren.<sup>313</sup>

Reinhold Mitterlehners Standpunkt bzgl. möglicher zukünftiger Gegengeschäfte ist klar:

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Ich bin jetzt nicht in der Situation, das neu organisieren zu müssen, aber es wird und würde natürlich ein paar Konsequenzen geben müssen.<sup>314</sup>

Und auch Wolfgang Schüssel, der ewige Verfechter von Gegengeschäften zum Segen der österreichischen Wirtschaft, würde zukünftig „vielleicht noch mehr Barrieren und Sicherheitsstufen“ einbauen.

**Dr. Wolfgang Schüssel:** [...] Denn: solche zum Teil wirklich lächerlichen Minipositionen nicht aufgenommen werden, denn das ist dann für die Journalisten sehr lustig und bringt das Ganze eigentlich in ein negatives Schlaglicht.<sup>315</sup>

Die Bewertung, ob es wirklich die Berichterstattung von Journalistinnen und Journalisten ist, die die Eurofighter-Gegengeschäfte in Verruf gebracht hat, muss jeder selbst reffnen. Dieser Bericht möchte bei der Entscheidung helfen.

## 2.1.4. Die Chronologie

- 3.10.1999** Nationalratswahlen: Schüssel bildet trotz Platz 3 eine Regierung mit der FPÖ (Schüssel I)
- 4.2.2000** Schüssel wird Bundeskanzler<sup>316</sup>
- 14.5.2001** Sachstandbericht von Kurt Wiederwohl an EADS: "Bundeskanzler Schüssel behält sich die Entscheidung persönlich vor, d.h. es ist die persönliche Einflussnahme von Regierungsmitgliedern der vier EF-Länder, wie es auch Schweden seit Jahren intensivst macht, notwendig."<sup>317</sup>
- 17.7.2001** Sitzung bei Grasser mit Staatssekretär Dr. Herbert Hillingrathner (Leiter der Abteilung II/14 im BMF), Dr. Alexander Tomasch, Herr Oberleitner und SC Dr. Gerhard Steger. Thema soll der Wunsch von Schüssel nach einer Gegengeschäftsquote iHv 200-250% gewesen sein.<sup>318</sup>
- 25.4.2002** Notiz' von Klaus-Dieter Bergner zum Ergebnis bereits geführter Gespräche auf politischer und wirtschaftlicher Ebene vom 25.04.2002. Zusammenfassend hält Bergner fest, „dass das von Eurofighter/EADS angebotene Produkt zwar beeindruckt, jedoch zu teuer sei. Der Angebotspreis solle deshalb unter

<sup>313</sup> 430/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 48.

<sup>314</sup> 430/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 42.

<sup>315</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 58.

<sup>316</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01781/](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01781/)

<sup>317</sup> 192 der Beilagen XXIII. GP - Ausschussbericht NR - Minderheitsbericht Grüne u. FPÖ, 18.

<sup>318</sup> 46/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Communiqué, 37.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*Einbeziehung neuer Konzeptionen (z.B. Logistik, Ersatzteilversorgung) als Systempreis" dargestellt werden.“<sup>319</sup>*

- 2.7.2002** „Kanzlerfrühstück“ / „Frühstückstreffen“: bei Schüssel findet ein Treffen statt; im Rahmen dessen soll die Entscheidung getroffen worden sein, Eurofighter anzukaufen: die Teilnehmer waren Schüssel, Bartenstein, Grasser, Scheibner und Vizekanzlerin Susanne Riess-Passer. Die Diskussion soll heftig gewesen sein, aber die Entscheidung fiel dann einstimmig, obwohl Scheibner bis dahin die Gripen und Grasser die F-16 präferiert hatten. Mit Ministerratsbeschluss vom selben Tag, womit schon die Möglichkeit einer Verringerung der Stückzahl an Kampfflugzeuge vorgesehen wird, wird Scheibner ermächtigt, mit EF Verhandlungen über den Ankauf von 24 Stück einzutreten. Luftraumüberwachungsflugzeugen zu beginnen. Schüssel beziffert die Kosten für 24 Stück mit 1,791 Mrd. Euro.<sup>320</sup>

Schüssel gibt dazu im UsA EF I an, dass sein Interesse als Bundeskanzler und Regierungschef gewesen sei, dass endlich einmal ein Beschaffungsvorgang transparent und objektiv durchgeführt werde und gute Gegengeschäfte vereinbart werden (UA-Protokoll 19. Sitzung, S 96). Der Eurofighter sei das beste militärische Gerät gewesen und hinzu ein erstklassiges Gegengeschäftsangebot gekommen. Immerhin sei es dem Wirtschaftsminister und dem Verteidigungsminister gelungen, 240 % des Kaufpreises (ohne Finanzierung) hereinzuholen. Das sei aus seiner Sicht jedenfalls das beste Gegengeschäftsvolumen gewesen, das er je erlebt habe.<sup>321</sup>

APA zu Schüssel und Gegengeschäften: „Schüssel rechnet damit, dass von den Gegengeschäften im Zuge des Abfangjägerdeals zumindest ein Drittel budgetwirksam werde und damit an den Staat zurück fließe.“<sup>322</sup>

- 10.9.2002** Schüssel gegenüber APA zu Gegengeschäften: „Bezüglich der Gegengeschäfte machten Schüssel und Wirtschaftsminister Martin Bartenstein klar, dass diese überhaupt noch nicht“ ausverhandelt seien. Schüssel geht weiterhin von einer 200-Prozent-Quote aus.“<sup>323</sup>
- 24.11.2002** Vorgezogene Nationalratswahlen: Schüssel holt 42,3 % und bildet Regierung Schüssel II mit der FPÖ.
- 27.11.2002** E-Mail von Aldag an Rauen cc Kamlage (EADS):

*„Herr Rauen, nach meinem Gespräch heute mit unserem Mittelsmann zu Schwarz (Schmidt) zeigt sich derzeit folgendes ‚worst case szenario‘ ab: [...]“  
 (...) „Wer Schwarz wählt, wählt Abfangjäger“, es wurde Schwarz gewählt; Typenentscheidung und Nationalratsbeschluss liegt vor; ein schwieriges Thema ist nicht mehr Bestandteil der Koalitionsverhandlungen etc.“ (...). „Sie werden auf dem Laufenden gehalten. Am Termin BK Schüssel/Dr. Bischoff wird gearbeitet.“*

Unserer Einschätzung nach könnte es sich bei dem „Mittelsmann zu Schwarz“ um Dr. Georg Schmidt (IT Solutions) handeln.<sup>324</sup>

<sup>319</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 9-10.

<sup>320</sup> Kurier, 03.07.2002, 3.

<sup>321</sup> 56/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Communiqué, 96.

<sup>322</sup> APA0304 3 II 0115 WI Di, 02.Jul 2002.

<sup>323</sup> APA0704 5 II 0157 F Di, 10.Sep 2002.

<sup>324</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 43.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- 5.2.2003** „Vertiefende Besprechung“ von Herbert Werner mit Dr. Lüssel.<sup>325</sup>
- 20.2.2003** Schüssel lt. APA zur EF-Finanzierung: „*Laut Schüssel-Plan soll jede einzelne Firma, die im Rahmen des Abfangjäger-Deals einen Auftrag von EADS erhält, fünf Prozent des Gegengeschäfts-Gewinns an die Wirtschaftsplattform abliefern. Mit diesem Geld soll die Plattform wiederum die Abfangjäger finanzieren und sie an die Republik weitervermieten.*“<sup>326</sup>
- 6.3.2003** Schüssel in einer Rede vor dem NR: „*Zur Sicherung des Luftraumes und zur Wahrung der österreichischen Souveränität können und wollen wir auf eine Luftpolizei nicht verzichten. Und daher werden wir auf Basis der Empfehlungen des Nationalen Sicherheitsrates und der in der vergangenen Legislaturperiode getroffenen Beschlüsse den Beschaffungsvorgang für Luftraumüberwachungsflugzeuge fortsetzen. Wir werden dafür sorgen, dass die Gegengeschäfte positive Auswirkungen auf die Arbeitsplätze, den Wirtschaftsstandort und den Technologietransfer haben. Das Budget des Verteidigungsministers darf in der gesamten Legislaturperiode nicht zusätzlich belastet werden.*“<sup>327</sup>
- 4.4.2003** „Vertiefende Gespräche“ von Herbert Werner mit Dr. Lüssel<sup>328</sup>
- 4.5.2003** Schüssel fordert „*virtuelles Konto*“ für GG, „*wo man genau ablesen kann, was ist genau hereingekommen an Gegengeschäften*“, und geht in der ORF Pressestunde von GG-Volumen von 3-4 Mrd. Euro aus.<sup>329</sup>
- 17.5.2003** Der Standard berichtet, dass „*aus der von Kanzler Wolfgang Schüssel angeregten Wirtschaftsplattform zur Finanzierung des Eurofighter-Deals nichts geworden*“ sei.<sup>330</sup>
- 9.7.2003** Schüssel in der NR-Fragestunde: Schüssel nennt als Beispiel für ein Unternehmen, das von dem Kauf profitiere, die auf den Flugzeugbau spezialisierte Firma FACC aus Ried, die neben 300 zusätzlichen neuen MitarbeiterInnen innerhalb des nächsten Jahres auch ein Umsatzplus von 22 Prozent erreichen soll. Auch für das Unternehmen TT Tech aus Wien sei eine Aufstockung der derzeit 100 MitarbeiterInnen um 20 bis 40 zu erwarten. Daran sei ersichtlich, wie diese Beschaffungen konkret auch Arbeitsplätze bringen: „*Es ist wichtig, dass wir mit einer solch notwendigen Beschaffung in unsere Sicherheit auch ein Maximum für die Wirtschaft und Arbeitsplätze herausholen*“. Schüssel kündigte eine transparente Auflistung der Geschäfte an. „*Mit Kritik allein wäre kein einziges Geschäft an Land gezogen worden*“, so Schüssel zur Kritik des Grünen Rechnungshofsprechers Werner Kogler.<sup>331</sup>
- September 2003** „*„600 Millionen Euro Gegengeschäfte“ seien „bereits unterschrieben“*, frohlockt der Bundeskanzler Anfang September.<sup>332</sup>

<sup>325</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 42.

<sup>326</sup> APA0351 5 WI 0278 II Do, 20.Feb 2003.

<sup>327</sup> Nationalrat, XXII.GP, Stenographisches Protokoll, 7. Sitzung, 06.03.2003., 19.

<sup>328</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 42.

<sup>329</sup> APA0134 5 II 0255 WI/AI So, 04.Mai 2003.

<sup>330</sup> Der Standard, 17.05.2003, 8.

<sup>331</sup> OTS0092 5 II 0680 VPK0005 AI, 09.Jul 2003.

<sup>332</sup> Trend, 28.10.2003, <https://www.trend.at/die-magazine/trend/eurofighter-heisse-luftgeschaefte-67843>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- 11.2.2005** Schreiben von Thomas Enders, Vorstandsvorsitzender von EADS, an Dr. Schüssel:  
*„Sehr geehrter Herr Bundeskanzler, ich möchte mich herzlich bedanken, Sie anlässlich des Opernballs in Ihrer Loge kennengelernt zu haben. Es war – wie ich fand – ein trotz der gebotenen Kürze sehr interessantes Gespräch. Auch möchte ich Ihnen nochmals meine uneingeschränkte Unterstützung in Sachen Eurofighter zusichern. Daher greife ich gerne Ihre Anregung für ein weiterführendes persönliches Gespräch auf, um eine enge Abstimmung zwischen der Bundesregierung und meinem Team vor Ort optimal zu unterstützen. Mit vorzüglicher Hochachtung, [...] Enders“<sup>333</sup>*
- April 2005** Gründung des BZÖ.
- 4.5.2005** E-Mail von Rajni Mehta (City Chambers) an Bergner (EADS): Er habe Schüssel auf seiner China-Reise vom 19. – 25.4.2005 begleitet. Der lange Flug sei eine exzellente Möglichkeit gewesen mit Schüssel die aktuelle politische Situation in Österreich und mögliche Auswirkungen auf die „signed contracts of EADS“ zu besprechen.<sup>334</sup> Die deutsche Polizei geht davon aus, dass in Wahrheit Herbert Werner Schüssel begleitet hat.<sup>335</sup>
- Dr. Schüssel jedoch bestreitet diesen Sachverhalt heftig bei seiner Befragung im U-Ausschuss: „*Es hat nichts Derartiges gegeben und Ihre Verdächtigungen, Verschwörungstheorien können Sie sich in den Kamin schreiben.*“<sup>336</sup>
- Sept. 2006** Gusenbauer: *"Entweder kommen wir raus ohne Pönalzahlungen oder wir kommen raus mit Pönalzahlung".*<sup>337</sup>
- 27.09.2006** Gusenbauer: *"ÖVP ist Partei der Eurofighter - SPÖ ist Partei der Sozialfighter".*<sup>338</sup>
- 1.10.2006** Nationalratswahlen: SPÖ wird mit 35,3% stimmenstärkste Partei vor der ÖVP mit 34,3%.<sup>339</sup>
- 4.10.2006** Gusenbauer lädt ÖVP offiziell zu Koalitionsgesprächen ein.<sup>340</sup>
- 5.10.2006** Wirtschaftsminister Bartenstein warnt SPÖ vor Eurofighter-UsA. APA: Die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses widerspreche der Aufnahme von Regierungsverhandlungen. Zudem: Einen Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag hält Bartenstein für ausgeschlossen. Die Kampfflugzeuge seien bestellt und *"zur Auslieferung fast schon bereit"*. Über eine Milliarde Euro Gegengeschäfte seien bereits abgearbeitet, über zwei Milliarden Euro stünden in den Auftragsbüchern.<sup>341</sup>
- 6.10.2006** LH Burgstaller und Voves signalisieren Verhandlungsbereitschaft bei Eurofighter-Ausstieg. VP-Generalsekretär Lopatka zu Koalitionsverhandlungen:

---

<sup>333</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 32.

<sup>334</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3762577/City-Chambers-Wolfgang-Schu-Ssel-Mai-2005-1.pdf>

<sup>335</sup> Profil, 13.03.2017, 20.

<sup>336</sup> 415/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 41.

<sup>337</sup> APA0321 5 II 0300 Mo, 25.Jun 2007

<sup>338</sup> OTS0050 5 II 0451 SPK0003 Mi, 27.Sep 2006

<sup>339</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl\\_in\\_%C3%96sterreich\\_2006](https://de.wikipedia.org/wiki/Nationalratswahl_in_%C3%96sterreich_2006)

<sup>340</sup> APA0146 5 II 0306 Di, 31.Okt 2006.

<sup>341</sup> APA0308 5 II 0456 WI 10 Do, 05.Okt 2006.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*„Koalitionsbedingungen für die Verhandlungen mit der SPÖ werde die ÖVP nicht öffentlich formulieren.“<sup>342</sup>*

Gusenbauer zu Eurofighter: „Alles ist verhandelbar“.<sup>343</sup>

- 10.10.2006** ÖVP nominiert ein 9-köpfiges Verhandlungsteam.<sup>344</sup> Verhandlungsführer ist Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, unterstützt wird er von Klubobmann Wilhelm Molterer, den Ministern Ursula Plassnik, Maria Rauch-Kallat, Karl-Heinz Grasser, den Landeshauptmännern Josef Pühringer und Erwin Pröll, dem steirischen Landesvorsitzenden Hermann Schützenhöfer sowie von ÖAAB- und Beamtenchef Fritz Neugebauer.<sup>345</sup>
- 11.10.2006** Bundespräsident Fischer erteilt Gusenbauer den Auftrag zur Regierungsbildung.<sup>346</sup>
- Schüssel und Klubobmann Molterer zu Koalitionsverhandlungen mit SPÖ: Eurofighter sind nicht verhandelbar.<sup>347</sup>
- Nach der NR-Wahl: ÖVP geht mit vielen "Njets" in die Verhandlungen.<sup>348</sup>
- 13.10.2006** Beginn der Koalitionsverhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP.<sup>349</sup>
- Schüssel übergibt der SPÖ das vollständige Vertragswerk zu Eurofighter. Gusenbauer betont, dass der Untersuchungsausschuss nach wie vor für "*dringend erforderlich*" sei.<sup>350</sup>
- Schüssel Richtung SPÖ bzgl. Untersuchungsausschuss : "*Jeder soll sich selbst überlegen, ob es eine kluge Maßnahme ist, wenn man parallel verhandelt (...) und gleichzeitig wird ein meiner Meinung nach unnötwendiges Spektakel gemacht.*"<sup>351</sup>
- Schüssel: Wer zusammenarbeiten will, muss paktfähig sein. SPÖ muss sich vom „*Lügenwahlkampf*“ distanzieren.<sup>352</sup>
- 14.10.2006** Noch NR-Präsident Khol: Eurofighter darf nicht zum „*Stolperstein*“ einer großen Koalition werden.<sup>353</sup>
- 17.10.2006** 2. Runde der Koalitionsgespräche.<sup>354</sup>
- 25.10.2006** Lopatka kritisiert SPÖ-Unterstützung für den Untersuchungsausschuss. Ob der Untersuchungsausschuss bei der zweiten großen Verhandlungsrunde am 27.10. Thema ist, möchte er nicht beantworten.<sup>355</sup>

<sup>342</sup> APA0188 5 II 0272 Fr, 06.Okt 2006.

<sup>343</sup> APA0321 5 II 0300 Mo, 25.Jun 2007.

<sup>344</sup> APA0289 5 II 0420 Mi, 11.Okt 2006.

<sup>345</sup> APA0752 5 II 0286 Do, 12.Okt 2006.

<sup>346</sup> APA0146 5 II 0306 Di, 31.Okt 2006.

<sup>347</sup> APA0289 5 II 0420 Mi, 11.Okt 2006.

<sup>348</sup> APA0289 5 II 0420 Mi, 11.Okt 2006.

<sup>349</sup> APA0752 5 II 0286 Do, 12.Okt 2006.

<sup>350</sup> APA0360 3 II 0189 Fr, 13.Okt 2006.

<sup>351</sup> APA0422 5 II 0451 Fr, 13.Okt 2006.

<sup>352</sup> OTS0166 5 II 0435 VPK0002 Fr, 13.Okt 2006.

<sup>353</sup> APA0145 5 II 0272 Sa, 14.Okt 2006.

<sup>354</sup> APA0146 5 II 0306 Di, 31.Okt 2006.

<sup>355</sup> APA0679 5 II 0130 Mi, 25.Okt 2006.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- 26.10.2006** Schüssel: Die Regierung habe „*die Pflicht, unser Land zu Land und in der Luft zu verteidigen*“.<sup>356</sup>
- 27.10.2006** 3. Runde der Koalitionsgespräche. „*Kassasturz*“. Und: Schüssel moniert, dass endlich auch "sensible Themen" angesprochen werden.<sup>357</sup>
- 29.10.2006** SPÖ-Koalitionsverhandler Häupl bringt Reduktion der EF-Stückzahl öffentlich ins Spiel.<sup>358</sup>

Der EF-Untersuchungsausschuss belastet die Koalitionsverhandlungen weiter. Zudem soll es nach Aussage von Khol seit Beginn der Koalitionsverhandlungen kein einziges 4-Augen-Gespräch Schüssel/Gusenbauer gegeben haben.<sup>359</sup>

- 29/30.10. 2006** Schüssel wird NR-Abg. (bis 08.09.2011)<sup>360</sup> & Klubobmann (bis 27.10.2008<sup>361</sup>)

- 30.10.2006** Einsetzung des UsA EF I

Schüssel im NR-Plenum zur Untersuchungsausschuss-Einsetzung: Untersuchungsausschuss -Einsetzung bringe „*[...] lange Momente von Unversöhnlichkeiten*“. Zudem: Vertragstreue Österreichs stehe auf dem Spiel. Wolle die SPÖ aus dem Vertrag aussteigen, müsse sie auch den Mut haben, die Kosten dafür zu übernehmen. Neben der Pönale für den Vertragsausstieg werde man auch Geld für alternative Abfangjäger in die Hand nehmen müssen.<sup>362</sup>

- 31.10.2006** SPÖ, FPÖ und Grüne bringen einen Entschließungsantrag zur Prüfung eines kostengünstigen EF-Ausstiegs im Nationalrat ein.<sup>363</sup>

Schüssel: ÖVP setzt Koalitionsverhandlungen aus, solange „*3er-Koalition*“ gegen ÖVP agiert. Die ÖVP beauftragt zudem Verteidigungsminister Günther Platter, gemäß dem rot-grün-blauen Entschließungsantrag die Kosten für den Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag zu eruieren.<sup>364</sup>

Bundespräsident Fischer sucht im 6-Augen-Gespräch mit Gusenbauer und Schüssel einen Ausweg aus der Krise.<sup>365</sup>

Gusenbauer: Führen mit EADS keine Verhandlungen über einen Ausstieg, auch keine inoffiziellen. Er denkt laut über Reduktion der Stückzahl auf 12 EF nach.<sup>366</sup>

- 1.11.2006** Der Kurier berichtet: Schüssel lehnt einen Ausstieg ab, stellt ihn aber nicht prinzipiell in Frage. Natürlich könne man aus jedem Vertrag aussteigen, man

<sup>356</sup> APA0237 5 II 0365 Do, 26.Okt 2006.

<sup>357</sup> APA0146 5 II 0306 Di, 31.Okt 2006.

<sup>358</sup> APA0138 5 II 0278 So, 29.Okt 2006.

<sup>359</sup> APA0145 5 II 0248 So, 29.Okt 2006.

<sup>360</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01781/](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01781/)

<sup>361</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01781/](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01781/)

<sup>362</sup> APA0633 5 II 0451 F. Mo, 30.Okt 2006.

<sup>363</sup> APA0002 5 II 0299 F. Di, 31.Okt 2006.

<sup>364</sup> APA0002 5 II 0299 F. Di, 31.Okt 2006.

<sup>365</sup> APA0146 5 II 0306 Di, 31.Okt 2006.

<sup>366</sup> APA0701 5 II 0559 Di, 31.Okt 2006.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

müsste aber Kosten aus Pönale und Neubeschaffung berücksichtigen. Zudem riskiere man Milliarden an Gegengeschäften.<sup>367</sup>

- 3.11.2006** Nach Aussage von Gusenbauer will die ÖVP erst wieder verhandeln, wenn die Untersuchungsausschüsse zu Eurofighter und Bankenaufsicht ihre Arbeit beendet haben. *"Die ÖVP macht ihre subjektive Befindlichkeit zur Causa Prima der Republik. Das ist nicht verantwortungsvoll".<sup>368</sup>*
- 5.11.2006** ÖVP kündigt an, als Untersuchungsausschuss -Zeugen Schüssel (+ Platter, Grasser, Bartenstein) in den Untersuchungsausschuss zu laden.
- Schüssel gibt erste PK seit 6-Augen-Gespräch mit Fischer und Gusenbauer am 31.10. und dem Aussetzen der Regierungsverhandlungen: ÖVP wolle erst nach Ende der Untersuchungsausschüsse (das bis Weihnachten möglich sei) wieder verhandeln. Diese Vorgehensweise sei auch bereits im 6-Augen-Gespräch thematisiert worden, Gusenbauer hätte damals keine Einwände gehabt.<sup>369</sup>
- Schüssel gibt an, einem Volksentscheid über EF-Ausstieg (wie von der SPÖ ins Spiel gebracht) nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber zu stehen.<sup>370</sup>
- 6.11.2006** Das Verteidigungsministerium gibt die Ausstiegskosten mit 1,2 Mrd. Euro an.<sup>371</sup>
- 7.11.2006** Koalition: Schüssel sieht "*im Moment nur Trennendes*".<sup>372</sup>
- 10.11.2006** 4-Augen-Gespräch mit Schüssel und Gusenbauer.
- Vor Gespräch: Gusenbauer will das Thema EF- Untersuchungsausschuss ansprechen: *"Die Befürchtung (der ÖVP), dass das ein Tribunal wird, ist ja nicht eingetroffen. Das Klima wurde ja von allen Teilnehmern als konsensual und konstruktiv bezeichnet"*. Allerdings müsste die ÖVP ihren Terminplan revidieren, wonach die Untersuchungsausschüsse mit Anfang Dezember fertig sein könnten. Die ÖVP-Forderung, zuerst die Untersuchungsausschüsse abzuschließen und dann erst die von der Volkspartei unterbrochenen Koalitionsverhandlungen wieder aufzunehmen, lehnt Gusenbauer weiter ab.<sup>373</sup>
- Nach Gespräch: Schüssel bleibt nach dem Gespräch mit Gusenbauer dabei, dass die ÖVP erst über eine Regierungsbildung verhandelt, wenn die Untersuchungsausschüsse abgeschlossen sind. Der entsprechende Vorstandsbeschluss sei weiter aufrecht. Er begründete das damit, dass beides gleichzeitig zu arbeitsaufwendig wäre und die nötige *"Zeit und Energie"* für Koalitionsgespräche fehlen würde. Schüssel betonte gleichzeitig, dass die Ausschüsse nicht Monate dauern müssten, sondern auch in einigen Wochen abgeführt werden könnten - die Jets würden im Frühling in Österreich landen. Die Untersuchungsausschüsse seien *"Vergangenheitsbewältigung"* seitens der SPÖ. Den Vorschlag Gusenbauers, zuerst die Verhandlungen abzuschließen, bevor die Zeugenbefragungen in den Ausschüssen beginnen, lehnte Schüssel ab. Wenn das so einfach sei, hätte die SPÖ mit der Einsetzung der Gremien auch warten können, bis die Koalitionsgespräche abgeschlossen sind. *"Jetzt sind die Würfel*

<sup>367</sup> Kurier, 01.11.2006, 4.

<sup>368</sup> APA0530 5 II 0286 Fr, 03.Nov 2006.

<sup>369</sup> APA0221 5 II So, 05.Nov 2006.

<sup>370</sup> APA0163 5 II 0477 F. So, 05.Nov 2006.

<sup>371</sup> APA0264 5 II 0312 Mo, 06.Nov 2006.

<sup>372</sup> APA0730 5 II 0427 Di, 07.Nov 2006.

<sup>373</sup> APA0402 5 II 0217 Fr, 10.Nov 2006.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

*gefallen. Die Untersuchungsausschüsse sind da. Das ist aber auch ok", so Schüssel.* Dass er voraussichtlich selbst in Eurofighter-Ausschuss aussagen muss, stört Schüssel nicht, wie er betont. Er möchte sogar gleich am Beginn drankommen: *"Ich verstehe nicht wieso man solange wartet."* Schüssel mahnte in beiden Gremien (UsA EF und UsA Banken) zur Behutsamkeit. Das habe ihm Gusenbauer auch zugesichert.<sup>374</sup>

**11.11.2006** Gusenbauer setzt Schüssel ein Ultimatum für die Rückkehr an den Verhandlungstisch bis zum 14.11.<sup>375</sup>

**16.11.2006** Die ÖVP erklärt sich in einer Vorstandssitzung zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bereit. Allerdings werden Bedingungen dafür genannt.<sup>376</sup>

Die ÖVP fordert ein SPÖ-Bekenntnis zur Luftraumüberwachung sowie zur Vertragstreue.<sup>377</sup> Ob mit der Bedingung Vertragstreue ein Ausstieg aus dem Eurofighter-Vertrag ausgeschlossen werden soll, ließ Schüssel ungeklärt.<sup>378</sup> Die APA wertet die Forderung nach Vertragstreue folgendermaßen: „*Diese Forderung sieht man bei der ÖVP aber offensichtlich nicht als Bedingung an die SPÖ, dem Eurofighter zuzustimmen. Vielmehr richtet man in einem nebenbei verabschiedeten Positionspapier den Sozialdemokraten aus, sie mögen doch Alternativen vorliegen, wenn ihnen welche einflielen*“<sup>379</sup> Zudem fordert die ÖVP, dass sie im Nationalrats-Plenum und in den Ausschüssen nicht von der SPÖ überstimmt wird.<sup>380</sup>

Reaktion von SPÖ auf ÖVP-Forderungen:

Cap lehnt Bedingungen bei den Koalitionsverhandlungen grundsätzlich ab. Die Bedingungen zum Eurofighter seien außerdem schon erfüllt: Die Luftraumüberwachung Österreichs sei für die SPÖ immer außer Streit gestanden, ebenso wie die Vertragstreue, „*weil wir nie vorgeschlagen haben, einseitig einen Vertrag zu brechen*“. Vielmehr hätten die Sozialdemokraten stets dafür plädiert, mit dem Hersteller EADS über einen möglichst kostengünstigen Ausstieg aus dem Eurofighter-Kontrakt zu verhandeln.<sup>381</sup> Cap bewertet die ÖVP-Forderung, auch in Untersuchungsausschüssen nicht überstimmt zu werden, als nicht möglich. „*Ein Prüfauftrag kann nicht mittels einer Parteienvereinbarung beschränkt oder abgeändert werden. U-Ausschüsse haben autonom zu arbeiten, das kann nicht Gegenstand einer Parteienvereinbarung sein. Das würde die Rechte des Parlaments einschränken*“<sup>382</sup>.

Darabos: „*Die SPÖ war immer vertragstreu. Aber das heißt nicht, dass wir einen Persilschein für den Erwerb der Eurofighter unterschreiben*“<sup>383</sup>.

**17.11.2006** Gusenbauer zu EF-Verträgen und Vertragstreue: Der Eurofighter-Vertrag sei ein „*klarer Vertrag zwischen der Republik Österreich und EADS*“. Gleichzeitig verwies

<sup>374</sup> APA0693 5 II 0366 Fr, 10.Nov 2006.

<sup>375</sup> APA0257 5 II 0201 Sa, 11.Nov 2006.

<sup>376</sup> APA0452 5 II 0553 Do, 16.Nov 2006.

<sup>377</sup> APA0522 5 II 0588 Do, 16.Nov 2006.

<sup>378</sup> APA0340 5 II 0233 F. Do, 16.Nov 2006.

<sup>379</sup> APA0522 5 II 0588 Do, 16.Nov 2006.

<sup>380</sup> APA0363 5 II 0301 Fr, 17.Nov 2006.

<sup>381</sup> APA0622 5 II 0393 Do, 16.Nov 2006.

<sup>382</sup> APA0735 5 II 0215 Do, 16.Nov 2006.

<sup>383</sup> APA0735 5 II 0215 Do, 16.Nov 2006.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Gusenbauer aber darauf, dass auch die "Ausstiegsbedingungen" Teil des Vertrages seien - ebenso die Bedingungen, unter denen der Vertrag ungültig wird. Und: *"Für die Zeit der Verhandlungen werden wir versuchen, uns im Parlament abzustimmen".*<sup>384</sup>

Schüssel im Rahmen einer gemeinsamen Erklärung mit Gusenbauer: Vereinbarung mit SPÖ, dass es im Parlament ein "*gemeinsames Vorgehen auf allen Ebenen*" geben werde. Dies gelte auch für die Untersuchungsausschüsse, wo man die Zeugenladungen bzw. die Bestellung von Akten den jeweiligen Fraktionen überlassen werde. Das heißt, man werde auf Überstimmen verzichten. Bezüglich des von der SPÖ angepeilten Ausstiegs aus der Beschaffung verwies Schüssel, dass angesichts der dann anfallenden Kosten und der Zusatzgelder für andere Flieger solch eine Vorgangsweise "*ökonomisch geradezu frivol*" wäre.<sup>385</sup>

- 21.11.2006** APA berichtet, dass die ÖVP auf Vertragstreue bestehe und nicht bereit sei, den Eurofighter-Kontrakt aufzulösen. Die SPÖ halte weiter an dem Ziel eines Ausstiegs fest und überlege, nach einer möglichst kostengünstigen Vertragsauflösung Maschinen zu leasen.<sup>386</sup>
- 22.11.2006** ÖVP-SPÖ nehmen Koalitionsverhandlungen wieder offiziell auf (4. Runde).<sup>387</sup> Kein Thema sei in dieser Gesprächsrunde der Eurofighter. Hier verwies Gusenbauer darauf, dass man ja noch auf die Ergebnisse des U-Ausschusses warten müsse. Schüssel begrüßte ausdrücklich eine heutige Stellungnahme von Wiens Bürgermeister Michael Häupl, wonach man die Flieger wohl nehmen werde, sollte sich der Ausstieg als zu kostspielig erweisen.<sup>388</sup>
- SPÖ und ÖVP verhandeln nun wichtige Kapitel mit je 2 Verhandlungsführern. Beim Thema „Äußere Sicherheit“ inklusive Eurofighter auf SPÖ-Seite Darabos und Wehrsprecher Anton Gaal, auf ÖVP-Seite die Minister Platter und Plassnik.<sup>389</sup>
- 5.12.2006** Schüssel legt im Rahmen des GÖD-Gewerkschaftstages ein neuerliches Bekenntnis zu den Eurofightern ab: *"Wer glaubt, dass wir mit Papierfliegern den Luftraum verteidigen können, der irrt."* Wenn jemand meine, man könne die Neutralität und Souveränität Österreichs ohne Budget verteidigen, sei er "*schief gewickelt.*"<sup>390</sup>
- 13.12.2006** Bundespräsident Heinz Fischer gesteht ein, dass die öffentliche Nennung des 11. Jänner als geplanter Termin für die Angelobung der großen Koalition ein "Risiko" sei.<sup>391</sup>
- 17.12.2006** Schüssel lehnt die Idee von Häupl, die Entscheidung über EF-Ausstieg erst nach UsA-Beendigung zu treffen, ab: *"Das macht überhaupt keinen Sinn, denn damit wären die Probleme nur verschleppt. Entweder man klärt das, oder man bringt es eben nicht zusammen. Dann muss man das genauso argumentieren."* Auch ÖVP-Verhandlerin Plassnik fordert Einigung über Eurofighter vor geplantem

<sup>384</sup> APA0567 5 II 0238 F. Fr, 17.Nov 2006.

<sup>385</sup> APA0598 5 II 0375 F. Fr, 17.Nov 2006.

<sup>386</sup> APA0217 5 II 0507 Di, 21.Nov 2006.

<sup>387</sup> APA0747 5 II 0231 Di, 21.Nov 2006.

<sup>388</sup> APA0647 5 II 0543 Mi, 22.Nov 2006.

<sup>389</sup> APA0230 5 II 0301 Do, 23.Nov 2006.

<sup>390</sup> APA0242 5 II 0295 Di, 05.Dez 2006.

<sup>391</sup> APA0707 5 II 0233 Mi, 13.Dez 2006.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Angelobungstermin am 11.1.2007. Sie kann sich nicht vorstellen, die Eurofighter aus dem Regierungsprogramm auszuklammern.<sup>392</sup>

Während SPÖ und ÖVP am Wochenende einmal mehr über den Eurofighter-Ausstieg streiten, zeigt sich Bundespräsident Heinz Fischer zuversichtlich - eine Garantie für eine Angelobung der Regierung am 11. Jänner gibt er aber nicht ab.<sup>393</sup>

- 19.12.2006** In der 8. großen SPÖ-ÖVP-Verhandlungs runde hätten eigentlich die Eurofighter behandelt werden sollen. Man einigte sich jedoch darauf, dieses Thema weiter nach hinten zu verschieben.<sup>394</sup> Laut APA wird das Thema (gemeinsam mit anderen „Brocken“ wie Studiengebühren) unter 4-Augen (Gusenbauer/Schüssel) verhandelt werden.<sup>395</sup>

*„Zum Thema Eurofighter gibt es keine Veränderung der bekannten Standpunkte“,* sagt SPÖ- Vorsitzender Alfred Gusenbauer nach der Großen Verhandlungs runde am Dienstag in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit ÖVP-Obmann Schüssel. Die Sozialdemokratie sei nach wie vor die Auffassung, dass *„die Eurofighter nicht die kostengünstigste Form der Luftraumüberwachung sind“*.<sup>396</sup>

- 28.12.2006** Weitere Verhandlungs runde ohne Einigung beim Thema Eurofighter: Nichts Neues gibt es zu den Eurofightern, allerdings hofft Gusenbauer, dass man auch hier noch etwas einsparen könnte.<sup>397</sup>

- 3.1.2007** Darabos ist *„fest davon überzeugt“*, dass es am 11. Jänner zur Angelobung einer großen Koalition kommen wird. Jedoch versichert er, dass es im Regierungsübereinkommen kein Bekenntnis zur Eurofighter-Beschaffung geben werde. Das werde man *„sicher nicht zulassen“*.<sup>398</sup>

Anmerkung: im Reg. Programm 2007 – 2010 finden sich unter dem Kapitel LRÜ tatsächlich nur dieser kurze und relativ generische Text: *„Österreich wird - wie bisher – die sich aus der Neutralität und der völkerrechtlichern Souveränität ergebende Verpflichtung zur Wahrung der Lufthoheit in Form der aktiven und passiven Luftraumüberwachung, wie dies auch im Rahmen der Bundesheer-Reformkommission als Aufgabe des Österreichischen Bundesheeres definiert wurde, sicherstellen.“*<sup>399</sup>

- 6./.7.1.2007** Berichte über informelle Gespräche u.a. zu Eurofighter zwischen Schüssel und Gusenbauer am Wochenende.<sup>400</sup>

- 7.1.2007** Finale im rot-schwarzen Koalitions poker: Letzte Kompromisse zu Eurofighter und Studien gebühren.<sup>401</sup>

Der Zweite Nationalratspräsident Michael Spindelegger äußert sich verhalten positiv zu einem möglichen Kompromiss in der umstrittenen Frage der

<sup>392</sup> APA0132 5 II 0435 So, 17.Dez 2006.

<sup>393</sup> APA0217 5 II 0464 So, 17.Dez 2006.

<sup>394</sup> APA0365 5 II 0461 Di, 19.Dez 2006.

<sup>395</sup> APA0659 5 II 0610 Mi, 20.Dez 2006.

<sup>396</sup> OTS0182 5 II 0162 SPK0010 19.Dez 2006.

<sup>397</sup> APA0149 5 II 0301 WI Fr, 29.Dez 2006.

<sup>398</sup> APA0165 5 II 0523 Mi, 03.Jän 2007.

<sup>399</sup> <https://www.bundeskanzleramt.at/DocView.axd?CobId=19542>, 20-21.

<sup>400</sup> APA0235 5 II 0397 Sa, 06.Jän 2007.

<sup>401</sup> APA0424 5 II 0181 07. Jän 2007.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Eurofighter, wobei er sich eine Veränderung der Typenwahl vorstellen kann, aber keine Leihjets. Spindelegger fordert die SPÖ auf, einen Vorschlag bzgl. Eurofighter zu machen. Bei einer Veränderung der Typenwahl müsste die SPÖ dabei drei Kriterien präsentieren, nämlich, dass ein Ausstieg aus dem Vertrag machbar sei, ferner müsste eine Alternative auf dem Tisch liegen, ob dies beispielsweise mit den schwedischen Gripen gehe, und drittens wäre eine Finanzierung notwendig, dass die Luftraumüberwachung auch in einem Übergangszeitraum gesichert sei.<sup>402</sup>

- 8.1.2007** Die APA berichtet mit Berufung auf Verhandlerkreise bereits am Vormittag über einen Kompromiss beim Thema Eurofighter „*offenbar vor der letzten Verhandlungsrunde*“ (die ebenfalls am 8.1. zu einem späteren Zeitpunkt stattfindet/Nach späteren APA-Meldungen kam der Kompromiss bereits am 71. Zustande, ebenso wie die Ressortverteilung<sup>403</sup>): Die bis zuletzt strittige Eurofighter-Beschaffung soll demnach aus dem Koalitionsabkommen ausgespart werden. Es soll demnach der Untersuchungsausschuss abgewartet werden. Außerdem soll nach Angelobung der Regierung der Auftrag an den künftigen Verteidigungsminister ergehen, nach Alternativen und Ausstiegsszenarien zu suchen. Im Regierungsübereinkommen werde es keine Festlegung zu den Abfangjägern geben, heißt es in Verhandlerkreisen.<sup>404</sup>

Die Aussagen von Schüssel und Gusenbauer vom selben Tag scheinen zu diesen Informationen zu passen:

Schüssel bezeichnet das Thema Eurofighter zwar noch als "strittig" und betont, dass man im Regierungsprogramm ein "Ja zur Luftraumüberwachung" verankert habe, und: "*Es ist auch ganz logisch, dass das wie von der Bundesheerreformkommission vorgeschlagen, mit eigenen Flugzeugen zu geschehen hat.*" Dass der neue Verteidigungsminister nach Alternativen suchen soll, halte er zwar nicht für notwendig, meinte Schüssel. Aber wenn es der Wunsch des neuen Bundeskanzlers sei, nach einer "*noch besseren Lösung*" zu suchen, dann werde er das akzeptieren<sup>405</sup>.

Gusenbauer erklärt die Besetzung des BMLV mit einem roten Minister folgendermaßen: "*Es ist am besten, wenn ein Sozialdemokrat die Vorbereitung der Bundesheer-Reform vollzieht und sich um das strittige Thema der Eurofighter kümmert.*" Das sei die Begründung, warum die SPÖ nun nicht das Innen-, sondern das Verteidigungsministerium übernimmt<sup>406</sup>. Zudem: Darabos erhält von Gusenbauer den Auftrag, mit dem Eurofighter-Hersteller EADS in Verhandlungen zu treten, um eine Verbilligung des Deals zu erreichen.<sup>407</sup>

Laut dem steirischen Landeshauptmann Voves wurde die Entscheidung bei Eurofightern (sowie Studiengebühren) und Ressortaufteilung nur von den Parteichefs Gusenbauer und Wolfgang Schüssel getroffen. Die Verhandlungsteams hätten die Ergebnisse lediglich zur Kenntnis genommen.

- 10.1.2007** Der designierte Verteidigungsminister Darabos erklärt, dass er notfalls statt der Abbestellung der Eurofighter auch eine Reduktion oder einen Tausch gegen anderes Gerät akzeptieren würde.<sup>408</sup>

<sup>402</sup> APA0239 5 II 0493 So, 07.Jän 2007.

<sup>403</sup> APA0585 5 II 0811 Mo, 08.Jän 2007.

<sup>404</sup> APA0180 3 II 0304 WI Mo, 08.Jän 2007.

<sup>405</sup> APA0424 5 II 0467 F. Mo, 08.Jän 2007.

<sup>406</sup> APA0424 5 II 0467 F. Mo, 08.Jän 2007.

<sup>407</sup> APA0455 5 II 0546 Mo, 08.Jän 2007.

<sup>408</sup> APA0590 5 II 0593 Mi, 10.Jän 2007.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Das Kabinett Gusenbauer I steht.<sup>409</sup>

- 11.1.2007** Schüssel scheidet aus dem Amt des Bundeskanzlers aus. Angelobung der Regierung Gusenbauer.<sup>410</sup>
- 16.1.2007** Bei seiner ersten Regierungserklärung im Nationalrat äußert sich Gusenbauer indirekt zum Thema Eurofighter: Das Bundesheer müsse entsprechend ausgestattet und gerüstet sein: "*Dies gilt auch für die Luftraumüberwachung*". Eurofighter selbst nennt er nicht beim Namen.<sup>411</sup>
- 2.2.2007** SPÖ-Fraktionsführer Günther Kräuter beschuldigt Schüssel, diese Woche "*illegal im Untersuchungsausschuss*" gewesen zu sein. Schüssel hat, obwohl selbst als Auskunftsperson geladen, gemeinsam mit Fekter vertrauliche Akten studiert. Der Vorfall wurde dokumentiert und protokolliert, von Fekter notgedrungen eingestanden und allgemein als völlig unzulässig qualifiziert.<sup>412</sup>
- 12.2.2007** Bergner gibt vor dem Untersuchungsausschuss an, dass er kein Treffen und/oder Briefkontakt mit Schüssel gehabt hätte.<sup>413</sup>
- 13.2.2007** Schüssel sagt u.a. vor dem Untersuchungsausschuss aus, dass er keine Präferenz für einen bestimmten Abfangjägertypen gehabt habe und sich in dieser Frage auch gar nicht eingebracht hätte.<sup>414</sup>
- 20.4.2007** Schüssel ist für die "*rückhaltlose Aufklärung*" der Vorgänge um den Eurofighter-Vertrag. Dennoch: der Eurofighter sei "*das beste Gerät*" gewesen, man habe einen "*sehr guten Vertrag*" mit erstklassigen Gegengeschäften.<sup>415</sup>
- 21.4.2007** Schüssel kritisiert Darabos (und Fischer): Es brauche "*mehr Engagement im Bundesheer, vom Oberbefehlshaber bis zum Verteidigungsminister*", meinte Schüssel. "*Das Bundesheer braucht unsere Unterstützung auf dem Land und in der Luft. Da darf kein billiger Populismus herrschen*".
- 11.5.2007** Fekter kritisiert SPÖ iZm Rapid-Sponsoring. SPÖ-Bundesgeschäftsführer Josef Kalina vermutet „Kontrolllobmann“ Schüssel hinter dem Verhalten der ÖVP in Sachen EF.<sup>416</sup>
- 14.5.2007** Schüssel distanziert sich von dubiosen Eurofighter-Zahlungen: "*Nichts von dem, was da gelaufen ist, würde irgendeiner von uns verantworten können oder wollen*". Niemand in der schwarz-blau-orangen Regierung sei "*jemals mit diesen Herrschaften in Kontakt gekommen, um die es da geht*", so Schüssel. Kein Mensch könne kontrollieren, was eine andere Firma als das Hersteller-Unternehmen an PR-Aktivitäten setzt.<sup>417</sup>
- 27.10.2007** Ende des Untersuchungsausschuss EF I.

<sup>409</sup> APA0590 5 II 0593 Mi, 10.Jän 2007.

<sup>410</sup> [https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD\\_01781/](https://www.parlament.gv.at/WWER/PAD_01781/)

<sup>411</sup> APA0458 5 II 0796 Di, 16.Jän 2007.

<sup>412</sup> APA0446 5 II 0311 Fr, 02.Feb 2007.

<sup>413</sup> 55/KOMM XXIII. GP - Untersuchungsausschuss NR – Communiqué, 46.

<sup>414</sup> APA0655 5 II 0382 Di, 13.Feb 2007.

<sup>415</sup> APA0339 5 II 0341 Fr, 20.Apr 2007.

<sup>416</sup> APA0357 5 II 0214 Fr, 11.Mai 2007.

<sup>417</sup> APA0701 5 II 0169 Mo, 14.Mai 2007.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- 4.12.2012** Der Standard zitiert Schüssel iZm Schmiergeldzahlungen/Gegengeschäften: "Die ÖVP hat nicht einen Cent von EADS oder von irgendeiner Firma, die mit EADS in Zusammenhang steht, bekommen"  
Weiter: "Ohne den Eurofighter wäre (der oberösterreichische Flugzeugteilelieferer, Anm.) FACC nie in die Gelegenheit gekommen, mit Boeing Geschäfte zu machen"<sup>418</sup>
- 4.3.2017** Die Kleine Zeitung zitiert Schüssel zum Thema Schmiergeldzahlungen in Zusammenhang EF: "Davon habe ich keinerlei Kenntnis. Und das hat mit der Regierung nichts zu tun."<sup>419</sup>

---

<sup>418</sup> <http://derstandard.at/?id=1353208215734>.

<sup>419</sup> : [http://www.kleinezeitung.at/politik/politikaufmacher/5178491/UAusschuss\\_ExKanzler-Schuessel-vereidigt-Kauf-der-Eurofighter](http://www.kleinezeitung.at/politik/politikaufmacher/5178491/UAusschuss_ExKanzler-Schuessel-vereidigt-Kauf-der-Eurofighter).

## 2.2. GEORG SCHMIDT UND IT SOLUTION

Georg Schmidt, Geschäftsführer und Gesellschafter der Firma IT-Solution, hatte gemäß Maßnahmenplan von EADS, der am 19. September 2002 EADS-intern weitergeleitet wurde, direkte Kontakte und Einfluss auf die ÖVP:<sup>420</sup>

---

**From:** Aldag, Wolfgang  
**Sent:** 19 September 2002 16:27  
**To:** Rauen, Aloysius  
**Cc:** Kamlage, Uwe  
**Subject:** EF Österreich

Herr Rauen,  
anbei der Maßnahmenplan über das weitere Vorgehen hier in Österreich. Dieser Plan wurde mit unseren Beratern und Dr.Bergner abgestimmt. Im Plan wurde bewußt auf zeitliche Abläufe der Maßnahmen verzichtet, da hier in Österreich das Wann und Was und auch das Ob von den täglichen Ereignissen geprägt wird.  
Dieses Mail ist über eine sichere Leitung versandt. Nach versenden dieser Mail ist der File aus dem Computer hier in Wien gelöscht.  
Gruß aus Wien, Wolfgang Aldag



AusgangslageSE...

EF-Österreich



Maßnahme	Zielbereich	Aktion	Wer
Kontaktpflege zur IT-Solution, Abschluß des Vorvertrages für mögl. SW-Beschaffung	IT-Solution, Hr. Schmidt, hat direkte Kontakte und Einfluß auf ÖVP Macht Einflußnahme Saab z.Zt. so gut wie unmöglich!	Ständige Konsultationen Leitungsvorlage Vorvertrag/BOMM Vorvertrag: 350 T€	HH. Aldag/Plattner Herr Kamlage Herr Aldag

Wie Schmidt mit EADS in Kontakt kam, schilderte er bereits in seinem Eingangsstatement:

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** [...] 2002, im Mai, bekam ich einen Flugauftrag, acht Kriegsveteranen, Zweiter-Weltkrieg Veteranen nach Peenemünde zu fliegen, wo damals die V2 hergestellt wurde.  
Das Leben ist ja wirklich interessant: Da fliegt man direkt bei Schönefeld vorbei, da tagte zu diesem Zeitpunkt gerade die Internationale Luftfahrtausstellung; und wenn man fliegt, hat man ja auch Zeit zu denken, denn es fliegt der Autopilot. Ich schaute hinunter und fasste den Plan, die Kameraden hinten zu begeistern, dass sie nach der Besichtigung von Peenemünde am nächsten Tag nicht gleich direkt heimfliegen, sondern dass wir in Schönefeld bei der ILA einen Stopp machen. Was passierte? – Wir waren als Erste dort. Das Erste, was mir in den Weg kam, war ein Eurofighter, in dem ich eine halbe Stunde Probe sitzen durfte [...], um danach im Chalet mit bedeutenden Vertretern von EADS und anderen Firmen ins Gespräch zu kommen.

Ich wurde an einen gewissen Herrn Direktor Steininger verwiesen, der in Wien damals Platzhalter war. Der Termin, das Vorsingen, bei dem sechs Leute zugegen waren, ging gründlich schief, weil die Chemie nach meinem Dafürhalten nicht gepasst hat. Außerdem hat es eine Heerschar von Messiasen gegeben, die täglich mit – was weiß ich was – Frühstücken und so fort - - Man hat also ausgesucht, ob es jemanden gibt, der dem Projektfortgang förderlich sein kann. Da ist ein Herr dabei gesessen, der keine Silbe gesprochen hat – der war

<sup>420</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/mail-der-eurofighter-bosse.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

vor zehn Jahren, oder ziemlich genau zu der Zeit, hier als Auskunftsperson da –, namens Fred Plattner. Der hat sich mich angeschaut, hat mich nachher angerufen und hat mich mit dem Herrn Dr. Klaus-Dieter Bergner zusammengebracht. [...] Agreement mit EADS war – nachdem die Beratersituation komplett ausgeschöpft war –, dass ich da Leistungen, die gewünscht sind, einbringe, ohne Entgelt, dass aber dafür seitens der Projektmanager das Maximale versucht wird, dass mein kleines Unternehmen, das im Normalfall nie mit großen Unternehmungen Geschäfte machen kann, bei den Offsetgeschäften eben zu Geschäftstätigkeit kommt, was ja auch notwendig gewesen ist. Ansonsten hätte ich nicht die Zeit einsetzen können, denn die Firma IT Solution hat mich ganz schön gefordert. Das war eine ziemlich große Aufgabe. – Schön.<sup>421</sup>

Das „*Agreement mit EADS*“ sei also gewesen, dass Schmidt „*Leistungen, die gewünscht sind, einbringe, ohne Entgelt*“. Im Gegenzug sollte sein Unternehmen – IT-Solution – bei den Gegengeschäften zu einer Geschäftstätigkeit kommen.

Die Frage, welche Leistungen von Schmidt gewünscht waren, ergibt sich aus oben zitiertem Maßnahmenplan: – Politische Einflussnahme.

Wie Schmidts „Entlohnung“ in die Tat umgesetzt wurde, zeigen EADS-interne E-Mails aus dem Clifford Chance-Bericht. Laut Georg Schmidt war der Vorgang vollkommen unbedenklich. EADS-intern mussten jedoch zunächst noch einige „Verständnisprobleme“ gelöst werden:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Hatten Sie damals in Berlin schon Informationen über den Umfang der Gegengeschäfte?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Nein. Nein.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ihr Ziel war, möglichst mit Ihrer Firma IT-Solution ins Gegengeschäft zu kommen. (*Auskunftsperson Schmidt: Richtig!*) Und dazu gab es ja dann bereits im September 2002 ein Schreiben Ihrerseits, ein Angebot Ihrerseits, und dann gab es relativ rasch auch die Reaktion von EADS. Also am 26.9. stellen Sie das Angebot, und da stellen Sie interessanterweise auch schon eine Rechnung, obwohl die Unterschrift zum Vertrag IT Solution erst einen Tag vorher geleistet worden ist. Wie können Sie sich diese rasche Vorgangsweise erklären, dass Sie so rasch zum Gegengeschäft kommen?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Gnädige Frau, gerne widerhole ich mich: Ich müsste in den Projektunterlagen nachschauen, was es vorher schon alles gegeben hat. Ich habe in Erinnerung, dass es einiges gegeben hat. Und ich habe überhaupt keinen Krampf oder Zweifel oder sonst irgendwas mit Ihren Zeitabläufen und so fort. Es war - - Wissen Sie, ich gehe davon aus, dass ich mit einem Konzern, der lange Abläufe hat, wesentlich früher über diese Sache gesprochen habe. Irgendwann sind sie dann schriftlich gemacht worden und so fort, dann gibt es zuerst eine mündliche und dann gibt es eine schriftliche Zusage und dann gibt es eine Abwicklung. Die einzelnen Zeitabläufe kenne ich nicht. Was ich weiß: dass, wenn ich nachprüfe, Sie wahrscheinlich sagen: Ach, so harmlos war das? – Wir sind mitten im Leben.<sup>422</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Wie können Sie sich erklären, dass am 20.9. also fünf Tage vor Unterschrift (*Auskunftsperson Schmidt: „Fünf Tage vor“?*) – vor der Unterschrift dieses Vorvertrags –, ein E-Mail von Aldag an Rauen – wir legen es gerne vor (*der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt*) – lautet:

„Herr Rauen, wie mir Herr Kamlage berichtet, hat Frau Dr. Honold Verständnisprobleme mit der Genehmigung der Zahlung an Fa. IT-Solution.“

Verständnisprobleme – wie können Sie das erklären?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich habe keine Erklärung. Ich kenne die internen Abläufe eines großen Apparats, was EADS Deutschland sicher ist, nicht. Ich habe diese Dame nie kennengelernt, ich weiß nicht, wo das Verständnisproblem ist. Ich habe mich amüsiert, als ich im „profil“ dieses Mail gelesen habe und so fort, über die vornehme Ausdrucksform vom

<sup>421</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 7.

<sup>422</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 45- 46.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Herrn Aldag, die ich so gar nicht kannte – ist ja nett geschrieben!; ich versuche auch immer, nett zu texten, wie Sie gesehen haben –, und ich habe keine Ahnung, was damit gemeint war, was die Dame gesagt hat et cetera.

Was ich weiß, ist, dass es hier ein ganz normales Geschäft gegeben hat, das von einem Superprofi, dem Herrn Dipl.-Ing. Mag. DDr. Konezny, gerichtlich beeideter Sachverständiger, Steuerberater, Wirtschaftsprüfer – also viel mehr als er kann man nicht machen –, geprüft worden ist. Von ihm ist der Fall geprüft worden – und er hat von mir einen Projektordner bekommen und vier Jahre gehabt. Was soll **ich** noch machen?<sup>423</sup>

Es ging somit alles sehr schnell: Am 19.9.2002 wurde der Maßnahmenplan EADS-intern abgestimmt, worin Schmidt als Kontaktperson zur ÖVP aufschien und seine Entlohnung mittels eines Gegengeschäfts festgelegt wurde. Am 20.9. entstanden kurz Verständnisprobleme und dann wurde praktisch schon die Rechnung gelegt. Erst danach wurde der Vertrag unterschrieben.

Gelohnt hatte sich der Auftrag: Schmidt reichte Gegengeschäfte in Höhe von 1,3 Millionen Euro ein. Aber er hatte sich mehr erhofft:

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** [...] Ich habe keine Erinnerung und ich sehe überhaupt nichts verkehrt an dem, was Sie da sagen. Es gibt null Probleme. Wenn Sie wünschen, werde ich mich bemühen, wieder zu dem Projektordner<sup>11</sup> dort zu kommen und Ihnen eine schöne Auflistung über die einzelnen Schritte dieses einen Geschäftsfalls -- die 350 000 waren nach meiner Erinnerung der erste Geschäftsfall mit EADS. [...]

Wenn Sie bitte den Blickwinkel haben, dass es hier ein Softwaregeschäft gegeben hat zwischen einem der, wie ich da gehört habe, unentgeltlich oder so irgendwo, ehrenamtlich, Berater war, und einer Firma -- das war ich nämlich als Person Georg Schmidt, und als Geschäftsführer war ich knallhart interessiert, Geschäft, ordentliches Geschäft zu machen.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Wie hoch waren zum damaligen Zeitpunkt, die durchschnittlichen Vertragssummen der Verträge, die IT Solution mit anderen Geschäftspartnern abgeschlossen hat?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Es gibt eine Buchhaltung, da müsste ich nachschauen. (**Abg. Moser: Nur aus dem Gedächtnis!**) Aber um Ihre Frage gut zu beantworten: Ich gehe davon aus, dass das in einer Tabelle hervorsticht, dass das schon hoch ist.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** War das ein gutes Geschäft für Sie, diese 350 000?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Das kann ich so nicht sagen. Was ich sagen kann: Dass wir viel Arbeit mit EADS gehabt haben und dass nachher – auch durch das Verschulden von IT Solution und durch ungünstige Umstände – nur 1,4 Millionen € Gegengeschäft mit EADS herausgekommen sind.<sup>424</sup>

Dass „Hr. Schmidt“, wie EADS im Maßnahmenplan vermerkte, direkte Kontakte und Einfluss auf die ÖVP gehabt haben soll, war Schmidt rätselhaft:

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** [...] Also, dass ich von Herrn Wolfgang Aldag -- Das war ein Mensch in der Vertriebsorganisation von EADS, der nach Wien abkommandiert worden ist. Das war ein Punkt, warum ich den Eindruck gewonnen habe, dass die Firma diese Sache nicht besonders ernst nimmt. Er war ein sehr braver Mensch, aber er war nicht der geborene Verkäufer im ganzen Umgang. Und warum er auf die Idee kommt, seinem Vorgesetzten zu schreiben, dass ich Verbindungsmann zur ÖVP bin, ist mir völlig rätselhaft. Ich könnte hier nur Vermutungen äußern, und wenn Sie das wollen, dann zum Beispiel diese Vermutung: Ich war beim Draken-Untersuchungsausschuss der fliegertechnische Berater der

<sup>423</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 46-47.

<sup>424</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 47.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

steirischen Volkspartei, die damals – möglicherweise ist das manchen in Erinnerung – anderer Meinung war als die Bundes-ÖVP, die schwer gegen den Draken gekämpft hat.<sup>425</sup>

Einen Hinweis auf seine politischen Einflussmöglichkeiten lieferte die E-Mail von Georg Schmidt an seinen Freund Gilbert Frizberg (ehemaliger ÖVP-Nationalrats- und Landtagsabgeordneter und zum Zeitpunkt der E-Mail Vizepräsident der Wirtschaftskammer Steiermark, Aufsichtsrat der VERBUND AG und geschäftsführender Gesellschafter der Hereschwerke Regeltechnik GmbH, der Franz Heresch & Co GmbH und der Hereschwerke Frizberg KG):

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Es gibt ein weiteres Mail – und zwar ist das jetzt eine andere Nummer, das ist 55348 – an den Herrn Frizberg, in dem Sie sagen:

„Die betreffende Person“ – wir wissen nicht wer – „erzählte mir im April d.J. von einer erfolglosen Bewerbung für eine begehrte Position. Vielleicht kann man hier den Hebel ansetzen.

Bei den letzten Besprechungen mit Managern des Konzerns wurde mir sehr eindringlich verdeutlicht, dass es sich hier nicht um eine ‚nice to have‘ Angelegenheit sondern um ein essentielles Problem handelt, welches - im Interesse einer effizienten, allseits zufriedenstellenden, vertraglich bedungenen Umsetzung eines Vorhabens mit einer beachtlichen Dimension - vordringlich zu lösen wäre.“ (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Da gibt es offenbar den Versuch, irgendjemand irgendwo unterzubringen. Wissen wir, wer der Irgendjemand ist und wo es sein sollte? [...]

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** [...] Ich habe folgende Vorstellung, aber da sind halt Vermutungen dabei: Da gab es mehrere Organisationen hinsichtlich Gegenschäfte. Ich glaube, eine hat Arge Offset geheißen, da war ein bunter Haufen drinnen. Da war eine Person, und beim besten Willen weiß ich nicht, wer das war, die hat Multitasking und Multiplaying durchgeführt, und man hat, glaube ich, im Hause EADS den Eindruck gehabt, dass da Begehrlichkeiten vorhanden sind.

Das hat man abgelehnt, und daraufhin hat es keine gute Zusammenarbeit gegeben – so eine ganz dunkle Vorstellung –, und daraufhin war der Wunsch, und ich habe jetzt da gesehen, dass der nach oben befördert wird, um dort nicht mehr zu stören. Das kann sein, kann aber auch anders gewesen sein, aber jedenfalls - -

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Wieso ist der so bedeutend, nicht bloß eine Nice-to have-Sache, sondern offenbar etwas Bedeutsames für EADS?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ja, ja. Ich habe den Eindruck gehabt, dass EADS unter der Gegengeschäftsverpflichtung extrem gestöhnt hat, und dass sie sich extrem bemüht haben – Dr. Bergner und so fort –, die Verpflichtung zeitgerecht und im vollen Umfang zu erfüllen, also mit so vielen zusätzlichen Geschäften, dass man eine Freude haben kann. Und diese Arge, es hat mehrere Sachen gegeben, ich glaube, teilweise Wirtschaftskammer et cetera - -

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Wo sollte der Mann hinkommen?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ganz ein normaler Ablauf, und da sehen Sie auch, also - -

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Wo sollte er hin? (*Auskunftsperson Schmidt: Das weiß ich nicht!*) – In die Wirtschaftskammer, oder - -

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Nach oben, keine Ahnung; aber ich weiß zu wenig genau. Ich habe, damit die Sache auf dem Punkt bleibt, in Erinnerung, dass es da um eine ganz gewöhnliche Intervention geht, dass ich einen Freund – Herr Dr. Frizberg ist mein Freund, den habe ich nicht als ÖVP-Abgeordneten oder was - -

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Der ist Wirtschaftskämmerer, nicht?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Was er alles war, weiß ich nicht. In erster Linie ist er ein toller Unternehmer, das steht bei ihm im Vordergrund, er hat ein großes Firmenimperium und so fort. Mit ihm habe ich in meinem vorigen Beruf gemeinsam ein großes Heizwerk gebaut, also genügend Kontakte gehabt.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Gut, also weiter kommen wir da jetzt nicht. Der Mann

<sup>425</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 10.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

sollte jedenfalls in einer österreichischen Institution untergebracht werden. Es liest sich - -

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich habe nicht einmal den Namen, also kann ich nicht - -

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Es liest sich nämlich anders, als Sie jetzt erklären.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich lese es noch einmal durch, vielleicht fällt mir etwas auf. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*) Na ja, es ist schon dumm, weil ich auf meinem Rechner ein Mail gefunden habe, aber das war ähnlich dem, was ich vom „profil“ vorgehalten bekomme habe (*Verfahrensrichter Rohrer: Ja, ja!*), und aus dem wurde ich nicht schlau.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Jetzt werden wir wieder nicht schlau.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Also man sieht, es hat mehrere Mails gegeben, weil ich ihn irgendwann angesprochen haben muss.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Na eh, das Mail.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** „Die betreffende Person erzählte mir im April d.J. von einer erfolglosen Bewerbung für eine begehrte Position.“ – Das heißt, es muss um diese Person gehen, wo EADS mich gefragt hat, ob es eine Möglichkeit gibt, dass er nicht mehr in dieser Funktion tätig wird und Gegenschäfte stört, weil er auf EADS vergrämt war (*Verfahrensrichter Rohrer: Genaueres wissen wir nicht!*); aus welchem Grund weiß ich nicht.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Na gut, damit beende ich meine Befragung. Herr Vorsitzender, ich danke!<sup>426</sup>

Die Befragung Georg Schmidts bot jedenfalls eine Erkenntnis: Georg Schmidt war als Geschäftsmann „knallhart interessiert“, für IT-Solution Geschäfte mit EADS abzuschließen und EADS schloss auch überaus lukrative Geschäfte mit IT-Solution. Und dass er gar keinen Einfluss auf die ÖVP gehabt haben soll, erscheint angesichts der E-Mail an Frizberg wenig glaubwürdig. Und auch im Bundeskanzleramt nahm man die Dienste von IT-Solution in Anspruch.<sup>427</sup>

Für Gabi Moser war das eine Rolle zu viel, die Schmidt hier innerhalb der Kürze der Zeit innehatte:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Zusammenfassend: Sie lernen EADS kennen. Innerhalb von zwei, drei Monaten kommt ein großes Gegengeschäft für Sie zustande. Sie machen weitere Geschäfte. EADS ist der Ansicht, Sie haben Kontakte, die von Bedeutung sind. [...] Wie können Sie jetzt sozusagen als Berater, als der Sie sich selbst darstellen, und gleichzeitig als Gegengeschäftsprofiteur diese zwei Rollen - - (*Auskunftsperson Schmidt: Na, Profiteur - - !*) – Ja, Sie haben ja Gegengeschäfte gemacht?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ja.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Das war Ihr Ziel.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ja meinetwegen, ja. (*Vorsitzender Kopf gibt erneut das Glockenzeichen.*)

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Wie können Sie diese zwei Rollen – ich bin schon am Ende – in Einklang bringen?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Optimal! Optimal, gnädige Frau.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Das war es eh, ja.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Und ich glaube, dass, wenn Sie in Zukunft die Möglichkeit haben, mit den Herren, die ich beraten habe, zu reden, die Ihnen sagen werden, dass ich einen guten Job gemacht habe, dass sie mit mir zufrieden waren. Äußert sich auch, dass sie sich eingesetzt haben, dass ich Gegengeschäfte machen kann.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Perfekt. – Danke schön.<sup>428</sup>

<sup>426</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 10-12.

<sup>427</sup> [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20040811 OTS0038/das-bundeskanzleramt-bietet-ab-sofort-kostenlosen-download-von-buergerkartensoftware-an](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20040811 OTS0038/das-bundeskanzleramt-bietet-ab-sofort-kostenlosen-download-von-buergerkartensoftware-an)

<sup>428</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 79.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Darüber hinaus konnte der U-Ausschuss auch die Beziehung des Geschäftsmannes Georg Schmidt mit Alfred Plattner und Frank Petmecky und die Kontaktpunkte der IT-Solution GmbH mit dem Vector-Netzwerk herausarbeiten. Petmecky wollte allem Anschein nach jedoch nicht, dass Schmidt darüber vor dem U-Ausschuss sprach und versagte ihm die Entbindung von der Verschwiegenheitspflicht:

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich darf zuerst gleich folgende Bekanntmachung durchführen: Bei sämtlichen Verträgen oder nahezu sämtlichen Verträgen, die ich als Geschäftsführer der Firma IT Solution durchgeführt habe hinsichtlich Software, und zwar hinsichtlich einer sehr sensiblen Software, Kryptografie, gibt es Geheimhaltungsvereinbarungen. Das ist ein Standardpunkt in unseren Verträgen – so auch in den Verträgen, die heute wahrscheinlich zur Sprache kommen werden.  
Ich habe, um ordentlicher Geschäftsmann zu sein, meinen Vertragspartner gebeten, mich von der Geheimhaltung zu entbinden. Das ist namentlich der Herr Frank Petmecky gewesen. Er schrieb mir zurück, dass er das nach Rücksprache mit seinem Anwalt nicht tut, denn er wird seit sechs Jahren vom Staatsanwalt in München und in Wien als Beschuldigter geführt und empfindet so wie ich Unmut, dass sämtliche Akten, die dort dem Staatsanwalt übergeben worden sind, in der Presse nachzulesen sind. Das gefällt ihm gar nicht, mir gefällt das auch nicht. – Schön.<sup>429</sup>

Nach Aussage von Schmidt wollte er mit IT-Solution nach Fernost expandieren. Dafür habe die Gesellschaft Kapital benötigt. Plattner, mit dem er ein freundschaftliches Verhältnis pflegte, sollte ihm dabei helfen, zu diesem Kapital zu kommen:

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Herr Dr. Schmidt, laut Medienberichten wurde 2010, also während Sie noch Geschäftsführer der IT Solution waren, eine Provision von 300 000 € an EQ.CU.COM AG überwiesen. Wofür war diese Provision?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ja, ja, den Fall kenne ich. Der betrifft also die Nichtentbindung von der Geheimhaltung. Ich war gestern entsetzt, als ich das Mail bekommen habe, dass ich da nicht entbunden werde. Ich habe gesagt, boah, einen Tag vor der Sitzung hier, muss ich mein ganzes Konzept umwerfen, das da gelautet hat: Du erzählst die Sache so, wie sie war. Du brauchst nicht irgendetwas sagen, erzählen - -nicht, und - -

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Jetzt erzählen Sie es nicht so, wie es war?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Na ja, wenn er mich nicht entbindet, habe ich mir gedacht, ist es schlecht, denn dann, wenn ich es nicht erzähle, dann passiert das, was nicht passieren soll, dass Unterstellungen, Gerüchte, Verdächtigungen und sonst was da sind. Denn sonst hätte er es ja gesagt! Nicht? Herr Vorsitzender, habe ich das richtig verstanden: Ich muss aussagen?

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Ja, ja.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Na gut! Wenn das eine Verpflichtung ist, dann ist sie höher als die Geheimhaltungsverpflichtung.

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Herr Dr. Rohrer war Vizepräsident des OGH, glauben Sie mir!

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Sehr schön. Ich habe mehrfach betont, dass ich ein Freund - -, ein sehr gutes freundschaftliches Verhältnis mit dem Herrn Plattner habe, den ich sehr schätze für seine - -, für alles, ja, und vor allem für die Persönlichkeit. Solche Leute sollten mehr in meiner Umgebung sein. (*Abg. Walter Rosenkranz: Wir hätten die Persönlichkeit auch gerne ...!*) Und er hat mir - - Bitte? (*Abg. Walter Rosenkranz: Wir hätten die Persönlichkeit auch gerne hier!*) – Ja hätten Sie das mir gesagt, dann hätte ich Einfluss genommen, weil ich habe gestern - - (*Heiterkeit. – Zwischenruf der Abg. Tamandl.*)

Da sind wir jetzt wieder bei der Beratertätigkeit. Ich habe gesagt: Du geh' hin, mach was! Der Herr Plattner hat mir – so ist es meine Erinnerung, es ist ja eine Zeit her, und so fort – gesagt: Du, ich habe wen, der hat Interesse, das und das zu machen und so fort. Und dann hat er mich dem Herrn vorgestellt, den habe ich vielleicht fünfmal, oder weniger, gesehen, auch äußerst sympathisch, ein gewissenhafter Geschäftsmann und so fort, ich kann nur das Beste über ihn

<sup>429</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 4.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

berichten, der heißt Frank Petmecky.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Wie heißt der?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Frank oder Frank (*den Vornamen auf Englisch aussprechend*) Petmecky.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Okay.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Und mit ihm habe ich als Geschäftsführer von IT Solution einen Vertrag unterschrieben, der vorliegt, und Firmenunterlagen dazu, der erinnerlich zum Inhalt hat: Wenn er einen stillen Gesellschafter - - Der Herr Plattner und der Herr Petmecky sind in Singapur, und die haben gesagt, es gibt Interesse an der Software und das und das, und es sollte so und so ablaufen; alles so in Erinnerung. Und, was ich deutlich in Erinnerung habe: dass ich einen Vertrag unterschrieben habe. Ich habe mir ihn leider in Vorbereitung nicht angeschaut unter den gegebenen Umständen, aber den gibt es. Wenn das notwendig ist, dann werde ich mich bemühen - -

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Wofür waren dann die Provisionen?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ja, ja, das sage ich Ihnen. Es hat einen Vertrag gegeben, in dem ist sinngemäß drinnen gestanden, welche Leistungen der Vertragspartner namens Petmecky zu erfüllen hat. Und wenn er darüber hinaus die Vermittlung von einem stillen Gesellschafter, der tatsächlich Gesellschaftskapital bei der Firma IT Solution als stiller Gesellschafter einbezahlt, wenn das passiert, dann kriegt er eine Vermittlungsprovision von irgendwo 3 Prozent oder was es war, ein bisschen mehr als 3 Prozent.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Ja, und? Ist das dann de facto passiert?

Hat er das gemacht?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Und das war im Jahre X, weiß ich nicht, vielleicht 2009 oder was, und ein Jahr später hat er das zuwege gebracht, hat es einen stillen Gesellschafter, dessen Namen ich nicht einmal genau kenne, aber aus dem Fernen Osten, gegeben. Das ist abgewickelt worden, da ist ein Gesellschaftsvertrag errichtet worden, in Deutsch und englischer Übersetzung. Wir haben die Gesellschafterin geheißen, IT Solution, und der andere Partner hat stiller Gesellschafter geheißen – und das ist ins Englische übersetzt und so fort, über viele Seiten –, der hat einbezahlt. Und irgendwann hat der Herr Petmecky eine Rechnung über das vereinbarte Vermittlungsentgelt gelegt. Ich habe den Vertrag hergenommen, habe geprüft – jawohl, die Leistung ist erfüllt, der Provisionssatz ist richtig übergerechnet, wir haben 8 Millionen € einbezahlt, 3,75 Prozent, glaube ich, waren es – und habe die Rechnung freigegeben, die ist überwiesen worden. An welche Firma hätte ich Ihnen nicht sagen können.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Wissen Sie noch die Summe? Wie viel hat der stille Gesellschafter eingezahlt?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** 8 Millionen.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** 8 Millionen €?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ja. Das ist im Übrigen rückabgewickelt worden. Ich wäre froh gewesen, wenn ich zu dem Zeitpunkt 40 gewesen wäre, denn dann hätte ich viel zusammen - - aus der Geschichte. Mein Sohn mag diese Geschäftstätigkeit nicht besonders und das Ganze ist rückabgewickelt worden, das gibt es nicht mehr. Aber was nicht rückabgewickelt wird, weil es nicht vertragskonform wäre, ist die Provision, denn er hat ja die Leistung erfüllt. Wenn wir dann irgendwas anders machen – wir, sprich: IT Solution und so fort –, dann ist es nicht sein Bier. Also von der Seite her schlecht, von der Leistung her absolut korrekt, würde ich genau wieder so machen.<sup>430</sup>

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Das heißt, Sie wollten unbedingt, dass jemand bei Ihnen Kapital einlegt, und Sie wollten unbedingt einen stillen Gesellschafter haben.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Es war ganz sicher in meinem Interesse, als IT Solution die Geschäftstätigkeit auszuweiten. Ich habe das sehr begrüßt, dass es diesen Vorschlag gegeben hat. Und es ist lang her, aber erinnerlich hängt das mit Gegengeschäften zusammen, die nicht zustande gekommen sind. Ich habe 1 Prozent von der Summe – und das ist hübsch viel – als Ziel gehabt. Und ich habe, glaube ich, 1 Promille davon erreicht, also Sie sehen, welch guter Geschäftsmann ich bin. (*Heiterkeit der Auskunftsperson.*)

<sup>430</sup> 410/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38-40.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Die 1,3 Millionen waren ja herzig. Wir haben Firmenkosten von 700 000 gehabt, wir haben viel Zeit aufgebracht für einen Konzern. Verstehen Sie: 700 000 mal zwei sind 1,4 Millionen, das war für mich nicht berauschend. 1,3 Millionen, oder was da drinnen steht, Gegenschäfte, das wäre für mich als Privatperson ein hübscher Betrag. Für die Firma: 40 Millionen wären schön gewesen, ja.<sup>431</sup>

Nach Schmidts Aussage vermittelte also Alfred Plattner bzw. Frank Petmecky den Vertrag mit dem stillen Gesellschafter bzw den stillen Gesellschaftern und verrechnete über die EC.CU.COM AG eine Provision in der Höhe von 300.000 Euro. Das Geschäft wurde angeblich rückabgewickelt.

Wer dieser stille Gesellschafter war, wollte Schmidt bei seiner Befragung partout nicht preisgeben. Ihn hätte es nicht interessiert, wer hinter der Gesellschaft steckte und die 8 Millionen Euro in sein – nach eigenen Angaben – kleines Unternehmen investierte:

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Nächster Themenbereich: Wer war der stille Gesellschafter? (*Auskunftsperson Schmidt: Wer war?*) – Der stille Gesellschafter.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Eine Firma, und ich weiß es nicht, weil das hat sich oftmals geändert, jedenfalls aus dem Fernen Osten. Ich glaube, anfangs war es Hongkong und dann ist das hin und her gegangen, das ist etliche Male ausgewechselt worden, und zum Schluss ist die stille Gesellschaft aufgelöst worden und das Geld zurückbezahlt worden. (*Abg. Maurer: Aber Sie, obwohl - -*) Also keine Smoking Gun, Frau Abgeordnete.

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Ich frage, wer das war. (*Auskunftsperson Schmidt: Ja!*) Sie haben 8 Millionen von diesen Personen (*Auskunftsperson Schmidt: Das war die Gesellschaftseinlage, unter vielen - -*) dahinter erhalten.

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Lassen Sie doch die Frau Abgeordnete zuerst einmal ausreden, bitte! (*Auskunftsperson Schmidt: Entschuldigung!*)

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Also: Sie haben 8 Millionen von diesen Personen, von dieser Gesellschaft, erhalten, aber es ist Ihnen nicht erinnerlich, wer da dahintergestanden ist und wer das war!

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich habe nicht 8 Millionen erhalten, sondern die Firma IT Solution, die ist die Gesellschafter - - Nein, die hat anders geheißen, im Vertrag, ist ja - - Also die Firma, wo der stille Gesellschafter - - Geschäftsinhaberin hat sie geheißen! Die Geschäftsinhaberin war die Firma IT Solution – **war**, ist nicht mehr - - Es ist rückabgewickelt worden. Bitte, ich komme nicht mit, was Sie ergründen wollen, denn ich würde gerne Ihre Fragen so beantworten, dass Sie zufrieden sind.<sup>432</sup>

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Sie haben vorher gesagt, Sie haben aktiv nach einem stillen Gesellschafter gesucht, jetzt sagen Sie, der Herr Plattner hat Ihnen jemanden vorgeschlagen. Das ist ein gewisser Widerspruch.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Gut! Ich erinnere mich, dass ich Folgendes gesagt habe: Es war mein Interesse, unsere Geschäftstätigkeit in den Fernen Osten auszuweiten, wo es großes Interesse gegeben hat, und der Herr Plattner hat den Weg gekannt.

Und zur ersten Frage: Es hat einen tüchtigen Menschen gegeben, oder gibt es ihn, den Herrn Frank Petmecky. Der hat ein Jahr lang gesucht, dass er wen findet, der investiert, irgendwo ein Jahr hat das gedauert.

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Aber gefunden hat der Plattner? (*Auskunftsperson Schmidt: Bitte?*) – Aber gefunden hat der Plattner?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Wer sagt das?

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Sie!

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Na, also ganz sicher nicht!

**Abgeordnete Sigrid Maurer (Grüne):** Also ich habe da (*Auskunftsperson Schmidt: Aber - - !*) einen deutlichen Widerspruch. Sie haben gesagt (*Auskunftsperson Schmidt: Ja - - !*), der Herr

<sup>431</sup> 410/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 42.

<sup>432</sup> 410/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 67.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Plattner hat diesen stillen Gesellschafter vorgeschlagen, jetzt haben Sie gesagt

(*Auskunfts person Schmidt: Der Herr Plattner hat - -!)*, der Herr Petmecky hat gesucht.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Der Herr Plattner hat mir vorgeschlagen, dass dieser Weg möglich wäre, damit wir dort Geschäft machen. Der Herr Plattner ist mein Freund, wir sind im Leben und so fort - - Der sagt: Du, ich weiß was! Daraufhin hat sich ein Prozess ergeben und der Prozess ist sehr ordentlich abgewickelt worden.

Und hören Sie: Ich leide darunter, dass die Firma IT Solution 350 000 Vermittlungsentgelt bezahlt hat und die Sache von meinem Sohn vermurkst worden ist – rückabgewickelt, das Geld ist fort und so fort! Das ist nicht gerade so klass'! Also Sie reizen mich ja insgesamt mit der Geschichte. Und darum: Ich weiß ja nicht, auf was Sie hinauswollen.<sup>433</sup>

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Nachdem ja bei seiner Einvernahme bei der Finanzstrafbehörde diese Firma des Herrn Petmecky erwähnt wurde, möchte ich Sie jetzt fragen, und ich bitte Sie wirklich, nicht ausschweifend zu antworten, sondern ganz konkret zu sagen: Können Sie ausschließen (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen*), dass der Herr Plattner in irgendeiner Art und Weise hinter der stillen Gesellschaft gesteckt ist, die bei Ihnen im Unternehmen investiert hat und als stille Gesellschaft aufgeschienen ist? Können Sie ausschließen, dass der Herr Plattner da dahintergesteckt ist?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich halte das für höchst unwahrscheinlich.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Können Sie es ausschließen?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Nein, ausschließen, das ist - - Ich bin ein Techniker.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Ja Sie haben doch den Vertrag mit dem stillen Gesellschafter unterschrieben, diesen stillen Gesellschaftsvertrag. Das haben Sie uns doch gesagt. Sie müssen doch wissen, wer da dahintergesteckt ist.

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Nach allem, was ich wahrgenommen habe, halte ich das für ausgeschlossen. Nach allem, was ich wahrgenommen habe, halte ich das für ausgeschlossen.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie viele Geschäfte haben Sie während Ihrer Gesellschafter-Geschäftsführertätigkeit bei der IT Solution abgeführt (*Vorsitzender Kopf gibt erneut das Glockenzeichen*), die 8 Millionen € wert waren? Wie viele Geschäfte waren das, dass Sie sich nicht erinnern können, wer in diesem Vertrag wirtschaftlicher Eigentümer in dieser stillen Gesellschaft war?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Ich bin nicht mitgekommen. Bitte noch einmal!

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Wie viele Geschäfte in einem Ausmaß von 8 Millionen € haben Sie in Ihrer Zeit als Gesellschafter-Geschäftsführer bei der Firma IT Solution abgeschlossen, dass es Ihnen nicht erinnerlich ist, wer dieser stille Gesellschafter ist?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Kurze Antwort: null.

**Abgeordnete Gabriele Tamandl (ÖVP):** Und da ist es Ihnen nicht erinnerlich, wer hinter dieser stillen Gesellschaft gesteckt ist?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Eine Firma in Hongkong war die erste. Was geht mich das an?<sup>434</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Warum hat eigentlich Petmecky die Provision erhalten?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Der Herr Plattner hat mir irgendwann – vielleicht war das 2009 – gesagt: Okay, da gibt es eine Möglichkeit. Setzen wir uns mit dem Herrn Petmecky zusammen! Der Herr Petmecky hat mir irgendetwas erklärt, was ich natürlich vergessen habe, und daraufhin hat er mir einen Vertragsentwurf vorgelegt. Den habe ich redigiert, wie das meine Art ist, angepasst an unseren Vertragsstil, und sofort dann ist es zur Unterfertigung dieses Vertrages gekommen. In dem steht grob eine Reihe von Leistungen drinnen, die er zu erbringen hat. Und wenn er erreicht hat, dass ein Gesellschafter in die IT Solution investiert, dann gebührt ihm nach der erfolgten Zahlung ein Vermittlungsentgelt. Das ist eine faire, vernünftige und im Geschäftsleben übliche Geschichte.

Es gibt jede Menge Leute, die Kredit vermitteln und Geld kriegen. Ich wundere mich immer und denke mir, es gibt eh Banken und so fort, aber das soll es geben. Und so ist das abgelaufen.

<sup>433</sup> 410/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 69.

<sup>434</sup> 410/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 76-77.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Da hat es zuerst eben diese Vereinbarung über den Umstand, gegeben dass er einen stillen Gesellschafter sucht, dann ist ein Jahr vergangen, dann ist ein stiller Gesellschafter präsentiert worden in Nahost. Ich habe mir nicht die Mühe gemacht, da hinüberzufliegen und Geld auszugeben. Ich hätte auch keine Zeit gehabt, die Hand zu schütteln und zu sagen, so schaut er aus, sondern der Vertrag ist unterfertigt worden und die Gesellschaftseinlage mit einem ziemlich stringenten Vertrag. Wer den durchgelesen hat, der kennt sich aus, und sagt: Geh, vergiss alles! Das ist schön gelaufen. Und das Ganze ist rückabgewickelt. Bitte, was ist noch?

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Warum hat Plattner nicht selbst die Provision kassiert?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Bitte?

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Warum hat Plattner nicht selbst die Provision kassiert, wenn er es schon einfädelt?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Tut mir leid, aber ich bin nicht der Richtige, das zu beantworten. Er hat den Petmecky gebracht; Petmecky ist nämlich wahrscheinlich auf solche Sachen spezialisiert. Er ist ein ganz geschickter ordentlicher Geschäftsmann. Bei dem habe ich einiges gelernt. Ich denke mir: Du kannst dein Ordnungspotenzial noch deutlich nach oben schrauben. Der war gewissenhaft, dass das ein Vorbild war.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Können Sie ausschließen, dass diese 8 Millionen von EADS kommen und über Vector Aerospace dann in diese stille Geschäftswelt da geflossen sind?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Also mit dem „Können Sie ausschließen - -?“ werde ich gequält. Ich habe keinen Grund für diese Annahme; aber nichts würde irgendwo darauf hinweisen.<sup>435</sup>

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Dass die Gesellschaft unter anderem, der stille Gesellschafter ebenso in Singapur gemeldet war nach Hongkong wie der Wohnsitz von Herrn Plattner war Ihnen bekannt?

**Dipl.-Ing. Dr. Georg Schmidt:** Nein, bekannt nicht. Erinnerlich ist mir, dass es einen mehrmaligen Wechsel von der stillen Gesellschafterin gegeben hat, aber die Geschäftsinhaberin, wie der Vertragsterminus ist, war die gleiche, und das ist weit vor dem heutigen Ereignis oder den ganzen Sachen, die schätzungsweise 2014 oder was rückabgewickelt wurden, sodass IT Solution nicht mehr Geschäftsinhaberin ist und die ganze Geschichte nicht mehr da ist, weil mein jüngster Sohn das nicht wollen hat.<sup>436</sup>

Es bleibt folgende Frage offen: Handelte es sich nun – wie Schmidt beschrieb – um einen letztendlich erfolglosen Expansionsversuch in den fernen Osten oder war IT-Solution Teil des Vector-Netzwerks geworden?

Wofür diese Zahlungen verwendet worden waren, konnte im Untersuchungsausschuss jedenfalls nicht abschließend geklärt werden. Dies wäre daher ein weiterer Grund für staatsanwaltschaftliche Ermittlungen.

<sup>435</sup> 410/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 77-78.

<sup>436</sup> 410/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 80.

## 2.3. ROMANA SCHMIDT: VON DER FPÖ ZU EADS

---

Im Dezember 2002 beauftragte der Lobbyist Alfred Plattner im Auftrag von EADS die PR-Agentur PR & mehr mit der „Stimmungsverbesserung“ zugunsten von Eurofighter. PR & mehr ist ein nicht protokolliertes Einzelunternehmen mit einer auffälligen Nähe der handelnden Personen zur FPÖ. Inhaberin ist Romana Schmidt. Ihr Geschäftspartner – und damals auch Lebensgefährte – war Josef Eltantawi.

Romana Schmidt hat eine lange und intensive FPÖ-Vergangenheit: Sie war parlamentarische Mitarbeiterin von Jörg Haider, als dieser FPÖ-Klubobmann war. Nachdem Haider 1999 Landeshauptmann von Kärnten geworden war, arbeitete Romana Schmidt für Haiders Nachfolger Herbert Scheibnern der später - zum Zeitpunkt der Typenentscheidung für den Eurofighter - Verteidigungsminister war. Nach Bildung der ÖVP-FPÖ Regierung im Jahr 2000 arbeitete Schmidt als Pressesprecherin der FPÖ-Sozialministerin Elisabeth Sickl. Danach war sie bis Mai 2001 für die FPÖ-Verkehrsministerin Monika Forstinger tätig. Nach Beendigung ihrer Karriere bei der FPÖ gründete Schmidt 2001 die Agentur PR & mehr, die sie seither betreibt.<sup>437</sup>

Auch ihr Geschäftspartner und langjähriger Lebensgefährte Josef Eltantawi hat ein klares FPÖ-Profil: Eltantawi war Herbert Scheibners Nachfolger als Obmann des Rings Freiheitlicher Jugend. Zudem arbeitete Josef Eltantawi wie Romana Schmidt im FPÖ-Parlamentsklub und in der Freiheitlichen Akademie. Leiter der Akademie war wiederum Herbert Scheibner. Bei den Nationalratswahlen im Jahr 2002 kandidierte Eltantawi (erfolglos) für die FPÖ auf der steiermärkischen Landesliste<sup>438</sup>. Das Bundeskriminalamt stellte dazu fest: „ELTANTAWI galt als Vertrauensmann des früheren Verteidigungsministers.“<sup>439</sup>

Diese zwei gut vernetzten Ex-FPÖ MitarbeiterInnen wurden also von Plattner/EADS mit PR-Aktivitäten zugunsten von Eurofighter beauftragt. Ziel des Auftrags an PR & mehr war „Meinungsbildung und Argumentationstransport betreffend des Consulting-Auftrages für eine Stimmungsverbesserung im Zuge des Ankaufes der Eurofighter“. Diese „Stimmungsverbesserung“ ließ sich EADS einiges kosten. Und das, obwohl die Typenentscheidung bereits am 2.7.2002 zugunsten von EADS getroffen worden war. Dennoch: genau 878.568,21 Euro erhielt die Firma PR & mehr zwischen 2003 und 2010 für ihre Tätigkeit, wobei alle Zahlungen stets über Alfred Plattner abgewickelt wurden<sup>440</sup>. Die Summe setzte sich aus einem Ende 2002 vereinbarten monatlich zu zahlenden Pauschalhonorar in der Höhe von 20.000 Euro und einem Erfolgshonorar zusammen:

„Bei erfolgreichem Abschluss des Projekts (Unterschriftenleistung des BMLV zur Anschaffung der Eurofighter) wird ein Erfolgshonorar in der Höhe von 0,04% des Anschaffungswertes, abzüglich der Steuer und der Finanzierungszinsen, geleistet.“<sup>441</sup>

Doch sorgte PR & mehr tatsächlich erst ab Dezember 2002 – und damit nach erfolgter Typenentscheidung – für „Stimmungsverbesserung“ zugunsten von EADS und Eurofighter? Aus einem dem Untersuchungsausschuss vorliegenden internen Memo geht hervor, dass PR & mehr bereits sechs Monate vor offizieller Auftragserteilung tätig gewesen sein soll. Worin genau diese Vorleistung bestand, konnte Romana Schmidt bei ihrer Befragung durch Gabriela Moser jedoch nicht angeben:

---

<sup>437</sup> Profil, Eurofighter-Affäre: Schwärzarbeiter, 5.5.2007.

<sup>438</sup> Profil, Eurofighter-Affäre: Schwärzarbeiter, 5.5.2007.

<sup>439</sup> 423/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 69.

<sup>440</sup> Profil, Eurofighter: EADS zahlte 878.500 Euro an Ex-FPÖ-Mitarbeiter, 4.7.2017.

<sup>441</sup> Profil, Eurofighter: EADS zahlte 878.500 Euro an Ex-FPÖ-Mitarbeiter, 4.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Vorher begonnen ist das Stichwort: Ihnen wurde vonseiten der ÖVP bereits das Memo vorgelegt, das Dokument Nummer 47835. Vielleicht gehen wir das noch einmal durch. Ganz am Anfang, das ist die Seite 48, da steht (die Auskunftsperson blättert in den Unterlagen):

„ad [1] Nach ca 6 Monaten Vorleistung“ – Vorleistung, bevor der Vertrag im November erstellt wurde. (Auskunftsperson Schmidt: Mhm!) Diese sechs Monate reichen noch zurück in die Zeit, bevor die Entscheidung für Eurofighter fiel. Was wurde während dieser Zeit geleistet? Was war da die Vorleistung?

**Romana Maria Schmidt:** Was wir als Vorleistung erbracht haben und dann nachdem wir beauftragt waren, das kann ich Ihnen jetzt nicht mehr sagen; aber das zeigt ja, dass wir sechs Monate, bevor wir beauftragt wurden, schon Arbeit geleistet haben, die mit dem Honorar dann auch abgedeckt wurde.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Welche Leistungen sind das konkret?

**Romana Maria Schmidt:** Ich kann das jetzt nicht mehr sagen, was in diesen ersten sechs Monaten vor Beauftragung passiert ist, was die Vorleistung genau gewesen ist. Das ist, weiß ich nicht, zwölf Jahre her.<sup>442</sup>

Ebenso ungeklärt blieb, wie genau für welche konkreten Leistungen das EADS-Honorar zwischen den Beteiligten und aufgeteilt wurde. Klar ist, ihr damaliger Lebensgefährte Joseph Eltantawi erhielt rund 450.000 Euro<sup>443</sup>. Auffällig ist, dass Josef Eltantawi mehr als die Hälfte der von EADS/Plattner überwiesenen Gelder erhielt und damit deutlich mehr als die anderen Mitarbeiter, die sich den Restbetrag zu viert teilen mussten.

Diese monetäre Diskrepanz wurde auch im Untersuchungsausschuss thematisiert. Gefragt warum Josef Eltantawi – der frühere Mitarbeiter des FPÖ-Verteidigungsministers Scheibner – ein Vielfaches an Honorar als die anderen MitarbeiterInnen erhielt, versuchte Romana Schmidt sich mit dieser Erklärung:

**Romana Maria Schmidt:** Na ja, er hat den Auftrag akquiriert, und er war Face to the Customer. Das heißt also, ich habe mit Herrn Plattner -- ich weiß nicht, wenn ich in dieser ganzen Zeit zehnmal Kontakt gehabt habe, ist das --, wahrscheinlich sogar weniger; und mit der EADS waren es, ich weiß nicht, vielleicht fünf Zusammenkünfte. Also er hat die ganze Kommunikation zum Kunden gemacht und auch vom Kunden dann zum Team.<sup>444</sup>

Kommunikation scheint bei PR & mehr nicht nur für die Kunden einiges zu kosten.

Wofür das Geld jedoch nicht gedacht war, geht ganz klar aus der Aussage von Romana Schmidt vor dem Untersuchungsausschuss hervor. Keinesfalls sollen der gutbezahlte Eltantawi und PR & mehr seine langjährigen Kontakte zu Herbert Scheibner zugunsten von Eurofighter genutzt haben, so Schmidt:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Verstehe. Also Sie haben nicht bei ihm (Anm.: gemeint ist Herbert Scheibner) in irgendeiner Form interveniert?

**Romana Maria Schmidt:** Nein, nein.<sup>445</sup>

Auffällig ist auch, dass sich von Josef Eltantawi keine Honorarnoten in den Unterlagen des Untersuchungsausschusses fanden. Dennoch versicherte Romana Schmidt, dass Honorarnoten gelegt wurden. Warum diese nicht auffindbar waren, konnte sie allerdings nicht erklären:

<sup>442</sup> 423/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 38.

<sup>443</sup> Profil, Eurofighter: EADS zahlte 878.500 Euro an Ex-FPÖ-Mitarbeiter, 4.7.2017.

<sup>444</sup> 423/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 6.

<sup>445</sup> 423/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Sie müssen mir nur den Widerspruch erklären –: Sie behaupten, Honorarrechnungen wurden gelegt, uns sind keine zugänglich und auch dem Bundeskriminalamt sind keine zugänglich. Wie gibt es das?

**Romana Maria Schmidt:** Überhaupt keine Honorarnoten? (Abg. Moser: Nein! Nein!) – Das weiß ich nicht<sup>446</sup>.

Zudem musste der Untersuchungsausschuss feststellen, dass die Staatsanwaltschaft – nachdem sie diverse Konten öffnen ließ und die Zahlungsflüssen von Plattner zu PR & mehr und schließlich zu Eltantawi zurückverfolgen konnte – das Verfahren einstellte und keine Öffnung des Kontos von Josef Eltantawi beantragte. Wohin die Gelder letztendlich gegangen sind, und ob es nach Eltantawi noch weitere Empfänger gab, lässt sich daher nicht abschließend feststellen.

Ebenso offenbarten die Akten eine Reihe von Auffälligkeiten bzgl. der Verteilung des von EADS erhaltenen Geldes unter den anderen MitarbeiterInnen von PR und mehr. So legten ihre MitarbeiterInnen Romana Schmidt Honorarnoten - für die Frau Schmidt praktischerweise gleich den anzuführenden Text vorgab. Wer jedoch wieviel und weshalb erhielt, blieb offen. Romana Schmidt verwies auf eine interne Vereinbarung, deren Nicht-Vorliegen bei den Untersuchungsausschuss-Akten sie sich in ihrer Befragung durch Gabriela Moser – wie die fehlenden Honorarnoten von Eltantawi – nicht erklären konnte:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Okay, danke. Zu diesen drei Partnern ganz konkret: Wir haben Ihnen zwei Dokumente vorgelegt, das eine ist die Nummer 47835, das andere ist ebenfalls 47835; das sind unterschiedliche Seiten. Aus diesen Dokumenten geht einerseits hervor, dass Sie, bevor die Rechnungen, die Honorarnoten Ihrer Partner erstellt wurden, praktisch den Text der Honorarnote per E-Mail den Partnern vorgeschlagen haben.

**Romana Maria Schmidt:** Na, das macht ja durchaus Sinn.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Das ist auf Seite 65 von 109 – ich zitiere –: „überweisungen am vorletzten tag des monats sind für mich immer mühsam, wenn verteilt werden soll.“ – An wen ist da aller verteilt worden?

**Romana Maria Schmidt:** Na ja, das ist das Honorar, das an die Teammitglieder verteilt wurde.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Sind das nur die drei (Auskunftsperson Schmidt: Ja!), oder gibt es noch zusätzliche?

**Romana Maria Schmidt:** Nein, das waren die drei.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Warum hatten die so unterschiedlich hohe Honorare?

**Romana Maria Schmidt:** Na ja weil sie unterschiedliche Leistungen erbracht haben.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Woraus geht das hervor? Aus der Rechnung nicht; da steht ja nur: „Gemäß unserer Vereinbarung vom November [...] erlauben wir uns [...].“

**Romana Maria Schmidt:** Eben, das ist in der Vereinbarung angeführt, wer was bekommt für welche Leistung.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Da muss ich Ihnen womöglich noch die Vereinbarung vorlegen. Da ist nämlich nichts vereinbart, was die Honorargröße anlangt oder den Honorarumfang der jeweiligen Partner.

**Romana Maria Schmidt:** Sie meinen die Vereinbarung mit der P & P Consulting? (Abg. Moser: Bitte?) – Sie meinen die Vereinbarung mit der P & P Consulting? Die betrifft ja nur das Gesamthonorar, das zu mir gekommen ist – und dann hat es Vereinbarungen mit den einzelnen Teammitgliedern gegeben.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, wo sind die Vereinbarungen mit den einzelnen Teammitgliedern?

<sup>446</sup> 423/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 67.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Romana Maria Schmidt** (erheitert): Was soll ich Ihnen darauf sagen? (Abg. Moser: Ja eben, das möchte ich ja wissen!) Keine Ahnung, warum die in den Unterlagen nicht dabei sind, die Sie bekommen haben.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Haben Sie etwas im Gedächtnis über diese Vereinbarung mit den einzelnen - -

**Romana Maria Schmidt:** Na, mit gleichlautendem Wortlaut, unterschiedliche Expertisen, also unterschiedliche Tätigkeitsbereiche; ansonsten haben wir das für jeden gleich gemacht. Also ich kann Ihnen beim besten Willen nicht sagen, warum Ihnen diese Vereinbarungen nicht vorliegen, denn die müssten eigentlich bei den Unterlagen dabei sein.<sup>447</sup>

Und noch eine Ungereimtheit, die Zweifel an der genauen Tätigkeit von PR & mehr für EADS aufkommen ließ, offenbarte der Untersuchungsausschuss. In og. Memo findet sich eine Passage, die den Schluss zulässt, dass PR & Geschäftsbeziehungen zu der Briefkastenfirma Omesco unterhielt:

*„Die Vertragspartner sind die Firma OMESCO und PR und mehr.“<sup>448</sup>*

Die Firma Omesco spielt eine entscheidende Rolle in der von den Grünen im Zuge des Untersuchungsausschusses bei der Staatsanwaltschaft Wien eingebrochenen Sachverhaltsdarstellung wegen mutmaßlichen Betrugs bei der Anbahnung und Abwicklung von Gegengeschäften. Gabi Moser klärt auf:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** „Zu Ihrer Erklärung noch: Das ganze Omesco Imperium ist in Zypern gegründet worden, mit Manfred Wolff als Geschäftsführer und Eigentümer; Vorläufer Vector Aerospace. [...]“<sup>449</sup>

Doch vor dem Untersuchungsausschuss bestreitet Romana Schmidt, mit Omesco zusammen gearbeitet zu haben:

**Romana Maria Schmidt** „Also als Vertragspartner war Omesco nie das Thema.“<sup>450</sup>

Ebenso bestreitet Romana Schmidt, im Zusammenhang mit Gegengeschäften tätig geworden zu sein:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Waren Gegenstand Ihrer Tätigkeit auch die Gegengeschäfte?

**Romana Maria Schmidt:** Nein.<sup>451</sup>

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass rd. 850.000 Euro von EADS über den Lobbyisten Plattner an PR und mehr geflossen sind. Hauptakteure bei PR und mehr sind die zwei Ex-FPÖ MitarbeiterInnen Romana Schmidt und Josef Eltantawi. Beide scheinen in der FPÖ gut vernetzt gewesen zu sein. Insbesondere Eltantawi galt als Vertrauensmann von Verteidigungsminister Herbert Scheibner. Eltantawi erhielt auch den Löwenanteil des von EADS/Plattner überwiesenen Geldes – rund 450.000 Euro. Wofür das Geld konkret war, und ob es weitere Zahlungsflüsse von Eltantawi an unbekannte Personen gab, war nicht feststellbar. Das liegt insb. daran, dass die Staatsanwaltschaft Wien auf eine Kontoöffnung bei Eltantawi verzichtete und das Ermittlungsverfahren aus dem Ausschuss unbekannten Gründen einstellte.

<sup>447</sup> 423/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 57-58.

<sup>448</sup> 423/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 38.

<sup>449</sup> 423/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 38.

<sup>450</sup> 423/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 38.

<sup>451</sup> 423/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 6.

## 2.4. HERBERT WERNER UND CITY CHAMBERS

Herber Werner steht nach der Aktenlage eindeutig im Zusammenhang mit der City Chambers Ltd, über welche im Rahmen der Eurofighter Beschaffung/Vertragsabwicklung mutmaßlich nicht nachvollziehbare Zahlungen erfolgt sein dürften. In seinem Eingangsstatement hielt er folgendes fest:

**Dr. Herbert Werner:** Guten Tag, meine Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn meiner Befragung die Gelegenheit eines Eingangsstatements nützen und Ihnen mitteilen, dass gegen mich sowohl bei der Staatsanwaltschaft München als auch bei der Staatsanwaltschaft Wien Ermittlungsverfahren anhängig sind.

Die Staatsanwaltschaft Wien hat mir bisher keine vollständige Akteneinsicht gewährt. Ich wurde bis heute von der Staatsanwaltschaft als Beschuldigter nicht vernommen. Ich gehe jedoch davon aus, dass Ihnen der gesamte Ermittlungsakt vorliegt. Im Lichte dessen ersuche ich um Verständnis, dass ich von meinem grundrechtlich abgesicherten Entschlagungsrecht umfassend Gebrauch machen werde. Ich gehe davon aus, dass auch den Mitgliedern des Hohen Hauses die Wahrung der Grundrechte ein besonderes Anliegen ist.

Ich wurde zum Untersuchungsgegenstand unzulässige Zahlungsflüsse geladen und möchte in diesem Zusammenhang Folgendes betonen: Ich habe zu keinem Zeitpunkt eine Zahlung, eine Provision oder einen sonstigen Vorteil an einen Politiker, Amtsträger, Bediensteten oder Auftragnehmer des Bundes, der Länder oder anderer öffentlicher Körperschaften oder diesen nahestehende Personen geleistet, insbesondere auch an keinen Angehörigen des Bundesheeres oder an eine politische Partei oder eine einer politischen Partei nahestehenden Organisation. –

Danke schön.<sup>452</sup>

Auch wenn für City Chambers stets ein gewisser „Rajni Mehta“ nach außen auftrat bzw. für diese handelte, ist die Identität des Rajni Mehta, mit welchem Herbert Werner nach eigenen Angaben freundschaftlichen Kontakt pflegt, äußerst unklar.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Rajni Mehta hat immer Berichte an Herrn Manfred Wolff von EADS Deutschland geschickt. Manchmal war er schlampig. Meistens hat er London geschrieben und ein Datum dazu. Ich lege Ihnen jetzt drei Dokumente von Rajni Mehta vor.

**(Der Auskunftsperson werden mehrere Schriftstücke vorgelegt.)**

Einmal hat er nicht aufgepasst, da hat er statt London Vienna geschrieben, aber mir geht es um etwas anderes: Da stehen immer Unterschriften darunter. Dreimal hat Rajni Mehta für City Chambers unterschrieben. Die drei Unterschriften sind einander ungefähr so ähnlich wie wahrscheinlich Ihre Unterschrift meiner. Sagen Sie, können Sie mir sagen, welche dieser drei Unterschriften Sie Herrn Rajni Mehta, den sie ja gut kennen, zuordnen können?

**Dr. Herbert Werner:** Ich bin an und für sich kein Schriftsachverständiger. Ich kann daher die Frage nicht beantworten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich kann Ihnen eines sagen – und es haben ja jetzt alle diese Unterlagen jetzt bekommen –: Es ist vollkommen auszuschließen – das tut übrigens auch Clifford Chance –, dass diese Unterschriften von ein und derselben Person stammen. Deswegen meine Frage: Wie viele Rajni Mehtas hat es bei City Chambers gegeben?

**Dr. Herbert Werner:** Herr Pilz, ich kenne die Unterlagen nicht, die Sie mir da vorgelegt haben, und ich bedauere sehr, dass ich deswegen dazu keine Antwort geben kann.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, es geht ja um Ihre eigene, persönliche Wahrnehmung: Wie viele Rajni Mehtas haben Sie bei City Chambers wahrgenommen?

**Dr. Herbert Werner:** Ich kenne Herrn Rajni Mehta, und ich weiß nicht, ob er Doubles hat, aber ich glaube nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also Sie gehen von einem aus (**Auskunftsperson**)

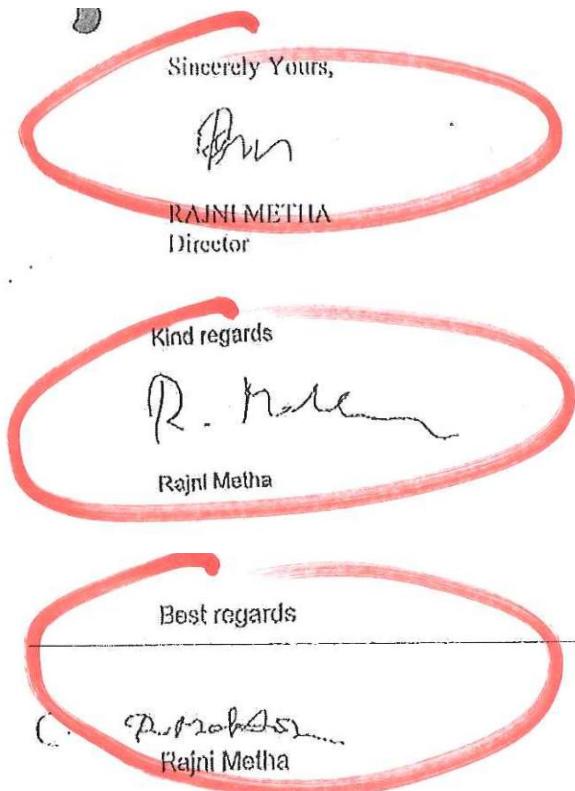
<sup>452</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Werner: Ich gehe von einem aus!)**, der jedes Mal anders unterschreibt und einmal plötzlich in Wien ist, weil es --

**Dr. Herbert Werner:** Noch einmal: Ich habe die Unterlagen nicht gesehen. (**Abg. Pilz: Okay, passt schon, wunderbar!**) Ich kann es nicht sagen.<sup>453</sup>

Hier ist der Unterschriftenvergleich:<sup>454</sup>



Aufgrund der vollkommen verschiedenen Unterschriften liegt es nahe, dass unter dem Pseudonym „Rajni Mehta“ verschiedene Personen unterschrieben haben.

Hat sich auch Herbert Werner dieses Pseudonyms bedient?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Nur eine Frage, noch einmal zurück: Herr Dr. Werner, sind Sie sich sicher, dass nicht Sie selbst Rajni Mehta sind?

**Dr. Herbert Werner:** Ich bin keine gespaltene Persönlichkeit. Ich leide an keinem Jekyll-und Hyde-Syndrom.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also können Sie das ausschließen?

**Dr. Herbert Werner:** Ich kann das ausschließen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Na schauen Sie, da haben wir zumindest in diesem Punkt Gewissheit! Also Sie sind nicht diese Person, die jedes Dokument mit einer vollkommen anderen Unterschrift unterschreibt. [...]<sup>455</sup>

Werner ist natürlich bewusst, dass er nicht selbst Rajni Mehta ist - die Aktenlage zeigt jedoch, dass er sich (oder zumindest seine MitarbeiterInnen) als Rajni Mehta ausgegeben haben könnte. Werners Analogie ist nicht unpassend – Mr. Hyde hätte seine MitarbeiterInnen nicht im Namen von Mr. Jekyll unterschreiben lassen, sondern dies selbst gemacht.

<sup>453</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 12.

<sup>454</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/unterschriftenfaelschung-der-briefkastenfirmen.pdf>

<sup>455</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 13.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** [...] Ich lege Ihnen ein Dokument vor, und zwar das Dokument 58920. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Auf Seite 9 wird festgehalten: „Die Firma City Chambers Ltd war eine Kundin der STS, den Kontakt hat mein Geschäftspartner Dr. Herbert WERNER hergestellt, er hat diesen Bereich auch alleine bearbeitet.“

Ich möchte dann weiterspringen, und zwar zur Seite 12. Hier wird dann darauf eingegangen: „Herrn Rajni MEHTA kenne ich, er wurde mir in Wien einmal von Dr. WERNER vorgestellt, wobei ich in Erinnerung habe, dass er mir als Steuerberater vorgestellt wurde. Ob damals ein Zusammenhang mit der City Chambers Ltd genannt wurde, ist mir nicht mehr erinnerlich. Von Herrn MEHTA hätte ich keinen Auftrag angenommen, solche Schreiben zu unterfertigen, wenn dann habe ich so etwas mit Dr. WERNER abgesprochen. Es ist denkbar, dass Dr. WERNER gesagt hat, ich solle diese Schriftstücke unterfertigen. Über Nachfrage gebe ich an, dass es nicht sehr häufig vorgekommen ist, dass wir wechselseitig für Drittfirmen Briefe unterschrieben hätten, konkret kann ich mich an keinen Fall erinnern [...].“

Jetzt ist meine Frage: Kollege Pilz hat vorher auch schon angesprochen, dass im CliffordBericht festgehalten wurde, dass Herr Mehta sehr unterschiedliche Unterschriften gehabt hätte, und jetzt wird hier angegeben, dass Sie andere Personen aufgefordert hätten, für Drittfirmen zu unterschreiben.

Haben Sie regelmäßig andere Personen im Anstellungsverhältnis aufgefordert, für Drittfirmen zu unterschreiben?

**Dr. Herbert Werner:** Ich möchte von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch machen.<sup>456</sup>

Werner hatte der Aussage von Christoph Oehl, Geschäftsführer zweier Gesellschaften Werners mit Sitz in Wien, nichts entgegen zu setzen. Das könnte eine Erklärung für das ständig wechselnde Schriftbild des vermeintlichen „Steuerberaters“ von Werner sein.

Es ist ja auch naheliegend, dass Werner – wenn auch nach außen hin durch Verwendung eines Pseudonyms verschleiert – für City Chambers gehandelt haben könnte. Er war schließlich „*beneficial owner*“ der City Chambers Ltd, – wie Eröffnungsunterlagen eines Schweizer Kontos bei der Credit Suisse belegen:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] So, ich halte Ihnen nicht das Ganze vor, weil Sie sich dann ja zu Recht wieder entschlagen würden, und wir respektieren das selbstverständlich.

Da sind Unmengen von Zahlungsflüssen, Unmengen von Geldverschiebungen an Regalhouse, aber was wichtig ist: jede Menge von Barabhebungen zu Zeitpunkten, wo es extrem spannend wird – im Beschaffungsvorgang, in bestimmten Entscheidungsprozessen und so weiter. Da kommt jemand zu diesem Konto und hebt ab. Haben Sie jemals bei der Credit Suisse geschäftliche Tätigkeiten in Zusammenhang mit City Chambers abgewickelt?

**Dr. Herbert Werner:** Ich darf mich der Aussage entschlagen, Herr Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Verstehe ich vollkommen. Hier steht Credit Suisse, 29. März 2006. Das sind Eröffnungsunterlagen. „Establishment of the Beneficial Owner's Identity“. [...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Da steht: „The undersigned hereby declares: [...] that the beneficial owner/owners of the assets concerned is/are: 1 First Name, Name/Firm Dr. Herbert Werner, Date of birth 08/10/1947, Nationality Austrian.“ – Sind das Sie?

**Dr. Herbert Werner:** Ja.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Also das sind Sie. Sie haben diese Konten, da erfolgen die Barabhebungen. Das Geld kommt immer wieder von EADS rein, dann geht es an Regalhouse. Waren Sie auch der Beneficial Owner vom britischen Briefkasten Regalhouse Ltd.?

**Dr. Herbert Werner:** Herr Pilz, Herr Abgeordneter, darf ich auf mein Eingangsstatement verweisen. Sie halten mir etwas vor, was 11 Jahre her ist. Ich weiß nicht einmal, was ich vor

<sup>456</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 16.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

einer Woche ausgegeben habe, und jetzt soll ich das so ad hoc aus dem Ärmel beuteln (**Abg. Pilz: Ja!**) – von Unterlagen, die Sie haben, und in die ich bisher keine Chance hatte, einzusehen. Also ich entschlage mich im Hinblick auf die beiden Strafverfahren.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe größtes Verständnis. Ich versuche nur mit Ihrer Hilfe, ein bisschen etwas zu klären, was aber – da haben Sie recht – wahrscheinlich eh klar genug ist. Wahrscheinlich haben wir dieses Problem nicht, aber da sind andere Stellen dafür zuständig. [...] <sup>457</sup>

Bei der Gesellschaft Regalhouse Ltd. handelt es sich um eine weitere Gesellschaft Werners mit Sitz in London.

Werner hatte jedoch – wie oben bereits erwähnt – nicht nur in London sondern auch in Wien Gesellschaften. Diese leitete er von der Adresse Kärntnerring 10 aus – im selben Büro, wie der zu dieser Zeit als Anwalt tätige Dr. Peter Fichtenbauer (langjähriger Abgeordneter zum Nationalrat und Klubobmann-Stellvertreter des Freiheitlichen Parlamentsklubs und nunmehr Volksanwalt):

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Sagen Sie, hatten Sie eine geschäftliche Adresse am Kärntner Ring 10 in Wien?

**Dr. Herbert Werner:** Ja, das ist ein Büro von mir.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War auch ein Rechtsanwalt in diesem Büro?

**Dr. Herbert Werner:** In diesem Büro war nicht nur *ein* Rechtsanwalt. [...]

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Seltsam, dass Kollege Rosenkranz im Zuge einer Wortmeldung zur Geschäftsbehandlung versucht, mich zu freiheitlichen Fragen zu bewegen. Ich stelle meine eigenen Fragen, Herr Kollege Rosenkranz.

Also: Waren Sie gemeinsam mit Herrn Dr. Peter Fichtenbauer, Rechtsanwalt, in einem Büro?

Waren Sie dort gemeinsam oder – es kann auch sein – nebeneinander tätig?

**Dr. Herbert Werner:** Dr. Fichtenbauer war meiner Erinnerung nach am Kärntner Ring, bis er zum Volksanwalt ernannt wurde. Da hatte er sein Büro – oder ein Jahr vorher oder zwei Jahre vorher, genau kann ich mich nicht erinnern – am Kärntner Ring 10, wo ich auch mein Büro hatte, Dr. Krebs auch, und dann ist er in die Nähe des Parlaments übersiedelt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nur, damit wir es im Protokoll haben: Waren Sie in demselben Büro wie Dr. Peter Fichtenbauer geschäftlich tätig? (*Vorsitzende-Vertreter Hofer gibt das Glockenzeichen.*)

**Dr. Herbert Werner:** Ja, einer am rechten Eck und der andere am linken.<sup>458</sup>

Zur Beziehung mit Dr. Fichtenbauer gibt Werner nur eine ausweichende Antwort, auf die seitens der FPÖ nicht weiter eingegangen wird:

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Welche Beziehungen hatten Sie mit Dr. Fichtenbauer in dieser Zeit, in diesem räumlichen Naheverhältnis?

**Dr. Herbert Werner:** Keine einzige geschäftliche. Oh ja, einmal hat er mich beraten.

**Abgeordneter Dr. Walter Rosenkranz (FPÖ):** Einmal hat er Sie beraten. Ich gehe nicht weiter darauf ein, weil vor allem auch Dr. Fichtenbauer das wahrscheinlich als vom Anwaltsgeheimnis umfasst betrachtet. [...] <sup>459</sup>

Dass sich Werner und Fichtenbauer bereits vor dem gemeinsamen Bezug des Büros kannten, war laut Werner jedenfalls möglich und er sicherte immerhin zu, ihn diesbezüglich zu fragen:

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Kannten Sie Herrn Dr. Fichtenbauer schon damals, bevor Sie sich eingemietet haben?

**Dr. Herbert Werner:** Ich glaube nicht, aber möglich ist es. (*Abg. Schabmüller: Das sind jetzt*

<sup>457</sup> 425/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 13-14.

<sup>458</sup> 425/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 14-15.

<sup>459</sup> 425/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 30.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

***zwei Antworten gewesen! – Bitte? (Abg. Schabmüll: „Ich glaube nicht, aber möglich ist es!“)***

Wie viele Jahre ist das her? 20? Ich frage ihn (***(Abg. Schabmüll: Nein, keine 20, maximal 14!) – 17. Ich bin dort - - Keine Ahnung!***)<sup>460</sup>

Aufgrund der umfangreichen Nutzung seines Entschlagungsrechts blieb dem Untersuchungsausschuss nichts anderes übrig, als sich darüber, ob City Chambers im Zusammenhang mit Schmiergeldzahlungen (etwa an „certain technicians“ im Zuge der Werksgüteprüfung) steht, ausschließlich anhand der Aktenlage ein Bild zu machen:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Herr Werner, Sie haben ja ausgesagt, Sie kennen Herrn Wolfgang Aldag und Herrn Rajni Mehta. Ich darf Ihnen einen Mail-Verkehr von Ende August 2005 vorlegen. [...]

Hier vermerkt Rajni Mehta, dass er sich auch mit Aldag und Ihnen trifft, und zwar im Hotel Sacher, weil sie etwas persönlich besprechen müssen.

Und weiter unten, der Vorlauf zu diesem Mail und dieser Verabredung am 29. August, gibt es einen Absatz, in dem also vermerkt ist: *I was told that you will be very much dependent on a good will of certain technicians at the time of technical acceptance of the item.*

Jetzt hätte ich gerne gewusst, worauf sich das bezieht: Auf welche speziellen Techniker waren Sie angewiesen?

**Dr. Herbert Werner:** Ich darf von meinem Entschlagungsrecht Gebrauch machen.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ist da ausgeschlossen, dass das Techniker im Zusammenhang mit der Luftgüteprüfung, mit der Werksprüfung waren?

**Dr. Herbert Werner:** Selbe Antwort.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Keine Antwort. Das legt dann die Vermutung nahe, dass Kontoöffnungen nicht so schlecht wären. [...]<sup>461</sup>

Österreichische Kontodaten lagen dem U-Ausschuss nicht vor. In den Eröffnungsunterlagen des Schweizer Bankkontos der City Chambers Ltd. schien Werner jedoch als „beneficial owner“ auf (s.o.). Von diesem Konto wurden regelmäßig – für die Bankangestellten nicht nachvollziehbare – Transaktionen getätigt. Auf Vorhalt der von den Bankangestellten angefertigten „Client Notes“, gab sich Werner wiederum wortkarg:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Meine Frage dazu: In der Mitte ungefähr ist zu lesen, „Die Hintergründe und Zusammenhänge der getätigten Transaktionen konnten uns nicht absolut verständlich gemacht werden.“ Und dann sind noch Telefonate mit Ihnen und mit Herrn Oehl vermerkt, und weiter unten, in der letzten Rubrik: „Wir sind aus Gründen der Sorgfaltspflicht angehalten, den Hintergrund der Zahlungen abzuklären.“ Können Sie uns erklären, wieso Ihre Liechtensteinische Bank, Entschuldigung, Ihre Schweizer Bank hier solche Bedenken hat? Diese ungeklärten Zahlungsströme sind ja das Problem.

**Dr. Herbert Werner:** Also wenn es mit City Chambers zu tun hat – was ich nicht weiß, ich kenne das Papier nicht –, entschlage ich mich, und wenn es mit einer anderen Firma zu tun hat, weiß ich es nicht. (***Abg. Moser: Danke schön!***)<sup>462</sup>

Fest steht: hinsichtlich des Komplexes City Chambers, bedarf es weiterer Aufklärung. Werner hat als „beneficial owner“ der City Chambers Ltd. in deren Namen Transaktionen getätigt und Gelder behoben. Und zwar in einem Ausmaß, das nicht nur in den zuständigen Bankangestellten der Credit Suisse Misstrauen erweckte. Dass Werner seine Beteiligung an dem City Chambers Komplex vor dem U-Ausschuss in Hinblick auf die beiden Strafverfahren nicht offenlegen möchte, ist nicht verwunderlich – die Akten deuten stark darauf hin, dass es über City Chambers zu nicht nachvollziehbaren Zahlungen im Zuge der Abnahme der Eurofighter

<sup>460</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 41.

<sup>461</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35-36.

<sup>462</sup> 425/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 36-37.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

gekommen ist. Inwieweit Dr. Peter Fichtenbauer hierbei involviert war, konnte im Rahmen des U-Ausschusses nicht abschließend geklärt werden.

## 2.5. DER URSPRUNG: DIE VEREINBARUNG VON GEGENGESCHÄFTEN

---

### 2.5.1. Die Kriterien für die Anrechenbarkeit von Gegengeschäften

Die Eurofighter GmbH (in Folge auch: EF) legte der Republik Österreich am 22.1.2002 ein Angebot für die Beschaffung von Abfangjägern der Type „Eurofighter Typhoon“. Am 2.7.2003 kaufte die Republik von EF 18 Stück Eurofighter „Typhoon“-Abfangjäger. Mit Vertrag vom gleichen Datum verpflichtete sich EF im Gegenzug, die österreichische Wirtschaft mit Gegengeschäften im Wert von 4 Milliarden Euro an der Wertschöpfung aus dem Kaufvertrag zu beteiligen.

Der Zeitraum für die Erbringung dieser „Maßnahmen eines wirtschaftlichen Ausgleichs“ sollte 15 Jahre vom Zeitpunkt der Wirksamkeit des Gegengeschäftsvertrages (=Stichtag: 22. August 2013) an betragen.

Als Voraussetzung für die Anrechenbarkeit der Gegengeschäfte wurden in Punkt 5. des Gegengeschäftsvertrages folgende Kriterien festgelegt:

- **Das Prinzip der sachlichen Entsprechung:** Diese sollte entweder gegeben sein, wenn ein Geschäft von im Vertrag näher beschriebenen verbundenen Unternehmen der Eurofighter Partner Firmen abgeschlossen werden sollte oder wenn Geschäfte von Dritten „nachweislich durch eine individuelle Initiative einer der o.g. Firmen vermittelt worden sind.“
- **Das Prinzip der zeitlichen Entsprechung:** Geschäfte sollten anrechenbar sein, wenn der Vertragsabschluss nach dem „Stichtag“ erfolgte. Bestimmte, in einer Anlage 7 zum Vertrag genannte Geschäfte, wurden auch als anrechenbar erklärt, wenn sie zwischen dem 2.7.2002 und dem Stichtag zustande gekommen sind. Ergänzungen dieser Liste sollten zwischen den Parteien des Gegengeschäftsvertrages „nach Treu und Glauben“ erstellt werden.
- **Kreditierungsvolumen:** Die Anrechnung sollte nur in dem Maß erfolgen, als die Gegengeschäfte beidseitig erfüllt sind.
- **Das Prinzip der Zusätzlichkeit:** Geschäfte sollten nur in der Höhe anrechenbar sein, in der die durchschnittlichen, gleichartigen Lieferungen der letzten drei Jahre überschritten wurden.
- **Inländische Wertschöpfung:** Bestandteile sollten zur Gänze in Österreich gefertigt werden, oder die Verarbeitung zum Endprodukt sollte durch „angemessene inländische Wertschöpfung“ erfolgen.
- Sublieferungen österreichischer Lieferanten sollten ebenfalls anrechenbar sein.
- **Technologietransfer:** Hier wurde eine Anrechnung von Lizenzgebühren vorgesehen.

Gemäß Punkt 7. sollte EF über die abgeschlossenen und erfüllten Gegengeschäfte jährlich eine Liste erstellen und vorlegen. Gleichzeitig damit sollten von den österreichischen Partnern ausgestellte Bestätigungen vorgelegt werden über den Abschluss, die Zusätzlichkeit, den Vertragsgegenstand und die Erfüllung, Durchführung oder Umsetzung sowie den Wert des Gegengeschäftes.

Nach Punkt 7.3. des Vertrags gelten die in der Liste angeführten Gegengeschäfte als anerkannt, wenn das BMWA nicht innerhalb von 120 Tagen begründeten Einspruch erhebt. Bei nachträglichen, ernsten Zweifeln an der Anrechenbarkeit waren Konsultationen und eine gemeinsame Aufklärung der Umstände vorgesehen. Weiters wurde ein Schlichtungsverfahren bei Einsprüchen in Punkt 8 des Vertrags geregelt.

Sofern die Gegengeschäftsverpflichtung nicht erfüllt werden sollte, verpflichtete sich die EF

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

GmbH gemäß Punkt 1.3.3. des Vertrags als Entschädigung zur Zahlung eines Ausgleichs. Dieser wurde mit 200 Millionen Euro begrenzt und sollte als jener Anteil an diesem Maximalbetrag, der dem Anteil des nicht erbrachten Gegengeschäftsvolumens entsprach, errechnet werden. Angesichts der Gesamtverpflichtung von 4 Milliarden ergibt sich somit eine Pönale bei Nichteinhaltung von 5%.

Die Pönale sollte binnen 4 Wochen nach Ablauf des Erfüllungszeitraumes zur Zahlung fällig sein.

### 2.5.2. Der Gegengeschäftsvertrag und die „Schmiergeldlegalisierungsklausel“

Der Verfahrensrichter stellte in seinem Bericht unter Punkt 4.2.2.10 a) fest, dass die erst in letzter Minute eingefügte Ziffer 4, die sogenannte „Schmiergeldlegalisierungsklausel“ in den Kaufvertrag Ausgangspunkt für die Weiterübertragung der Gegengeschäftsverpflichtung war, wodurch es zu einem Wildwuchs von Brokern und Subbrokern kam.

Der Verfahrensrichter kam in seinem Bericht daher zu der Feststellung, dass aufgrund „*der durch die Maßnahmen von EF und EADS bewirkten unkontrollierten und nicht nachvollziehbaren Geldflüsse [...] die Frage unrechtmäßiger Verwendung von Geldern in Strafverfahren zu klären [ist]*“.

In Kenntnis dieses Umstandes haben wir bereits am 12. Juli 2017 eine umfangreiche Sachverhaltsdarstellung bei der Staatsanwaltschaft Wien eingebracht. Auch diese sieht die Ziffer 4 der Verhaltensregeln als Ausgangspunkt nachfolgend dargestellter Feststellungen:

Während die der Republik am 12.9.2002 übermittelte Version des Eurofighter-Kaufvertrages keine Ziffer 4 in den Verhaltensregeln des Anhangs A-8 enthielt, entspricht die unterzeichnete Version gemäß Kaufvertrag jener, die die Eurofighter GmbH ihrem ursprünglichen Angebot vom 22.1.2002 beigelegt hatte. Es ist daher eine Ziffer 4 enthalten – wonach die Rechte der Republik bei unzulässigen Zahlungsflüsse insbesondere auch im Zusammenhang mit Gegengeschäften erheblich eingeschränkt werden:<sup>463</sup>

3. Von Bieterseite wird ausdrücklich zugesagt, dafür zu sorgen, dass auch durch Rechtsgeschäfte, die aus oder im Zusammenhang mit der gegenständlichen Angebotseinhaltung abgeschlossen werden, insbesondere im Zuge der Abwicklung von Gegengeschäften kein Anbieten oder Gewähren von Vorteilen in dem nach Pkt. 1. und Pkt. 2. untersagten Umfang erfolgt, wobei der Bieter dieser Unterlassungspflicht genügt, wenn er die Einhaltung dieser Verpflichtung durch zumutbare Prüf- und Überwachungsmaßnahmen, insbesondere hinsichtlich der im Zuge dieser Angebotseinhaltung anzubietenden Gegengeschäfte bestmöglich sicherstellt.
4. Die in obiger Ziffer 3. enthaltene Verpflichtung des Bieters gilt nur, wenn und soweit die dort definierten Rechtsgeschäfte vom Bieter selbst abgeschlossen werden.

---

<sup>463</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3872359/Verhaltensregeln-2002.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- a) Ausscheiden des Angebotes des betreffenden Bieters oder Forderung des Ausscheidens des betreffenden Bieters aus seiner Bietergemeinschaft bis zur Auftragsvergabe;
- b) nach Auftragsvergabe gänzlicher oder teilweiser Rücktritt vom Vertrag mit dem betroffenen Bieter oder der Bietergemeinschaft, welcher dieser Bieter angehört;
- c) wobei in beiden oben genannten Fällen jener Bieter, welcher die vorgenannte Rechtsfolge auslöst, solidarisch mit allfälligen weiteren Mitgliedern seiner Bietergemeinschaft für sämtliche Schäden des Auftraggebers, insbesondere für jeglichen frustrierten Aufwand sowie alle Kosten zweckmäßiger Ersatzvornahmen haftet.

### 2.5.3. Die Einpreisung von 183,4 Millionen Euro in den Kaufpreis

Im Zuge des Untersuchungsausschusses stellte sich heraus, dass in den Kaufpreis 183,4 Mio Euro eingepreist worden waren, um diese u.a. für den Kauf von Gegengeschäften aufzuwenden.

Aloysius Rauen hatte in einem von der Staatsanwaltschaft dem Untersuchungsausschuss übermittelten Interview mit Clifford Chance bestätigt, dass die Offsetkosten von 3-7 % in den Liefervertrag eingepreist worden waren.

Einem Memorandum von EADS-Deutschland (in Folge: EADS) vom 23.6.2003, somit noch vor Vertragsunterzeichnung, ist zu entnehmen, dass das Offset-Risiko mit 5 % in den Kaufpreis einkalkuliert werden sollte:<sup>464</sup>

**The offset risk is covered by a 5% contingency in the price.  
It is envisaged that this commitment will be largely achieved by indirect means.**

Damit wurde das Offset-Risiko Bestandteil des Kaufpreises und ohne Wissen vom österreichischen Vertragspartner übernommen.

Einem weiteren internen Dokument von EADS ist eine Berechnung der geschätzten Kosten für die Erfüllung der österreichischen Gegengeschäftsverpflichtung zu entnehmen. Daraus geht hervor, dass für Projekte, wie unter anderem DaimlerChrysler/Magna und debis/Rosenbauer, Provisionen in Höhe von 1 – 1,2 % für „Vertrag mit OMESCO“ einkalkuliert wurden.<sup>465</sup>

Einer weiteren Berechnung von EADS zufolge waren 191,3 Mio Euro für Berater und Broker (City Chambers, P&P Consulting, Steininger, Euro Strat, Vector) vorgesehen.<sup>466</sup>

Dass die Erfüllung der Gegengeschäftsverpflichtung durchaus eine Herausforderung darstellte und die geschätzten Kosten womöglich nicht ausreichen könnten, ist einem Schreiben von Jean-Paul Gut (EADS Int.) an Filippo Bagnato (EADS) vom 23.1.2004 zu entnehmen:<sup>467</sup>

---

<sup>464</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/eads-bekommt-fuenf-prozent-poena.pdf>

<sup>465</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Peter Pilz und Abg. Gabriela Moser vom 13.7.2017, veröffentlicht unter <https://kurier.at/politik/inland/peter-pilz-das-letzte-kapitel-im-eurofighter-krimi/275.140.775> bzw. <https://issuu.com/peterdraxler/docs/pilz-anzeige/2>

<sup>466</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>467</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

In view of the significant Offset obligations (€ 4,000 M) related to the Austrian contract, and considering the advanced time line for the fulfilment of its first milestone (€ 1,000 M Offset amount to be recorded by August, 21, 2004, with contractual penalty for any shortfall below € 750 M (if any) as at such date), we urgently need to jointly agree on the most efficient modus operandi and rules to govern the EPC's and the Eurofighter (EF) GmbH relationships in this context.

With respect to the funding required for implementing the Offset obligations, we believe that the originally allocated amount and rate do not correspond to market expectations and are therefore probably insufficient to cover all Offset costs that each of the EPC's shall have to bear for meeting its portion of Offset obligations. We therefore regard this budgetary issue as critical and would like to discuss it without further delay in the best interest of all parties concerned.

Filippo Bagnato beruhigte Jean-Paul Gut jedoch mit E-Mail vom 30.1.2004, indem er ihn wissen ließ, dass in den Vertragspreis ein angemessenes Kontingent eingepreist worden war und zudem eine Organisation besteht, welche die erwartbaren Ergebnisse erzielen kann:<sup>468</sup>

I am delighted with your keen interest concerning one of the most demanding requirements of the Austrian contract.

You can rest assured that I am fully aware of the related contractual obligation and of the consequences of a non fulfilment in particular in the offset area, as well as of the EF GmbH responsibilities as a prime and of the subcontractors (the EPCs).

You may be aware that EF GmbH has prepared a business model for Export and the associated Risk Sharing Agreement. All related processes and procedures have been identified and in many cases produced and coordinated with the EPCs. One of those is the offset policy which has been the subject of extensive discussion with the Industrial Benefit Representatives of the Partner Companies.

In particular for the Austria Contract Implementation an Offset Committee coordinated by EF Export has been set up to direct and monitor the implementation of our offset commitments. We have also allocated in the contract price an adequate contingency which will be centrally managed and utilised to fund projects assessed as cost effective by EF GmbH and accountable by the customer.

We present...  
-

In conclusion although we need to be vigilant and maintain a prudent attitude towards some promising initial trends I believe we have an organisation in place which seems to be capable of achieving the expected results.

For what concerns the discussion our people had sometime ago you are certainly aware that SMC has recently ruled out EF GmbH contracting with consultants.

Einer schriftlichen Stellungnahme von Dr. Walter Schön vom 9.8.2012 an das Bundeskriminalamt zufolge ist es bei Verkäufen von Rüstungsgütern weltweit durchaus üblich, die Pönalsumme in den Kaufpreis einzukalkulieren, damit hohe Summen für die Vermittlung von Gegengeschäften zur Verfügung stehen und trotzdem noch ein gutes Geschäft gemacht werden kann:<sup>469</sup>

<sup>468</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>469</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Am 08.06.2011 wurde vom Rechtsanwalt des Beschuldigten Dr. Walter SCHÖN eine erste schriftliche Aussage eingebracht.**

Er führte dabei an, dass es üblich ist, dass die Pönalsumme im Kaufpreis einkalkuliert und dadurch die Verkäuferseite in der Lage ist, hohe Summen für die Vermittlung von GG zur Verfügung zu stellen und trotzdem noch ein gutes Geschäft zu machen.

**Auszug aus der schriftlichen Aussage:**

**Punkt 2.) „Grundsätzliches“ - Zitat:** „Bei Verkäufen von Rüstungsgütern ist es weltweit üblich, Gegengeschäftsvereinbarungen über 100% (hier in Österreich: 200%) der Auftragssumme der Rüstungsgüter abzuschließen. Bei Nichterfüllung der vereinbarten Gegengeschäfte werden üblicherweise Pönaleverpflichtungen zwischen 5% - 10% vom nichterfüllten Vertragswert vereinbart. Die Pönalsumme ist zumeist im Kaufpreis einkalkuliert.“

**Punkt 3.) „Eurofighter Ankauf Österreichs“ - Zitat:**

Soweit ich weiß war ein Pöuale von 5% der Gegengeschäftssumme, sohin € 200.000.000,- vereinbart, was die Verkäuferseite in die Lage versetzte, bis zu ca. € 150.000.000,- für die Vermittlung von Gegengeschäften zur Verfügung zu stellen um trotzdem noch ein gutes Geschäft zu machen.“

**Beilage 1** schriftliche Stellungnahme Dr. Walter SCHÖN

Im Jahr 2004 wurden intensive Verhandlungen zwischen mehreren Managern von EADS, EF und Alenia unter Einbeziehung von BAE Systems über den sogenannten „Download“ der rund 183 Mio Euro an „OGM“ (lt. Clifford Chance „On Gross Margin“) von EF an die Konsortialpartner geführt. Den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft entnehmen wir, dass versucht wurde, über die Konstruktion von verschiedenen Offshore Gesellschaften Schmiergeldzahlungen an Unternehmen bzw. Beamte zu leisten.

Insbesondere wurde die Gründung der Vector Aerospace LLP (in Folge auch: Vector) durch zwei „Partner“ (Walter Schön und Alfred Plattner bzw. die von diesen kontrollierten Firmen Hopewell und Provan) und eine vertragliche Beauftragungskette zur Vermittlung und Bearbeitung von Gegengeschäftsprojekten erarbeitet, welche von EF über EADS zu Vector weiter zur Euro Business Development GmbH (in Folge auch: EBD) und an offshore „subcontractors“ laufen sollte.

Das „Download Scheme“ wurde mit Clifford Chance insbesondere von Manfred Wolff selbst, Johann Heitzmann, Pierluigi Romagnoli und Klaus-Dieter Bergner angefertigt. Darüber kommuniziert habe er auch mit Stefan Moser.<sup>470</sup>

Mitwisser dieses „streng vertraulichen Projekts Abfangjäger Österreich“ waren gemäß einer Vertraulichkeitserklärung jedenfalls Klaus-Dieter Bergner, Wolfgang Aldag, Reinhold Faltlhauser, Manfred Wolff, Stefan Moser, Wolfdietrich Hoeveler, Aloysius Rauen, Steininger, Alfred Plattner und Karin Keglevich:<sup>471</sup>

bezüglich der V.E. hat Dr. Bergner folgenden Personenkreis festgelegt:  
**Dr. Bergner, W. Aldag, R. Faltlhauser, W. Wolff, S. Moser, WD. Höveler und Sie.**  
**Von der Beraterseite:**  
**Hr. Irion und Fr. Bühe von Salaction, Fr. Keglevich SPA, Steininger und Plattner.**

Einem E-Mail von Wolfdietrich Hoeveler an Karin Keglevich und Wolfram Wolff entnehmen wir, dass Karin Keglevich von Klaus-Dieter Bergner gezielt in Projekte eingebunden werden sollte.<sup>472</sup>

<sup>470</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>471</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>472</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## 2.6. DIE ÜBERTRAGUNG DER GEGENGESCHÄFTSVERPFLICHTUNG

### 2.6.1. Die Übertragung auf EADS

Zunächst wurde die Gegengeschäftsverpflichtung von EF in Höhe von 3,4 Mrd Euro per 1.11.2004 von EF auf EADS übertragen, ebenso wie die oben genannten 183,4 Mio Euro:<sup>473</sup>

**The full OGM (5%+6% = 183.4 mio) will be passed to EADS according to Attachment 1.**

Dieser Betrag ist für folgende Zwecke verwendet worden (Status 2011), wobei nicht nachvollziehbar ist, welche konkreten Gegenleistungen erbracht wurden:<sup>474</sup>

CASSIDIAN Eigenleistung (incl. Office ab Jan 2010)	7,9 mill €
CASSIDIAN Projektthema	10,0 mill €
<b>Offset Unterstützung</b>	
P&P Consulting	4,0 mill €
City Chambers Ltd.	8,4 mill €
Steininger	3,1 mill €
Euro Strat	2,2 mill €
Daimler AG	2,8 mill €
BAEs	10,5 mill €
EADS International	1,3 mill €
ALN (250 t€)	0,3 mill €
Service Provider (incl Legal Support)	4,9 mill €
<b>Subtotal</b>	<b>37,5 mill €</b>
<b>Settlement Steininger</b>	<b>5,5 mill €</b>
<b>Settlement Plattner</b>	<b>2,0 mill €</b>
<b>Vector</b>	
Istkosten 2005 - 2009	83,2 mill €
<b>Crediting:</b>	
Payment for the report 2008 (Stufe 4)	4,1 mill €
Full Crediting Stufe 4 w/o Stufe 1 - 3	16,6 mill €
<b>Subtotal</b>	<b>103,9 mill €</b>
<b>Fulfillment Risk (Other Projects)</b>	
Open Volume 421 mill € x 0-1% average	4,0 mill €
<b>Contingency (Gross Margin)</b>	<b>12,5 mill €</b>
<b>Total</b>	<b>183,3 mill €</b>

### 2.6.2. Die Übertragung auf OMESCO

Noch vor Übertragung der Gegengeschäftsverpflichtung auf EADS war beschlossen worden, die Gegengeschäftsverpflichtungen von EADS und der spanischen EADS-CASA an die Gesellschaft

<sup>473</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>474</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

OMESCO auszulagern. OMESCO sollte in weiterer Folge eine Firma in Wien gründen, die ihre Aktivitäten mit EF und „*instructing partners*“ koordiniert:<sup>475</sup>

**EADS-D und EADS-S haben beschlossen, dass Management ihrer Offset-Verpflichtung aus dem EF-Vertrag mit Österreich an die OMESCO-Ltd zu vergeben.**

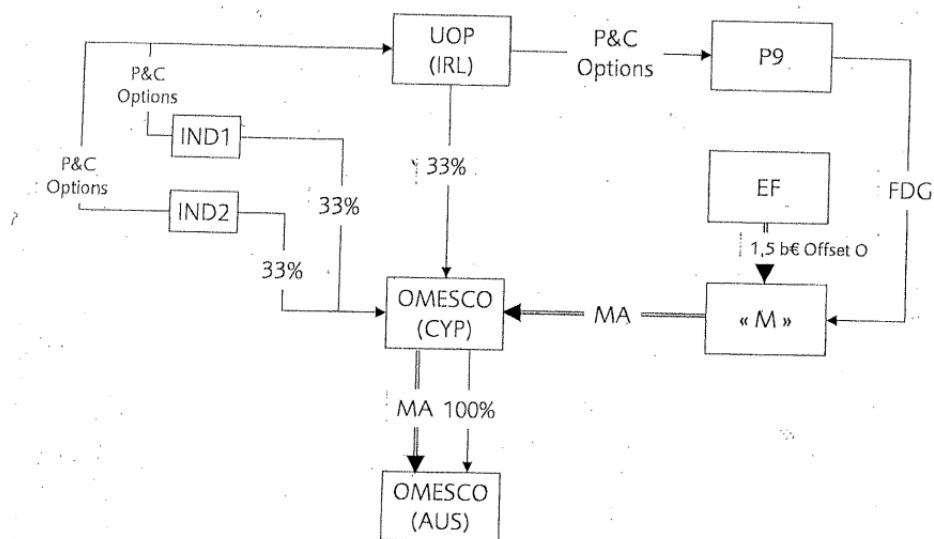
Die Gründung von OMESCO war bereits am 17.12.2003 von EADS geplant worden:<sup>476</sup>

### STRUCTURE

EADS  
INTERNATIONAL

- Limited company registered in Limassol, Cyprus with no formal connection to EADS
- Owned and managed by 2 ex-EADS employees and an EADS-Intl. nominated Strategic Investor
- Full transparency and de-facto control for EADS through:
  - Casting vote of EADS representative in the Steering Committee
  - Management contract, binds the directors to Steering Committee decisions
  - Unconditional call option through Strategic Investor
  - Direct influence of Strategic investor as shareholder

Es gibt daher Anhaltspunkte, dass es sich um eine Scheinabtretung der Gegengeschäftsverpflichtung handelt und immer klar war, dass EADS selbst die Gegengeschäfte abwickeln wollte. Dies sollte, wie aus dem Dokument hervorgeht, durch nachfolgende aufwändige Struktur erfolgen:



<sup>475</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>476</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Die Errichtung des Firmennetzwerkes rund um Vector, Nachfolger von OMESCO, nahm möglicherweise hier seinen Anfang. Die Errichtung von OMESCO geschah mit der Zustimmung von oberster Konzernebene, wie aus nachfolgender Passage dieses Dokuments hervorgeht: Jean-Paul Gut („J.-P.G.“), Thomas Enders („T.E.“) und Aloysius Rauen („A.R.“) stimmten der Errichtung der Firma OMESCO zu:<sup>477</sup>

## CURRENT STATUS

- Requirements to fulfil Milestones from existing contracts demand operational structures by Jan. 2004
- With the consent of R.H., J.-P.G., T.E and A.R. the company is in the process of being registered to manage at least the EADS portion of the commitment



Die Firma OMESCO wurde am 16.1.2004 in Zypern gegründet, mit Manfred Wolff, Mitarbeiter von EADS, als Geschäftsführer und Eigentümer. Am 3.3.2004 wird laut österr. Firmenbuchauszug die OMESCO Offset Management Services GmbH gegründet, mit Mag. Wolfgang Plasser ab 16.3.2004 als Geschäftsführer. Am 20.4.2004 wird die Omesco Ltd (Zypern) zu 100% Eigentümer der Omesco GmbH.<sup>478</sup>

Der zwischen EADS und OMESCO Zypern am 8.3.2004 unterzeichnete Vertrag (Heads of Terms) lässt erkennen, dass zwar das Management und die Erfüllung der Gegengeschäftsverpflichtung auf OMESCO ausgelagert wurde, EADS sich aber das Recht vorbehält, OMESCO Anweisungen hinsichtlich der Ausführung aller oder bestimmter Tätigkeiten zu erteilen. Weiters wurde eine „management fee“ festgelegt, zu marktüblichen Konditionen und Provisionen als Entlohnung für die Tätigkeiten von OMESCO.<sup>479</sup>

<sup>477</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>478</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>479</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

The result of the meeting were the following :

- Mr. RAUEN confirmed that EF GmgH will :
  - Pass the responsibility of fulfillment of the offset obligation to the EPCs pro rata to their work share of the Eurofighter contract
  - Distribute the provisions for offset management and related fees to the EPCs pro rata to their work share and according to a payment schedule yet to be agreed upon
  - Distribute the responsibilities for penalties for non fulfillment of their portion of the offset obligation to the EPCs
- Mr. RAUEN informed the participants, that the contracting of the offset management to OMESCO, including the related personnel consequences, was again approved by Dr Enders end of last week
- Mr DE BERGIA reported that the need to sign the contract with OMESCO immediately was accepted by the participants of the last BOMM and that the letter from EF GmbH, DD 29 Apr 04 was sufficient to provide comfort to EADS-M regarding the reimbursement of expenses from EF GmbH.

The participants agreed, that the contract with OMESCO should be signed and implemented immediately in order to avoid losing out on credit values.

The payment terms and conditions of the contract with OMESCO to be agreed in line with the overall concept.

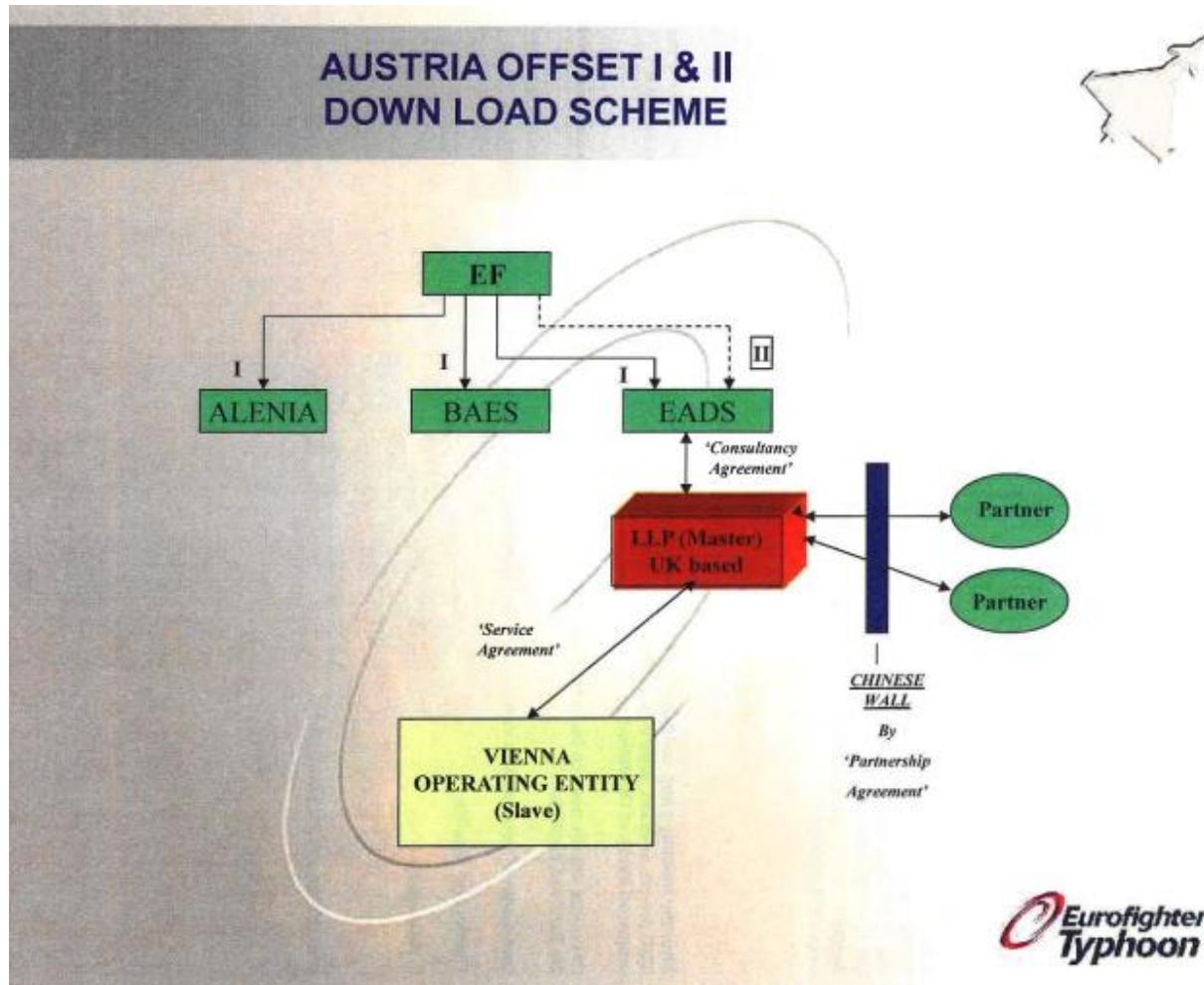
Mr C. [redacted] informed the participants that he has evidence of similar offset management contracts with related fees in the range of 2.5-7%, depending on the actual scope of duties of the service provider. In the current case with OMESCO the comparable range might be 3.5-4%.

### 2.6.3. Die Übertragung auf VECTOR

Laut einem E-Mailverkehr zwischen Johann Heitzmann, Manfred Wolff, Neils Petersen, Klaus-Dieter Bergner, Pierluigi Romagnoli und Aloysius Rauen planten in weiterer Folge EF und EADS die Gründung einer LLP in London, welche eine Vienna operating entity („Slave“) managen sollte. Die beiden Eigentümer der LLP („*selected from the current Austria consultants*“) sollten durch eine „chinese wall“ von Vector getrennt werden:<sup>480</sup>

---

<sup>480</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.



So wurde am 14.7.2004 die Vector Aerospace LLP gegründet. Am 21.7.2004 wurde zwischen Vector und den Firmen **Hopewell Investments Ltd.** (in Folge auch: Hopewell) und **Provan Trading Ltd.** (in Folge auch: Provan) ein Vertrag der Partnerschaft mit beschränkter Haftung („*limited liability partnership agreement*“) geschlossen.<sup>481</sup> Hopewell wird im Clifford Chance Bericht Walter Schön zugerechnet, hinter Provan stehe Alfred Plattner.

Im zentralen „*Management and Service Agreement*“ (MSA) zwischen EADS und Vector wurden Provisionen für vermittelte Gegengeschäftsprojekte über das Volumen von 2,7 Milliarden Euro vereinbart: Für das Auffinden von Gegengeschäften 0,5 %, für die Vertragsunterzeichnung und erfolgreiche Vorlage von Gegengeschäftsbestätigungen an das BMWA 0,75% und bei endgültiger Anerkennung des Gegengeschäfts durch das BMWA 1,5 % der Vertragssumme.

Weiters wurde festgelegt, dass Vector eine dauerhafte Präsenz in Österreich zu etablieren habe. Schließlich behielt sich EADS - wie auch im Vertrag mit OMESCO – den beherrschenden Einfluss vor, nämlich das Recht, ausschließlich im alleinigen Ermessen Vector Anweisungen hinsichtlich der Ausführung aller oder bestimmter Tätigkeiten zu erteilen.

Aloysius Rauen und Manfred Wolff führten gegenüber Clifford Chance an, dass das MSA insbesondere von Manfred Wolff, Klaus-Dieter Bergner, Alfred Plattner, Walter Schön, Gianfranco Lande und Stefan Moser ausverhandelt worden war. Im Auftrag von Johann Heitzmann.

<sup>481</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3886353/VectorAerospaceLLP-DeclarationofSolvency-27042011.pdf>

## 2.7. ERIKA SCHILD UND DIE EURO BUSINESS DEVELOPMENT GMBH

Die österreichische Firma Euro Business Development GmbH (EBD) war im Dezember 2004 – wie im Vertrag zwischen EADS und Vector vorgesehen - gegründet worden. Mit der Geschäftsführung von EBD beauftragten Thomas Enders, Aloysius Rauen und Johann Heitzmann den EADS-Mitarbeiter Klaus-Dieter Bergner, der nicht vor dem Untersuchungsausschuss erschien. Die Gesellschafter der EBD waren wie auch von Vector – Walter Schön und Alfred Plattner, die ebenso wenig vor dem Untersuchungsausschuss erschienen.<sup>482</sup>

Im Vertrag zwischen EBD und Vector vom 1.3.2005 wurde festgelegt, dass EBD jedes Monat 120.000 Euro erhält:

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Das war für die Miete unseres Büros, das war für die Gehälter, das war für - - Wir haben ja auch Events veranstaltet, wir haben - - Ja, also das war großteils eigentlich für das operative Geschäft.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** In welchem Verhältnis ist denn EBD zu Vector gestanden?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Also das kann ich Ihnen leider nicht sagen. Ich weiß nur, dass wir von Vector das Geld bekommen haben, die 120 000 € pro Monat. Wie das genaue Verhältnis war, das weiß ich nicht. Ich weiß auch nicht, wie wir zu Vector gekommen sind. Also das war ja, als ich zur EBD gestoßen bin, mehr oder weniger, glaube ich, schon alles – nehme ich an – unter Dach und Fach; und ich habe das auch nicht hinterfragt.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ich meine, 120 000 € im Monat, das ist ja nicht wenig Geld. (*Auskunfts person Schild: Ja, genau!*) Hat es da eine vertragliche Grundlage für diese Zahlungen gegeben?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Mag sein, aber die kenne ich nicht. Also ich habe den Vertrag nie gesehen, wenn es einen gibt. <sup>483</sup>

Clifford Chance haben stichprobenartig untersucht, inwiefern jene Geschäfte, für welche Vector Provisionen kassierte, tatsächlich von Vector MitarbeiterInnen bzw. AuftragnehmerInnen vermittelt bzw. bearbeitet worden waren. Dabei stellten Clifford Chance fest, dass in den untersuchten Stichproben eine Tätigkeit von Vector-MitarbeiterInnen nicht feststellbar war. Die Vermittlung und Bearbeitung sei vielmehr durch MitarbeiterInnen von EADS und der EBD erfolgt:

**Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ):** Das heißt, neun Personen, die speziell für Gegengeschäfte Vector Aerospace zugearbeitet haben?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein, Vector Aerospace haben wir - <sup>484</sup>

Den Verdacht, dass die MitarbeiterInnen von EBD tatsächlich für EADS tätig waren, bestätigt auch der Bericht von Clifford Chance. Demnach wurde Vectors' Special Offset Project Plan von Erika Schild, Director Administration & Projects bei EBD,<sup>485</sup> erstellt und mit EADS-MitarbeiterInnen abgestimmt. Gianfranco Lande von Vector beschwerte sich einem E-Mail zufolge wenig später, dass er in die Erstellung dieses Plans nicht eingebunden war, Deals abschließen musste, die andere ausverhandelt haben und er erst in letzter Minute einbezogen wurde. Er erwähnte dabei debis und HDW.<sup>486</sup>

<sup>482</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>483</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 7.

<sup>484</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 26.

<sup>485</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5.

<sup>486</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 32.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ja, ich meine, grundsätzlich war das, dass bei diesen Projekten, Special Offset Projects, dass ich - - Das ist eben dieser Quartalsbericht gewesen, der mit der Offsetabteilung abgestimmt wurde. Warum sich Herr Gianfranco Lande beklagt, das kann ich Ihnen - - Ich meine, es steht da drinnen, warum er sich beklagt, aber grundsätzlich, wie gesagt, in diese ganzen - -<sup>487</sup>

Die Ermittlungen des Untersuchungsausschusses haben zudem ergeben, dass die Quartalsberichte („*quarterly reports*“), die vorgeblich Vector an EADS legte, tatsächlich von der Firma EBD entworfen worden waren. Erika Schild, Director Administration & Projects bei EBD, gab im Zuge Ihrer Befragung am 5.7.2017 zu, dass sie die Quartalsberichte entworfen hatte:

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Schauen Sie, ich bin grundsätzlich - - Also, wie gesagt, ich habe die Quartalsberichte geschrieben – Herr Dr. Bergner und ich, er hat auch davon gewusst und er hat drübergelesen – und ich habe sie dann an Herrn Moser geschickt, weil die Offsetabteilung dann die Stelle war, die dann noch Korrekturen oder wie auch immer vorgenommen hat.<sup>488</sup>

Sie bestätigte weiters, dass sie diese Berichte anschließend an die EADS-Offset-Abteilung von Stefan Moser übermittelte und mit Franziska Olbrecht, Mitarbeiterin von Stefan Moser, abstimmte. Den Auftrag, dies zu tun, habe sie von Klaus-Dieter Bergner erhalten:

**Abgeordneter Rudolf Plessl (SPÖ):** Und Gianfranco Lande? Kennen Sie ihn oder haben Sie ihn getroffen?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Wie gesagt, ich habe ihn einmal gesehen, aber, ja, ich habe nur - - Ich weiß auch gar nicht mehr, wie das genau war. Habe ich ihm die Quartalsberichte geschickt oder so irgendwie? Ich weiß es jetzt nicht mehr, ich habe keine Ahnung. Es entzieht sich wirklich meiner Wahrnehmung, wie das jetzt war.<sup>489</sup>

[...]

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ja sicher. Es war ja so: Der wurde mehr oder weniger - - Also ich habe ihn geschrieben, Dr. Bergner, wir haben ihn gelesen und dann haben wir ihn in die Offsetabteilung an Herrn Moser geschickt, und da wurde er abgestimmt. Aber ich habe sicher nie irgendwelche Fantasiefirmen hineingeschrieben. Ich weiß nicht - -<sup>490</sup>

In Zuge der weiteren Befragung stellte sich heraus, dass Erika Schild von Wien aus ebendiesen von EADS korrigierten Quartalsbericht an Vector in London übermittelte:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Haben Sie die Quartalsberichte von EBD direkt an Herrn Stefan Moser bei EADS geschickt?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ich habe sie mit der Offsetabteilung abgestimmt, ja. Und mit - -

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich habe Sie gefragt, ob Sie diese Quartalsberichte direkt an Herrn Moser, EADS, geschickt haben.

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Diese, also die abgestimmten habe ich an Vector geschickt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber der Herr Moser war nicht bei Vector. Warum haben Sie es an Vector geschickt? Der Herr Moser war nie bei Vector. (*Auskunftsperson Schild: Nein, das nicht, aber - -!*) – Warum zu Vector?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ich habe den Auftrag erhalten, die Quartalsberichte an Vector zu senden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und was hat Vector mit diesen Quartalsberichten gemacht?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da sind zahlreiche Korrekturen drinnen. Wer hat

<sup>487</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 32.

<sup>488</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 33.

<sup>489</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 33.

<sup>490</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 35.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

diese Korrekturen gemacht?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Wie gesagt, ich habe sie mit der Offsetabteilung in Ottobrunn abgestimmt, mit der Frau Olbrecht, einer Mitarbeiterin von Herrn Moser.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben es abgestimmt – das ist nämlich ein wichtiger Punkt – mit der Frau Olbrecht, Franziska Olbrecht, einer Mitarbeiterin von Herrn Moser von EADS. Richtig? (*Auskunftsbericht Schild: Genau, ja!*) – So. Und dann schicken Sie es zu Vector Aerospace nach London, zum Briefkasten in der Dover Street in London. Richtig?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Weil ich den Auftrag erhalten habe, diesen Bericht dorthin zu senden.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Von wem haben Sie den Auftrag erhalten?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Dr. Bergner.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dr. Bergner.<sup>491</sup>

In London wurden die Berichte mit dem Briefkopf von Vector versehen und anschließend wieder an Stefan Moser/EADS Deutschland geschickt:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Ist Ihnen bekannt, dass dann von Vector Aerospace diese Berichte wörtlich, aber mit einem neuen Titel, weil Ihr Bericht heißt: „Eurofighter OFFSET Austria Euro Business Development GmbH (EBD) Quarterly Report II/2008 To Vector AEROSPACE LLP Vienna, August 2008“, - - Und plötzlich gibt es von Vector Aerospace am 24. Oktober 2008 den wortgleichen Bericht an den Herrn Moser in EADS! Sagen Sie einmal, können Sie mir eines erklären: Warum stimmen Sie mit der Mitarbeiterin von Herrn Moser einen Bericht ab (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen*), den Sie dann zu Vector Aerospace schicken, damit Vector Aerospace mit dem Briefkopf „Vector Aerospace“ – also einer Briefkastenfirma – das wieder dem Herrn Moser schickt? Warum muss aus dem Büro von Herrn Moser ein korrigierter Quartalsbericht über Wien nach London gehen und dann offiziell als Quartalsbericht wieder an den Herrn Moser geschickt werden? Können Sie mir das erklären? (*Auskunftsbericht Schild: Kann ich Ihnen - -!*) – Da muss es ja einen Grund geben!

Das ist ja offensichtlich – meiner Meinung nach – ein Täuschungsmanöver (*Vorsitzender Kopf gibt neuerlich das Glockenzeichen*): die Vorspiegelung, dass Vector Quartalsberichte erstelle, und die Vorspiegelung, dass Vector überhaupt eine eigenständige Tätigkeit entfaltet.

War Ihnen klar, dass es sich hier möglicherweise um eine Täuschungshandlung handelt?

(*Auskunftsbericht Schild: Na - -!*) – Ich hätte nur gerne eine Antwort bei Protokoll!

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein, war mir nicht klar. – Also, ich habe das auch nicht hinterfragt, das ist - -<sup>492</sup>

Die Quartalsberichte wurden daher vom Büro Moser an EBD in Wien gesandt. Von dort gingen sie als EBD-Entwürfe an Vector in London. Dort wurden sie wortgleich übernommen und als Vector-Berichte wieder an Stefan Moser gesandt.

Den eben dargestellten Ablauf veranschaulichte der Quartalsbericht II 2008, der dem Untersuchungsausschuss in zwei Versionen vorlag: Einerseits im korrigierten Modus mit EBD-Logo, andererseits im finalen Modus mit Vector-Briefkopf. Inhaltlich waren die Berichte ident. Dem Bericht von Clifford Chance entnehmen wir, dass es keine Hinweise gibt, dass Angestellte von Vector zu der Berichtserstellung beigetragen haben.

Mit diesem Vorgehen sollte offensichtlich vorgetäuscht werden, dass eine von EADS völlig unabhängige Organisation die Erfüllung der Gegengeschäftsverpflichtung organisierte. Dies ist von besonderer Bedeutung für die Umgehung der sogenannten „Schmiergeldlegalisierungsklausel“, die ja nur für Dritte gilt.

<sup>491</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 49-50.

<sup>492</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 50.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Im Zuge des Untersuchungsausschusses wurde außerdem bekannt, dass die Firma EBD in zahlreiche Zahlungsflüsse involviert war, deren Grund nicht nachvollzogen werden konnte. Unter anderem belegen E-Mails, dass über die Isle of Man Gelder in die Lakeside Stiftung gebracht werden sollten, deren Obmann im Jahr 2007 Jörg Haider war:<sup>493</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie eine Wahrnehmung darüber, wie über Vector Geld an Haider und die LAKESIDE Privatstiftung geschleust werden sollte?  
*(Auskunfts person Schild: Nein! Nein! Nein!) – Haben Sie auch nicht. (Auskunfts person Schild: Nein! Nein! Nein! Tut mir leid!)*

Wenn Sie das Dokument umdrehen [...] „S.g. Frau Schild! Danke für Ihr e-mail“ – Und dann der bereits zitierte Satz: „Wie Vector Geld in die auf der Isle of Man domizierte Scientific Research & Development Ltd. bringt, ist nicht unser Thema.“

Da hat er auch recht, weil das Ihr Thema war.

Was wissen Sie über die Scientific Research & Development Ltd.?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Darüber weiß ich nichts.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Okay.

Woher hat Vector Aerospace sein Geld bekommen?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Wie da der Geldfluss war, das kann ich Ihnen auch nicht sagen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Von EADS Deutschland.

Dann gibt es eine Briefkastenkette EADS, Vector, COLUMBUS, APA Consulting, Redhill Investments, Scientific Research & Development Ltd., Steuerberater Kaindleinsberger in Linz und dann Haider, LAKESIDE Klagenfurt.

Sie diskutieren selbst mit Herrn Urabl, er weist Sie darauf hin, dass er erwartet, dass endlich das Geld weitergeht an die Scientific Research & Development Ltd. – das ist die vorvorletzte Stelle, bevor es zu Haider kommt. (*Auskunfts person Schild: Mhm!*)

Was wissen Sie darüber? Ist Ihnen diese Briefkastenkette bekannt?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein, nein, überhaupt nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ist Ihnen der Herr Kaindleinsberger bekannt?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Der Name sagt mir was, ja, sicher, ja, klar.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Ich lege Ihnen das nächste Dokument vor. [...] Zwei Tage nach dem Mail von Urabl an Sie schreiben Sie ein Mail an Gianfranco Lande. „Dear Dr. Lande, I see that some misunderstandings have been arised concerning the Agreement between THE FUND and EBD.“

Um welche Missverständnisse ist es da gegangen zwischen dem Fond und EBD, die Sie mit Lande aufklären wollten? (*Die Auskunfts person schüttelt verneinend den Kopf.*)

Ist das ein Mail von Ihnen?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ja, aber - - Ja. [...]<sup>494</sup>

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Kann ich nicht, Herr Dr. Pilz.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Na, da wird ja detailliert über den Fond erklärt. Was ist der Fond? (*Auskunfts person Schild: Ich, ich - -!*) [...]

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ich weiß es nicht. Ich kann Ihnen dazu nichts sagen. Ich weiß nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Aber Sie bestätigen: Das ist ein Mail von Ihnen!?

**Auskunfts person Schild:** Ja!<sup>495</sup>

Insgesamt gibt es daher starke Anhaltspunkte, dass die gesamte Briefkasten-Struktur von OMESCO bis Vector über EBD von EADS und seinen Partnerfirmen gesteuert und kontrolliert wurde, wodurch es zu nicht nachvollziehbaren Zahlungsflüssen in Millionenbeträgen gekommen ist. Diese werden in einem Strafverfahren zu klären sein.

<sup>493</sup> [http://www.kleinezeitung.at/kaernten/5240973/LakesidePrivatstiftung\\_Was-ist-mit-dem-EADSGeld-in-HaidersStiftung](http://www.kleinezeitung.at/kaernten/5240973/LakesidePrivatstiftung_Was-ist-mit-dem-EADSGeld-in-HaidersStiftung)

<sup>494</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 46-48.

<sup>495</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 48-49.

## 2.8. GESCHÄFT + PROVISION = GEGENGESCHÄFT?

Die Aussage von Erika Schild bestätigte den im Zuge der Aktenlage aufkommenden Verdacht, dass sich EADS anstehende Geschäfte als Gegengeschäfte „zukaufte“. Ein Gegengeschäft, bei dem ein ohnehin stattfindendes Geschäft zur (falschen) Deklaration als Gegengeschäft „eingekauft wurde“, wäre jedoch nicht anrechenbar:

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein, nein, es war umgekehrt. Also wir sind zu den Unternehmen, wenn - - Ja - -

**Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ):** Sie sind rausgefahren zu den Unternehmen - -

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Na ja, raus- - Ja, wir haben die Unternehmen angesprochen beziehungsweise hat man ja gewusst - - Das war grundsätzlich ja nicht wirklich erforderlich. Das war vereinzelt der Fall. Aber wir sind grundsätzlich – was die Gegengeschäftsbestätigung anbelangt – zu den Unternehmen - - Also wir - - Ja, wir sind zu den Unternehmen gefahren. Ja, wir haben sie angesprochen.<sup>496</sup>

**Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ):** Auf welchen Auftrag hinauf oder auf welchen Bezug hin? Man braucht ja einen Bezug, dass man diesbezüglich ein Gegengeschäft anmerken kann. (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*)

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Na ja. Ich denke schon, dass die Unternehmen wussten, dass sie, wenn sie von EADS Mutter-, Tochter-, Schwestergesellschaften beauftragt werden, und das eben in einen bestimmten Zeitraum fällt, da Gegengeschäftsbestätigungen auszufüllen haben.

**Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ):** Nur ganz kurz noch! Das impliziert jetzt aber eines: Im Endeffekt gab es dann eine Liste, mit welchen Unternehmen in Österreich EADS Geschäfte betreibt. (*Auskunfts person Schild: Genau!*) Ob das jetzt im Umkehrschluss direkt ein Gegengeschäft ist oder von Haus aus ein Geschäft war, das müsste man im Endeffekt aber dann schon verifizieren.

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Das hat man sicher gemacht, also davon gehe ich aus.

**Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ):** Also es ist nicht eins zu eins? Unternehmen, die mit EADS eine Geschäftsanbahnung, -beziehung hatten (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen*), wurden nicht automatisch als Gegengeschäft gewertet – oder schon?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ich habe die Liste nicht gehabt. Wie gesagt, das hat die Offsetabteilung in Ottobrunn gemacht. Aber ich weiß, dass wir an die Unternehmen herangetreten sind und die beim Ausfüllen der Gegengeschäftsbestätigungen unterstützt haben, ja.<sup>497</sup>

Es gab also eine Liste von EADS-nahen Gesellschaften, die von der EBD „abgeklappert“ wurden. Für diesen Arbeitsauftrag durfte die EBD sogar offiziell als EADS-nahe Unternehmen auftreten:

**Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger (ÖVP):** Frau Schild! Jetzt ist gerade diese Sache gefallen, dass Sie mit den Firmen Kontakt aufgenommen haben, um diese Gegengeschäfte anzubahnen. (*Auskunfts person Schild: Mhm!*)<sup>498</sup>

[...] Aber Sie haben nicht gesagt, Sie kommen von EADS oder so, oder von Eurofighter, oder dass Sie in Verbindung mit Eurofighter und EADS stehen?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Na das schon, das haben wir schon gesagt, oh ja.

**Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger (ÖVP):** Haben Sie sich als Firma von Eurofighter oder EADS gesehen – oder wie?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Als Firma? – Ja, irgendwie so als Tochterunternehmen.

**Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger (ÖVP):** Als Tochterunternehmen haben Sie sich vorgestellt?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ja, schon.

<sup>496</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 59-60.

<sup>497</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 60.

<sup>498</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 60.

**Abgeordneter Ing. Manfred Hofinger (ÖVP):** Und hat Vector bei dieser Vorstellung auch eine Rolle gespielt?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein, nein. Absolut nicht, nein.<sup>499</sup>

Es ist festzustellen, dass diese Vorgehensweise nicht den Voraussetzungen für die Anrechenbarkeit der Gegengeschäfte entspricht, wie sie in Punkt 5. des Vertrags festgelegt wurden.<sup>500</sup> (siehe 2.5.1.)

In den von dem österreichischen Partner des Gegengeschäfts auszufüllenden und zu unterfertigenden Gegengeschäftsbestätigungen findet sich dazu folgende Formulierung:

*„Der österreichische Partner des Gegengeschäfts bestätigt mit seiner Unterschrift, dass das Geschäft unter Mitwirkung des Gegengeschäfts-Verpflichteten (= Vertragspartner des BMWA), nach dem Stichtag zustande gekommen ist, und es sich um ein Erstgeschäft handelt oder der Durchschnittswert der, in jeder Hinsicht gleichartigen Lieferungen und Leistungen der letzten 3 Jahre, vor dem Stichtag überschritten wird.“* [Anmerkung: als Vertragspartner des BMWA wird auf der ersten Seite des Formulars die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH angeführt.]

Das belegt auch ein E-Mail von Karin Keglevich vom 9. Februar 2004 an Stefan Moser von EADS. Karin Keglevich weigerte sich darin, irgendwelche Firmen anzusprechen:<sup>501</sup>

„Lieber Stefan,

*ich kenne jetzt nicht den Letztstand, hoffe aber, dass du mit Herrn Rauen gesprochen hast. Sollte dennoch das Thema Gutschrift der Geschäfte wie gehabt aktuell sein, möchte ich nach langem Überlegen wie folgt festhalten:*

*Da ich zwar verstehe, dass das Konsortium einen Rechtsanspruch auf die allgemeinen Geschäfte, die zwischen österreichischen und Firmen des Konsortiums abgeschlossen wurden, 2002/2003, auch wenn sie kein zusätzliches Geschäft darstellen beziehungsweise auf Basis des Kaufs der Eurofighter entstanden sind, halte ich diese Form der Abrechnung, wie schon deponiert, für mehr als bedenklich, was die Öffentlichkeit und vor allem die möglichen politischen Reaktionen betrifft. Es kann nur gegen uns ausgehen. Daher möchte ich in keiner Weise irgendeine Firma diesbezüglich ansprechen, da ich mir unbedingt den Rücken freihalten muss, auch für niemanden die Hand ins Feuer lege [...]“*

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Wissen Sie, warum Frau Keglevich persönlich vor dieser Art von Gegengeschäften – ich vermute Scheingegengeschäften – gewarnt hat und sich selbst persönlich davon distanziert hat?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein. Nein, kann ich - - Weiß ich nicht.<sup>502</sup>

**Dr. Martin Bartenstein:** Nein, natürlich nicht. Ich weiß auch nicht, welches Geschäft sie hier im Konkreten meint. [...] Ich habe schon gesagt, die Frage der Zusätzlichkeit war bei den Prüfungen immer wieder ein Thema, und da müsste man das konkrete Geschäft dann schon ansprechen.<sup>503</sup>

Insgesamt ergibt sich daher der konkrete Verdacht, dass die über das Vector-Netzwerk verteilten Gelder auch zum Kauf von Gegengeschäftsbestätigungen verwendet werden sollten.

<sup>499</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 61.

<sup>500</sup> Siehe im Detail Bericht des Verfahrensrichters Punkt 4.2.2. e) - j).

<sup>501</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 72.

<sup>502</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 72.

<sup>503</sup> 421/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Peter Brauch, ehemaliger Leiter der internen Revision von EADS, gab in diesem Zusammenhang bei seiner Vernehmung gegenüber dem Kriminalfachdezernat München an, dass Zahlungen zur Erreichung von Kompensationsgeschäften insbesondere deshalb erforderlich seien, dass auch bereits abgeschlossene Geschäfte, die unabhängig von dem Eurofighter-Geschäft durchgeführt werden, angerechnet werden könnten.<sup>504</sup>

*„Nach meinem Wissen ist zur Erreichung von Kompensationsgeschäfte erforderlich, an die jeweiligen Vertragspartner Provisionen in Höhe von 3-5% des Gegengeschäftsvolumens zusätzlich neben dem Auftragsentgelt zu zahlen, damit insbesondere bereits abgeschlossene Geschäfte, die bereits unabhängig von dem EUROFIGHTER Geschäft durchgeführt werden auf das Kompensationsvolumen angerechnet werden und die Voraussetzung hierfür geschaffen werden, insbesondere die Verträge zur Verfügung gestellt werden.“*

Und:

*„Bei einem kleinen Land wie Österreich erscheint es mir nahezu unmöglich, ein Kompensationsvolumen von 3,4 Milliarden Euro alleine durch Neugeschäfte im Luftfahrtbereich zu erreichen. Vielmehr dürfte der Rückgriff auf Altgeschäfte und branchenfremde Geschäfte erforderlich sein.“<sup>505</sup>*

Vector erhielt im Laufe der Jahre von EADS mind. 103,4 Millionen Euro. Aus dem Aktenbestand geht weiters hervor, dass diese Gelder an andere internationale Offshore-Gesellschaften, wie beispielsweise Centro Consult, Columbus, Comco, Greenwell, Hortobágy, Incuco, Orbital, Domerfield, weitergeleitet wurden.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** War es für die Mitarbeiter im Ministerium ersichtlich, dass da auch Provisionen, und gar nicht so wenig, geflossen sind?

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Auch das weiß ich nicht, aber ich würde es ausschließen, denn wenn ich einen Mitarbeiter gehabt hätte, der sieht, dass da Provisionen fließen, wäre das eine problematische Angelegenheit gewesen. Daher nein, davon weiß ich nichts, und, ehrlich gesagt, die werden das dort wahrscheinlich auch nicht dargestellt haben. Worüber ich mich aber auf der anderen Seite wundere, ist, dass dann angeblich zu dem Unternehmen auch Provisionen fließen, wenn das ohnedies sozusagen im Vertragsgegenstand drinnen ist und locker eingereicht werden kann.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das wundert uns ja eben auch.

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Das ist absolut merkwürdig, muss ich schon sagen.<sup>506</sup>

Es kann somit festgestellt werden, dass die oben dargestellten Zahlungen aus der normalen Abwicklung der Verträge nicht erklärbar sind und daher von der Staatsanwaltschaft zu klären sind. Insbesondere ist auch zu ermitteln, ob Entscheidungsträger im BMWA über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anerkennung der Anrechenbarkeit des Gegengeschäftes getäuscht worden sind und der Republik daraus ein Schaden entstanden ist.

<sup>504</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué , 44; siehe weiters Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>505</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>506</sup> 430/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 11.

## 2.9. DER FALL „DAIMLERCHRYSLER/ROSENBAUER“

Die 100-prozentige DaimlerChrysler-Tochtergesellschaft debis International Trading GmbH (in Folge auch: debis) reichte mit der Firma Rosenbauer International AG (in Folge auch: Rosenbauer) ein Gegengeschäft mit der Republik Kroatien über die Lieferung von 210 Feuerwehrfahrzeugen im Zeitraum 2003 bis 2009 über einen Auftragswert von 80,9 Millionen Euro ein.

Das Gegengeschäft ist in Anlage 7 des Gegengeschäftsvertrages „*Abgeschlossene Gegengeschäftsprojekte ab 02.07.2002*“ als Gegengeschäft mit EADS-Airbus gelistet. Der Kaufvertrag wurde am 6. Oktober 2003, somit kurz nach Abschluss des Gegengeschäftsvertrags, unterzeichnet.

Einer Zeugenaussage von Olaf Götz, damaliger Projektabwickler bei debis,<sup>507</sup> gegenüber dem Kriminalfachdezernat 7 München zufolge, war bereits im 2. Halbjahr 2001 beabsichtigt worden, Feuerwehrfahrzeuge nach Kroatien zu liefern. Im 3. Quartal 2002 habe sich dann das „Konsortium Feuerwehr Kroatien“, bestehend aus DC, Rosenbauer und debis, an der Ausschreibung in Kroatien beteiligt.<sup>508</sup>

Wolfram Mücke, der für Rosenbauer die Verhandlungen führte,<sup>509</sup> gab bei der Zeugenbefragung jedoch an, dass Rosenbauer vermutlich erst 2003 mit an Bord geholt worden sei:

**Wolfram Mücke:** Wie geschildert musste zuerst die Ausschreibung publiziert werden – das Datum habe ich nicht präsent –, dann muss die Ausschreibung bearbeitet werden, und dann muss verhandelt werden. Und wenn Sie sagen, dass das Vertragsdatum irgendwo Oktober 2003 ist: Davor hat es natürlich einen Vorlauf geben müssen.<sup>510</sup>

**Wolfram Mücke:** [...] Ich kann Ihnen hier kein Datum nennen, aber wenn ich jetzt logisch zurückdenke: Vertragsabschluss im Oktober; eine Ausschreibung hat üblicherweise eine entsprechende Beurteilungsduer, bevor es zu einer Entscheidung kommt – damit bin ich im September –; die Ausschreibung muss publiziert werden, den Leuten muss eine Bearbeitungszeit gegeben werden – damit bin ich irgendwo im Sommer. Also wir werden vermutlich im ersten Halbjahr 2003 die ersten Kontakte gehabt haben. Ich bitte aber auch deutlich fürs Protokoll noch einmal: **vermutlich** – und eine sehr ferne Erinnerung!<sup>511</sup>

Dies steht im Widerspruch zur Aussage von Olaf Götz, wonach bereits 2001 die Teilnahme von debis an der Ausschreibung fixiert worden war und sich das Konsortium inklusive Rosenbauer im 3. Quartal 2002 für den Auftrag beworben hatte. Nach der von Mücke beschriebenen Vorlaufzeit ist es daher wahrscheinlicher, dass bereits ein Jahr früher, also im ersten Halbjahr 2002, die Gründung des Konsortiums mit Rosenbauer erfolgte.

Mücke gab weiters an, dass in den ersten Gesprächen statt Rosenbauer die deutsche Firma Ziegler im Rennen um den Auftrag war. Diese Überlegungen müssten gemäß dargestelltem Ablauf aber im Jahr 2001 bis spätestens 2002 abgeschlossen gewesen sein:

**Wolfram Mücke:** [...] In diesen ersten Gesprächen gab es auch die Situation, dass ein deutscher Aufbauhersteller, die Firma Ziegler, die ja ebenfalls mit Daimler über die

<sup>507</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 24.

<sup>508</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/der-gegengeschaefts-basar.pdf>

<sup>509</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 11.

<sup>510</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 31.

<sup>511</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 32.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

<p>Chassiskäufe Kontakt hatte, ziemlich intensiv interveniert hat, um <i>statt</i> Rosenbauer an diesem Kroatiaprojekt teilzuhaben.<sup>512</sup></p> <p><b>Wolfram Mücke:</b> Aus Sicht von Rosenbauer ist debis da in der Zusammenstellung eines Konsortiums, in den Gesprächen mit den Regierungsstellen aufgrund seiner Vorleistungen in Kroatien mit Infrastrukturprojekten und Finanzierungen, die abgewickelt worden sind. debis war auch für die Zusammenstellung der Finanzierung und Absicherung federführend, also insofern haben sie das Projekt in dieser Zusammensetzung des Konsortiums kreiert, ja. Das ist vielleicht ein nicht idealer Ausdruck, ich - <sup>513</sup></p>
<p><b>Wolfram Mücke:</b> Die Gespräche – das habe ich auch schon mehrfach gesagt – hat debis mit den kroatischen Stellen geführt. Und wir wurden dann als Rosenbauer zu Konsortialverhandlungen eingeladen.</p> <p>Und im Zuge dieser Konsortialverhandlungen war auch die Frage, ob nicht ein deutscher Konkurrent von Rosenbauer hier sozusagen statt Rosenbauer teilnehmen könnte oder ob man nicht die Aufteilung des Auftrages auf Rosenbauer und Ziegler andenken könnte.</p> <p>Schlussendlich hat man sich dazu entschieden, nur mit Rosenbauer zu gehen. Ob da noch Überlegungen anderer Art dahinter standen, kann ich Ihnen nicht sagen.<sup>514</sup></p>

Ein Schreiben von EADS an Wolfram Natich (BMWA) zeigt, dass das BMWA am 22.1.2004 um Vorabzustimmung für den Auftrag an Rosenbauer gebeten worden war - mit dem Hinweis, dass sich debis gegen die deutsche Firma Ziegler (Wettbewerber von Rosenbauer) entschieden habe, und für den Konsortialpartner Rosenbauer, um die Anrechenbarkeit auf die Gegengeschäftsverpflichtung berücksichtigen zu können.<sup>515</sup> Zu diesem Zeitpunkt stand die Teilnahme von Rosenbauer gemäß Aussage Götz jedoch bereits fest.

Die Aussage von Götz wird weiters dadurch bestätigt, dass gem. Quartalsbericht („quarterly report“) von Vector/EBD I/2005 vom April 2005 einige Gegengeschäfte des 1. Milestone Reports an das BMWA, darunter auch Rosenbauer, mit speziellem Lieferdatum versehen worden waren:<sup>516</sup>

*Various contracts of Milestone 1 are in the automotive sector, e.g. Magna Steyr, Engineering Center, Rosenbauer. They are signed with specific delivery dates within the offset contract duration.*

Götz gab bei seiner Zeugeneinvernahme weiters an, dass Klaus-Dieter Bergner (EBD) im Herbst 2003 die Firma debis besucht habe: „Bei diesem Treffen, bei dem ich selbst anwesend war, kam auch das Thema Gegengeschäfte Eurofighter Austria zur Sprache.“ [...] „Man kam dann überein, einen Teil der Gegengeschäftsverpflichtungen im Rahmen des Liefervertrages Feuerwehrfahrzeuge Kroatien abzudecken zu wollen und diesen Teil der EADS anzubieten.“ EADS stellte debis dafür eine Provision in Aussicht:<sup>517</sup>

<p><b>Wolfram Mücke:</b> Was debis mit EADS besprochen hat und uns bekannt war, habe ich zuerst schon geschildert. Welche internen Gespräche da geführt wurden, ist mir nicht bekannt.</p> <p><b>Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):</b> Das Entscheidende an diesem Geständnis von Herrn Götz ist, dass er sagt, nicht EADS hat das Gegengeschäft generiert, sondern es ist EADS angeboten worden.<sup>518</sup></p>
--

Die Aussage von Götz ist auch in nachfolgendem von Rosenbauer, debis und EADS unterzeichneten Besprechungsprotokoll vom 8.1.2004 abgebildet:

<sup>512</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5-6.

<sup>513</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

<sup>514</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 30-31.

<sup>515</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 41.

<sup>516</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>517</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 25.

<sup>518</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 25.

## Minutes of Meeting

1. Datum / Ort: 08.01.2004/München

2. Teilnehmer: EADS, München – Herr Moser/Frau Olbrecht

Rosenbauer International AG, Leonding (RBI) – Herr Schwartz/Herr Mücke

dT International Trading GmbH, Berlin (dT) – Herr Knaack/Herr Götz

3. Gegenstand: Gegengeschäftsverpflichtung EADS wg. Lieferung von Eurofightern nach Österreich/Anrechenbarkeit Vertrag dT/kroatisches Innenministerium über Lieferung von Feuerwehren, hergestellt von RBI!

4. Inhalt:

- dT hat als Konsortialführer im Oktober 2003 einen Kaufvertrag mit dem Innenministerium der Republik Kroatien über die Lieferung von 210 Feuerwehrfahrzeugen im Zeitraum 2003 bis 2009 unterzeichnet. Die Produktion der Feuerwehrfahrzeuge erfolgt dabei durch RBI auf der Basis von in Deutschland bei DaimlerChrysler hergestellten Fahrgestellen.
- Der Auftragswert beträgt ca. 80,9 Mio. EUR (Preisbasis 2003), davon ca. 14,9 Mio. EUR Leiterfeuerwehrfahrzeuge, die von der 100 %-igen Tochtergesellschaft der RBI, Fa. Metz, in Karlsruhe hergestellt werden.
- EADS ist interessiert, den o.g. Kaufvertrag auf die Erfüllung ihrer Gegengeschäftsverpflichtung (GGV) anrechnen zu lassen. Hauptkriterien des österreichischen BMWA für die Anrechnung o.g. Vertrages auf die GGV werden erfüllt.
- Vorbehaltlich finaler Rückbestätigung gewährt EADS dafür an dT/RBI eine Provision in Höhe von 0,9 % auf den Kaufvertragsanteil, bei dem die Produktion der Feuerwehraufbauten in Österreich erfolgt (ca. 66 Mio. EUR) und in Höhe von 0,8 % auf den Kaufvertragsanteil, bei dem die Fertigstellung der Feuerwehrfahrzeuge bei Fa. Metz erfolgt (ca. 14,9 Mio. EUR).
- Die Abrechnung der Erfüllung der GGV zwischen EADS und dem österreichischen BMWA erfolgt auf Basis der in einem Kalenderjahr realisierten Lieferungen. Dazu wird bis Mai des Folgejahres der Lieferung das vom österreichischen Lieferanten ausgefüllte Formblatt für die Gegengeschäftsbestätigung durch EADS beim BMWA eingereicht.
- Nach inhaltlicher Prüfung durch das BMWA schätzt EADS die Kreditierung des Gegengeschäftskontos binnen eines Zeitraums von 3 - 4 Monaten ein.
- Gemäß Vorschlag der EADS wird die o.g. Provision zur Zahlung binnen 30 Tagen nach Kreditierung des Gegengeschäftskontos fällig. (dT/RBI schliegen vor, jeweils zum 31.03. eines Jahres zusammen mit dem Formblatt für die

V  
o

**Gegengeschäftsbestätigung die entsprechende Rechnung mit Fälligkeit binnen 90 - 180 Tagen an EADS zuzustellen).**

**Vertragsabwicklung (inkl. Kommunikation) erfolgt zwischen EADS und dIT. EADS wird dazu kurzfristig einen Standardvertragsentwurf an dIT übermitteln.**

**Für die Anrechnung vorbezeichneten Feuerwehrkaufvertrages wird EADS, nach inhaltlicher Abstimmung mit dIT/RBI, eine Vorgenehmigungsanfrage an das BMWA stellen. (Vorbehaltlich eines positiven Bescheides des BMWA schließen wir vor, im Februar 2004 den entsprechenden Vertrag zwischen EADS und dIT abzuschließen).**

Mücke bestätigte, dass das Geschäft EADS als Gegengeschäft angeboten worden war und Rosenbauer dafür eine Provision erhielt, die im Schlüssel 40:60 aufgeteilt wurde:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** [...] Sind da an die Firma Rosenbauer oder sind allgemein Provisionen geflossen?

**Wolfram Mücke:** Ja. [...]<sup>519</sup>

**Wolfram Mücke:** Ja, das war also, dass Rosenbauer nach Kroatien überstellt hat und dann die Schulung und die Übergabe dort noch machen musste; nur als Schilderung des Umfeldes. Irgendwann ist Rosenbauer von debis angesprochen worden, dass debis mit EADS gesprochen hat und man als debis sozusagen denen dieses Projekt als für das Gegengeschäft anrechenbar anbietet.

Da das österreichische Prozedere vorgegeben hat, dass dieser Antrag ja nicht von EADS gestellt werden muss, sondern von einer österreichischen Firma, haben wir gesagt: Ja, aber gibt es dafür auch eine Aufwandsentschädigung? – Und im Prinzip hat debis dem dann zugestimmt.

Der Betrag ist ja dann schließlich auch von EADS – oder von wem dann auch immer von EADS bestimmt – an debis geflossen und nicht direkt an Rosenbauer.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Und wie viel war das circa?

**Wolfram Mücke:** Die Beträge sind mir nicht bekannt.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Vielleicht in Prozenten?

**Wolfram Mücke:** Also insgesamt hat sich, glaube ich, debis auf unter 1 Prozent, irgendetwas in der Größenordnung, verständigt, und das ist dann zwischen debis und Rosenbauer aufgeteilt worden, nachdem Rosenbauer auch die diversen Anträge - - Eines möchte ich da auch hinzufügen: Wir hatten dann, bevor es zum Vertragsabschluss kam, einige Konzessionen hinsichtlich unseres Leistungsumfanges machen müssen, und da kam es nicht ungelegen, dass wir da wieder ein bisschen etwas zurückholen konnten.<sup>520</sup>

**Wolfram Mücke:** In Zahlen, nein. Ich weiß nur, dass wir das mit debis in einem Schlüssel, ich glaube, 60 : 40 geteilt haben: 40 debis, 60 Rosenbauer. Dahinter lag aber auch eine entsprechende Vereinbarung, und wie gesagt, die Zahlungen sind ja bei Rosenbauer in der Bilanz eingebucht worden und damit schließlich und endlich auch in der Steuer.<sup>521</sup>

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Wessen Idee war es eigentlich, den Provisionsschlüssel 60 : 40 aufzuteilen? Ist das von Rosenbauer gekommen?

**Wolfram Mücke:** Na, debis hatte da sicherlich zu Beginn andere Vorstellungen.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Welche?

**Wolfram Mücke:** Also zumindest 50 : 50.

**Abgeordneter Rouven Ertlschweiger, MSc (ÖVP):** Und warum hat man sich dann durchgesetzt?

**Wolfram Mücke:** Hätten wir den Antrag nicht gestellt, hätte debis gar nichts bekommen.

<sup>519</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5-6.

<sup>520</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 6.

<sup>521</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 14.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Für Siegel, derzeitiger Vorstand von Rosenbauer, sind die Zahlungen nichts Ungewöhnliches:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Gut. Haben Sie in Ihren Unterlagen Informationen darüber gefunden, dass Provisionen für diese Gegengeschäfte an die Firma Rosenbauer geflossen sind?

**Kommerzialrat Dr. Dieter Siegel:** Es gab Aufwandsentschädigungen von der Firma debis an uns, auch das haben wir überprüft, und diese Zahlungen wurden ordnungsgemäß als sonstige Erträge verbucht, auch das ist überprüft, und auch versteuert.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Haben Sie eine ungefähre Idee von der Höhe dieser Entschädigungen?

**Kommerzialrat Dr. Dieter Siegel:** Circa 350 000 €, also 0,54 Prozent des Lieferumfangs.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das hört sich aber mehr nach einer Provision an.

**Kommerzialrat Dr. Dieter Siegel:** Na ja, das ist nur deswegen, weil es in einem Prozentsatz ausgedrückt ist. Ein Prozentsatz hat immer den Vorteil – wir waren Konsortialpartner –, generell im Geschäft, dass man ein gewisses Erfüllungsrisiko mitträgt; nichts Ungewöhnliches.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das wollte ich Sie jetzt als Letztes fragen: Ist eine derartige Zahlung an den, der an sich liefert und dafür ja einen Lohn erhält, gewöhnlich oder eher ungewöhnlich?

**Kommerzialrat Dr. Dieter Siegel:** Innerhalb eines Konsortiums ist das Entschädigen für Aufwendungen nicht ungewöhnlich, in einem normalen Liefervertrag nicht ungewöhnlich, aber in der Mehrheit der Fälle nicht der Fall.<sup>522</sup>

Mücke beschrieb den für die Provision getätigten Aufwand unter anderem wie folgt:

**Wolfram Mücke:** Formulare ausfüllen, Zahlen ermitteln, Unterlagen zusammenstellen.<sup>523</sup>

**Wolfram Mücke:** Wenn man jetzt sagt, ich habe einen Vertrag unterschrieben, und Sie werfen mir vor, dass eine Vertragsunterschrift vielleicht 2 Sekunden dauert – was war meine Leistung? – , dann ist das etwas weit hergeholt, denn es mussten ja auch dann gewisse Daten innerhalb des Hauses erhoben und Unterlagen gesichtet werden. Also wenn Sie die reine Schreibmaschinenzzeit für das Ausfüllen dieser beiden Papiere als die einzige Grundlage heranziehen, dann finde ich das nicht ganz fair.<sup>524</sup>

Für Vorstand Siegel machte das Sicherstellen und Dokumentieren des österreichischen Ursprungs die Provision gerechtfertigt:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Sie sprachen von diesem Aufwand, von dieser Aufwandsentschädigung in der Höhe von 368 584 €. Was ist die Leistung für diese Aufwandsentschädigung? – Ich glaube, der Herr Verfahrensrichter hat auch schon in diese Richtung gefragt.

**Kommerzialrat Dr. Dieter Siegel:** Na ja, der wesentliche Aufwand aus unserer Sicht ist sicherlich der mehrheitlich österreichische Ursprung. Dadurch wird ein Geschäft, das man mit einem Drittstaat, also in dem Fall mit dem Innenministerium Kroatien, macht, auch noch mit der Bedingung des österreichischen Ursprungs ergänzt.

Auch da kann ich Ihnen jetzt keine konkrete eigene Wahrnehmung sagen, aber es kann auch beispielsweise, wenn man Zulieferteile source, und das sind Serienaufträge - - Ich darf vielleicht sagen: Unser normaler, durchschnittlicher Auftrag ist ein Stück. Solche Großaufträge in größeren Serien ermöglichen normalerweise auch bei den Zukaufsmaterialien Einsparungen; wenn man da auf österreichische Lieferanten beschränkt ist, ist das natürlich eine Einschränkung der Gewinnoptimierung. Und dann müssen natürlich Ursprungszeugnisse für jede Lieferung gemacht werden, eingereicht werden, bestätigt werden, also das

<sup>522</sup> 426/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 6.

<sup>523</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 27.

<sup>524</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 28.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Sicherstellen und Dokumentieren des österreichischen Ursprungs allein ist schon ein beträchtlicher Mehraufwand in einem Projekt.<sup>525</sup>

Damit sprach Siegel ein wichtiges Thema an, denn die innerstaatliche Wertschöpfung des Geschäfts wurde nachträglich zum Teil aberkannt.

Wie auch aus dem Protokoll von Götz hervorgeht, wurden die Fahrgestelle in Deutschland hergestellt und die Aufbauten von der kroatischen Firma IM Metall geliefert: „*Dort wurden die Aufbauten gefertigt und montiert. Für diese Aufbauten war u. a. die Fa. IM Metall Zulieferer. Danach wurden die fertigen Fahrzeuge nach Kroatien zur Fa. IM Metall verbracht und an den Kunden ausgeliefert.*“ [...] „*Es kann auch sein, dass die Fa. IM Metall im späteren Verlauf der Vertragszeit dann selbst auch noch Tätigkeiten an diesen Fahrzeugen durchgeführt hat.*“<sup>526</sup>

Auf Wunsch von EADS wurde jedoch das gesamte Geschäft als Gegengeschäft eingereicht, und nicht nur Rosenbauers Anteil daran:

**Wolfram Mücke:** Schlussendlich kam das Konsortium so zustande, dass eben der deutsche Konkurrent von Rosenbauer nicht dabei war und Rosenbauer in diesem Konsortium für die technische Gesamtverantwortung zuständig war, das heißt, für die Know-how-Transfergeschichte Richtung Kroatien, die gesamte terminliche, qualitative, technische Erfüllung der Vertragsspezifikationen, weiters für die gesamten Abnahmen. Das heißt, die fertigen Löschfahrzeuge, Feuerwehrfahrzeuge wurden in Leonding von Vertretern der kroatischen Feuerwehr getestet, und zwar ziemlich penibel; es gab also aus einem, sage ich einmal, Los von zehn Fahrzeugen nicht zwei Stichproben, sondern da wurde jedes einzelne nach allen Kriterien durchgetestet.<sup>527</sup>

**Wolfram Mücke:** Weiterer Konsortialpartner – das hat uns debis erklärt, dass da auch ein kroatischer Anteil enthalten sein muss – war eine Firma IM Metal.<sup>528</sup>

**Wolfram Mücke:** Nachdem die Fahrzeuge in Österreich vom Kunden betriebsfertig getestet wurden, sind sie einmal komplett in Österreich fertiggestellt worden. Wenn ein Teil von irgendwo zugeliefert wird, der dann bei Rosenbauer montiert, komplettiert, installiert und, und, und wird, ist zumindest sozusagen die Wertschöpfung entsprechend groß. Von der Seite her ist die Aussage von Götz, dass da bei IM Metal in weiterer Folge noch etwas fertiggestellt oder sonst etwas war – Mein Wissensstand ist, dass die Fahrzeuge bei IM Metal aufgestellt und zur Übergabe gewaschen wurden – wie heißt das? gewaschen, geschnäuzt und gekämpelt (*Abg. Steinbichler: Poliert!*) –, weil sie nach einer Überstellung bei Schlechtwetter natürlich komplett verdreckt waren.

Es wurde dann auch dort noch im Beisein von Rosenbauer-Mitarbeitern die Vollständigkeit überprüft: Ausrüstung et cetera, ob irgendetwas verschwunden, etwas kaputtgegangen ist. Dann gab es noch einmal die Endabnahme, und das war dann der Auslöser des Übernahmeprotokolls.

Dass IM Metal in weiterer Folge – nach Beendigung des Vertrages – selbständig Feuerwehrfahrzeuge gebaut hat, war Ergebnis des Know-how-Übertrages, der über die Jahre erfolgt ist.<sup>529</sup>

**Wolfram Mücke:** Ich muss nur nachdenken, wie das damals – Die eingereichten Anträge sind ja dann, glaube ich, einmal von der KPMG überprüft worden. Und diese Anträge sind ja auch – das wollte EADS haben –, ich glaube, über debis vorab zur Information gegangen. Und auf die Frage nach den darin aufzuscheinen habenden Beträgen hat damals EADS gesagt: Ja, alles!, also der gesamte Rechnungsbetrag.

In der Annahme, dass EADS als Rüstungskonzern mit Offsetprogrammen vertraut ist, waren

<sup>525</sup> 426/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 10.

<sup>526</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 37.

<sup>527</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5-6.

<sup>528</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5-6.

<sup>529</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 37.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

wir der Meinung: Gut, wir machen das! – Eine Prüfung durch die KPMG hat dann eine Klärung des Sachverhaltes und damit auch die Korrektur herbeigeführt.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das waren also in einem Fall 2,5 Millionen – das waren diese Fahrgestelle von Daimler (**Auskunfts person Mücke: Ja!**), die gegenüber Daimler mitverrechnet wurden – und diese 9 Millionen, die in mehreren Teilbeträgen der Jahre 2003 bis 2006 zu viel waren.

**Wolfram Mücke:** Ich kann jetzt die Jahre nicht nachvollziehen (**Verfahrensrichter Rohrer: Steht da in Klammern daneben!**), aber diese Korrektur ist dann erfolgt, ja.<sup>530</sup>

Obwohl das gesamte Geschäft von Rosenbauer als Gegengeschäft eingereicht worden war, gab es innerhalb des Konsortiums einen Aufteilungsschlüssel:

**Wolfram Mücke:** debis war als Konsortialführer der Ansprechpartner der kroatischen Kunden. Die Zahlungen von Kroatien sind an debis gegangen und dann nach Konsortialschlüssel verteilt worden.<sup>531</sup>

Die Provisionen wurden zunächst über die extra dafür von EADS gegründete Gesellschaft OMESCO abgewickelt, wie wir unter anderem einem Entwurf für eine Vereinbarung zwischen EADS und OMESCO vom 30.4.2004 entnehmen:<sup>532</sup>

*„[...] Omesco beabsichtigt [...] mit der Firma debis International Trading GmbH eine Rahmenvereinbarung über die Erbringung von Offsetgeschäften zu schließen. Unter dieser Vereinbarung steht ein konkreter Geschäftsvorgang (Feuerwehrfahrzeuge Republik Italien/ Firma Rosenbauer) zur Realisierung an.“*

Weiters liegt ein Schreiben von Olaf Götz an Manfred Wolff (EADS), Wolfram Mücke (Rosenbauer) und Knaak (DC) vom 2.12.2004 vor. Darin ersuchte Götz, um Rechnungsbegleichung durch OMESCO:<sup>533</sup>

mit mail vom 08.10.04 informierten Sie uns über den Erhalt der Anerkennung durch das österreichische BMWA für die durch Fa. Rosenbauer vorgelegte Gegengeschäftsbestätigung für die in 2003 realisierten Lieferungen von Feuerwehrfahrzeugen nach Kroatien im Betrag von 3.526.373,00 EUR. Zugleich teilten Sie uns mit, dass nach Ablauf der Einspruchsfrist (bis Ende Oktober) die Anerkennung wirksam ist.

Wir bitten um entsprechende Bestätigung, so dass vereinbarungsgemäß unsere Rechnung kurzfristig an OMESCO übermittelt werden kann.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Kennen Sie ein Unternehmen Omesco?

**Wolfram Mücke:** Ich habe den Namen schon gehört. Kennen tu ich das nicht. Ich weiß nur, dass sich debis seinerzeit ziemlich geärgert hat, dass da ein Abkommen nicht mit EADS direkt, sondern - -

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Das hat aber auch die Feuerwehrautos nach Kroatien betroffen.

**Wolfram Mücke:** Ja, das lief ja über debis.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Aber in Wirklichkeit dann über Omesco?

**Wolfram Mücke:** EADS hat meines Wissens diese debis gegenüber eingegangenen Verpflichtungen an eine andere Firma ausgelagert, worüber sich debis – weil zu dem Thema hatten wir keinen direkten Kontakt mit EADS nach diesem einen Meeting – auch entsprechend geärgert hat.

<sup>530</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

<sup>531</sup> 424/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 32.

<sup>532</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>533</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Verstehe. Warum diese Auslagerung erfolgt ist, wissen Sie nicht?

**Wolfram Mücke:** Man hat, das habe ich dann nur gesprächsweise von debis gehört, gesagt, dass sei eben eine speziell für diese Offsetverpflichtungen eingerichtete Firma. Was dahintersteckt, entzieht sich meiner Kenntnis.<sup>534</sup>

**Wolfram Mücke:** Personen von Omesco: unbekannt. Wie gesagt: Omesco wurde von EADS debis gegenüber als Partner nominiert, und mehr weiß ich nicht dazu.<sup>535</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...]Was war die Leistung von debis bei der Gegengeschäftsbestätigung?

**Wolfram Mücke:** Wohl aus Sicht der EADS, dass debis hier ein anrechnungsfähiges Geschäft zustande gebracht hat.<sup>536</sup>

Am 18.11.2005 wurde zwischen der nunmehrigen DaimlerChrysler Export and Trade Finance GmbH (vormals debis) „hereinafter called the broker“ und der mittlerweile gegründeten Firma Vector ein Vertrag unterzeichnet. Basierend auf der darin vereinbarten Provision wurden DC nachweislich 128.562,32 Euro von Vector überwiesen.<sup>537</sup>

**Abgeordneter Hermann Brückl (FPÖ):** War Ihnen in diesem Zusammenhang bekannt, dass Daimler einen Vertrag mit Vector hatte, in dem festgehalten wurde, dass ein Provisionsanteil von 0,8, 0,9 Prozent der Rechnungssumme für die Vermittlung von Gegengeschäften zugesprochen wurde?

**Wolfram Mücke:** Meiner Erinnerung zufolge hat, wie zuerst geschildert, debis sich verwundert oder geärgert, dass EADS dieses Thema an eine zweite Firma ausgelagert hat oder eine zweite Firma dazu bestimmt hat, dieses Thema abzuwickeln. Dass zuerst eine Firma A und dann statt der Firma A eine Firma B nominiert wurde, das wurde uns mitgeteilt.

**Abgeordneter Hermann Brückl (FPÖ):** War Ihnen die Firma Vector bekannt?

**Wolfram Mücke:** Sie ist uns nachher bekannt geworden, ja.<sup>538</sup>

Es liegt weiters ein Vergleich vom 21.6.2006 zwischen EADS-D, EADS-CASA und Omesco vor, dem wir entnehmen, dass OMESCO für das Rosenbauer-Geschäft 0,4 % erhielt, somit 323.600,00 Euro. Diese Zahlung soll für die Provision an das Unternehmen Rosenbauer vorgesehen gewesen sein, so Manfred Wolff im Interview mit Clifford Chance.<sup>539</sup>

**Wolfram Mücke:** Noch einmal: Die Zahlungsflüsse sowohl aus dem Liefervertrag Kroatien wie auch aus der Provision sind von debis an Rosenbauer gegangen. Mir ist nicht bekannt, dass eine direkte Zahlung einer anderen Firma, sei es jetzt EADS oder wer immer in der weiteren Folge, an Rosenbauer gegangen wäre. Das ist mir nicht bekannt. Da müssten Sie bitte Rosenbauer und die dortige Finanzabteilung fragen.<sup>540</sup>

Die Abrechnung der Provisionen könnte sich einer weiteren E-Mail zufolge wie folgt gestaltet haben („VA“ steht vermutlich für Vector Aerospace):<sup>541</sup>

<sup>534</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 7.

<sup>535</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 40.

<sup>536</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 45.

<sup>537</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>538</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 16.

<sup>539</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>540</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 46.

<sup>541</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

- Das BMWA informiert unabhängig von seiner Information an EF die österreichischen Unternehmen, dass die Prüfung ihres Auftrages positiv abgeschlossen wurde und das BMWA das Ergebnis nun veröffentlichen kann.
- EF bekommt in der Regel die Information über das Crediting bis zu einem Jahr später, wenn der letzte Vorgang zum vorliegenden Jahr abgeschlossen wurde. Das war z.B. der Fall für das Jahr 2004 im Oktober 2006!
- Nachdem EF die Crediting-Informationen vom BMWA bekommt, zahlt das Konsortium und wir dann für die erbrachte Leistung an VA, die wiederum ihre Vertragspartner bedient.

**Wolfram Mücke:** Soweit ich mich erinnere, gab es vertraglich vereinbarte Liefertranchen, ich glaube, das war sogar zweimal pro Jahr, und für die jeweiligen Liefertranchen wurden dann diese Anträge eingereicht.<sup>542</sup>

**Wolfram Mücke:** So viel ich mich an diese Vereinbarung erinnere, war erst ein, wie soll ich sagen, Erfolgshonorar, wenn man es so nennen darf, fällig, wenn auch eine Anrechnung nach Prüfung durch das Wirtschaftsministerium und dann auch durch KPMG positiv abgeschlossen war – also nichts vorab, sondern erst nach Genehmigung und damit Freigabe.<sup>543</sup>

Einer E-Mail von Olaf Götz (DC) an Klaus-Dieter Bergner ist zu entnehmen, dass auch das Gegengeschäftsvolumen für das Lieferjahr 2005 in Höhe von 14,8 Millionen Euro vom BMWA anerkannt wurde. DC wollte nun eine Gutschrift haben und wandte sich an Gianfranco Lande (Vector). Da dieser nicht reagierte, wurde Bergner gebeten, in dieser Angelegenheit behilflich zu sein. Bergner antwortete, dass er nicht für Vector sprechen könne, er versuche hier zu „motivieren“.<sup>544</sup>

Für den Gegengeschäftsreport 2007 liegt eine Rechnung von Vector an EADS vom 1.9.2009 vor. Dieser ist zu entnehmen, dass Vector EADS für das Projekt Rosenbauer 1,5 % (Volumen: 9.237.273,-- Euro) somit 138.559,09 Euro in Rechnung stellte.<sup>545</sup>

Schließlich liegt eine weitere Vereinbarung zwischen der Rosenbauer und DETF vom 21.04.2010 vor, worin das Gegengeschäftsvolumen aus dem Lieferjahr 2009 mit rund 10,5 Millionen Euro beziffert wird. Es wird festgehalten, dass DETF gegenüber EADS Anspruch auf eine Aufwandsvergütung idHv 0,9 % hat. Dem nachgeordnet habe Rosenbauer gegenüber DETF Anspruch auf 60 % dieser 0,9 %. Es liegen mehrere Belege im Zeitraum 2005-2011 über „Gutschriften“ von DETF an Rosenbauer vor.<sup>546</sup>

Es besteht der Verdacht, dass hiermit der Sachverhalt gegenüber den österreichischen Behörden – mutmaßlich wahrheitswidrig – so dargestellt werden sollte, dass eine Anrechenbarkeit des Gegengeschäftes, insbesondere über die Prinzipien der zeitlichen Entsprechung und der Zusätzlichkeit, als auch über die inländische Wertschöpfung, gegeben ist. Ob die Republik über die Anrechenbarkeit als Gegengeschäft getäuscht wurde, wird durch die Staatsanwaltschaft zu prüfen sein.

<sup>542</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 20.

<sup>543</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 16.

<sup>544</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>545</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>546</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## 2.10. DER FALL „DAIMLERCHRYSLER/MAGNA“

Am 21.7.2004 übermittelte EF dem BMWA den ersten Milestone Report über ein Volumen in Höhe von 1.66 Milliarden Euro. Einen erheblichen Betrag davon machten die Gegengeschäfte der nunmehrigen Daimler AG (vormals DaimlerChrysler AG, in Folge: DC) aus.

**Mag. Anton Schantl:** [...] Daimler war Teil des Konzerns der Konzernverflechtungen mit EADS. Die sind, glaube ich, bekannt. Insofern hatten beide Unternehmen ein Interesse, das Geschäftsvolumen in Österreich entsprechend einzureichen.<sup>547</sup>

Der Magna Konzern reichte im Zeitraum 2003-2015 über 60 Gegengeschäftsbestätigungen in Höhe von rund 406 Millionen Euro ein, wovon per 6.3.2017 384 Millionen Euro anerkannt wurden.<sup>548</sup> Ein Großteil der Magna-Gegengeschäfte wurde mit DC eingereicht.<sup>549</sup>

Im Jahr 2007 wurde durch die Ermittlungen des damaligen Untersuchungsausschusses und nachfolgender Medienberichterstattung bekannt, dass Magna von den Gegengeschäften gar nicht profitiert haben soll:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Da gibt es aber die Aussage von Stronach, es habe keine Gegengeschäfte gegeben.

**Mag. Anton Schantl:** Dazu müsste man definieren, was Gegengeschäft heißt. Er hat wahrscheinlich – ich kann ihn nicht interpretieren – gemeint, im Sinne von: wie hat Magna davon profitiert. Das war wahrscheinlich seine Aussage, aber es steht mir nicht zu, ihn zu interpretieren.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Also er meint sozusagen, Magna hat dafür nichts bekommen.

**Mag. Anton Schantl:** Das müssen Sie ihn fragen.<sup>550</sup>

Bereits im Jahr 2001, somit lange Zeit bevor man sich überhaupt für den Eurofighter entschieden hatte, gab es schon Gespräche zwischen Manfred Bischoff, Siegfried Wolf, Aloysius Rauen und Karl-Heinz Grasser, dass DaimlerChrysler mit Magna ein hohes Geschäftsvolumen generieren sollte:

**Dr. Martin Bartenstein:** Es waren Bischoff, und das Gleiche gilt auch für Siegi Wolf, Personen, Persönlichkeiten, die, wenn sie mit jemandem, also mit dem Wirtschaftsminister Österreichs, das Gespräch gesucht haben - - Dem war zu entsprechen. Das sind Leute, die indirekt bei DaimlerChrysler für ein Zulieferervolumen in Milliardenhöhe zuständig waren, mit zuständig waren. Also dem Gespräch wollte ich mich nicht verwehren; und der Gesprächsinhalt eines Lobbygesprächs lässt sich dann nur schwer steuern. Also wenn Herr Bischoff dann mit mir das Thema Eurofighter anspricht und sagt, was für ein tolles Flugzeug, man würde ein wettbewerbsfähiges Offert legen und die Gegengeschäfte wären großartig – das soll jetzt nicht heißen, dass das der Gesprächsinhalt war, den habe ich vergessen, aber es könnte ganz gut so gewesen sein –, so halte ich das jedenfalls für legitim. [...]

<sup>547</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 43.

<sup>548</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 43.

<sup>549</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

<sup>550</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nur kleine Zusatzfrage: Welche Gespräche mit vergleichbaren Vertretern von Saab und F-16 haben Sie zum damaligen Zeitpunkt, also Herbst 2001, geführt?

**Dr. Martin Bartenstein:** Also F-16: mir nicht konkret erinnerlich, aber das kann durchaus gewesen sein, dass der amerikanische Botschafter oder der Commercial Attaché oder so da mal vorgesprochen haben. [...]

Und Saab: Ich kann mich jetzt an keinen „Lobbyisten“ – wiederum in Anführungszeichen – erinnern, der mich in Sachen Saab angesprochen hätte, will aber auch das nicht ausschließen; aber so konkret wie die Personen, auch weil sie mir auch aus anderer Beziehung bekannt sind oder waren - - Bischoff und Wolf, die haben ganz konkret und gar nicht zärtlich interveniert, und auch schon zu einem frühen Zeitpunkt.<sup>551</sup>

Ebenfalls schon im Jahr 2001 beabsichtigte DC, EADS Gegengeschäftsvolumina bereitzustellen und diese auf einem sogenannten „*conto separato*“ gutgeschreiben zu lassen. Mit diesem „*conto separato*“ sollte ein Einvernehmen mit dem BMWA darüber hergestellt werden, dass Aufträge, die ab dem 1.7.2001 bis zur Unterzeichnung des Gegengeschäftsvertrags dort platziert wurden, gutgeschrieben werden können.

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Der Minister hat Vorleistungsgegengeschäfte, die früher *Conto separato* genannt wurden, nicht zur Anrechnung freigegeben. Es gibt allerdings einen Anhang im Gegengeschäftsvertrag, der zwischen 2. Juli 2002 und 22. August 2003 getätigten Geschäfte nennt, die dann auch tatsächlich eingereicht wurden. (*Zwischenruf des Abg. Pilz.*) Geschäfte davor – nein.<sup>552</sup>

Im September 2002 soll Bartenstein gegenüber Rauen die Anerkennung zweier Gegengeschäfte in Höhe von 800 Mio Euro in einem „high-level Gespräch“ sogar mündlich zugesagt haben, noch vor der Unterzeichnung des Kaufvertrages und mutmaßlich ohne nähergehende Prüfung, ob es sich tatsächlich um anrechnungsfähige Gegengeschäfte handeln würde.<sup>553</sup>

**2 großvolumige Verträge mit österreichischen Firmen möglich:**

**A380 mit FACC:** Auftragswert ca. 400 Mio €

**Daimler Chrysler:** Nachfolgeauftrag des Grand Cherokee für Magna. Lt. Magna könnte Vertrag im September/Okttober unterschrieben werden (Wert ca. 360 – 400 Mio €)

Beide Aufträge wurde zum Pre-Approval beim BMWA eingereicht. Mündliche Zusage der Anerkennung erteilt; schriftliche Zusage derzeit im Unterschriftenprozess im BMWA.

<sup>551</sup> 421/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 47.

<sup>552</sup> 428/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 65.

<sup>553</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/gespraechsnotiz-im-buero-dr-bartenstein.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Datum: 20 September 2002

Ort: Büro Minister Dr. Bartenstein

Teilnehmer EADS: H. Rauen  
H. Steininger

Teilnehmer BMWA: Min. Dr. Bartenstein  
Mag. Ummenberger  
Mag. Mayer  
Ing. Borth  
Ing. Machinek  
Dr. Kutschera (ext. Rechtsberater)  
Mag. Kranebitter (ext. Rechtsberater)

- 1 Entgegen der Absicht einer reinen „High Level“ Besprechung, wurden vom BMWA mehrere Teilnehmer eingeladen. Die Besprechung wurde deshalb in zwei Gesprächsrunden aufgeteilt.
- 2 Am „High Level“ Gespräch nahmen Min. Dr. Bartenstein und H. Rauen teil. Es wurde folgendes vereinbart ([hier??](#)):
  - Die von der EADS initiierten Gegengeschäfte A380 FACC und Grand Cherokee Magna werden als Gegengeschäfte anerkannt.
  - Die von der EADS vorliegenden Schreiben mit der Bitte um formale Anerkennung dieser Geschäfte werden in der nächsten Woche vom BMWA positiv beschieden.
  - Gegengeschäfte die von dem Bieterkonsortium vor Vertragsunterzeichnung Eurofighter umgesetzt werden, sind für den Konzern anrechenbar. Zu diesem Zweck wird der bereits im Entwurf vorliegende Conto Separato Vertrag (Banking Agreement) umgehend vom BMWA fertiggestellt.
  - Bezüglich des Datums der Anrechenbarkeit wurde noch keine abschließende Einigung erzielt. Das von der BMWA Arbeitsebene zugesagte Datum vom 1. Juli 2001 wurde von Seiten BMWA nicht bestätigt und statt dessen das Datum der „Abfangjäger Bieterkonferenz“ (30. November 2002) vorgeschlagen.
  - Das Guthaben des DaimlerChrysler Conto Separato kann auf die zukünftige Eurofighter Gegengeschäftsverpflichtung übertragen werden (??).
  - Bezüglich der Pönale soll der Wert „10%“ im Vertrag erscheinen. Um dem Eurofighter Angebot von 5% des unerfüllten Offset-Betrages Rechnung zu tragen, soll sich die Pönale deshalb auf den Beschaffungswert beziehen (wie bereits in der Verhandlungsrounde mit der BMWA Arbeitsebene vereinbart).
- 3 In der anschließenden „großen Runde“ wurden offene Vertragsdetails des Gegengeschäftsvertrags vom BMWA vorgestellt und von den Parteien diskutiert. Eine abschließende Bewertung der Punkte war jedoch nicht möglich, da EADS, ausgehend von der ursprünglichen Intention des Gesprächs, die Vertragsspezialisten nicht zu dem Gespräch eingeladen hatte. Hierzu wurde auf die nächste Verhandlungsrounde verwiesen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer hat Ihnen vorgeschlagen, Geschäfte, die bereits vor der Eurofighter-Ausschreibung beziehungsweise vor der Typenentscheidung beziehungsweise vor Abschluss des Kaufvertrages vertraglich vereinbart worden sind, als Gegengeschäfte anzurechnen? Wer hat Ihnen das vorgeschlagen?

**Dr. Martin Bartenstein:** [...] Eine Friststreckung gab es bedingt durch die Neuwahlen des Herbstes 2003. (*Abg. Tamandl: 2002! 2002!*) Da wurde dann der Erfüllungszeitraum gestreckt – auch nach vorne; das war nachvollziehbar. Es ist bei manchen Geschäften, wenn plausibel gemacht werden konnte, dass das eine Art Vorleistung von Eurofighter war, dann die Anerkennung als Gegengeschäft erfolgt – ja!

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wie und warum konnte Eurofighter vor der

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Typenentscheidung bereits Vorleistungen erbringen?

**Dr. Martin Bartenstein:** Ich sage einmal: in optimistischer Erwartung den Auftrag zu bekommen. Und wenn man den Auftrag nicht bekommt, dann ist auch nicht viel verloren. Ich meine eines: Eurofighter musste ja im Vorfeld auch zum Thema Gegengeschäfte ein Angebot machen, hat hier MoU und anderes vorgelegt über angebahnte, in Entwicklung befindliche Geschäfte. Also so, dass das Thema Gegengeschäfte für Eurofighter erst mit dem Abschluss zum 1.1., ich korrigiere mich, 1.7.2003 dann aktuell geworden ist, war es sicherlich nicht. Also vom Prinzip her halte ich das mit den Vorleistungen schon für plausibel. Die Frage ist, wie weit man da zurückgeht und in welchem Ausmaß, aber vom Prinzip her halte ich das schon für ganz gut argumentierbar.<sup>554</sup>

FACC hätte wohl auch ohne die Gegengeschäftsverpflichtung von EADS an Airbus geliefert:

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das ist nicht in allen Fällen möglich. Der Vertrag definiert, welche Geschäfte als Gegengeschäfte anrechenbar sind. Bleiben wir bei dem Beispiel FACC, das immer wieder zitiert wird: FACC hätte wohl auch ohne Gegengeschäftsverpflichtung an Airbus liefern können, wahrscheinlich nicht in dem Umfang.<sup>555</sup>

Und Magna/Grand Cherokee war nicht anrechenbar, wie die Beamten des BMWA feststellten:

**Mag. Anton Schantl:** [...] Der Jeep Grand Cherokee kann es nicht gewesen sein, das war ein Folgegeschäft, [...].<sup>556</sup>

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] „Anrechnung Magna Geschäft“. In dieser Gesprächsnote, die unseres Erachtens durchaus den Charakter von geheimer Information trägt, ist vermerkt:

„Das Projekt steht nach Aussagen der jeweiligen Vorsitzenden von DC“ – Daimler Chrysler – „und Magna in der Diskussion.“

Weiters ist vermerkt: „Der Informant berichtet, dass es eine eindeutige Tendenz im BMWA gibt, dass Geschäft nicht anrechnen zu lassen. Hauptgrund hierfür ist eine Aussage des VV“ – Vorstandsvorsitzenden – „von DC“ – Daimler Chrysler – „auf der Bilanzpressekonferenz. Der Informant glaubt jedoch, dass mit entsprechender Überzeugungsarbeit eine Anrechnung gelingen sollte. Dies sei seiner Ansicht nach jedoch nur im Ministergespräch machbar.“

Frage: Was stellen Sie sich unter Überzeugungsarbeit vor, damit die Position von EADS im Ministerium dann auch akzeptiert wird? Und: Haben Sie auch noch im Beisein von Minister Bartenstein diese Argumentation vorgebracht?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Also fangen wir mit der zweiten Frage an: Bei Ministergesprächen mit der Geschäftsführung oder wem auch immer von EADS war ich nie dabei oder: nicht dabei, und das andere deutet darauf hin, dass EADS halt überlegen muss, wie sie dieses Thema weiter behandeln, damit sie Überzeugungsarbeit leisten können oder nicht. Das ist nur ein Hinweis darauf, dass das mit den Unterlagen oder den Informationen, die zu dem Zeitpunkt vorlagen, einfach nicht angerechnet werden kann.<sup>557</sup>

<sup>554</sup> 421/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 44-46.

<sup>555</sup> 428/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 25.

<sup>556</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 38-39.

<sup>557</sup> 427/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 9-10.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Martin Bartenstein:** [...] Es gab, weil das in der Gesprächsnote aus meinem Haus vom September 2002 auch angeführt ist, zum Thema Grand Jeep Cherokee eine erhebliche Diskussion, und unter anderem – da habe ich so eine schemenhafte Erinnerung –, weil da in den Medien schon geschrieben stand, dass das schon gelaufen ist, also die Zusätzlichkeit da meines Wissens jedenfalls nicht ganz klar am Tisch lag. Also diese Diskussionen gab es da und dort allemal.<sup>558</sup>

Bei anderen Gegengeschäften hatten Magna, DC und EADS mehr Erfolg. Noch vor Unterzeichnung des Gegengeschäftsvertrages sollte Volumen getauscht werden, damit diese als Gegengeschäfte angerechnet werden können:<sup>559</sup>

**From:** "Olbrecht, Franziska" </o=dbmail/ou=motn1/cn=recipients/cn=ol28660\_motn1>  
**To:** "Moser, Stefan" <stefan.moser@m.eads.net>  
**Date:** Mon, 05 May 2003 14:44:56 +0200

---

*Hallo Stefan,*

*Ich hatte gerade ein Gespräch mit Herrn Dr. O ... der mir mitteilte, dass er mit Herrn Röhm eine Vereinbarung geschlossen hat.*

*DCS hatte eine Firma in Belgien gekauft und dieses Volumen der DC überlassen, dafür will DCS Offset in Österreich getauscht haben, in erster Linie für das Brückengeschäft, welches dieses Jahr abgeschlossen werden soll.*

*Herr O ... hat mir mitgeteilt, dass er das überschüssige Volumen (etwa 10 Mio pro Jahr in Belgien) gegen DC Volumen Österreich für den Eurofighter tauschen will und somit seine Offset Verpflichtung erfüllen kann.*

*Ich habe ihm mitgeteilt, dass wir darüberhinaus auch die Unterstützung der DCS für z.B. Kapsch und Frequentis benötigen und ihn gebeten, Schritte im Hinblick auf Eurofighter und DC-Österreich Volumen mit uns abzustimmen.*

*Gruß*

*Franziska*

EADS versuchte, DC/Magna-Volumina bis zu 1 Milliarde Euro in die Struktur zur Erfüllung der Gegengeschäftsverpflichtung einzurichten. DC wurden dafür 5 Millionen Euro geboten:<sup>560</sup>

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Wir haben dann noch so ein Gegengeschäft, das uns Kopfzerbrechen macht: Das ist das zwischen Daimler und der Firma Magna. Da sind, glaube ich, eine Menge Gegengeschäfte bei Ihnen eingereicht worden. Ist da irgendwie zu Ihnen durchgedrungen, dass es Probleme geben könnte? (*Auskunftsbericht Natich: Nein!*) Dass da für das sogenannte Identifizieren der Gegengeschäfte hohe Provisionssummen geflossen sind?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Nein, nie etwas gehört.<sup>561</sup>

**Mag. Anton Schantl:** Das weiß ich nicht, aber was ich weiß, ist, dass zwischen Daimler und EADS teilweise Personenidentität geherrscht hat, also kann ich es nicht ausschließen. Das

<sup>558</sup> 421/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 21.

<sup>559</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>560</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 19.

<sup>561</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

kann nur Hubert Hödl beantworten, aber zwischen EADS und Daimler gab es natürlich entsprechende Personalverflechtungen, und Daimler ist einer unserer Hauptkunden.<sup>562</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, aber warum wird dann eine Provision von 5 Millionen € vereinbart?

**Mag. Anton Schantl:** Das müssen Sie Daimler und EADS fragen.<sup>563</sup>

Die Verhandlungen über die Höhe der Provision und ihre Abrechnung gestalteten sich jedoch schwierig. So sind etwa der Besprechungsnotiz von Klaus-Dieter Bergner mit Heinrich Reidelbach, Thomas van Lessen (beide DC) und Rohr (Magna) vom 8. September 2004 Verhandlungen über Marktkonditionen zu entnehmen:<sup>564</sup>

DC ist bereit, Volumina zur Verfügung zu stellen, erklärt allerdings, dass Marktkonditionen für einen Deckungsbeitrag bis 3 % liegen, DC schon weitgehende Zugeständnisse gemacht hätte und nun mindestens 1,2 % erwarten würde, da Corporate Sourcing bei den Business Units im Wort wäre.

EADS erwidert, dass z. Zt. nur das EF-Projekt im Markt wäre und dieses Projekt auch die Konditionen für den Markt bestimmen würde. Nach EF-Konsortium Überzeugung liegen letztere bei 0,3 – 0,5 %. Maximal könne EADS für DC 0,7 anbieten bei jährlicher Absprache von Volumen und Konditionen.

Weiter weist EADS darauf hin, dass die Struktur des Deals in ÖS und die damit verbundenen Kalkulationen der EF-Partner bei Einschluss aller Kostenbestandteile (Kosten im Markt für Banking, Kosten der Partner für Präsenz vor Ort, Deckungsbeitrag für Projektpartner) gedeckelt sind und i.d.R 1% - max 1,5 % nicht überschreiten dürfen.

Außerdem gibt EADS zu bedenken, dass DC mit Magna jährlich Offset-verwertbare Volumina in Größenordnungen generieren würde, die DC selbst nicht verwerten könnte und die ohne Deckungsbeitrag für DC-BU's verfallen würden (z.B. Verträge allein Juli 2002-Aug.2003 ca 2,1 Mrd € Auftragsvolumen).

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Sagen Sie, welche offsetverwertbaren Volumina, nicht OffsetGeschäfte, sondern offsetverwertbaren Volumina hat DaimlerChrysler gemeinsam mit Magna „generiert“, wie es hier steht?

**Mag. Anton Schantl:** Das verstehe ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Da gibt es Geschäfte, abgeschlossene oder laufende Geschäfte, und da sagt man: Jetzt hat man Volumina, und da gibt es einen, der Gegengeschäftsbestätigungen braucht, weil er zu wenig Gegengeschäfte hat. Wir haben da dutzende Dokumente, die den Vorgang belegen, die schaffen wir nicht in der kurzen Zeit, und lückenlose Beweisketten. Jetzt geht Daimler her und sagt: Wir haben damit Magna Geschäfte gemacht und könnten Volumina für Gegengeschäfte aus Geschäftsfällen generieren, die an und für sich originär keine Gegengeschäfte sind. Sind Ihnen derartige Vorgänge bekannt?

**Mag. Anton Schantl:** Nein, sind mir nicht bekannt, weil (Abg. Pilz: So!), wie eingangs erwähnt, die Gegengeschäfte mehrfach geprüft wurden und auch in Bezug auf die Kriterien mehrfach untersucht wurden und aus meiner Sicht alle für okay befunden wurden. Ich kenne zwar die Prüfberichte nicht - -

<sup>562</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 12.

<sup>563</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 19.

<sup>564</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Warum würden diese Volumina ohne Deckungsbeitrag verfallen? Was heißt denn das?

**Mag. Anton Schantl:** Keine Ahnung, kann ich nicht interpretieren.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Die Deckungsbeiträge sind die Provisionen. Wenn also keine Provisionen gezahlt werden, dann wird das nicht als Gegengeschäft von Daimler und von Magna zur Verfügung gestellt. [...]<sup>565</sup>

Schantl gab bei seiner Befragung an, dass Magna in all diese Vorgänge nicht involviert gewesen sei, ausschließen könne er aber doch gar nichts:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Woher wollen Sie wissen, dass Magna nicht involviert war? Wissen Sie alles, was bei Magna passiert?

**Mag. Anton Schantl:** Wie eingangs erwähnt: Wir haben weder Provisionen gezahlt noch welche bekommen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie über alles Bescheid, was bei Magna passiert?

**Mag. Anton Schantl:** Natürlich nicht. Schon gar nicht im Jahr 2004.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie vollkommen ausschließen, dass hier Provisionen gezahlt worden sind?

**Mag. Anton Schantl:** Während meiner Funktionsperiode kann ich das ausschließen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Können Sie das für die damalige Zeit vollkommen ausschließen?

**Mag. Anton Schantl:** Ja, nachdem ich nicht zuständig war, kann ich gar nichts ausschließen.<sup>566</sup>

Einer E-Mail von Klaus-Dieter Bergner an Thomas van Lessen (DC) und Jürgen Röhm (DC) entnehmen wir, dass für den Gegengeschäftsreport vom Mai 2003 Volumina der Magna-Gruppe in Höhe von fast 16 Millionen Euro gemeldet wurden - Angebot für die Provision: 1,5 %:<sup>567</sup>

<sup>565</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20.

<sup>566</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 20-21.

<sup>567</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Auftrag von Smart-GmbH Böblingen  
zur Entwicklung eines Fahrzeugs der Marke Smart,  
Vertrag vom 6.6.2003  
Wert € 9.382.931  
Zeitraum : Sept. - Dez. 2003

Auftrag DC-Corporation Livonia US  
für Entwicklung u. Prototypenbau für Verteilergetriebe Chrysler LX  
Vertrag / LOI vom 3.1.2003  
Wert € 62.750  
Zeitraum : Jan-Dec. 2003

Auftrag DC AG  
für Entwicklung Motorumstellung M272/273 und Diesel OM 642 für SEL/Allrad  
Vertrag/LOI vom 4.7.2003  
Wert € 6.189.000  
Zeitraum : Aug. - Dez. 2003

Auftrag von DC AG Stuttgart  
zur Lebensdaueruntersuchung, Radsatzerprobung HD4/HL 4  
Vertrag vom 26.05.2003  
Wert € 103.645  
Zeitraum : 2. Hälfte 2003

Man einigte sich schließlich auf eine Gebühr von 1,2 %. Den gleichen Gebührensatz forderte DC einer E-Mail von Franziska Olbrecht (EADS) an Heike Ams (DC) vom 25.5.2005 zufolge auch für die Gegengeschäftsbestätigungen des Jahres 2004.<sup>568</sup>

Eine Vorabstimmung der Magna-Gegengeschäftsbestätigungen mit DC für das Jahr 2005 gelang Klaus-Dieter Bergner und Erika Schild (beide EBD) jedoch nicht und sollte schließlich von EADS selbst übernommen werden:

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Auftrag der Vector Aerospace LLP übermitteln wir Ihnen in der Anlage die Gegengeschäftsbestätigungen von MAGNA für den Zeitraum 01-12/2005.

Der Versuch einer Vorabstimmung der Bestätigung mit DaimlerChrysler schlug leider fehl. Wir bitten Sie, das zu übernehmen.

Mit besten Grüßen,

Dipl.Ing. Erika Schild  
Director Administration & Projects

Erika Schild kann sich diese Nachricht nicht mehr erklären:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] (*Auskunfts*person **Schild**: Mhm! Ja ich kann da - -!)  
Warum mussten Sie Magna Gegengeschäftsbestätigungen mit DaimlerChrysler abstimmen, wenn sie von Vector aus London kommen? (*Auskunfts*person **Schild**: Also ich kann mir das - -!)  
Warum?

<sup>568</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Ist es richtig, dass DaimlerChrysler regelmäßig Gegengeschäftsbestätigungen von Magna der EBD zur Verfügung gestellt hat?<sup>569</sup>

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich da grundsätzlich --

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da gibt es E-Mail-Verkehr, da gibt es Dokumente.

(*Auskunfts person Schild: Ja, ja!*) Das lässt sich lückenlos dokumentieren. Ist das richtig? Ich frage Sie nur.

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Ich weiß es nicht. Nein, ich weiß es nicht.<sup>570</sup>

EADS schlug vor, für die weitere Gestaltung des Vertragsverhältnisses möge DC eine Rahmenvereinbarung mit einer Offset Company abschließen. Das Konzept der Vertragsgestaltung mit Vector wurde erläutert. DC forderte weitere Informationen über Vector an.<sup>571</sup>

### 11. April 2005

Gespräch bei DC in Esslingen. Teilnehmer. Herr Röhm, van Lessen, DC, Dr. Bergner, Herr Wolff, EADS

Das Konzept der Vertragsgestaltung mit VECTOR wurde erläutert. Es wurde darauf hingewiesen, dass VECTOR ein von EADS anerkannter Sub-Unternehmer ist und alle Bedingungen wie zwischen DC und EADS gelten sollten. DC hatte es übernommen unter diesen Umständen die Verträge nochmals zu prüfen

Die von DC gestellten Fragen zur Organisation VECTOR, Financial Status etc. wurden in den Tagen nach dem Meeting per E-mail beantwortet.

### Unbekanntes Datum

Einigung Dr. Reidelbach / Herr Heitzmann über die Vertragsbedingungen: 0.98% Fee. Auf dem Arbeitslevel keine weiteren Bedingungen bekannt geworden.

Das konnten Vector und EADS jedoch nicht tun, da sonst die Interne Revision von Daimler gewusst hätte, dass Vector eine Briefkastenfirma ist.<sup>572</sup>

In einer E-Mail an Thomas van Lessen (DC) vom 30.5.2005 stellte Klaus-Dieter Bergner folgendes klar:<sup>573</sup>

- Wir hatten uns über Volumina (bis zu € 500 Mio. für den EADS-Share) sowie
- eine Aufwandsentschädigung (0,98 % an DC) verständigt.
- Die Umsätze, die für 2004 gemeldet werden sollen, entfallen ausschließlich auf Themen, die bereits sowohl im Report 2003 als auch im Milestone-Bericht von August 2004 enthalten waren und vom BMWA akzeptiert wurden.
- Alle Gegengeschäftsbestätigungen wurden vom österreichischen Partner ausgestellt, unterzeichnet und liegen Ihnen seit letzter Woche in Kopie vor.

<sup>569</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 65.

<sup>570</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 65-66.

<sup>571</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>572</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 66-67.

<sup>573</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3891453/Korrespondenz-EADS-Daimler-2005-2007.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Klaus-Dieter Bergner leitet dieses E-Mail an Thomas Enders und Johann Heitzmann weiter:<sup>574</sup>

sollte von DC bis heute 16:00h keine Antwort eingegangen sein (siehe Mail unten), machen wir den Bericht ohne die Magna-Themen fertig, obwohl die Gegengeschäftsbestätigungen vorliegen. Wir verlieren dadurch für 2004 ca. 70 Mio. kreditierte Umsätze, DC um die 700 Td. € Fee.

Damit danach das wirklich unwürdige Schmierentheater ein für allemal aufhört, muss jemand mit Schrempp oder /und Cordes reden. Es geht den Jungs bei Reidelbach wirklich nur darum, uns Probleme zu bereiten, weil die geforderte Höhe der Fee nicht gezahlt wird. Bitte teilt mir mit, falls Ihr mit der vorgeschlagenen Vorgehensweise nicht einverstanden seid.

Ein Jahr später, am 25. Juli 2006 schreibt Heinrich Reidelbach (DC) an Stefan Moser (EADS-D Offset), dass DC bereits 156 Millionen Euro Volumen zur Verfügung gestellt habe und 500 Millionen Euro erreicht werden sollten. Dies sei jedoch nur möglich, wenn DC alle angeforderten Informationen über Vector übermittelt werden:<sup>575</sup>

Im Mai dieses Jahres hat Eurofighter erneut DaimlerChrysler-Bezüge von der MAGNA-Gruppe beim österreichischen BMWA zugunsten Eurofighter eingereicht. Zuvor hat Eurofighter um die Zustimmung der DCAG zur Einreichung dieser drei Geschäftsfälle gebeten. Die Einreichung wurde Eurofighter von der DCAG gestattet unter der Bedingung, dass Vector alle angeforderten Informationen über Vector umgehend zur Verfügung stellt und innerhalb der nächsten 6 Wochen, d. h. bis 04.07.2006, eine Unterstützungsvereinbarung auf Basis des Ihnen am 15.05.2006 zugesandten Vertragsentwurfs mit der DCAG unterzeichnet.

Dieser Termin ist nun verstrichen, ohne dass wir eine Rückmeldung erhalten haben.

Das Volumen, das Eurofighter bisher zur Verfügung gestellt wurde, beläuft sich auf 156.283.652 €. Das weitere Volumen, das voraussichtlich zukünftig noch aus diesen drei Geschäftsfällen generiert werden kann, beträgt ca. 40 – 80 Mio. Euro. Darüber hinaus wurde von Eurofighter gewünscht, weitere DaimlerChrysler-Bezüge zu nutzen, sodass insgesamt ein Volumen von 500 Mio. € erreicht wird.

Im Falle, dass die angeforderten Informationen nicht umgehend bereitgestellt werden und die Unterzeichnung der Unterstützungsvereinbarung weiter hinausgezögert wird, kann die DCAG Eurofighter kein weiteres Kompensationsvolumen mehr zur Verfügung stellen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was ist daraufhin passiert? – Sie haben das ja abgewickelt! Sie haben ja selbst auf diese Probleme hingewiesen! [...] Was heißt das: Kompensationsvolumen zur Verfügung stellen? Was heißt das? Da geht es um einen Gegengeschäftsbazar, wo man sich bei DaimlerChrysler Kompensationsgeschäfte bestellen kann und sie gegen Provision zur Verfügung gestellt werden.  
Was wissen Sie darüber?

**Dipl.-Ing. Erika Schild:** Nein, dazu kann ich nichts sagen, nein.<sup>576</sup>

Schließlich wurde auf Wunsch von DC der Vertrag am 14.2.2007 direkt mit EADS abgeschlossen. Wobei dieser Vertrag rückwirkend auch für die bereits generierten

<sup>574</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3891453/Korrespondenz-EADS-Daimler-2005-2007.pdf>

<sup>575</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 66-67; Dossier Eurofighter:

<https://assets.documentcloud.org/documents/3891453/Korrespondenz-EADS-Daimler-2005-2007.pdf>

<sup>576</sup> 422/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 66-67.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Gegengeschäftsverpflichtungen gelten und ihre Vergütung regeln sollte. Es wurde eine Vergütung von 0,98 % vereinbart.<sup>577</sup> Und außerdem:<sup>578</sup>

**1. DCAG und EADS vereinbaren, dass die in Anlage 2 gelisteten Geschäfte zur Generierung von Gegengeschäftsvolumen für die Gegengeschäftsverpflichtung der EF bis zur Generierung eines Gegengeschäftsvolumens von insgesamt Euro 250 Millionen (in Worten: Euro zweihundertfünfzig Millionen) (nachfolgend „Maximalbetrag“ genannt) genutzt und von EADS abgenommen werden.**

#### Liste der DCAG Geschäfte

Titel	Abwicklungs-Zeitraum (geplant)	vom BMWA angerechnetes Volumen 2003	vom BMWA angerechnetes Volumen 2004	beim BMWA eingereichtes Volumen 2005	Summe 2003 – 2005
Integration neuer Motoren (OM642, M272/273) in die Fahrzeuge W203 und W211 4matic	2003 – 2004	6.189.000	15.802.000	23.136.000	45.127.000
Gesamtfahrzeugentwicklung und Prototypenbau sowie weltweite Homologation des W456 (Smart)	2003 – 2005	9.382.931	46.735.326	34.864.000	90.982.257
Entwicklung, Prototypenbau und Serienlieferung von Verteilergetriebe und Vorderachsengebreite für Chrysler PKWs der LX-Baureihe	2004 – 2009	62.750	7.250.000	12.758.000	20.070.750
Lebensdaueruntersuchung, Radsatzerprobung HD4/HL4	2003	103.645	0	0	103.645
<b>Gesamt</b>		<b>15.738.326 1)</b>	<b>69.787.326 2)</b>	<b>70.758.000 3)</b>	<b>156.283.652</b>

Am 21.5.2010 erfolgt eine Vertragserweiterung um folgendes Projekt:<sup>579</sup>

Österreichischer Lieferant	Projekt	Abwicklungszeitraum	Gesamt-volumen
Magna Steyr Fahrzeugtechnik AG & Co. KG Liebenauer Str. 317 A-8041 Graz	Rohbau, Lackierung und Lieferung Karosse Mercedes-Benz BR 197	2009 - 2014	ca. 90 - 150 Mio. Euro

Aus dem dargestellten Vorgang ergaben sich für den Untersuchungsausschuss Hinweise, dass DaimlerChrysler EADS bereits zustande gekommene Geschäfte unter anderem von Magna zum Kauf angeboten hatte, damit EADS diese als Gegengeschäfte beim BMWA einreichen könnte. Das BMWA sollte offenbar über die Anrechenbarkeit der Geschäfte getäuscht werden, da zumindest einige davon mutmaßlich nicht den Kriterien der Anrechenbarkeit, insbesondere der Zusätzlichkeit entsprachen.<sup>580</sup>

**Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ):** Okay. Sie haben aber am Beginn der Befragung gesagt, es wurde zwar alles geprüft und dann – ich zitiere Sie hoffentlich richtig –: Wir haben ja nichts davon gehabt. – Was ist das für ein Gegengeschäft, von dem die Firma Magna nichts

<sup>577</sup> 424/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 16.

<sup>578</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3891454/Vertrag-EADS-Daimler-2007.pdf>

<sup>579</sup> Dossier Eurofighter: <https://assets.documentcloud.org/documents/3891457/Vertragserweiterung-EADS-Daimler-2010.pdf>

<sup>580</sup> 421/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 20-21.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

gehabt hat?

**Mag. Anton Schantl:** Nein, wir haben per se nichts davon gehabt, das Gegengeschäft zu unterzeichnen. Das meinte ich! Vielleicht sollte man das noch korrigieren. Das heißt, die Unterzeichnung des Gegengeschäfts lag nicht in unserem ursächlichen Interesse.

**Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ):** Um das einmal auch dem Normalbürger zu veranschaulichen: Im Wesentlichen kommt es so rüber, als hätten die Firma Magna, aber auch andere ihre normalen Geschäftsbeziehungen weitergeführt und sich dann irgendwann einmal bereiterklärt, diese normalen Geschäftsbeziehungen mehr oder weniger mit Stammkunden, diese Aufträge als Gegengeschäft im Eurofighter-Deal zu bestätigen. Dieser Eindruck liegt am Tisch. Sehen Sie das auch so?

**Mag. Anton Schantl:** Ich sehe es ganz objektiv so, dass wir jene Geschäfte mit unseren Kunden oder auch mit neuen Kunden, großteils waren es bestehende, wie schon erwähnt, untersucht haben, auch auf Initiative unserer Kunden, und dann festgestellt haben, welche dieser Geschäfte sich als Gegengeschäfte qualifizieren und welche nicht. Und die, die sich nach objektiven Kriterien qualifiziert haben, haben wir dann auch entsprechend bestätigt.

**Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ):** Ja, damit bestätigen Sie aber meinen Vorhalt, dass es im Wesentlichen Geschäfte waren, die bereits im Vorfeld angebahnt waren oder die auf einer regelmäßigen Kundenbeziehung, Geschäftsbeziehung basiert haben und dann als Gegengeschäft deklariert wurden.

**Mag. Anton Schantl:** Das ist ja das Missverständnis! Ich glaube, ich muss noch einmal ausholen. Im Nachhinein zu beurteilen: Wäre das Geschäft zustande gekommen auch ohne --?, das kann man nicht feststellen. Das ist eine hypothetische Frage und liegt im Bereich der Spekulation, wie ich schon gesagt habe. Das heißt, im Nachhinein kann ich es nicht feststellen. Das ist das Thema! Also Sie können nicht seriös beurteilen: Hätte das Geschäft auch ohne die Eurofighter-Beschaffung stattgefunden, ja oder nein?

**Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ):** Okay, das halten wir einmal fest. Man kann seriös nicht feststellen, ob dieses Geschäft auch ohne Eurofighter-Gegengeschäftsmodell lukriert hätte werden können.

**Mag. Anton Schantl:** Die Frage im Nachhinein ist hypothetisch.

**Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ):** Ich versuche es auch noch einmal: Ich bin jahrelanger Kunde Ihrer Firma. Wir schließen wieder einen Vertrag ab, und auf einmal kommt jemand aus dem Umfeld Ihrer Firma oder ein Außenstehender und sagt: Diesen Vertrag, den ich da abgeschlossen habe, könnten wir als Gegengeschäft für den Eurofighter-Deal einreichen –

jetzt gehe ich einmal davon aus, ohne Provisionen –, und Sie sagen: Ja, das könnten wir machen, es entspricht den Kriterien, wir unterschreiben das. War das so?

**Mag. Anton Schantl:** Wenn es den objektiven Kriterien eines Gegengeschäfts, die schon mehrfach erwähnt wurden, entsprochen hat, dann haben wir natürlich auf Initiative des Kunden, wenn es so war, das Gegengeschäft auch bestätigt. Das ist ja auch richtig.

**Abgeordneter Hannes Weninger (SPÖ):** Auch für den Fall, dass das Geschäft auch ohne Gegengeschäft gemacht worden wäre, weil der Kunde Ihr Produkt unbedingt haben will, weil es so gut oder einzigartig ist?

**Mag. Anton Schantl:** Das können Sie im Nachhinein nicht feststellen, das ist eben genau das Problem.<sup>581</sup>

<sup>581</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 28-29.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Welche der eingereichten Geschäfte nicht anrechenbar gewesen wären, konnte in der Kürze des Untersuchungsausschusses nicht abschließend geklärt werden. Nur das Gegengeschäft betreffend Smart wurde kurz diskutiert.

Bezüglich Smart lässt sich feststellen, dass im Jahr 2011 Teile der Anrechnungssumme wieder aberkannt wurden. Der Grund für die Korrektur konnte im Zuge des Untersuchungsausschusses jedoch nicht abschließend geklärt werden:

**Mag. Anton Schantl:** Es war ein simpler Fehler, wie schon erwähnt, weil die Anzahlungsrechnung tituliert wurde, die dann aufgrund dessen, dass sie storniert wurde, vonseiten des Kunden noch einmal im Gesamtvolumen drin war, und im Zuge der Aufbereitung der Unterlagen ist man dann draufgekommen. Also man wusste es vorher nicht, dass ist das Problem.<sup>582</sup>

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** [...] Und das Projekt Smart hat die Kriterien eines Gegengeschäfts erfüllt, das heißt, es war zusätzlich (*Auskunfts person Schantl: Mhm!*) und hat den Umsatz aus den letzten drei Jahren (*Auskunfts person Schantl: Ja, ja!*) sozusagen nach oben hin beeinflusst?

**Mag. Anton Schantl:** Das war ein Entwicklungsprojekt, ja.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Es war ein Entwicklungsprojekt?

**Mag. Anton Schantl:** Engineering, ja.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Das bedeutet, es ist da auch kein Vergleichswert festmachbar, weil ein Entwicklungsprojekt halt nur ein Entwicklungsprojekt ist. Da gibt es nicht zwei vorher und drei nachher, die das Gleiche umfassen.

**Mag. Anton Schantl:** Ja, mit Smart gab es - - Man kann es mit Smart natürlich vergleichen, mit dem Kunden Smart.<sup>583</sup>

Provisionen an Magna sollen für das Gegengeschäft betreffend Smart laut Schantl nicht geflossen sein:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, das ist mir klar, es ist etwas korrigiert worden, aber können Sie jetzt wirklich ausschließen, dass es Provisionsflüsse an Magna gegeben hat?

**Mag. Anton Schantl:** Ich für meine Person kann das ausschließen.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja, Sie für Ihre Person, aber für das Unternehmen?

**Mag. Anton Schantl:** Also ich kenne mein Unternehmen. Ich kann das ausschließen. Ich habe - - (Abg. *Moser: Ja, danke schön!*)<sup>584</sup>

Jedenfalls Provisionen erhielt hingegen Ex-Magna-Vorstand Hubert Hödl. Dieser soll einem von Hans Hamberger (BMLV) über ein Gespräch mit Rudolf Lohberger (WKÖ) angefertigten Aktenvermerk zufolge „am Rande der Gruppe“ rund um Walter Schön, Alfred Plattner, Klaus-Dieter Bergner und Johan Leif Eliasson, die zahlreiche Schachtfirmen rund um Vector auf Inseln gegründet hätten, „alles begleitet“ haben. Dem Aktenvermerk ist weiters zu entnehmen, dass Lohberger die Vermutung geäußert hatte, dass die Provisionen gezahlt wurden, um bereits

<sup>582</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 46.

<sup>583</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 40-41.

<sup>584</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 36-37.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

fix vorbereitete Geschäfte als Gegengeschäfte darzustellen. Er führte dabei aus, dass insbesondere das Gegengeschäft von Mercedes schon fix eingefädelt gewesen wäre.<sup>585</sup>

Hödl soll als Sub-Subbroker für EADS über die ihm zurechenbaren (Schein-)Gesellschaften DOMERFIELD Company Ltd bzw. die CALONE Stiftung und INDUCON GmbH KB insgesamt 6,8 Millionen Euro von Vector dafür erhalten haben,<sup>586</sup> dass er als Sub-Subbroker für EADS Gegengeschäfte mit dem MAGNA-Konzern identifizierte, wobei MAGNA ohnedies schon in Geschäftsbeziehung mit EADS gestanden hatte.

Hödl hatte zudem bereits im Jahr 2001 ein Treffen bei der Firma STEYR MAGNA mit Manfred Bischoff, Frank Stronach, Siegfried Wolf und Rudolf Lohberger. Des Weiteren wurde schon im Untersuchungsausschuss 2007 festgestellt, dass Hubert Hödl am 23.4.2001 ein Treffen mit Karl-Heinz Grasser, Manfred Bischoff und Josef Christl hatte. Ein weiteres Treffen zwischen Hödl, Grasser und Bischoff fand im Frühjahr 2003 statt. Hubert Hödl hatte außerdem im Jahr 2001 ein Treffen mit Aloysius Rauen und Erhard Steininger.<sup>587</sup> Außerdem bestanden in weiterer Folge Kontakte zu Alfred Plattner, Johan Eliasson, Jörg Haider, Martin Bartenstein, und Karin Keglevich.<sup>588</sup>

Die Buchungen für Gegengeschäftsbestätigungen von Magna wurden von Vector über die Firmen Columbus Trade Services Limited (Thomas Eidenberger zurechenbar), Orbital (Johan Eliasson zurechenbar) oder Centro Consult (Walter Schön zurechenbar) abgewickelt:<sup>589</sup>

EUROFIGHTER AUSTRIA - BUSINESS CONTRACT REPORT					
<b>Interim Report at 21 July 2004 for the 'Start Package'</b>					
AUSTRIAN PARTNER	BUSINESS CITY	COUNTY	CONTRACT PARTNER	CONTRACT DESCRIPTION	BUSINESS VALUE in EUR
HTTP Fohnsdorf	Fohnsdorf/Neudörfl	Steiermark/Burgau	EADS-Airbus	Airbus A380 - Window Reveal, Hatrack Latches	81,150,000.00 INCUCO
Magna Fahrzeugtechnik AG	Steyr Graz	Steiermark	DaimlerChrysler	Integration Neuer Motoren für dieselangetriebene 4Matic E-Klasse	39,500,000.00 ORBITAL
Magna Fahrzeugtechnik AG	Steyr Graz	Steiermark	Smart GmbH	Gesamtfahrzeugentwicklung + Prototypenbau neuen 'Smart For More'	99,800,000.00 ORBITAL
Magna Fahrzeugtechnik AG	Steyr Graz	Steiermark	DaimlerChrysler Corp, USA	Entwicklung, Prototypenbau und Serienlieferung von Verteiler- und Vorderachsgetriebe für Chrysler LX	65,000,000.00 ORBITAL
Magna Fahrzeugtechnik AG	Steyr Graz	Steiermark	Ferrari SpA Maranello	Komplette Fahrzeugentwicklung und Prototypenbau für Maserati 139 AL/AD	34,200,000.00 CENTRO/ORBITAL
Nauticast	Wien	Wien	BAES	Investment der firma Chelton bei Nauticast	53,250,000.00
Reichhart Logistik Austria GmbH	Graz	Steiermark	Reichhart Logistic Systeme GmbH	Betriebsandsiedelung/Firmenneugründung	23,331,000.00
Rosenbauer	Leonding	Oberösterreich	EADS-Debis	Feuerwehrfahrzeuge für Kroatien	80,900,000.00 DAIMLER/CHRYSLER
TDG Technische Dokumentationsgesellschaft mbH	Wien	Wien	MTU Aero Engines GmbH	Technische Dokumentation	2,190,000.00
Test Fuchs	Grosssiegharts	Niederösterreich	EADS	Test Equipment	2,520,200.00 CENTRO
					<b>1,662,630,233.00</b>

<sup>585</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>586</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35.

<sup>587</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 12.

<sup>588</sup> Siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

<sup>589</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué , 5; siehe Sachverhaltsdarstellung der Abg. Pilz und Abg. Moser vom 13.7.2017.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Hödl selbst konnte zu diesen Zahlungsflüssen nicht befragt werden, da er nicht vor dem Untersuchungsausschuss erschien. Gemäß Anton Schantl, nunmehrige Finanzvorstand der Magna Steyr Fahrzeugtechnik AG (Teil des Magna Konzerns), der gemeinsam mit Hödl die Gegengeschäftsbestätigungen von Magna wegen Bestätigung ihrer Richtigkeit gegengezeichnet hatte, liegen diese Provisionsvereinbarungen in Hubert Hödls Privatsphäre:<sup>590</sup>

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Der Unternehmensgegenstand dieser jetzt eben genannten Unternehmen war, soweit ich das sehen konnte, ausschließlich die Identifizierung von Gegengeschäften zwischen Daimler einerseits und Magna andererseits. Und dann, nach dieser Identifizierung durch ein Unternehmen Hödls, unterzeichnet er jetzt offenbar die Gegengeschäftsbestätigung. Ist da nicht ein bisschen eine Unvereinbarkeit zu erkennen?

**Mag. Anton Schantl:** Also ich kann nicht für Herrn Hödl sprechen. Was ich Ihnen bestätigen kann, ist, dass die Gegengeschäfte entsprechend geprüft wurden, sowohl von mir intern auf Plausibilität, als auch von externer Stelle, und wir waren selbstverständlich gerne bereit, auf Initiativen unserer Kunden jene Geschäfte, die sich als Gegengeschäfte qualifizieren – die Kriterien sind ja bekannt –, entsprechend zu bestätigen. [...]<sup>591</sup>

Anton Schantl schloss aus, dass Magna selbst Provisionen erhalten haben soll:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Wissen Sie, ob Provisionen für die Bestätigung derartiger Gegengeschäfte an Magna geflossen sind?

**Mag. Anton Schantl:** Das kann ich definitiv ausschließen. Wir haben keine Provisionen erhalten.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Hat Magna Provisionen bezahlt?

**Mag. Anton Schantl:** Nein.<sup>592</sup>

Auch wenn Schantl Hubert Hödls Provisionen als seine Privatsache bezeichnete, hatte der Konzern offensichtlich von Hödls Nebentätigkeiten gewusst. Laut Profil sei es ein Wunsch von Magna gewesen, dass Hödl bei Inducon nicht im Firmenbuch aufscheinen sollte:<sup>593</sup>

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Hat sich irgendjemand in der Folge darum gekümmert, wie sich diese Nebenbeschäftigung entwickelt hat?

**Mag. Anton Schantl:** Sie referenzieren auf eine Genehmigung, die er intern bekommen hat offensichtlich von seinem Vorgesetzten damals.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ja, ja. War das der einzige Akt oder gibt es da eine Vorgang, wo man sagt: Wir prüfen! – So wäre es nämlich üblich, und Sie sagen ja, Sie sind dem Bereich sehr streng und waren ja auch für Compliance zuständig. Jetzt frage ich: Hat man also in regelmäßigen Abständen geprüft, was der Mann eigentlich innerhalb der Nebenbeschäftigung macht?

**Mag. Anton Schantl:** Das kann ich nicht beantworten, ich bin zu der Zeit nicht involviert gewesen.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Auch nicht als Compliance-Officer?

**Mag. Anton Schantl:** Nein, Sie reden ja vom Jahr 2003, 2004, whatever.

<sup>590</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5-6.

<sup>591</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 6.

<sup>592</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 7.

<sup>593</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 10.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ja, und natürlich von den folgenden Jahren.

**Mag. Anton Schantl:** Ich bin zuständig seit 2013.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Gut, danke schön. Aktevorgang, irgendwelche Unterlagen gibt es nicht?

**Mag. Anton Schantl:** Weiß ich nicht, nein, glaube ich nicht. Also ich kenne keine.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Danke.<sup>594</sup>

**Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ):** Wer war zu dem Zeitpunkt Magna? Wer war der Vorgesetzte zu dem Zeitpunkt?

**Mag. Anton Schantl:** Der Vorgesetzte von Hubert Hödl muss zu dem Zeitpunkt Siegi Wolf gewesen sein, wenn ich mich nicht irre.

**Abgeordneter Walter Rauch (FPÖ):** Der sich bis 13. Juli auch dem Ausschuss verweigert hat.

**Mag. Anton Schantl:** Okay.<sup>595</sup>

Auch in Zahlungsflüsse, die zwischen den Briefkastenfirmen Columbus Trade und Vector 2005 verrechnet wurden, soll Magna nicht involviert gewesen sein:<sup>596</sup>

<sup>594</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 48.

<sup>595</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 10.

<sup>596</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/magna-im-sumpf.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

## COLUMBUS TRADE SERVICES LIMITED

## INVOICE

Invoice Number:	2005-002
Date:	10 May 2005
To:	Vector Aerospace LLP 31 D[REDACTED] Street London W1S [REDACTED]

In accordance with our agreement dated 14. December 2004 and the Pre-Approvals received from the BMWA, we invoice you:

Offset Project	Rate	Amount €
Magna Steyr Fahrzeugtechnik, covering the integrations of engines for the new, diesel-driven E-class with a pre-approved value of € 39,500,000	2.50%	987,500
Magna Steyr Fahrzeugtechnik, covering the vehicle development and production of a prototype for the new "Smart for More" with a pre-approved value of € 99,800,000	2.50%	2,495,000
Magna Steyr Fahrzeugtechnik, covering the development, production of prototype and series production of distribution- and front axle transmission for the new Chrysler LX with a pre-approved value of € 65,000,000	2.50%	1,625,000
FACC, covering the production and delivery of Airbus A380 Overhead stowage compartments with a pre-approved value of € 219,510,000	2.50%	5,487,750
FACC, covering the production and delivery of Airbus A380 Bathtub Panel Kits with a pre-approved value of € 21,375,000	2.50%	534,375
FACC, covering the production and delivery of Airbus Single Aisle RAM Air Ducts with a pre-approved value of € 23,166,000	2.50%	597,150
<b>Total</b>		<b>11,708,775</b>

## Please pay to:

Royal Bank of Scotland International, Douglas, Isle of Man  
 BIC: RBOI [REDACTED]  
 IBAN: GB19 [REDACTED]  
 Account Name: Columbus Trade Services Limited

Signed by: Christopher James T[REDACTED] (Director)  
 Date: 11 May 2005

Grosvenor House, 66/68A [REDACTED] Street, Douglas, Isle of Man IM99 2BJ  
 Phone: +44 1624 [REDACTED] Fax: +44 1624 [REDACTED]

**Mag. Anton Schantl:** Alles klar, ich habe nur das „Vector“ nicht lesen können. Okay, das bestätigt meine Aussage: Magna war da nicht involviert. Ob hier Provisionen zwischen den beiden gelaufen sind? – Offensichtlich ja, wenn das stimmt, aber das betrifft Magna nicht.<sup>597</sup>

Für Reinhold Mitterlehner sind diese nicht nachvollziehbaren Zahlungsflüsse hingegen ein Fall für die Staatsanwaltschaft:

<sup>597</sup> 431/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 18.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Diese Darstellung ist mir in der Dichte, gerade was Magna anbelangt, neu! Das geht offensichtlich auch über das hinaus, was im „profil“ gestanden ist. Ich habe das auch nur am Rande verfolgt.

Ich bin diesbezüglich persönlich nicht konkret informiert gewesen und muss sagen: Die Gesamtbewertung ist natürlich dann eine Angelegenheit der Staatsanwaltschaft. Wenn wir bei jedem, was wir lesen oder auf sonstige Weise erfahren, so vorgehen würden, dann wäre das ja das Vorgehen einer Ermittlungsbehörde, und das ist nicht unsere Aufgabe, sondern das muss die Staatsanwaltschaft entsprechend darstellen.

Das Zweite ist eine Frage, die mir in der Beantwortung nicht wirklich klar ist: Wenn der automotive Bereich in dem Bereich vom Gegengeschäftsvertrag erfasst ist und dort auch von der Firma bestätigt wird, dass das ein Gegengeschäft war, dann sehe ich den Sinn einfach nicht wirklich klar. Das ist vielleicht ein Argument, das dann systematisch für alle gewesen ist, und dann sind wir wieder beim Staatsanwalt: Das muss der Staatsanwalt dann beweisen. Ich kann das nicht beweisen, und natürlich liegt mir oder uns oder wahrscheinlich beziehungsweise sogar ganz sicher auch dem Ministerium so etwas nicht vor, das wäre ja widersinnig.<sup>598</sup>

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Das wäre für mich ein Grund gewesen, den Staatsanwalt zu fragen. Mir ist aber von März bis zum jetzigen Mai der Aktionsspielraum für derartige Dinge in diesem Zusammenhang abhandengekommen oder, besser gesagt, habe ich das nicht gesehen beziehungsweise angenommen. Der Staatsanwalt schaut sich das an.

Logischerweise gibt es, wenn das tatsächlich der Fall ist, eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Entweder sind die Gegengeschäfte sozusagen widerrechtlich gegen den Vertrag auf diese Art und Weise entstanden, oder Vector hat mit den betroffenen Personen aus anderen Motiven irgendetwas anderes abgewickelt, was mit den Gegengeschäften nur am Rande zu tun hat oder gar nichts zu tun hat – das weiß ich nicht –, denn ansonsten müssten ja die gesamten 183,4 Millionen in die Gegengeschäfte geflossen sein, was sie ja sicherlich nicht sind.<sup>599</sup>

---

<sup>598</sup> 430/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 26-27.

<sup>599</sup> 430/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 26.

## 2.11. DIE BEAMTEN DES BMWA

---

### 2.11.1. Der Informant – Ing. Borth

Aus den dem U-Ausschuss vorliegenden Akten ergibt sich, dass EADS bereits sehr früh im Stadium der Verhandlungen um den Gegengeschäftsvertrag von einem Mitarbeiter des BMWA über die Verhandlungsposition des BMWA informiert wurde.

In einem EADS-internen Dokument wurde ein Gespräch vom 3. April 2003 zwischen Steininger und Moser und einem „BMWA Mitarbeiter (Informant)“ wie folgt festgehalten:<sup>600</sup>

#### 1 Höhe des Offsetwertes

*Das BMWA besteht darauf die 200% Offset auf den Gesamtpreis zu beziehen. (EF schlägt den reinen Flugzeugwert vor, d.h. ohne Logistik und Finanzierung).*

Der Informant berichtet das letzte Ende dieser Punkt aus Sicht des BMWA vom BMLV gelöst wird, da diese den Vertragswert formell an das BMWA übermitteln. Dementsprechend muss dieser Punkt von uns mit dem BMLV verhandelt werden.

#### 2 Höhe der Pönale

*Das BMWA fordert als Maximalpönale 10% des Offsetwertes, EF bietet 10% des Beschaffungswertes (entspricht 5% Pönale).*

Der Informant berichtet, dass eine Einigung möglich ist, solange der 10% Wert im Vertrag erscheint, d.h. der EF Vorschlag erscheint durchsetzbar. Dies entspricht auch dem Vorschlag im internen BMWA Briefing-Papier.

#### 3 Vertragsveröffentlichung

*BMWA möchte den Vertrag in seiner Ganzheit veröffentlichen, EF lehnt dies ab.*

Das interne BMWA Briefing-Papier weist die Gefahren einer Veröffentlichung auf, gibt aber bezüglich dieses Punktes keine Empfehlung.

#### 6 Anrechnung Magna Geschäft

*Das Projekt steht nach Aussagen der jeweiligen Vorsitzenden von DC und Magna in der Diskussion.*

Der Informant berichtet, dass es eine eindeutige Tendenz im BMWA gibt, dass Geschäft nicht anrechnen zu lassen. Hauptgrund hierfür ist eine Aussage des VV von DC auf der Bilanzpressekonferenz. Der Informant glaubt jedoch, dass mit entsprechender Überzeugungsarbeit eine Anrechnung gelingen sollte. Dies sei seiner Ansicht nach jedoch nur im Ministergespräch machbar.

---

<sup>600</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/gespraechsnotiz-eines-maulwurfs-im-wirtschaftsministerium.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Darüber befragt, gab Borth sofort zu, EADS mit sensiblen Informationen versorgt zu haben:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Irgendjemand im Ministerium wird aber als Informant bezeichnet. Ich darf Ihnen das Dokument Nummer 58276 vorhalten, eine Gesprächsnote, wo Herr Steininger, Herr Moser und ein „BMWA Mitarbeiter (Informant)“ teilgenommen haben. Waren Sie das?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Offensichtlich ja.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ich weiß es nicht.

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Ich auch nicht, aber ich nehme es einmal an.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Da steht dann am Ende, ganz letzter Absatz: „Der Informant berichtet, dass es eine eindeutige Tendenz im BMWA gibt, dass Geschäft nicht anrechnen zu lassen.“ – Das sind Magna-Geschäfte.

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Ja.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ist das von Ihnen, die Information?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Also wenn sie Teil des Gesprächs war, war wahrscheinlich die Information von mir, ja.<sup>601</sup>

Im Laufe der weiteren Befragung wurde klar: Franz Borth ging wohl nicht darum, die Gegengeschäftsverpflichtung von EADS gegenüber der Republik Österreich mit einer besonders hohen Pönale abzusichern oder nur solche Geschäfte durch das BMWA als Gegengeschäft anzuerkennen, die die Voraussetzungen hierfür erfüllen:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...]. Ich darf Ihnen das Dokument Nummer 59647 vorlegen. (**Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.**) Dieses Dokument umfasst eine Zusammenfassung des Ergebnisses einer Besprechung mit Minister Bartenstein und zieht ein Fazit. Dazu möchte ich Sie befragen.

Auf Seite 2 geht es zum Beispiel um den Punkt 2 Höhe der Pönale

Das BMWA fordert als Maximalpönale 10% des Offsetwertes, EF bietet 10% des Beschaffungswertes [...].

Der Informant berichtet, dass eine Einigung möglich ist, solange der 10% Wert im Vertrag erscheint, d.h. der EF Vorschlag erscheint durchsetzbar.“

Das haben Sie als Informant vorgeschlagen. Warum? Warum sind Sie da auf der Seite von EADS und nicht auf der Seite der Republik und des Ministeriums?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Also gleich zu Beginn möchte ich einmal das Wort Informant - - Da müssen Sie die Leute von EADS fragen, warum das als Informant bezeichnet wird oder ich als Informant bezeichnet werde. Da wir so und so in den Verhandlungen laufend gesprochen haben, hätten Sie ruhig auch einen anderen Terminus finden können.

Das andere ist im Zuge der Verhandlungen, wo es eben darum geht, wie man auf diese 10 Prozent kommt, - -

[...]

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Wenn ich versuche, mich jetzt noch richtig zu erinnern: Es gab in den Ausschreibungsunterlagen den Mustervertrag, der den Ausschreibungsunterlagen seinerzeit beigelegt war. Da war als Willenskundgebung oder als Diskussionsgrundlage eben diese 10-Prozent-Pönale drinnen. Wie es dann im Endeffekt ausschaut, ist Frage der Verhandlungen. Ich wüsste nicht einmal - -, ich kann mich nicht einmal erinnern, was jetzt im Endeffekt im letzten Vertrag wirklich als Pönale dringestanden ist. Es ist mir nicht ganz erinnerlich.

Das ist nicht eine Weitergabe von Geheiminformationen, sondern entspricht der damaligen Verhandlungsgrundlage, der Verhandlungsdiskussion.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ich wiederhole meine Frage: Warum haben Sie EADS in Verhandlungen unterstützt und nicht die Position der Republik vertreten?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Also ich habe nicht EADS in den Verhandlungen unterstützt.

<sup>601</sup> 427/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 5.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Lesen Sie noch einmal den Satz, das ist ja eindeutig!

Wir können aber auch zu einem anderen Punkt gehen; das ist auf Seite 3 der Punkt 6 „Anrechnung Magna Geschäft“.

In dieser Gesprächsnote, die unseres Erachtens durchaus den Charakter von geheimer Information trägt, ist vermerkt:

„Das Projekt steht nach Aussagen der jeweiligen Vorsitzenden von DC“ – Daimler Chrysler – „und Magna in der Diskussion.“

Weiters ist vermerkt: „Der Informant berichtet, dass es eine eindeutige Tendenz im BMWA gibt, dass Geschäft nicht anrechnen zu lassen. Hauptgrund hierfür ist eine Aussage des VV“ – Vorstandsvorsitzenden – „von DC“ – Daimler Chrysler – „auf der Bilanzpressekonferenz. Der Informant glaubt jedoch, dass mit entsprechender Überzeugungsarbeit eine Anrechnung gelingen sollte. Dies sei seiner Ansicht nach jedoch nur im Ministergespräch machbar.“

Frage: Was stellen Sie sich unter Überzeugungsarbeit vor, damit die Position von EADS im Ministerium dann auch akzeptiert wird? Und: Haben Sie auch noch im Beisein von Minister Bartenstein diese Argumentation vorgebracht?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Also fangen wir mit der zweiten Frage an: Bei Ministergesprächen mit der Geschäftsführung oder wem auch immer von EADS war ich nie dabei oder: nicht dabei, und das andere deutet darauf hin, dass EADS halt überlegen muss, wie sie dieses Thema weiter behandeln, damit sie Überzeugungsarbeit leisten können oder nicht. Das ist nur ein Hinweis darauf, dass das mit den Unterlagen oder den Informationen, die zu dem Zeitpunkt vorlagen, einfach nicht angerechnet werden kann.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Hätten Sie vielleicht ein Beispiel dafür, wie EADS Überzeugungsarbeit hätte leisten können? Sie kennen sich ja aus in den Abläufen und in den Bewertungen von Gegengeschäften: Was hätten Sie EADS da geraten? Was ist Überzeugungsarbeit?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Ich habe EADS gar nichts geraten. Das ist Angelegenheit der EADS, wie sie das argumentieren.<sup>602</sup>

Die Frage nach dem Motiv Borths beschäftigte den Verfahrensrichter und die Abgeordneten. Doch dieses blieb ein Mysterium. Sein damaliger Vorgesetzter Natich (dazu unten) stellte vor dem U-Ausschuss die Vermutung „Geltungsdrang“ an:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** [...] Dann noch zum Schluss: Ihr Mitarbeiter, Ihr Sachbearbeiter Borth hat ja durchaus sehr eigenständig agiert, wie Sie uns dargestellt haben, vielleicht auch sehr zu Ihrer - - Ja, wie soll man denn sagen? – Lassen wir es dahingestellt. Frage dazu: Diese Informationen, die dann an EADS gegangen sind, waren ja an sich dem Interesse der Republik nicht ganz förderlich, wenn ich es jetzt höflich ausdrücke. Sind da nicht eher die Interessen von EADS durch Ihren Mitarbeiter gefördert worden?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Ich habe schon gesagt, also ich hätte es nicht weitergegeben. Ich finde das nicht in Ordnung, dass er es weitergegeben hat, nämlich vom Verhalten her. Ob das letztlich irgendetwas bewirkt hat, kann man nicht sagen, wahrscheinlich nicht, aber es war nicht in Ordnung. Wenn man eine - - Wenn man den Inhalt von internen Besprechungen an Dritte weitergibt, dann finde ich, dass das nicht geht.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Haben Sie da nicht den Eindruck gewonnen, dass eventuell auch eine mögliche Gegenleistung geboten wurde, denn wieso ist Ihr Mitarbeiter sonst so serviceorientiert gegenüber EADS?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Ich glaube - - Also ich hätte gesagt, es war ein gewisses Geltungsbedürfnis. Ich schätze Borth nicht so ein, dass er irgendetwas genommen hätte, aber ich glaube, es hat ihm gutgetan, wichtiger zu sein, als er eigentlich war. (*Abg. Moser: Danke, weiter in der nächsten Runde!*)<sup>603</sup>

<sup>602</sup> 427/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 9-11.

<sup>603</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 34.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Insgesamt waren die Abgeordneten ob der Uneinsichtigkeit des Beamten über die Problematik, sensible Informationen während laufender Verhandlungsgespräche zum Gegengeschäftsvertrag an die Gegenseite zu übermitteln, einfach nur „baff“:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Haben Sie sich durch diese Hinweise, die Sie EADS immer wieder geben, irgendeinen Vorteil erhofft?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Nein.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Ja was war dann Ihr Motiv? Warum geben Sie dann Hinweise?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Wir geben keine Hinweise, sondern das sind einfach Gesprächsinformationen im Zuge eines laufenden Prozesses zur Erstellung des Gegengeschäftsvertrages.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Aber man muss ja ein Motiv haben, wenn man Informationen in einem Verhandlungsprozess der Gegenseite übermittelt. Welches Motiv haben Sie bei dieser Übermittlung von Insiderinformationen an die Gegenseite?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Ich weiß nicht, wie Sie das sehen, aber wenn ich mit jemandem verhandle, dann muss ich mit ihm sprechen und muss die Positionen darlegen, auf denen man weiterbaut, und das sind einfach Zwischeninformationen im Zuge des Verhandlungsprozesses. Das sind keine Geheiminformationen, sondern - -

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Aber welchen Grund hatten Sie überhaupt, dass Sie praktisch aktiv dem Partner, dem sozusagen Verhandlungspartner, dem Gegenüber, helfen und nicht der Republik, dem Wirtschaftsministerium, dem Herrn Minister Bartenstein? Welches Motiv haben Sie da? Ich verstehe das nicht.

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Ich verstehe jetzt Ihre Frage nicht ganz.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Dann sage ich es noch einmal: Warum verbessern Sie die Verhandlungsposition von EADS gegenüber der Republik?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Also ich kann da keine Verbesserung der Verhandlungsposition erkennen, wenn ich einfach den aktuellen Diskussionsstand bespreche.<sup>604</sup>

Per E-Mail hielt Borth insbesondere Kontakt zu Franziska Olbrecht (EADS) und leitete ihr und anderen Mitarbeitern von EADS auch nach Abschluss der Verhandlungen weiterhin verschiedene sensible Informationen weiter:

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Bei Punkt 2.17 schreiben Sie Frau Olbrecht: „Wie immer kenne ich diese mail nicht.“ – Wieso?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Ja, weil ich schon von meinem Account geschrieben habe und es sich mittlerweile zu einer Floskel entwickelt hat, eben diese Ganzen gegenüber Externen nicht unbedingt zu verbreiten. Aber wie gesagt, es handelt sich um eine schriftliche parlamentarische Anfrage.<sup>605</sup>

Auch entwickelte sich ein besonders freundschaftlicher Umgang zwischen Borth und Olbrecht:

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** [...] In der Korrespondenz, wenn man sie sich durchliest, fällt auf, dass Sie mit Frau Olbrecht einen sehr amikalen Kontakt gepflegt haben; im E-Mail: Liebe Franziska, und: dein Franz. Die Beziehung zwischen Kunden und Auftragnehmer dürfte sich gut entwickelt haben.

Meine Frage ist – Sie haben hier darauf verwiesen, dass Sie „wieder was“ haben für die Frau Olbrecht -: Was bedeutet „wieder“?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Nachdem man über Jahre hinweg permanent Mails ausgetauscht hat, ist „wieder was“ dabei, ja. Keine Ahnung, was Sie explizit damit meinen. Sie haben alle E-Mails vor sich liegen, also - - Es gibt keine zusätzlichen.

<sup>604</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 10-11.

<sup>605</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 44.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Schauen Sie, das E-Mail ist so eindeutig, dass - - Ich glaube, jeder, der das gelesen hat, kennt sich aus. Meine Frage war: In dem E-Mail schreiben Sie, dass Sie „wieder was“ für Frau Olbrecht hatten. (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*) Wie hat - - Ich meine, es liest sich ja so, als wären Sie da einfach Informationsbeschaffer gewesen, und Frau Olbrecht hat Sie ja auch als Informant bezeichnet – also da gab es ja schon ein gewisses gemeinsames Verständnis. Meine Frage war: Im damaligen Zeitraum, was haben Sie da an Informationen an Frau Olbrecht weitergeleitet?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Informationen oder Sachen, die wir jetzt alle besprochen haben.

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Das ist ja keine Antwort, Entschuldigung. Ich meine - -

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Wir haben jetzt die ganze Zeit über E-Mails gesprochen, ja?

**Abgeordneter Michael Bernhard (NEOS):** Ja, aber bitte beantworten Sie die Fragen!

**Vorsitzender Karlheinz Kopf:** Herr Ing. Borth, welche Art von Informationen? (*Auskunfts person Borth: Dienstlicher!*) – Bitte? (*Auskunfts person Borth: Dienstlicher Art!*) Ich habe jetzt versucht, die Frage zu präzisieren.

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Dienstlicher Art, also in Bezug auf die Verhandlungen, Abrechnung; dieser Art, ja.<sup>606</sup>

Borth wurde schließlich von der Plattform Gegengeschäfte abgezogen:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** [...] Von wann bis wann waren Sie dann Mitglied der Plattform Gegengeschäfte?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Von Beginn weg.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Bis? (*Die Auskunfts person blickt in ihre Unterlagen.*)

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Bis 10.4.2006.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Da sind Sie dann in eine andere Abteilung versetzt worden?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Da war ich dann nur mehr in der Abteilung C2/1, genau.<sup>607</sup>

**Abgeordneter Leopold Steinbichler (STRONACH):** Sie waren ja dann nicht mehr in der Abteilung und haben trotzdem an Frau Olbrecht E-Mails weitergeleitet. Das war auch gegen Ihre Dienstanweisung, oder?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** De facto war ich bis April 2006 doppelt zugeteilt.

**Abgeordneter Leopold Steinbichler (STRONACH):** Wann sind Sie aus der Abteilung ausgeschieden?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Effektiv ausgeschieden am 10.4.2006.

**Abgeordneter Leopold Steinbichler (STRONACH):** Da haben wir das Dokument mit der Nummer 59026. Da steht drinnen, dass Sie seit 17.1.2005 nicht mehr Sachbearbeiter für Gegengeschäfte waren. Das ist ein Papier vom Wirtschaftsministerium, von der Staatsanwaltschaft; Nummer 59026, Seite 3.

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Das muss aber das Ministerium dann irgendwann einmal korrigiert haben, weil ich war bis 10.4.2006 doppelt zugeteilt. Zwei Abteilungen zugeteilt.<sup>608</sup>

Über den genauen Zeitpunkt seines Austretens waren jedoch unterschiedliche Auffassungen vorhanden. Während sein Vorgesetzter davon ausging, dass Borth bereits am 17.01.2005 nicht mehr in der Abteilung tätig war, hatte Borth vermutlich weiterhin Zugang zum Elektronischen Akt der Gegengeschäftsabteilung:

<sup>606</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 52.

<sup>607</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 5-6.

<sup>608</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 17.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natisch:** Ich will hier keine Hypothesen aufstellen, aber es gibt eine Möglichkeit: Der Sektionschef hat ja, mit sofortiger Wirkung, im Jänner 2005 (Abg. Steinbichler: Mhm.) den Herrn Borth aus den Gegengeschäften herausgenommen. Und soweit mir bekannt geworden ist – allerdings erst jetzt –, hat die Personalabteilung das nicht ganz so vollzogen, wie der Herr Sektionschef das mir gegenüber gesagt hatte, und hat – möglicherweise aus dienstrechtlichen Erwägungen heraus – eine Halbzuteilung gelassen. Das heißt, Borth war, ohne dass ich es wusste, noch der Abteilung halb zugeteilt, und somit hätte er vermutlich Zugang zum ELAK gehabt. Nichtsdestotrotz, auch wenn das technisch möglich gewesen wäre, hätte er ja aufgrund der Weisung des Sektionschefs nicht reinschauen dürfen – so sehe ich das zumindest. Ob er es gemacht hat, weiß ich nicht. Also das ist jetzt keine Anschuldigung an den Herrn Borth, ich sage nur, dass es technisch vermutlich möglich gewesen wäre, auch nach dem Jänner 2005 bis zu dem Zeitpunkt, wo er dann endgültig ausgeschieden ist, im Jahr 2006 irgendwann.<sup>609</sup>

Der Kontakt mit EADS überdauerte daher auch den (teilweisen) Abteilungswechsel des tüchtigen Informanten:

**Abgeordnete Mag. Michaela Steinacker (ÖVP):** Herr Ing. Borth, ich orte, da ich ja im Rahmen der Fragerunden die letzte Fraktion vertrete, die zum Fragen kommt, etliches an Widersprüchen in Ihrer Aussage im Zusammenhang mit Dokumentationen und darf Ihnen daher in diesem Zusammenhang das Dokument Nummer 55348, das ist ein Bericht von Clifford Chance, vorlegen, insbesondere die markierten Seiten 498 bis 499. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*)

Wenn Sie sich dieses Dokument kurz anschauen, dann sehen Sie, das ist ein Bericht, den die EADS in Auftrag gegeben hat, das ist ein interner Ermittlungsbericht. Da werden neben dem Treffen mit Moser und Steininger auch E-Mails bezeichnet und erwähnt; konkret darf ich verweisen auf E-Mails vom 29. Juni 2005, 12.11 Uhr. Da geht es um ein E-Mail, das Sie versandt haben, eine Agenda für die Plattform Gegengeschäfte, mit dem Kommentar: zur vertraulichen Verwendung.

Am 29. Juni 2005, 12.15 Uhr, schicken Sie ein Ergebnisprotokoll mit dem Kommentar: zur sehr vertraulichen Information.

Am 11. April 2006 – ich komme dann später noch dazu, wie Sie zu dem E-Mail kommen – schreiben Sie über die neue Einteilung.

Ich darf Sie jetzt fragen, da Sie Kollegen Steinbichler vom Team Stronach vorhin gesagt haben, alles das, was Sie weitergeschickt haben, enthielt definitiv keine vertraulichen Informationen: Sie bezeichnen in Ihren E-Mails selbst Unterlagen als vertraulich oder sehr vertraulich. – Das ist für mich ein ganz glatter Widerspruch zu dem, was Sie vorhin gerade ausgesagt haben. Jetzt frage ich Sie: Wieso sind Informationen, die Sie seinerzeit als vertraulich bezeichnet haben, jetzt in Ihrer Wahrnehmung nicht mehr vertraulich?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Die Vertraulichkeit bezieht sich auf Außenwahrnehmung, Externe, nicht auf intern, zwischen Wirtschaftsministerium und EADS; da sind ja diese ganzen Sachen bekannt.

**Abgeordnete Mag. Michaela Steinacker (ÖVP):** Also wenn man in Vertragsbeziehungen oder Vertragsverhandlungen mit einem Gegenüber steht, dann – bitte entschuldigen Sie – schickt man doch nichts zur vertraulichen Information. Ich meine, alles, was ich gebe, sind Positionsbildungen, die ich selbst mache, und zwar für denjenigen, den ich vertrete; und unser Zugang als Abgeordnete ist jedenfalls, dass Sie in Ihrer Funktion Vertreter der Republik Österreich und Vertreter des Wirtschaftsministeriums waren und nicht ein Vertreter von EADS oder Eurofighter.

Also noch einmal die Frage: Sie können doch dorthin keine vertraulichen Informationen schicken, vertrauliche Informationen, die – und der Inhalt dieser Mails zeigt das ja auch – eben vertrauliche Informationen **Ihres Hauses** waren! (*Auskunftsperson Borth: Es sind - -!*) Also Sie sagen uns wirklich, dass diese Informationen, die Sie weitergegeben haben, in Ihrer

<sup>609</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 38.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Wahrnehmung keine vertraulichen Informationen Ihres Hauses waren?**

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Gegenüber EADS nicht.<sup>610</sup>

Franz Borth hielt EADS weiterhin auf dem Laufenden. Laut seiner Aussage waren seine Vorgesetzten zu jeder Zeit darüber informiert, was gesprochen wurde und was ausgetauscht wurde. Dass seine Vorgesetzten nicht informiert waren, zeigen die Akten:

Am 08.04.2015, nachdem das BMWA über die Weitergabe von sensiblen Informationen des BMWA an EADS informiert wurde, wurde Borth zur Rede gestellt. Seine Vorgesetzten wussten offenbar bis dahin nichts von einer Weitergabe von Geheiminformationen (das am 29. Juni 2005 übermittelte Ergebnisprotokoll unterlag, nach Ansicht des BMWA der Geheimhaltung). Dies wurde Borth in dieser Befragung auch vorgehalten. Weder in dieser Befragung, noch im U-Ausschuss zeigte er sich einsichtig:

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Wer war Ihr Vorgesetzter, Ihr direkter Vorgesetzter?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** In der Vorbereitungsphase war es Dr. Vondruska, dann Dr. Natich.

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Ihr jeweiliger Vorgesetzter war über jeden Schritt, den Sie gemacht haben, informiert? (*Auskunftsbericht Borth: Ja!*) Wie kann ich mir das vorstellen, wenn Sie mit Leuten von EADS verhandelt haben oder sich ausgetauscht haben? Gab es da Gesprächsprotokolle? Haben Sie Ihrem Vorgesetzten etwas vorlegen müssen?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Entweder haben wir es vorbesprochen oder nachbesprochen oder es gab -- An Protokolle kann ich mich jetzt --

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Das heißt, Ihre Vorgesetzten waren zu jedem Zeitpunkt Ihrer Gespräche mit EADS darüber informiert, was gesprochen wurde und was ausgetauscht wurde? (*Auskunftsbericht Borth: Ja! [..]*)<sup>611</sup>

Bis heute hatte das Fehlverhalten Borths, außer der Versetzung in eine andere Abteilung, keine Konsequenzen. Das gegen ihn geführte Strafverfahren (Missbrauch der Amtsgewalt, § 302 StGB) ist mittlerweile eingestellt worden. Bei seiner Beschuldigtenvernehmung verweigerte Franz Borth die Aussage mit dem Verweis darauf, dass die Strafbarkeit verjährt sei. Auch heute hat er nichts dazu zu sagen:

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Ich lege Ihnen jetzt noch ein Dokument mit der Nummer 59147 vor. (*Der Auskunftsbericht wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Das ist Ihre eigene Beschuldigtenvernehmung vom Juli 2015. (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*) Sie haben sich damals der Aussage entschlagen. Da geht es um eine Beschuldigungseinvernahme nach § 302 StGB, Geschenkannahme. (*Auskunftsbericht Borth: Mhm!*) Sie haben sich dabei entschlagen, weil die Sache schon verjährt ist oder weil die Verjährung eingetroffen ist. Gibt es vielleicht heute etwas, was Sie uns dazu sagen wollen, mit dem Wissen, dass es schon verjährt ist? Wollen Sie irgendetwas loswerden?

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Wegen Geschenkannahme? Habe ich nach wie vor die Aussage, nach wie vor die Aussage: keine Geschenkannahme.

**Verfahrensanwalt Dr. Andreas Joklik, LL.M.:** § 302 ist Amtsmissbrauch.

**Abgeordneter Jürgen Schabmüller (SPÖ):** Entschuldigung, Amtsmissbrauch.

**Amtsdirektor Ing. Franz Borth:** Habe ich auch nichts zu sagen. (*Abg. Schabmüller: Auch nicht?*) – Nein!<sup>612</sup>

<sup>610</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniké, 30-31.

<sup>611</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniké, 22-23.

<sup>612</sup> 427/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniké, 54-55.

## 2.11.2. Der Sachbearbeiter – ADir. Machinek

Neben Ing. Franz Borth war auch insbesondere ADir Machinek für die Prüfung der Gegengeschäfte zuständig. Auch seine Befragung blieb nicht ohne neue Erkenntnisse.

Im Zentrum der Befragung stand ein Telefonüberwachungsprotokoll der Staatsanwaltschaft Wien. In dem aufgezeichneten Telefongespräch unterhielt sich Machinek mit Frau Drumbl, einer Mitarbeiterin des Lobbyisten Walter Schön, deren Telefonanschluss überwacht wurde:<sup>613</sup>

---

<sup>613</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/80-millionen-sind-verschwunden.pdf>

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**TÜ-Protokoll**

*Istd. Gesprächsdauer:* 315  
*Beginn:* 2011-06-20 14:16:41.0    *Ende:* 2011-06-20 14:28:28.0

*Anschlussbez.:* 01/53    *Anderer Anschluss:*  
*Sprecher TÜ:* Fr. D [REDACTED]    *Anderer Sprecher:* ADI [REDACTED]-BMWA  
*Rechteinhaber:* V11    *Dolmetscher:*

**Gesprächsinhalt:****Begrüßung**

D: Ich wollte kurz fragen ob ich einen Termin mit Ihnen vereinbaren darf nächste Woche für die Abgabe für die Firmen für die 2 Firmen

M: Fr. D [REDACTED] es ist folgendes. ich muss Ihnen das sagen, was mir Mag. Fina aufgelagen hat. Wir sollen mit der Fa. Schön keinen Kontakt haben

D: Ah so

M: Naja sie wissen, warum

D: Ja

M: Ja, das wünscht er so

D: Ah so, aha

06:03 M: Ja schaun sie, für uns das ja auch eine verrückte Sache. Der Staatsanwalt prüft seit 2004, Na das war doch alles 2002 bis 2003. Das da nicht alles in Ordnung war davon bin ich überzeugt, aber wer da wem was gegeben hat, weiß Ich natürlich nicht, das ist das schöne dass ich es nicht weiß....

weiter über den Untersuchungsausschuß bzw. parlamentarischen Anfragen der Vergangenheit. Auch nochmals über den abzuliefernden Bericht und Entscheidung Mag. Fina und derzeitige Situation

09:15: Es ist wahrscheinlich für alle Beteiligten das nicht lustig, nicht. Aber wenn die da 80 bis 100 Millionen suchen, die nicht da sind, ja natürlich und da wird gesucht und die werden das nie finden natürlich nicht, aber natürlich würde man es finden, wenn man es finden will das ist ja auch klar, aber man will es nicht, nicht

D: keine Ahnung

M: Es ist eine parlamentarische Anfrage gibt es wieder an den Minister. Kennen sie den Herrn Plattner? Wissen sie dass P und P eine Firma ist die dem Herrn Plattner gehört? Wissen sie dass der Herr Plattner in Burma war? Wissen sie Herr Minister was der Herr Plattner in Burma gemacht hat? So und dann kriegen die Leute einmal einen Zorn. Das ist eine grüne Anfrage jetzt. Ich glaube die Anfragen sind ja alle nicht geheim. Ich glaube die kann man alle nachlesen, nicht. Und alle Abteilungen werden systematisch gefragt, was wissen sie dazu? Na für uns ist es leicht, wir geben eine sog. Leermeldung ab dh wir wissen nichts, nicht. wir wissen ja auch wirklich nichts, nicht. Aber natürlich und dann kriegen die Leute einen Zorn. Nur damit sie ein bisschen die Hintergründe sehen.

Frau Drumbl rief Machinek ursprünglich wegen der Einreichung von Gegengeschäftsunterlagen an. Im Laufe dieses protokollierten Telefonats fielen jedoch schließlich verschiedene Äußerungen, die die Abgeordneten stutzig werden ließen:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Herr Amtsdirektor, kennen Sie eine Frau Drumbl?  
**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, die kenne ich. Das ist eine Mitarbeiterin – ob sie es jetzt noch ist, weiß ich nicht, ich habe sehr viele Jahre nichts von Ihr gehört – bei Dr. Schön.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Was haben Sie mit Frau Drumbl zu tun gehabt?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Im Zusammenhang mit Eurofighter, nicht das ich wüsste. Es gab italienische Gegengeschäftsverpflichtungen kleineren Umfangs, wo Dr. Schön der österreichische Vertreter war und Frau Drumbl dann die technischen Details gemacht hat. Sie ist meiner Meinung nach, nach meinem Eindruck, eine bessere Sekretariatskraft, die auch für Übersetzungen da war, die hat Italienisch/Deutsch studiert.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Welche Eurofighter-Gegengeschäfte waren davon betroffen?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ist mir jetzt nichts in Erinnerung.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Selex?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, Selex ist eine eigene Verpflichtung gewesen.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wissen Sie, dass Sie am 20. Juni 2011 gemeinsam mit Frau Drumbl in eine Telefonüberwachung der Staatsanwaltschaft geraten sind?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Nein, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Da erklären Sie Frau Drumbl nach sechs Minuten und drei Sekunden der Telefonüberwachung: „Ja schaun sie, für uns“ ist „das ja auch eine verrückte Sache. Der Staatsanwalt prüft seit 2004. Na das war doch alles 2002 bis 2003. Das da nicht alles in Ordnung war davon bin ich überzeugt“.

Was war damals nicht in Ordnung? (*Auskunftsperson Machinek – in dem ihr vorgelegten Schriftstück blätternd –: Darf ich noch einmal --, wo ist das genau?*) – Wir kommen noch zu anderen Teilen des Dokuments.

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, ich habe jetzt nur auszugsweise das gelesen (*Abg. Pilz: Ja, ja natürlich!*), aber wenn ich sage, was möglicherweise nicht in Ordnung war, da muss es ja einen Anlassfall gegeben haben.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, nach dem frage ich Sie ja.

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das wissen Sie nicht.

Dann geht es weiter: „Das da nicht alles in Ordnung war davon bin ich überzeugt“ – das wissen Sie jetzt nicht mehr, was das war – „aber wer da wem was gegeben hat, weiß ich natürlich nicht, das ist das schöne dass ich es nicht weiss“. – Was heißt das: „wer da wem was gegeben hat“? Geld? Was? Worum geht es da?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das weiß ich jetzt auch nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** So etwas Wichtiges wie Ihre Vermutung, dass da wer wem was gegeben hat, im Zusammenhang mit möglicherweise nicht korrekten Geschäften, wissen Sie nicht mehr? – Das glaube ich Ihnen nicht. (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

Also was war da: „aber wer da wem was gegeben hat, weiß ich natürlich nicht“? – Warum ist das das Schöne, dass Sie das nicht wissen? Was ist denn da so schön? (*Die Auskunftsperson liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, es geht da am Anfang darum, dass offensichtlich eine Gegengeschäftseinreichung bevorgestanden ist.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, den Eindruck habe ich auch. Da ist ja einiges, zumindest meiner Meinung nach, manipuliert worden, mit oder ohne Wissen welcher Beamter auch immer, das steht jetzt nicht zur Diskussion; und da kommen Sie drauf, da ist nicht alles in Ordnung, und Sie sagen: „aber wer da wem was gegeben hat, weiß ich natürlich nicht, das ist das schöne dass ich es nicht weiss“. – Erklären Sie uns das! Warum ist das so schön, wenn Sie nicht wissen, wer wem was gegeben hat?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Also wenn ich etwas nicht Rechtmäßiges erfahren hätte, hätte ich es der Vorgesetztenkette gemeldet; das ist einmal das eine.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Haben Sie irgendetwas in dieser Art gemeldet?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das habe ich nicht, weil mir nichts Unrechtmäßiges bekannt ist. Mit dem Geben – das klingt jetzt so, als würde ich mich da rausreden wollen –: Es gab auch -- Weil da auch MBDA, Selex vorkommen: Die haben versucht, das haben wir aber dann nicht angerechnet, einander Kompensationspakete zu geben – also ich wüsste da etwas, und das kann man bei MBDA einreichen oder auch bei Eurofighter. Also auch das kann sein;

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

und mir ist nicht bekannt, dass irgendwer irgendwem etwas gegeben hätte. Das steht ja auch schon da, ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Warum ist es das Schöne, dass Sie das nicht wissen?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Weil ich in nichts hin-, wenn es überhaupt so - -

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie haben es doch eh gewusst und sagen nur: Es ist das Schöne, dass ich es offensichtlich nicht im Detail weiß.

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das steht nicht da: im Detail. Ich weiß es nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, dazu kommen wir schon. Gehen wir weiter.

Nach 9 Minuten und 15 Sekunden: „Es ist wahrscheinlich für alle Beteiligten das nicht lustig, nicht. Aber wenn die da 80 bis 100 Millionen suchen, die nicht da sind, ja natürlich und da wird gesucht und die werden das nie finden natürlich nicht. aber natürlich würde man es finden, wenn man es finden will das ist ja auch klar, aber man will es nicht“. – Was ist denn da mit diesen 80 Millionen, die man nicht finden wird und die man nur finden würde, wenn man sie auch wirklich sucht, aber es ist ja klar, dass man sie nicht suchen will? Was ist das, Herr Amtsdirektor? Welche 80 Millionen sind das?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Sie werden doch nicht verschwundene, versteckte und nicht aufzufindende 80 Millionen vergessen! Passiert das bei Ihnen öfter? Wie oft passiert denn so etwas, dass bei Ihnen im Ministerium 80 Millionen verschwinden?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** An Gegengeschäftsvolumen?

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das weiß ich nicht. (*Auskunfts person Machinek: Na, ich weiß es nicht!*) An Gegengeschäftsvolumen vielleicht, an Schmiergeldern vielleicht, ich weiß es ja nicht. Das steht ja nicht dezidiert da, das möchte ich von Ihnen wissen.

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Aber das weiß ich auch nicht. (*Abg. Pilz: Sie wissen's nicht!*) Wenn das ein Staatsanwalt - <sup>614</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Da kommen wir schon noch dazu, warum Sie sich hinter dem Rücken Ihres Vorgesetzten mit Leuten von Schoen getroffen haben – das ist ein eigenes Kapitel – und das gegenüber Ihrem Vorgesetzten geheim gehalten haben; dazu kommen wir noch. Ich möchte jetzt die Beteiligten und die 80 Millionen! (*Die Auskunfts person liest in dem ihr vorgelegten Schriftstück.*)

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das kann ich nicht beantworten. Ich habe jetzt auszugsweise den Rest gelesen: Das ist auch überhaupt nicht mein Stil, mich auszudrücken. Mich wundert es sehr, dass es ein derartiges Telefonat geben soll. Mir ist auch völlig unbekannt, dass Herr Plattner in Burma war, das ist mir auch vollkommen wurscht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Das habe ich Sie nicht gefragt. Noch einmal zu den 80 bis 100 Millionen, da sagen Sie jetzt wörtlich: „aber natürlich würde man es finden“, – die 80 bis 100 Millionen – „wenn man es finden will das ist ja auch klar, aber man will es nicht“. – Wer ist „man“? Wer ist der oder die „man“ oder sind die Personen, die die 80 bis 100 Millionen finden könnten, aber nicht finden wollen?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das weiß ich nicht.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Gehören Sie da dazu? (*Auskunfts person Machinek: Nein!*) Gehören andere Beamte des Wirtschaftsministeriums dazu?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das kann ich mir nicht vorstellen, nein.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Gehören da Vertreter von Eurofighter dazu? (*Auskunfts person Machinek: Nein!*) Gehört da Herr Schön dazu? Na, wer lässt denn die 80 bis 100 Millionen verschwinden?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ich kann mir nur vorstellen, dass es da um ein Gegengeschäftsvolumen geht. (*Abg. Pilz: Schauen Sie, Herr - !*) Wo 80 Millionen sind, das entzieht sich meiner Kenntnis. (*Abg. Pilz: Es ist mir - !*) Mich wundert auch dieses Telefonat, was Sie mir da gerade gegeben haben, sehr. Mir ist dieses Telefonat in der Tat völlig unbekannt.<sup>615</sup>

<sup>614</sup> 428/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 35-37.

<sup>615</sup> 428/Komm XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué, 38.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Machinek konnte also keine Antworten auf zwei drängende Fragen bieten:

- Welche verschwundenen 80-100 Millionen Euro?
- Warum ist es so schön, davon nichts zu wissen, wo doch die Aufgabe eines Beamten des BMWA es sein sollte, derartige verdächtige Vorgänge in Erfahrung zu bringen?

ADir Friedrich Machinek schien im Rahmen verschiedener Gegengeschäfte in Kontakt zu Frau Drumbl (also dem Büro des Walter Schön) gestanden zu haben. Erst im Zuge der Ermittlungen der Staatsanwaltschaft intervenierte der Abteilungsleiter – Mag. Fina – und untersagte den Kontakt der Mitarbeiter des BMWA mit Lobbyisten:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Gehen wir zum Beginn dieses Telefonats; Frau Drumbl sagt: „Ich wollte kurz fragen ob ich einen Termin mit ihnen vereinbaren darf nächste Woche für die Abgabe für die Firmen für die 2 Firmen“ – das sind MBDA und Selex. Selex ist übrigens eine italienische Firma – das ist ganz wichtig für die italienischen Fälschungen der Gegengeschäfte, über die wir sehr viele Unterlagen haben.

Sie antworten: „Fr. Drumbel es ist folgendes. ich muss ihnen das sagen, was mir Mag. Fina aufgetragen hat.“ – Wer ist Mag. Fina?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das ist der Abteilungsleiter.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** War das Ihr Vorgesetzter damals? (*Auskunfts person Machinek: Ja!*) Dann sagen Sie: „Wir sollen mit der Fa. Schön keinen Kontakt haben“. – Hatten Sie also den Auftrag Ihres Vorgesetzten, keinen Kontakt mit der Firma Schoen zu haben? (*Auskunfts person Machinek: Ja!*) – Ja, aber warum haben Sie dann Kontakt mit der Firma Schoen? Warum ignorieren Sie hier nachweislich die Anweisung Ihres Vorgesetzten im Wirtschaftsministerium?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das hier war ein Telefonat, ein mündlicher Kontakt.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** „[...] keinen Kontakt haben“ – das sagen Sie selbst. Ist das ein Kontakt?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Sie wollte ja einen persönlichen Kontakt.<sup>616</sup>

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Und dann kommt eine seltsame Passage: „So und dann kriegen die Leute einmal einen Zorn. Das ist eine grüne Anfrage jetzt.“ Dann reden Sie wieder über die „grüne Anfrage“, und dann sagen Sie: „Na für uns ist es leicht, wir geben eine sog. Leermeldung ab dh wir wissen nichts“.

Das ist die übliche Art – das sind wir schon gewöhnt –, wie parlamentarische Anfragen beantwortet werden. Mein Eindruck war immer: Auch wenn die Beamten – möglicherweise auch Sie – sehr viel oder besonders viel wissen, geben Sie halt einmal eine Leermeldung ab. Das sind wir da im Parlament schon gewöhnt.

Dann geht es weiter: „wir wissen ja auch wirklich nichts, nicht. Aber natürlich und dann kriegen die Leute einen Zorn.“

Sagen Sie, welche Leute sollen da einen Zorn kriegen?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Eine Interpretation: Wenn jemand glaubt, dass ihm Informationen vorenthalten werden, die es gibt, dann würde ich Zorn verstehen. Das Problem ist, wenn man wirklich nichts weiß und das auch schreibt, dann kriegt der andere einen Zorn, obwohl man eigentlich gar nichts dafür kann.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ja, wenn man nicht weiß, wo die 80 Millionen sind, und wenn man nicht weiß, ob überhaupt wer die 80 Millionen finden kann, und wenn man nicht weiß, wer was gekriegt hat, und wenn man das alles nicht weiß, und wenn man das alles möglicherweise auch nicht wissen will, dann – da haben Sie vollkommen recht – ist es verständlich, wenn die anderen einen Zorn kriegen. Das werde ich mir aber jetzt ersparen, denn in Ihrem Fall wissen wir ja ganz offensichtlich einiges. [...]<sup>617</sup>

<sup>616</sup> 428/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 39.

<sup>617</sup> 428/Komm XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 57.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

und weiter:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Jetzt kommen wir noch einmal zur Frau Drumbl. Frau Rosalba Drumbl, italienische Staatsbürgerin, hatte offensichtlich die Aufgabe, Kontakt zwischen Schön und italienischen Firmen aus dem Alenia-Bereich zu halten, zum Zweck der – ich formuliere es jetzt einmal ganz freundlich – Herstellung, Produktion von Gegengeschäftsbestätigungen.

Was wissen Sie über die Produktion von Gegengeschäftsbestätigungen durch die Firma Schoen für das Wirtschaftsministerium?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Da kann ich gar nichts wissen. Ich weiß auch tatsächlich nichts. Wenn Alenia – und davon gehe ich aus – den Vertreter Schön in Österreich hat; und das war ja auch über lange Zeit das Verbindungsbüro in der Alenia-Verpflichtung - - Jetzt hat Dr. Schön Kontakte zu Alenia – das nehme ich an (*Abg. Pilz: Ja!*), und ich nehme an, die hat er immer noch. Aber wir bekommen die Gegengeschäftsbestätigung fertig vorgelegt. Wer die da dann hin- und herschickt, in wessen Kuvert das geschickt wird, ob das elektronisch geht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Ich schlage einmal vor, jetzt hören wir mit diesen G'schichtln auf. Wer war der offizielle Partner des Wirtschaftsministeriums zur Abwicklung der Gegengeschäfte?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Die Eurofighter Jagdflugzeug GmbH.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wer wurde von ihr beziehungsweise von EADS nominiert, gegenüber dem Wirtschaftsministerium die Gegengeschäfte abzuwickeln? (*Vorsitzender Kopf gibt das Glockenzeichen.*)

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Wie meinen Sie „nominiert“? – Im Vertrag ist ein Kooperationsbüro vorgesehen. Uns wurde 2005 dann als Vertrag - -

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und wer war das Büro?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Das Kooperationsbüro? (*Abg. Pilz: Ja!*) – Der Firmensitz von Eurofighter Jagdflugzeug GmbH in München.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nein, die Firma EBD in Wien, und das wissen Sie ganz genau!

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, ab 2005 war es die EBD in Wien.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Und warum verhandeln Sie dann mit dem Rüstungslobbyisten Schön und nicht mit der Firma EBD, die zuständig ist?

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** In dieser Zeit ist auch noch die Gegengeschäftsverpflichtung von Alenia gelaufen. Ich kann das jetzt nicht zuordnen - -

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Dafür war EBD zuständig! Für alles in diesem Zusammenhang war EBD zuständig. Warum Abwicklung über einen Rüstungslobbyisten? Was haben **Sie** mit einem Rüstungslobbyisten zu tun? Das war nirgends vorgesehen! (*Vorsitzender Kopf gibt neuerlich das Glockenzeichen.*)

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, aber wir sind dieser Frage nachgegangen: EBD hatte mit Eurofighter Gegengesch- - ah, Entschuldigung, **Alenia** hatte mit Eurofighter Gegengesch- -

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Jetzt passen Sie wirklich auf!

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Nein, die Firma Schoen, die Firma Sch- -

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Wir reden da - - (*Auskunftsberichter Machinek: Ja?*) Sie antworten unter Wahrheitspflicht, ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam.

**Amtsdirektor Friedrich Machinek:** Ja, ja. Aber Schön ist nach meiner Erinnerung bei einem einzigen Gegengeschäft als Vermittler in Erscheinung getreten.

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Auch das ist **vollkommen** falsch. (*Auskunftsberichter Machinek: Mhm?*) Auf das kommen wir noch zurück.<sup>618</sup>

Leermeldungen, Kontakte mit Lobbyisten anstatt mit dem zuständigen Verbindungsbüro der Eurofighter GmbH – EBD...

<sup>618</sup> 428/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 57-59.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Nach der Befragung des ADir Machinek blieben einige Fragen ungeklärt. Die drängendste ist wohl die Frage nach den 80-100 Mio, die man finden würde, wenn man sie nur finden wollte („*aber man will es nicht, nicht?*“).

Machinek, der zweite Sachbearbeiter der Gegengeschäftsprüfung neben Franz Borth, offenbart in dem von der Staatsanwaltschaft aufgezeichneten Gespräch ein gewisses Mitteilungsbedürfnis gegenüber Personen aus der Sphäre Eurofighter/EADS, auch wenn es nur die Mitteilung ist, dass er eben „nichts“ wisse. Gegenüber dem U-Ausschuss schien sein Mitteilungsbedürfnis geringer zu sein. An das Telefonat könne er sich nicht erinnern, auch die Formulierungen würde er nicht so verwenden.

Irrte sich die Staatsanwaltschaft? Hat etwa ein Dritter im Namen Machineks telefoniert? Oder weiß Machinek mehr, als er vor dem U-Ausschuss preisgeben wollte? Dies zu klären liegt nun bei der Staatsanwaltschaft.

### 2.11.3. Der Abteilungsleiter – Dr. Natich

Ende 2002 kam es im Zuge einer Neustrukturierung des BMWA zur Auflösung von drei Abteilungen, von denen bisher eine für Gegengeschäfte zuständig war.<sup>619</sup> Die Zuständigkeiten wurden auf bestehende Abteilungen übertragen.

Dr. Natich war zu diesem Zeitpunkt (und ist noch heute) Abteilungsleiter der Abteilung C2/6, die bis dahin „*für (die) Koordination, Wahrnehmung und Vertretung handels- und wirtschaftspolitischer Angelegenheiten gegenüber den Staaten der EU und EFTA zuständig war*“<sup>620</sup>.

Dieser Abteilung wurde nun mit Wirksamkeit 1.1.2003 die Zuständigkeit für Gegengeschäfte übertragen. Für die Bewältigung dieser zusätzlichen Aufgabe wurden Dr. Natich die bereits bisher mit der Aufgabe befassten Beamten, Ing. Borth und AD Machinek, zugewiesen. Bei seiner Befragung durch den Untersuchungsausschuss am 11. Juli 2017 beschrieb Dr. Natich die damalige Situation:

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** [...] Ich hatte vorher nichts mit Gegengeschäften zu tun, sodass die Arbeit für mich neu war und ich mich erst einarbeiten musste. Am 1.5.2004 sind zehn weitere Staaten der EU beigetreten, das war die sogenannte Osterweiterung. Zusätzliche personelle Ressourcen wurden meiner Abteilung nicht gewährt.<sup>621</sup>

Das Volumen der Gegengeschäfte und die knappen personellen Ressourcen führten schließlich 2006 zu einem Umdenken bei den Entscheidungsträgern:

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** [...] Nachdem die Gegengeschäftsagenden eine Dimension angenommen hatten, mit der zuvor niemand gerechnet hatte, hat sich Bundesminister Bartenstein entschlossen, ab April 2006 wieder eine eigene Abteilung für Gegengeschäfte zu installieren, sodass meine Abteilung die Zuständigkeit für Gegengeschäfte wieder abgegeben hat.[...]<sup>622</sup>

Somit wurden die Gegengeschäfte auf die Abteilung C2/2 unter Leitung von Mag. Fina übertragen. Eine Befragung von Mag. Fina war – aufgrund der vorzeitigen Beendigung des Untersuchungsausschusses – nicht möglich.

<sup>619</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 4.

<sup>620</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 4.

<sup>621</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 4.

<sup>622</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 4.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Als Abteilungsleiter konnte Dr. Natich Auskunft zum Ablauf der Gegengeschäftsprüfungen geben. Am Beginn jeder Prüfung stand die Einreichung der Gegengeschäfte durch EADS.

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** [...] Die Einreichfrist -- Gehen wir von 2003 aus: Die 2003 gemachten Gegengeschäfte wurden bis oder am 31. Mai 2004 eingereicht, und dann hatten wir 120 Tage Zeit, um zu prüfen und allenfalls etwas zu beeinspruchen. Hätten wir das nicht beeinsprucht, wäre es durch gewesen, das heißt, wir mussten uns über den Sommer die Dinge anschauen. [...]<sup>623</sup>

Geprüft wurden ausschließlich die eingereichten Gegengeschäftsbestätigungen. Vor-Ort-Prüfungen wurden nicht durchgeführt, eventuelle Rückfragen telefonisch mit den beteiligten Unternehmen geklärt.

Der Anrechnungswert der Gegengeschäfte wurde in der Regel der Gegengeschäftsbestätigung entnommen. Bei Lieferungen ergab sich dieser Wert aus dem Vertragswert<sup>624</sup>. Wesentlich komplexer und mit einem weiten Ermessensspielraum einhergehend scheint insbesonders die Anrechnung von Bildungsinvestitionen und Betriebsansiedlungen gewesen zu sein. Auf Nachfrage von Gabriela Moser gab Dr. Natich an:

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Herr Dr. Natich! Nach Ihrer Aussage war ja das Ziel des Gegengeschäftsvertrags sehr ambitioniert. Es gibt viele Möglichkeiten, hier Geschäfte als Gegengeschäfte zu parken.

Wir legen Ihnen das Dokument 60856 vor. Es ist ein Ausschnitt aus der Zeugenvernehmung Ihrer Mitarbeiterin Frau Barbara Spatschek. (*Der Auskunftsperson wird ein Schriftstück vorgelegt.*) Die Seite 6 von 139 ist von Bedeutung.

Die vernehmende Behörde fragt: „Gab es im BMWA Richtlinien, welcher Wert im Feld Wert des Gegengeschäftes einzutragen sei [...]?“

Die Antwort lautet: „Meiner Erinnerung nach gab es diese nicht, mir ist auch nicht erinnerlich, dass ein Unternehmen nachgefragt hätte, wie dieses Feld zu befüllen wäre.“

Jetzt frage ich mich als Laiin in Sachen Gegengeschäfte: Wenn es keine Richtlinie gibt, wie man das Feld befüllt, dann kann man das ja nach völligem Gutdünken und relativ willkürlich befüllen. Wie haben Sie denn eigentlich dann dieses Feld bewertet, wo man den Wert des Gegengeschäfts eintragen soll, wenn es keine Richtlinie gibt? Umsatz oder österreichische Wertschöpfung oder irgendein anderes Kriterium?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Bei den Lieferungen ergibt sich der Wert aus dem Vertragswert. Da gibt es ja keine Diskussion darüber.

Es kann daher nur gemeint sein: die Sachen, die bewertet werden müssen, wie Bildungsinvestitionen oder wie Betriebsansiedlungen, solche Dinge; da, wo man quasi Spielraum hat.

Richtlinien hatten wir nicht. Allerdings, wir hatten ja die Plattform, und wir hatten in der Plattform den Dr. Helmenstein, der ein Modell entwickelt hatte, mit dessen Hilfe man verschiedene Dinge rechnen konnte. Die Bewertungen von Bildungsinvestitionen, Betriebsansiedlungen und solchen Dingen sind dann über dieses Rechenmodell erfolgt. Das heißt, wir hatten natürlich keine Richtlinie, aber die Plattform hat ein Rechenmodell gehabt und hat eine Empfehlung abgegeben. An die haben wir uns dann gehalten.

**Abgeordnete Dr. Gabriela Moser (Grüne):** Wäre es nicht besser gewesen, gleich von den Sachbearbeitern hier die richtigen Werte einsetzen zu lassen und das nicht der Plattform mittels Modellrechnung zu überantworten?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Die hätten es ja nicht können! Es hat uns ja Expertise gefehlt. Wie soll man denn ein Bildungsprojekt, was weiß ich, am Joanneum in Graz bewerten? Also zum Beispiel: EADS hat dort Vortragende zu irgendeinem Flugzeugehrgang geschickt – ja, wie soll man das bewerten? Wie soll quasi, ich sage jetzt einmal, ein Laie das bewerten?

<sup>623</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR - Kommuniqué 15.

<sup>624</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 48.

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Dafür hatten wir ja wirklich hochspezialisierte Wissenschaftler, wie zum Beispiel den Dr. Helmenstein, die solche Dinge rechnen konnten.<sup>625</sup>

Aus der Befragung und den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen ergibt sich für uns folgendes Bild bzgl. eines typischen Prüfvorgangs:

1. Einreichung der Gegengeschäftsbestätigungen in der Regel durch EADS
2. Plausibilitätsprüfung der Gegengeschäftsbestätigungen durch zwei Sachbearbeiter des BMWA
3. Bei positiver Prüfung Weiterleitung an die Wirtschaftsplattform
4. Bei Gegengeschäften, deren Anrechnungswert erst ermittelt werden muss (etwa Bildungsinvestitionen), Bewertung durch die Wirtschaftsplattform mittels Rechenmodellen
5. Anrechnung als Gegengeschäft

Ob diese Art der Prüfung ausreichend war, um zu garantieren, dass alle angerechneten Gegengeschäfte auch tatsächlich Gegengeschäfte waren, ist mehr als fraglich:

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Nach Ihrem Kenntnisstand: Kann man sagen, als Gegengeschäft wurde nur angerechnet, was ein reales Geschäft war? Oder: Ist Ihrer Meinung nach die Möglichkeit gegeben gewesen, auch, wie wir hier immer wieder hören, Schein- oder Luftgeschäfte dem Ministerium unterzuschieben – muss ich jetzt schon sagen?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Nein. Also wir sind immer davon ausgegangen, dass die vorgelegten Gegengeschäftsbestätigungen der Wahrheit entsprechen. Es war ja auch ein Passus drinnen, der auf strafrechtliche Konsequenzen hingewiesen hat für den Fall, dass man falsche Angaben macht. Und von daher war das für uns okay.

**Verfahrensrichter Dr. Ronald Rohrer:** Ist von Ihrer Seite auch überprüft worden, dass diese Geschäfte reale Geschäfte sind?

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Wir haben die Geschäfte nicht überprüft. Wir haben die eingereichten Unterlagen überprüft.<sup>626</sup>

Diese Zweifel scheint auch der Rechnungshof geteilt zu haben: Der RH erachtete die für die Gegengeschäftsbestätigungen verwendeten Formulare unter kontrolltechnischen Gesichtspunkten als unzureichend. Die abgefragten Daten würden allenfalls eine Plausibilitätskontrolle zulassen, aber keine Überprüfung im materiellen Sinn.<sup>627</sup>

Ebenso zeigte sich Dr. Natich auf Nachfrage des Abg. Bernhard (NEOS) durchaus kritisch was die damaligen Prüfungsmodalitäten anbelangt:

**Ministerialrat Dr. Wolfgang Natich:** Ja, es kann schon sein, dass man das besser machen kann, ja, aber ich meine, in dem Fall ist es so vertraglich festgelegt. Es wäre allenfalls eine Überlegung, dass man, falls es überhaupt noch Gegengeschäfte gibt in der Zukunft, sich da anders an die Gegengeschäftsbestätigung heranbegibt.<sup>628</sup>

Das Ministerium hätte aber auch anders reagieren können:

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** Nur noch ganz kurz: Wenn ein Wirtschaftsminister draufkommt, dass Provisionen im Zusammenhang mit einem Gegengeschäft geflossen sind – Sie haben gesagt, klar, sofort an die Staatsanwaltschaft; das hatten wir bereits –, was hat er dann in seinem Ressort in Bezug auf die betroffenen Gegengeschäfte zu tun?

<sup>625</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 48.

<sup>626</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 8.

<sup>627</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35; RH-Bericht 2006/11, 33.

<sup>628</sup> 429/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 35.

**Dr. Reinhold Mitterlehner:** Dem Vertragspartner mitzuteilen, dass schwerwiegende Umstände eingetreten sind, die die Anrechnung dieser Geschäfte unmöglich machen.<sup>629</sup>

Es bleibt zu hoffen, dass diese Erkenntnisse zu einem Umdenken bei den EntscheidungsträgerInnen und einer Abkehr von Gegengeschäften bei zukünftigen Beschaffungsvorgänge führt.

---

<sup>629</sup> 430/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Communiqué, 57.

## 2.12. ZUR ABSCHAFFUNG VON GEGENGESCHÄFTEN

Wie sich aus unseren Feststellungen ergibt, eröffnet der Einbezug von Gegengeschäften in die öffentliche Auftragsvergabe zahlreiche Problemfelder. Beispielhaft seien im Folgenden hervorgehoben:

### **2.12.1. Einpreisung der Pönale**

Wie sich aus EADS internen Akten ergibt, war die Höchstpönale, die Eurofighter für den Fall, dass nicht ein einziges Gegengeschäft zustande gekommen wäre, zu zahlen gehabt hätte, bereits im Kaufvertrag eingepreist:<sup>630</sup>

**The full OGM (5%+6% = 183.4 mio) will be passed to EADS according to Attachment 1.**

**Abgeordneter Dr. Peter Pilz (Grüne):** [...] Was heißt das?

**Dr. Martin Bartenstein:** Na, dass – würde ich sagen – Eurofighter dieses Offsetrisiko in den Preis der Eurofighter einkalkuliert hat.

[...]

Ich hätte das jedenfalls zur Diskussion gestellt, ob das die Geschichte wert ist, denn daraus resultiert schon, dass der Verzicht auf die Offsetgeschäfte einen 5-prozentigen Preisnachlass zur Folge hätte haben können oder müssen.

Wenn ich als Verteidigungsminister oder jedenfalls als Verhandler mit Eurofighter die Geschichte vor mir habe, dann sage ich in den Verhandlungen schon: Okay, dann reden wir auch darüber, ob diese 100 Millionen nicht besser zu einer Kaufpreisreduktion führen!<sup>631</sup>

### Besonders „effizient“: Kauf von Altgeschäften

Die dem U-Ausschuss vorliegenden Dokumente brachten jedoch noch weitere irritierende Erkenntnisse. Peter Brauch, der ehemalige Leiter der Revision von EADS Deutschland, gab in einer Zeugenvernehmung unter anderem preis, dass er im Zuge der Prüfung der Effizienz bei der Abwicklung von Gegengeschäften unter anderem prüfte, ob auch Altgeschäfte gekauft würden. Es ist daher davon auszugehen, dass der Kauf von Altgeschäften nicht nur bei EADS gang und gäbe ist. Dadurch wird aber der durchaus wohlgemeinte Sinn eines Gegengeschäftsvertrages, nämlich die Industrie des Landes zu fördern, vollkommen verdreht.

### Provisionszahlungen zum Kauf von Gegengeschäften

Mittel zum Kauf von Altgeschäften sind üblicherweise Provisionszahlungen, die an den österreichischen Unternehmer im Gegenzug für seine Gegengeschäftsbestätigung geleistet werden. Die Provision ist dabei ein Prozentanteil an der vom BMWA anerkannten Gegengeschäftssumme. Diese Provisionszahlungen werden aber auch an Broker und Subbroker geleistet, die Gegengeschäfte für den Vertragspartner vermitteln. Dabei eröffnet sich ein breites Feld nicht nachvollziehbarer Zahlungsflüsse – und damit ein Spielfeld für Korruption und Bestechung.

<sup>630</sup> <https://www.gruene.at/schwerpunkte/eurofighter-2017/eads-bekommt-fuenf-prozent-poенale.pdf>

<sup>631</sup> 64 421/KOMM XXV. GP - Ausschuss NR – Kommuniqué, 17-18.

## 2.12.2. Lückenlose Kontrolle? – Völlig utopisch!

Eine lückenlose Kontrolle der im Rahmen von Gegengeschäften an EntscheidungsträgerInnen oder Personen, die auf diese Einfluss nehmen können, gewährten Vorteile ist völlig utopisch! Eine inhaltliche Prüfung der Gegengeschäfte und insbesondere die Prüfung der Zusätzlichkeit und der inländischen Wertschöpfung kann realistischer Weise nicht durchgeführt werden, da dies zu viele Ressourcen verschlingen würde.

Aufgrund der fehlenden Transparenz forderte die Präsidentin des Rechnungshofes, Dr. Margit Kraker unlängst:

*„Die Republik sollte künftig nie wieder einen Kaufvertrag, der Gegengeschäfte zum Inhalt hat, unterschreiben.“*

Denn: „*Gegengeschäfte sind nicht transparent. Und wo die Transparenz fehlt, begünstigt das nicht erklärbare Machenschaften.*“<sup>632</sup>

Es scheint, die Aufklärungsarbeit rund um den Eurofighter zeigt erste Früchte, wenn sich nun auch HBM Doskozil klar deklariert:

*„Ich habe keinen Zweifel daran, dass der größte Teil der in Österreich vereinbarten und umgesetzten Gegengeschäfte korrekt abgewickelt werden. Aber der Bericht Task Force Eurofighter hat deutliche Hinweise dafür hervorgebracht, dass bei der Eurofighter-Beschaffung die Gegengeschäfte ein ideales Einfallstor für Korruption und Bestechung waren.“<sup>633</sup>*

Von Dr. Wolfgang Peschorn, Präsident der Finanzprokuratur, wird dies ausdrücklich begrüßt. So merkte er in Hinblick auf das geplante Antikorruptionspaket an:

*„Das ist für uns ein wirklich schöner Tag“<sup>634</sup>*

Denn die Erfahrungen auch mit der Hypo Alpe Adria hätten gezeigt, dass der "Gegner" oft nicht fassbar und Bestechung nur schwierig nachzuweisen sei. Mit den klaren Regeln werde der Korruption ein Riegel vorgeschoben, so Peschorn.

*„Klare Regeln sind für den Markt immer gut und günstig“*

[...]

*„Unklare Regeln führen zu Wettbewerb im Dunkeln.“<sup>635</sup>*

---

<sup>632</sup> <http://diepresse.com/home/innenpolitik/5176171/RechnungshofChefin-will-Aus-fuer-Gegengeschaefte>

<sup>633</sup> <http://www.bundesheer.at/cms/artikel.php?ID=8929>

<sup>634</sup> <http://www.nachrichten.at/nachrichten/politik/innenpolitik/Doskozil-will-bei-neuen-Ruestungsdeals-keine-Gegengeschaefte-mehr-zulassen;art385,2580369>

<sup>635</sup> <http://orf.at/stories/2393757/2393591/>

## 3. SCHLUSSBEMERKUNG UND EMPFEHLUNGEN

### 3.1. SCHLUSSBEMERKUNG

1,6 Millionen Seiten an Akten, zwei Beweisthemen, 17 Sitzungen und 26 Zeugenbefragungen in 6 Wochen: Wir haben unter Hochdruck gearbeitet und vieles aufgedeckt. Aber da war sie wieder, die „rauchende Pistole“. Oder besser gesagt, da wurde schon wieder die rauchende Pistole nicht gefunden.

Wer der Erfinder dieser Pistole ist, lässt sich heute nicht mehr mit Sicherheit sagen. Sie ist aber ein geschickter Spin, um die öffentliche Meinung zu manipulieren. Und der geht ungefähr so: Erst wird dramatisiert und übertrieben: Pistole! Mord! Dann wird verharmlost: Es wurde ja keiner bei einer Tat ertappt. Ergo gibt es keine Leiche, keine Tat und es war auch sonst nichts.

Nun ist es auch bei Morden so, dass man selten den Mörder mit der rauchenden Pistole neben dem Opfer antrifft. Bei großen Bestechungsfällen ist es jedoch praktisch auszuschließen, dass ein Zeuge bei der Übergabe dabei sein könnte. Die Zeiten eines Bela Rabelbauer mit dem Geldkoffer sind seit Jahrzehnten vorbei. Für die Geldtransfers gibt es heute Spezialisten.

Aber um beim Bild der rauchenden Pistole zu bleiben. Wir haben zwar keinen „Mörder“, aber eindeutig einige „Leichen“. Nach der Verhaftung des italienischen Finanzjongleurs Gianfranco Lande wurde bekannt, dass er über das Vector-Netzwerk Millionen für den Eurofighterhersteller EADS verschoben hatte. Er begründete die Transfers mit dem Eurofighterkauf in Österreich und den damit verbundenen Gegengeschäften. Diese Begründung ergibt aber keinen wirtschaftlichen Sinn. Erst recht nicht die näheren Umstände, dass diese Gelder, statt sie direkt auszuzahlen, über zahlreiche Briefkastenfirmen in Steueroasen geschleust wurden. Das macht man nur, wenn man Gründe hat, die Öffentlichkeit zu scheuen. Wenn die Strafverfolgungsbehörden die Empfänger dieser Millionen gefunden haben, haben wir auch unseren „Mörder“. Und die rauchende Pistole können wir getrost vergessen.

### 3.2. EMPFEHLUNGEN

Aufgrund der Ergebnisse und Erfahrungen des Untersuchungsausschusses ergeben sich folgende Empfehlungen:

1. Das **Finanzprokuraturgesetz** ist dahingehend zu ändern, dass die Finanzprokuratur bei allen Vertragsverhandlungen mit größeren finanziellen Auswirkungen beigezogen werden muss.
2. Bei der öffentlichen Beschaffung von Rüstungsgütern sollten **Gegengeschäfte von vornherein ausgeschlossen** werden.
3. Bei der öffentlichen Beschaffung von Rüstungsgütern sollte **Lobbying generell ausgeschlossen** werden.
4. Das Anfang 2013 in Kraft getretene **Lobbying- und Interessenvertretungs-Transparenz-Gesetz** ist zu novellieren: Um tatsächlich mehr Transparenz in Entscheidungsprozessen in Gesetzgebung und Vollziehung erreichen zu können, müssen BürgerInnen herausfinden können, für welche politischen und behördlichen Entscheidungen welche Unternehmen oder Personen Lobbyingarbeit betreiben bzw. betrieben haben. Zudem sollten die Verhaltensregeln in Zukunft auch auf die

## Fraktionsbericht der Grünen zum Eurofighter-Untersuchungsausschuss 2017

Interessenvertretung durch die Sozialpartner Anwendung finden (vgl. im Detail Antrag der Abg. Gabriela Moser 2218/A, XXV.GP).

5. Das Prinzip der Amtsverschwiegenheit muss durch ein **Informationsfreiheitsgesetz** komplett umgedreht werden: Informationen, die in öffentlichen Stellen vorhanden sind, gehören grundsätzlich der Allgemeinheit, nicht der Behörde. Hätte die Öffentlichkeit von Anfang an raschen Zugang zu den in diesem Bericht dargestellten Informationen gehabt, hätten die Interessen und das Vermögen der Republik vermutlich besser geschützt werden können.
6. Der **Rechnungshofausschuss** ist derzeit nicht öffentlich. Die Prüfberichte sollten im Rechnungshofausschuss öffentlich beraten werden. Damit der Rechnungshof diese Aufgaben bestmöglich wahrnehmen kann, ist eine spürbare Budgetaufstockung umzusetzen.
7. In der **Staatsanwaltschaft** ist eine unabhängige Weisungsspitze einzurichten. Die Anklagebehörden sollen nicht mehr den Weisungen des Ministeriums unterworfen sein.
8. Mit einem neuen Bundesgesetz soll sichergestellt werden, dass **Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft** sowie den Anti-Korruptionseinheiten der Polizei ausreichend Personal und Budget zur Verfügung stehen.
9. Das **Vergaberecht** muss eingehalten werden. Wenn wesentliche Änderungen eines ursprünglichen Vertrages erfolgen, hat eine Neuaußschreibung zu erfolgen.
10. **Leistungen externer BeraterInnen** für Ministerien müssen transparent und nachvollziehbar sein. Sie sollen in angemessenem Rahmen und ohne Umgehung des Vergaberechts durchgeführt werden.
11. Die **Ministeranklage** (Art 142, 143 B-VG) sollte ein Minderheitenrecht sein.
12. Die **Fristen** zur Erstellung der Berichte des Untersuchungsausschusses sollten im Fall der vorzeitigen Beendigung einer Gesetzgebungsperiode verlängert werden.



Dr. Gabriela Moser



Mag. Werner Kogler



Sigrid Maurer, BA

Mitunterzeichnet: Dr. Peter Pilz



